

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Leipzig Mai/Juni 1994

3/94

3. Jahrgang
ISSN 0944-7989

Mit Beiträgen von:

Tino Bargel
Irene Lischka
Ronald Freytag
thomas molck
Peer Pasternack
Marion Höppner /
Gisela Petruschka
Rainer Eckert
Ingrid Zwarg
Steffi Schnoor

Themen:

Studierende
1994

u.a.

u.a.



„Unsere Gesellschaft braucht gut erzogene Leute.
Wer meldet sich freiwillig?“

Zeichnung: Miroslav Kamek / Lidove Noviny

hochschule ost 3/94

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit
beim StuRa der Universität Leipzig
Verantwortlich: Peer Pasternack

Redaktion: Sonja Brentjes, André Debüser, Frank Geißler, Monika Gibas,
Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener, Dirk Siebert

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PSF 920, 04 009 Leipzig, Tel. 0171 / 614 61 64, 0341 / 719 22 61, Fax (0341) 719 22 55. E-Mail: hso @ stura.uni-leipzig.d400.de
hso erscheint zweimonatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von Oktober bis September.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 9,50 zzgl. Versand. Jahresabonnement (6 Ausgaben) DM 65,-. PrivatabonnentInnen DM 37,-. Nichtverdienende DM 25,- (Abo-Gebühren incl. Inlandversand).

Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

ISSN 0944-7989

INHALT

Editorial	7
 THEMA: Studierende 1994	
<i>Tino Bargel:</i> Zum politischen Potential der Studierenden an Universitäten in Ost- und Westdeutschland	
	9
<i>Irene Lischka:</i> Stabilität und Bewegung. Studienabsichten von Gymnasiasten der neuen Bundesländer	
	19
<i>Ronald Freytag:</i> Studenten - eine konfliktfreie Gemeinschaft? Zu einigen psychologischen Wurzeln der basisdemokratischen Studentenräte-Bewegung an ostdeutschen Hochschulen	
	27
<i>thomas molck:</i> Über die Zusammenarbeit der StudentInnenenschaften in Deutschland bis 1993	
	34
<i>Peer Pasternack:</i> New Kids On The Ostblock. Von Oststudierenden, StudentInnenräten und Dachverbänden	
	45
 FORUM	
<i>Marion Höppner / Gisela Petruschka:</i> Die neugeordnete Humboldt-Universität zu Berlin. Ein Versuch der Aufklärung politischer Hintergründe	
	55
<i>Rainer Eckert:</i> MfS und Hochschulen: Thesen	
	84
 BERICHTE	
Hochschulabsolventen aus den neuen Bundesländern vor dem Berufseinstieg (<i>Ingrid Zwarg</i>)	
	88
Mathematik-Olympiaden e. V. gegründet (<i>Georg Schuppener</i>)	
	100
Diskussion über Diktaturen in Deutschland (<i>Horst Haun</i>)	
	102

DOKUMENTATION

<i>Steffi Schnoor:</i> Die Hochschulreform in Mecklenburg-Vorpommern		105
<i>Gunnar Berg:</i> Grußwort des Rektors der MLU Halle-Wittenberg anlässlich der HRK-Jahresversammlung, 5. Mai 1994 in Halle/S.		113
Übereinkunft der Universitäten Jena, Halle, Leipzig		115
<i>Deutscher Hochschulverband:</i> Altersversorgung der ostdeutschen Hochschullehrer völlig unzureichend		116

BERICHTE

Strukturempfehlungen für die Universität Erfurt	118
Erfurt: Klinikumsverträge unterzeichnet	119
Mecklenburg-Vorpommern: Führung der Bezeichnung Professor, Dozent oder Hochschuldozent	121
WIP-Projekt „Werner-Krauss-Edition“	121

DOKUMENTATION

Burschenschaften Ost:	
Jena: Von historischem Wert	123
Halle/S.: Universität protegiert Korporierte Seilschaft	124
Dresden: Vertreter der Dresdner Korporationen vom Rektor empfangen	125
Anzeige aus dem Leipziger Vorlesungsverzeichnis	126

PROJEKTE

<i>Walter Doberenz:</i> AWI-Box: Mailbox für arbeitssuchende Wissenschaftler		127
Interuniversitäre Weiterbildung „Umweltwissenschaften - Umweltschutz“ (<i>Nico Andritschke / Marion Höppner</i>)		130
DIWAN. Beiträge zu Kultur und Sozialarbeit in Ostdeutschland (<i>Harald Wagner / Uwe Hirschfeld</i>)		133

PUBLIKATIONEN

135

Die ostdeutschen Studierenden dürfen als die empirisch bestuntersuchte Gruppe aus dem hiesigen akademischen Milieu gelten. (Auf Platz 2 folgen, wenngleich weit abgeschlagen, die Frauen im Wissenschaftsbereich. Einige Studien gibt es auch zum Mittelbau. Völliges Desinteresse allerdings bringen die empirischen Sozialforscher den Ost-ProfessorInnen entgegen.) *hochschule ost* hat sich bislang schon bemüht, einige der diesbezüglichen Ergebnisse bekannt zu machen. Wir setzen dies heute fort.

Übergreifendes Ergebnis all der analytischen Bemühungen scheint zu sein, daß der Ost-Student/die Ost-Studentin ein rätselhaftes Wesen ist: mental ein klassischer Zoni, habituell ein angepaßter Neubundesbürger, dabei politisch unberechenbar, weil nicht völlig frei von - je nachdem, ob der Beobachter einen totalitarismustheoretischen oder einen sozialpädagogischen Ansatz verfolgt - linksextremer Neigung bzw. DDR-Nostalgie.

Diese Studierenden haben soeben eine *demokratische Hochschulerneuerung* erlebt. Von der gewagten These ausgehend, daß StudentInnen nicht nur Konsumenten sondern auch Produzenten ihrer Hochschule als "organisierter Institution" (Luhmann) sind, befassen wir uns sodann mit den Potentialen und Ergebnissen demokratischer Selbstorganisation der Studierenden an den Ost-Hochschulen, nicht ohne den Blick zu weiten auf den uns zugefallenen anderen Teil des Landes.

p.p.

Tino Bargel (Konstanz):

Zum politischen Potential der Studierenden an Universitäten in Ost- und Westdeutschland

Den Ausführungen zum politischen Potential der Studierenden an Universitäten in Ost- und Westdeutschland liegt eine empirische Erhebungsreihe zugrunde, in deren Rahmen seit 1983 alle zwei bis drei Jahre etwa zehntausend Studierende an Universitäten und Fachhochschulen befragt wurden. Hauptaufgabe dieser Untersuchungen ist es, Erfahrungen und Urteile, Probleme und Forderungen der Studierenden zu erfassen und zu Gehör zu bringen. Das breite Themenspektrum umfaßt auch eine Reihe von Fragen zu den politischen Orientierungen und gesellschaftlichen Vorstellungen der Studierenden. Bei der letzten, mittlerweile fünften Befragung im WS 1992/93 waren erstmals Hoch-

schulen und Studierende aus den neuen Bundesländern einbezogen.

Die **Studierenden** wurden alle **nach dem Zufallsverfahren** ausgewählt. Von den angeschriebenen 15.519 Studierenden an 14 Universitäten in West- und Ostdeutschland unterzogen sich 7.192 der Mühe, den umfangreichen Fragebogen auszufüllen. Das entspricht einer **Beteiligungquote von 46,3 Prozent**, die damit alle vier früheren Erhebungen übertrifft. Besonders wichtig ist, daß sich die erstmals befragten Studierenden von fünf Universitäten in den neuen Bundesländern in exakt gleicher Weise beteiligten wie ihre Kommilitonen in den alten Bundesländern.

Politisches Interesse und Handlungspotential der Studierenden

Das politische Handlungspotential der Studierenden läßt sich in zwei grundlegenden Koordinaten verorten: das politische Interesse und der politische Standort. Damit kann, zwar noch recht einfach und grob, aber doch weitgehend zutreffend, die „politische Energie“ der Studierenden, zum Beispiel im Fächervergleich, bestimmt werden.

ist an den westdeutschen Universitäten stärker als an den ostdeutschen. Von den westdeutschen Studierenden äußert die Hälfte ein starkes allgemeines politisches Interesse (49%), von den ostdeutschen nur 41 Prozent.

Das **Interesse der Studierenden am allgemeinen politischen Geschehen**

Dagegen interessieren sich die Studierenden in den neuen Bundesländern etwas stärker für **hochschulpolitische Fragen und Entwicklungen**. Das Feld der Hochschulpolitik stößt unter den Stu-

dierenden in Westdeutschland nur auf wenig Resonanz. An den westdeutschen Universitäten ist das Interesse an der **studentischen Politik an der eigenen Hochschule** weiter gesunken und befindet sich im Wintersemester 1992/93 nunmehr auf einem besonders niedrigen Stand: Gerade fünf Prozent interessieren sich dafür noch in stärkerem Maße, aber über die Hälfte ist daran gar nicht oder nur wenig interessiert.

Die große Zahl der befragten Studierenden in West (5.448) wie Ost (1.744) sichert nicht nur eine weitgehende Repräsentativität der Befunde, sondern erlaubt den Vergleich zwischen ost- und westdeutschen Studierenden, den Angehörigen der verschiedenen Fächer und den Anhängern verschiedener politischer Richtungen. Die Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden, die aufgrund dieser Vergleiche sichtbar werden, steht im Mittelpunkt dieses Beitrages.

Verortet man die Studierenden der einzelnen Fächergruppen in den Grundkoordinaten von politischem Interesse und Standort (Links-Rechts-Einordnung), ist

Geringes Interesse an hochschulpolitischen Fragen

Entsprechend dem geringen Interesse an hochschulpolitischen Fragen ist der Informationsstand der Studierenden im Bereich der Hochschulpolitik und der politischen Mitwirkung an den Hochschulen außerordentlich schlecht. Nahezu zwei Drittel der Studierenden wissen über **aktuelle Konzepte der Hochschulentwicklung** zu wenig Bescheid - wie sie selbst einräumen. Jeweils jeder achte gesteht sogar zu, daß er daran gar nicht interessiert ist.

zuerst das Gemeinsame festzuhalten: Alle Fächergruppen - im Osten wie im Westen - liegen deutlich über einem mittleren politischen Interesse und verstehen sich mehr oder weniger links von der Mitte (der Bevölkerung).

An den **Universitäten** lassen sich drei Gruppen nach dem politischen Handlungspotential unterscheiden: (1) die Juristen und Ökonomen sind stark interessiert und vertreten eine eher konventionelle politische Linie; (2) die Sozial- und Kulturwissenschaftler besetzen eher links-alternative Positionen; (3) die Ingenieur- und Naturwissenschaftler sowie die Mediziner haben ein geringeres politisches Interesse und befinden sich im studentischen Milieu - zwischen dem eher konventionell-konservativen und dem eher alternativ-linken Lager.

Das Grundmuster der Verteilung politischer Handlungspotentiale nach Fächergruppen ist in Ost- und Westdeutschland ganz ähnlich. Im Osten sind die Differenzen zwischen den Fächergruppen jedoch geringer und die Wirtschaftswissenschaftler nehmen eine etwas andere Lage ein.

Ebenfalls sind die **Mitbestimmungsrechte und Entscheidungsstrukturen an der eigenen Hochschule** der Hälfte und mehr zu wenig bekannt. Eine Reihe von Studierenden, vor allem an den westdeutschen Universitäten, interessiert sich zudem dafür gar nicht. Dieser Umfang von Desinteresse und Informationsdefiziten ist kaum als hinreichende Voraussetzung für eine sinnvolle Partizipation am Hochschulgeschehen anzusehen.

Vergleichsweise viele Studierende beteiligen sich wenigstens aktiv an der Arbeit ihrer **Fachschaften**. Diese sind am ehesten in der Lage, Studierende zu integrieren und zu aktivieren. Das gilt für die Hochschulen im Westen noch stärker als im Osten, wo die Fachschaften sich noch kaum etabliert haben und manchen Studierenden unbekannt sind. An den westdeutschen Hochschulen spielen die Fachschaften eine wichtige Rolle bei der studentischen Integration.

Die **studentische Selbstverwaltung und studentische Vertretung** (AStA u.ä.) findet bei den Studierenden vielfach keine Resonanz. Die Distanz ist vor allem an den westdeutschen Universitäten sehr groß, wo sich nur noch vier Prozent durch wenigstens gelegentliche Teilnahme engagieren. Fast die Hälfte der Studierenden an den Universitäten stehen dem AStA und den studentischen Vertretern desinteressiert gegenüber.

Fragt man die Studierenden danach, ob die studentische Vertretung an ihrer Hochschule die eigenen hochschulpolitischen Vorstellungen repräsentiert, dann vermag dies ein sehr großer Teil nicht zu beurteilen. Im Westen ist dieser Anteil seit 1983 erheblich angestiegen: an den Universitäten von 28 auf 46 Prozent.

Politische Positionen und Zielpräferenzen

Einsichten in die politischen Haltungen der Studierenden ermöglichen ihre Angaben darüber, inwieweit sie mit den Positionen verschiedener politischer Richtungen übereinstimmen. Die Vorgabe der sechs politischen Grundrichtungen (christlich-konservativ, sozialdemokratisch, liberal, grün-alternativ, marxistisch-kommunistisch und national-

Auch an den ostdeutschen Hochschulen kann etwa die Hälfte keine Auskunft darüber geben, ob die studentischen Vertretungen die eigenen hochschulpolitischen Auffassungen angemessen repräsentieren.

Die Gründe für diesen Mangel liegen zum Teil im geringen hochschul- wie studentenpolitischen Interesse der meisten Studierenden. Da sie selbst über einen schlechten Informationsstand verfügen, können sie kaum feststellen, ob sie andere oder gleiche Vorstellungen wie ihre studentischen Vertreter besitzen. Dies signalisiert zugleich die Schwierigkeiten studentischer Vertreter, ihre Klientel anzusprechen und zu erreichen.

Die vielen Studierenden, die nicht beurteilen können, ob die Studentenvertretung sie angemessen repräsentiert, sind ein weiterer Beleg für die hochschulpolitische Apathie. Da sie weniger auf Zufriedenheit mit den Verhältnissen gründen, als vielmehr Folge von Resignation und Gleichgültigkeit ist, muß das erkennbare Ausmaß hochschulpolitischer Abstinenz der Studierenden eher als problematisch bezeichnet werden. Denn mit dieser Gleichgültigkeit geht ein gutes Stück Verantwortungslosigkeit einher.

konservativ) orientiert sich zwar am Parteienspektrum, ohne aber direkt Parteipräferenzen oder gar Wahlabsichten zu erfragen.

Die Studierenden in Ost wie West stimmen am häufigsten mit grün-alternativen und sozial-demokratischen Grundpositionen überein, im Westen noch etwas

häufiger als im Osten. Jeweils weit mehr als die Hälfte bekundet, daß sie den Positionen dieser beiden politischen Richtungen zustimmt.

Liberale und christlich-konservative Grundpositionen sind unter den Studierenden umstritten, wobei christlich-konservative Positionen von ihnen noch weniger geteilt werden. Unter den ostdeutschen Studierenden ist die Ablehnung einer christlich-konservativen Politik mit gut zwei Drittel noch stärker als im Westen mit knapp über der Hälfte.

Sowohl national-konservative als auch kommunistisch-marxistische Grundpositionen werden von den Studierenden in Ost wie in West überwiegend und in starkem Maße abgelehnt. Dabei fällt die Ablehnung dieser jeweils extremen politischen Richtungen (auch im eigenen Selbstverständnis der jeweiligen Anhänger) bei den westdeutschen Studierenden entschiedener und einmütiger aus.

In der Akzeptanz oder Ablehnung der

Unterstützung politischer Ziele: klare Hierarchie

Die Unterstützung verschiedener politischer Ziele durch die Studierenden weist eine klare Hierarchie auf. Die höchste allgemeine Priorität erreichen drei Ziele, denen jeweils neun von zehn Studierende zustimmen: (1) **Priorität des Umweltschutzes vor wirtschaftlichem Wachstum**; (2) **Durchsetzung der vollen Gleichstellung der Frau in Beruf und Gesellschaft**; (3) **Stabilität der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse**. Diese drei Ziele werden von den Studierenden in Ost und West gleichermaßen in den Vordergrund gerückt.

politischen Richtungen bestehen zwischen den ost- und westdeutschen Studierenden erhebliche Unterschiede. Besonders augenfällig sind die Unterschiede bei den beiden extremen Grundpositionen: **Kommunistisch-marxistische Positionen** finden in den neuen Bundesländern bei einem Viertel der Studierenden an den Universitäten Zustimmung und Unterstützung. **National-konservativen Positionen** stimmen fünf Prozent an den ostdeutschen Universitäten zu (weitere neun Prozent haben eine neutrale Einstellung).

Da in den neuen Bundesländern die traditionellen politischen Grundrichtungen der Bundesrepublik Deutschland wie christlich-konservativ, liberal und sozialdemokratisch weniger Akzeptanz erfahren, ergibt sich eine stärker durch die Extreme besetzte politische Meinungslandschaft an den Hochschulen im Osten, und zwar auf der rechten wie auf der linken Seite. Es handelt sich zwar um Minderheiten, aber sie sind in ihrem Umfang durchaus relevant.

Bei vielen politischen Zielen bestehen zwischen west- und ostdeutschen Studierenden zum Teil erheblich andere Gewichtungen. Die **ostdeutschen Studierenden** setzen fast durchgängig (zu 90%) auf die „schnelle Angleichung der Lebensbedingungen in den alten und neuen Bundesländern“. Dies ist für sie ein besonders wichtiges Ziel. Ohne diese Angleichung, womit nicht nur materielle Wohlfahrt, sondern auch demokratische Grundwerte und Gleichberechtigung gemeint sind, lassen sich die verbreiteten Vorbehalte ostdeutscher Studierender gegenüber den politischen

Institutionen und gesellschaftlichen Verhältnissen im vereinten Deutschland kaum ausräumen.

Daneben heben sie einerseits eher Ziele konservativ-nationaler, andererseits sozialistisch-marxistischer Tradition hervor und stimmen ihnen häufiger zu. Derartige Ziele eher konservativer Richtung sind „harte Bestrafung der Kriminalität“ und „Bewahren der Familie in ihrer herkömmlichen Form“; Ziele eher nationalistischer Tönung sind „Abwehr kultureller Überfremdung“ und „Begrenzung der Zuwanderung von Ausländern“. Dagegen sind Ziele eher sozialistischer Ausrichtung die „volle Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Betrieb“ und die „Abschaffung des Privateigentums an Industrieunternehmen und Banken“. Alle diese Ziele finden bei den ostdeutschen Studierenden zum Teil weit mehr Unterstützung als bei den westdeutschen Studierenden. Dies belegt, daß nicht nur in der Anhängerschaft politischer Richtungen die „Extreme“ im Rechts-Links-Spektrum im Osten stärker vertreten sind, sondern daß auch in der ostdeutschen Studentenschaft generell einzelne Ziele und Positionen aus dieser politischen Provenienz größeren Anklang als im Westen finden.

Die Befunde über die Zustimmung oder Ablehnung der Studierenden gegenüber den politischen Richtungen und Zielen lassen eine einheitliche politische Bindung oder ein gemeinsames Meinungsbild in der Studentenschaft nicht erkennen. In vielen Bereichen herrschen Differenzen vor bis hin zu politisch kontroversen Positionen. In der westdeutschen Studentenschaft hat in den 80er Jahren das Ausmaß der Gegensätzlichkeit und die Tiefe mancher Kluft zwischen den

verschiedenen „politischen Lagern“ nachgelassen. Zurückzuführen ist dies auf das Erlahmen links-alternativer Handlungspotentiale (vor allem unter den Sozialwissenschaftlern), auf das Abrücken von „sozialistischen Zielpräferenzen“ und auf den Rückgang „alternativer Wertüberzeugungen“. Insofern nimmt die westdeutsche Studentenschaft nunmehr insgesamt eine überwiegend realistisch-pragmatische, eher moderate und weniger kritisch-alternative politische Grundhaltung ein.

Im Gegenzug zu dieser Entwicklung in der westdeutschen Studentenschaft ist nach der Vereinigung eine stärkere Dissonanz in den politischen Positionen zu den ostdeutschen Studierenden eingetreten (und innerhalb der ostdeutschen Studierenden selbst). Die ostdeutschen Positionen sind gekennzeichnet durch eine häufigere Vertretung extremer Flügel auf der rechten wie auf der linken Seite, sei es national-konservativer oder sozialistisch-kommunistischer Provenienz (vgl. gleichlautende Befunde bei Heublein/Brämer 1990).

Die größere politische Heterogenität der Studierenden in den neuen Bundesländern im Zusammenhang mit einer stärkeren Präsenz extremer politischer Richtungen zeigt sich konkret auch in den politischen Zielvorstellungen. Sie ist einerseits wohl dadurch begründet, daß nicht wenige Studierende aus der ehemaligen DDR mit der westlichen politischen Parteienlandschaft, ihren Traditionen und ihren Programmen, noch weniger vertraut sind. Andererseits dürfte es auch daran liegen, daß ostdeutsche Studenten mit dem westlichen Modell einer offenen, konkurrierenden und kontroversen Demokratie in Teilen noch gewisse Schwierigkeiten haben.

Demokratische Prinzipien und politische Wirklichkeit

Wesentliche Elemente demokratischer Gesellschaften sind das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, das Vorhandensein einer kritischen Opposition, die Auseinandersetzungen verschiedener Interessengruppen und die Ablehnung von Gewalt als Mittel der Lösung von Konflikten. Dies bezeichnet das Grundverständnis einer pluralistischen, offenen und kontroversen, aber gewaltfreien Demokratie (vgl. Kaase 1971).

Die beiden fundamentalen Prinzipien der freiheitlichen Demokratie, einerseits die Meinungs- und Demonstrationsfreiheit, andererseits die Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, finden unter den Studierenden in West wie Ost nahezu allgemeine Akzeptanz - ein wichtiger Konsens.

Andere Prinzipien der Demokratie, die auf Interessenvertretung oder eine oppositionelle Streitkultur abheben, werden von den Studierenden nicht so umfassend akzeptiert wie die beiden Grundprinzipien. Und die Unterschiede zwischen Studierenden in Ost- und Westdeutschland sind erheblich (Differenz von 11 bis 15 Prozentpunkten). Im Westen bejahen jeweils nahezu zwei Drittel diese pluralen und kontroversen Ele-

Die deutsche Vereinigung: Erfahrungen und Urteile

Emotional wird von der überwiegenden Mehrheit der Studierenden die deutsche Einheit begrüßt. Nahezu zwei Drittel der Studierenden bejahen die Aussage: „Ich freue mich, daß die Einheit Deutschlands hergestellt ist“. Dennoch hat eine Minderheit gefühlsmäßige Vorbehalte:

mente der Demokratie, im Osten dagegen nur etwa die Hälfte der Studierenden. Das andere Drittel, die andere Hälfte sehnt sich offenbar nach mehr Harmonie, verlangt nach mehr „Gemeinschaft“, sei es die eines starken Mannes oder die einer Partei?

Das demokratische Verständnis der Anhänger verschiedener politischer Richtungen ist andersartig bestimmt und konturiert. Hervorzuheben ist die unterschiedliche Einstellung zur Gewalt. **Gewaltakzeptanz** zur Lösung von Konflikten findet bei beiden extremen Grundpositionen eher Anhänger, und zwar bei den National-Konservativen noch häufiger als unter den Kommunisten-Marxisten. Unter den Anhängern der anderen politischen Richtungen wird Gewalt ganz überwiegend und strikt abgelehnt, auch unter den Anhängern grün-alternativer Positionen. Von ihnen lehnen jeweils über 90 Prozent Gewalt als Mittel der Politik ab; dagegen sind es unter den Marxisten-Kommunisten nur 76 Prozent und unter den Rechts-Konservativen sogar nur 72 Prozent, d.h. ein Viertel oder sogar mehr von ihnen unterschreibt nicht den demokratischen Pakt auf Verzicht von Gewalt als Mittel der Politik.

Jeweils etwa ein Viertel der Studierenden in West (26%) und in Ost (23%) teilt die Freude über die Einheit Deutschlands nicht oder kaum.

Nahezu völlige Einigkeit besteht in der Beurteilung darüber, wie die Einheit orga-

nisiert und vollzogen wurde: Jeweils 80 Prozent der Studierenden in Ost und West beurteilen das „Management“ der deutschen Einheit als „Mißmanagement“, etwa zwei Drittel sogar ganz entschieden. Nur sehr wenige meinen, die Einheit sei richtig organisiert und gut vollzogen worden. Die Art der Vereinigung wird aus Sicht der west- wie der ostdeutschen Studierenden ganz ähnlich kritisiert (vgl. Brämer/ Duret 1992, S. 927).

Gesellschaftliche Verhältnisse im Vergleich: ehemalige DDR und jetzige Bundesrepublik

Der Vergleich gesellschaftlicher Verhältnisse zwischen der ehemaligen DDR und der jetzigen Bundesrepublik lassen zum Teil unterschiedliche Einschätzungen der Studierenden in Ost und West erkennen. Dabei sehen die ostdeutschen Studierenden die damaligen Verhältnisse in der DDR meist nicht so kritisch und negativ wie die westdeutschen Studierenden. Und die Verhältnisse in der jetzigen Bundesrepublik beurteilen sie teilweise weniger günstig und positiv.

So räumen die westdeutschen Studierenden kaum ein, daß die DDR fortschrittlich oder leistungsfähig war. Demgegenüber meinen die ostdeutschen Studierenden durchaus, daß es in der DDR-Gesellschaft fortschrittliche Züge gab. Daß die jetzige Bundesrepublik sowohl weit fortschrittlicher als auch weit leistungsfähiger ist, darin sind sich die Studierenden in Ost und West allerdings einig. Ebenfalls besteht weitgehend Einverständnis darüber, daß die Verhältnisse in der jetzigen Bundesrepublik weniger autoritär sind als in der

Ein großer Dissens zwischen den Studierenden in Ost und West tritt zutage hinsichtlich der Auffassung, ob in der ehemaligen DDR manches entstanden ist, das im geeinten Deutschland hätte erhalten bleiben sollen. Von den Studierenden in den neuen Bundesländern meinen fast alle (90%), es gäbe mehr oder weniger Bewahrenswertes aus DDR-Zeiten; zwei Drittel bejahen dieses sogar ganz entschieden. Die Studierenden der alten Bundesländer sind in dieser Frage gespalten.

ehemaligen DDR. Jedoch beurteilen die ostdeutschen Studierenden die Verhältnisse in der jetzigen BRD nicht so positiv, was die Kennzeichnung als weniger autoritär betrifft.

Besonders weit auseinander liegen die Urteile zwischen den ost- und westdeutschen Studierenden hinsichtlich der Charakterisierungen der gesellschaftlichen Verhältnisse als „human“ oder als „solidarisch“. Den westdeutschen Studierenden erscheinen sie in der früheren DDR kaum human und nur wenig solidarisch; dagegen bezeichnen viele Studierende im Osten die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR als human, sehr viele als solidarisch. Im Vergleich bewerten die ostdeutschen Studierenden das Leben in der jetzigen BRD als weniger human und als viel weniger solidarisch im Vergleich zur früheren DDR. Sie charakterisieren die sozialen Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik negativer als die westdeutschen Studierenden.

Verwirklichung gesellschaftlicher Grundwerte und Wohlfahrtsziele

Die Aussagen der Studierenden zur Verwirklichung der Grundwerte und Wohlfahrtsziele kennzeichnen die unterschiedlichen Verhältnisse und Lebenslagen in den beiden Teilen Deutschlands in eindrucklicher Weise - ebenso wie die unterschiedliche Sicht der Studierenden. Die westdeutschen Studierenden sehen im Wintersemester 92/93 alles in allem die Verhältnisse in den alten Bundesländern nur selten als defizitär, vor allem Freiheit, Wohlstand, wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit erscheint fast allen verwirklicht. Im Hinblick auf die meisten Grundwerte und Wohlfahrtsziele schätzen die ostdeutschen Studierenden die Situation im Westen ähnlich günstig ein. Bedeutend kritischer sehen sie nur die Verwirklichung von sozialer Gleichheit und von Solidarität in den alten Bundesländern.

Verständlicherweise beurteilen die westdeutschen Studierenden die Verhältnisse in den neuen Bundesländern weniger günstig als die in den alten Bundesländern. Die ostdeutschen Studierenden erfahren die Situation in ihren Ländern aber durchweg noch ungünstiger: Sie erleben größere Defizite bei der Verwirklichung demokratischer Mitbestimmung und sozialer Gleichheit. Besonders problematisch ist der weit verbreitete

Die europäische Integration: Hoffnungen und Befürchtungen

Die europäische Integration findet an den westdeutschen Universitäten die meiste Unterstützung: 64 Prozent sprechen sich dafür aus (darunter 42 Prozent sogar in starkem Maße). An den ostdeutschen Universitäten fällt die Unterstützung deutlich geringer aus; nicht

tete Mangel an sozialer Sicherheit und wirtschaftlicher Stabilität für die ostdeutschen Studierenden (weniger der fehlende materielle Wohlstand). Diese Verunsicherung und Instabilität bestimmt weithin Situation und Bewußtsein der Studierenden im Osten, und zwar weit mehr, als es die westdeutschen Studierenden annehmen. In der Sicht der Studierenden handelt es sich bei den alten und neuen Bundesländern um Teilgebietemitt völlig verschiedenen Lebensbedingungen, nicht nur was die Wohlfahrtsziele angeht, sondern auch - und schwerwiegender - was die Grundwerte betrifft.

Die Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der ehemaligen DDR im Vergleich zur jetzigen Bundesrepublik Deutschland ebenso die Urteile zur Verwirklichung gesellschaftlicher Grundwerte und Wohlfahrtsziele haben recht weit auseinanderliegende Muster der gegenseitigen Bilder von Studierenden in West und Ost über den jeweiligen anderen Teil Deutschlands aufgezeigt. Sie sind ein Beleg über die Erfahrungen in ganz unterschiedlichen Lebensverhältnissen, sie sind zugleich ein Zeichen für manche Mißverständnisse und Unterstellungen, die eine gesellschaftliche Einigung im Sinne des „Zusammenwachsens“ auch unter den Studierenden erschweren.

einmal eine Mehrheit stimmt diesem politischen Ziel zu: 48 Prozent.

Das idealistische Eintreten für „Europa“ übersieht leicht, daß mit der europäischen Integration nicht nur Hoffnungen, sondern ebenso Befürchtungen ver-

knüpft sind. Unter den Studierenden überwiegen sogar in manchen Bereichen die Befürchtungen die Hoffnungen - ein bedenkliches Signal. Es ist nicht zu erwarten, daß sich Menschen für eine politische Idee und Entwicklung stärker engagieren, von deren Verwirklichung sie mehr Sorgen und Schwierigkeiten erwarten als Lösungen von Problemen. Auf der politischen Ebene erwarten insgesamt nur 16 Prozent der Studierenden in Deutschland mit der europäischen Integration einen Gewinn an **demokratischer Beteiligung**. Aber 58 Prozent befürchten ein **Überhandnehmen der zentralen Bürokratie**. Bei diesen Erwartungen an die Politik in einer europäischen Union unterscheiden sich die ost- und westdeutschen Studierenden kaum voneinander.

Dem Versprechen, daß die europäische Integration zu **mehr Wohlstand** in allen Ländern führen wird - die ökonomische Ebene der Betrachtung - steht die überwiegende Mehrheit ebenfalls mit Mißtrauen gegenüber. Nur ein Viertel der Studierenden hält dieses Versprechen für realistisch. Dagegen erwartet fast die Hälfte aller deutschen Studierenden (46%) erhöhte **Risiken wirtschaftlicher Instabilität**; in den neuen Bundesländern sogar knapp mehr als die Hälfte (53%).

Die größere Skepsis der Studierenden in den neuen Bundesländern tritt bei der Frage nach dem „europäischen Arbeitsmarkt“ noch deutlicher hervor. Sie befürchten mit der europäischen Integration eine **zunehmende Arbeitslosigkeit**, und zwar zu etwa der Hälfte (47 Prozent). In den alten Bundesländern sind es dagegen viel weniger Studie-

rende, die von einer zunehmenden Arbeitslosigkeit in „Europa“ ausgehen: an westdeutschen Universitäten 27 Prozent.

Bedeutsame Differenzen zwischen ost- und westdeutschen Studierenden bestehen auch im Feld der national-kulturellen Wahrung des „Deutschen“. Unter den ostdeutschen Studierenden wird der **„Verlust der nationalen Identität und Überfremdung“** im europäischen Haus viel häufiger befürchtet (zu 31 Prozent an den Universitäten). Diese Frage ist für weit weniger Studierende im Westen ein Problem: Nur 15 Prozent an den Universitäten meinen, daß die europäische Integration zu einem Verlust an nationaler Identität und zu Überfremdung führe, die nationalen Besonderheiten Deutschlands gefährdet wären.

Viele Studierende in den neuen Bundesländern können mit der „Idee Europa“ noch nicht viel anfangen, sie ist ihnen noch zu neu und fern. Sie beginnen offenbar erst allmählich, sich auf den Verbund der europäischen Staaten einzustellen, der ihnen früher ganz fremd war (vgl. auch Heublein/ Brämer 1990, S. 1400). Mit der Balance „nationale Identität“ und „internationale Integration“, wie es die Bildung des europäischen Hauses verlangt, tun sich die ostdeutschen Studierenden zudem offensichtlich schwerer als die westdeutschen Studierenden.

Allerdings ist davon auszugehen, daß bei den Studierenden im Osten (wie bei der Jugend in den neuen Bundesländern insgesamt) Offenheit und Engagement für die europäische Integration wohl dann erst in stärkerem Maße sich einstellen

werden, wenn vorher hinsichtlich der Lebensbedingungen, der sozialen und ökonomischen Verhältnisse, eine Angleichung zwischen den beiden Teilgebieten Deutschlands erreicht worden ist. Sie würde zugleich dazu beitragen, daß die Resonanz extremer politischer Positionen in der ostdeutschen Studentenschaft und manche anti-demokratischen Tendenzen sich abschwächen dürften.

Quelle:

Tino Bargel: Studierende und Politik im vereinten Deutschland (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft: Reihe Bildung-Wissenschaft-Aktuell 3/94). Bonn 1994.

Literaturverweis:

Brämer, R./ P. Duret: Das Trauma der Intelligenz. Die deutsche Vereinigung aus studentischer Sicht. In: *Deutschland Archiv*, 25. Jg., Heft 9, Sept. 1992, S. 119-929.

Brämer, R./ U. Heublein: Studenten in der Wende? Versuch einer deutsch-deutschen Typologie vor der Vereinigung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*). B 44/90, Oktober 1990, S. 3-16.

Heublein, U./ R. Brämer: Studenten im Abseits der Vereinigung. In: *Deutschland Archiv*, 22. Jg., Heft 9, Sept. 1990, S. 1397-1410.

Kaase, M.: Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik*, Band II.1, München 1971, S. 119-326.

Dabei wäre die „Angleichung“ nicht nur auf die materiellen Lebensverhältnisse auszurichten, sondern hätte ebenso die Verwirklichung der demokratischen Grundwerte einzubeziehen und die Angebote der politischen Partizipation zu verstärken.

Tino Bargel, Dr., ist Mitarbeiter der Arbeitsgruppe Hochschulforschung an der Universität Konstanz

Irene Lischka (Berlin):

Stabilität und Bewegung Studienabsichten von Gymnasiasten der neuen Bundesländer

Das Bildungsverhalten in den neuen Bundesländern gibt Aufschluß darüber, wie der wirtschaftlich-soziale Umbruch von der heranwachsenden Generation reflektiert wird. Insbesondere mit Blick auf die Bildungsplanung in den neuen Bundesländern sind Untersuchungen zu diesem Thema unverzichtbar. Schließlich kann man sich dafür keinerlei Trendfortschreibungen bedienen, haben sich doch die Bedingungen für Bildungs- und Studienentscheidungen gravierend verändert. Gleichzeitig erwiesen sich erste Annahmen, die von einem sehr bald identischen Bildungsverhalten in den alten und neuen Bundesländern ausgingen, nicht als tragfähig. Vielmehr ist zu beobachten, daß die Bildungs- und Studienabsichten in unmittelbarer Folge des Umbruchs Schwankungen unterliegen. Stabile Trends ergeben sich vermutlich erst nach längerer Konsolidierung der äußeren Bedingungen.

Mit Blick auf die Entwicklung des Hochschulbereichs interessieren in besonderer Weise die **Studienabsichten** der künftigen Studienberechtigten (die gegenwärtig noch Schüler an Gymnasien sind). Diesem Gegenstand widmet sich die Projektgruppe Hochschulforschung in spezifischer Weise. So ist es unser Anliegen, bereits durch Befragungen in den 9. und 11. Klassen möglichst frühzeitig die sich abzeichnenden Tendenzen für den Hochschulzugang zu ermit-

teln. Dabei wird auch der für die neuen Bundesländer besonders relevanten Frage nach Zusammenhängen zwischen der Wahl der gymnasialen Bildungsstufe und der Studienabsicht nachgegangen. Diese Arbeiten unterscheiden sich damit von Untersuchungen anderer Forschungsteams, die die Studienabsichten unmittelbar vor oder nach dem Abitur analysieren. Gleichzeitig sehen wir unsere spezifische Aufgabe darin, die ermittelten Befunde in die von uns selbst erlebte Situation des Umbruchs im Bildungs- und Wirtschaftssystem einzubetten und vor dem spezifischen historisch-sozialisationsbedingten Hintergrund zu bewerten.

Vor diesem Hintergrund führte die Projektgruppe Hochschulforschung Befragungen von Schülern in 9. und 11. Klassen im Abstand von einem Jahr an ausgewählten Gymnasien der neuen Bundesländer durch. Die Erstbefragung bezog sich auf die Studienberechtigtenjahrgänge 1992 und 1994/95, die Zweitbefragung auf die Studienberechtigtenjahrgänge 1993/94 und 1995/96.¹ Die Ergebnisse dieser Stichproben wurden, sofern möglich, den Resultaten von Abiturientenbefragungen bzw. statistischen Daten zum Hochschulzugang gegenübergestellt. Diese Gegenüberstellung erfolgte mit der Absicht der Bestätigung bzw. Relativierung der Ergebnisse der Stichprobenbefragungen, um

daraus mit höherer Sicherheit Folgerungen ableiten zu können.

Ziel dieser Untersuchung war es,
- ein relativ aktuelles Bild von den Studienabsichten der kommenden Studienberechtigtenjahrgänge zu erhalten,
- in der Gegenüberstellung beider Befragungen sowie dem Vergleich zu Ergebnissen von Abiturientenbefragungen die sich abzeichnenden Veränderungen und Entwicklungen zu analysieren und
- unter Berücksichtigung des bisherigen Hochschulzugangs in den neuen Bundesländer Folgerungen für künftige Entwicklungen abzuleiten.

Es ist allerdings nachdrücklich darauf zu verweisen, daß die während der Schulzeit geäußerten Bildungsabsichten und -wünsche nur als **Hintergrund nachfolgender Bildungsentscheidungen**, in die bekanntlich weitere Aspekte einfließen, zu verstehen sind.

Nachfolgend sollen **ausgewählte Er-**

Übersicht 1: Studierwilligkeit von Gymnasiasten und Abiturienten der neuen Bundesländer nach Abiturjahrgang bzw. Klassenstufe (Anteil in Prozent)

Studierwilligkeit	Abiturienten			Gymnasiasten Befragung 1		Gymnasiasten Befragung 2	
	1991*	1992**	1993***	Abijg. 1992 11. Kl.	Abijg. 94/95 9. Kl.	Abijg. 93/94 11. Kl.	Abijg. 95/96 9. Kl.
fest wahr-scheinl.	50	-	-	31	23	24	24
Summe	28	-	-	42	52	39	44
	78	60	59	73	75	63	68

* /Abiturienten 1991/, S.50

** /Studien- und Berufswünsche (1992)/, S.12

*** /Studien- und Berufswünsche (1993)/, S.12

gebnisse dieser Untersuchungen vorgestellt werden.

1. In den neuen Bundesländern wechseln seit Öffnung der Bildungsweg mehr als 30 Prozent eines Altersjahrgang in die gymnasiale Oberstufe. Das ist mehr als das Doppelte gegenüber den vormals möglichen Übertrittsquoten. Gleichzeitig ging die **Studierwilligkeit** von ursprünglich mehr als 90 Prozent wesentlich zurück und könnte noch weiter sinken. Darauf verweist die Befragung der Gymnasiasten; deren Studierwilligkeit ist innerhalb eines Jahres von durchschnittlich 74 Prozent auf 66 Prozent weiter **deutlich gesunken**. Dieser Abfall um 8 Prozent entspricht dem der Abiturienten im gleichen Zeitraum (Rückgang von 67 auf 60 Prozent) und belegt gleichzeitig die bis zum Abitur noch weiter sinkende Studierwilligkeit. Es ist deshalb möglich, daß in den kommenden Jahren auch der Anteil der Abiturienten, die ein Studium aufnehmen, zunächst noch weiter sinkt.

Allerdings ist nicht auszuschließen, daß der Rückgang der Studierwilligkeit mangels für Abiturienten attraktiver Lehrstellen gebremst wird. Ferner könnte (analog zur Entwicklung in den alten Bundesländern) mit zusätzlichen Studienbewerbungen nach Phasen beruflicher Tätigkeit gerechnet werden. Damit ist wahrscheinlich, daß die Studierwilligkeit der Abiturienten zwar zunächst weiter rückläufig sein wird, jedoch nicht in solchen Größenordnungen, wie sie die Befragung der Gymnasiasten ergab.

Eine stabile Größe von durchschnittlich 25 Prozent bildet in allen betrachteten Abiturjahrgängen die Gruppe, die unbedingt studieren will. Variabel und stark von äußeren Bedingungen abhängig

Übersicht 2: Absichten der Gymnasiasten für das erste Jahr nach dem Abitur im Vergleich von Erst- und Zweitbefragung (Anteil in Prozent)

Absichten	Gesamtheit der befragten Gymnasiasten		Nur studierwillige Gymnasiasten	
	Befrag. 1	Befrag. 2	Befrag. 1	Befrag. 2
Studieren	43	33	57	50
Berufsausbildung/Lehre	34	41	14	16
prakt. Arbeit	11	12	14	17
Geld verdienen	5	4	6	5
Sonstiges	8	11	9	13
	100	100	100	100

Mit sinkender Studierwilligkeit wächst bei Gymnasiasten insbesondere der Wunsch, **nach dem Abitur eine Lehre** aufzunehmen (Anstieg von 34 auf 41 Prozent) oder einer anderen Beschäftigung nachzugehen. Das gilt auch für die studierwilligen Gymnasialschüler, von denen nur noch 50 Prozent unmittelbar nach dem Abitur mit dem Studium beginnen wollen (Erstbefragung: 57 Prozent).

scheint dagegen die Gruppe, die wahrscheinlich studieren will (siehe Übersicht 1).

2. Insgesamt ist die Anziehungskraft nichtakademischer Bildungswege nach dem Abitur gestiegen. Diese Entwicklung erklärt sich zumindest teilweise daraus, daß solche Alternativen zu DDR-Zeiten kaum bestanden und jetzt offenbar verstärkt bewußt wahrgenommen werden. Gleichzeitig dürften aber vor allem die Unsicherheit qualifikationsgerechter Arbeit nach einem Studium sowie die finanziellen Belastungen eines Studiums (auf die die ostdeutschen Familien nicht vorbereitet sind) wesentliche Ursachen sein.

Dabei ist der Anteil unter den Männern mit 56 Prozent nach wie vor höher als bei den Frauen mit 46 Prozent.

3. Die sinkende Studierwilligkeit in den neuen Bundesländern steht in Zusammenhang mit den Gründen der **Entscheidung für die gymnasiale Bildungsstufe**. Einerseits stehen die Schüler in hohem Maße hinter dieser Entscheidung, streben das Abitur selbst an. Andererseits stehen dahinter in wachsendem Umfang auch der Willen der Eltern (Anstieg von 24 auf 41 Prozent innerhalb eines Jahres), fehlende Lehrstellen (Anstieg von 19 auf 29 Prozent) und eine wachsende Unsicherheit über den späteren Lebensweg (Anstieg von 36 auf 39 Prozent). Die Untersuchung belegte in erwarteter Weise, daß Schüler, die sich wegen fehlender Lehrstellen und Unsicherheit über ihren späteren Lebensweg für das Gymnasium entschieden, überdurchschnittlich oft kein Studium beabsichtigen. Dagegen wirkt sich der starke Einfluß der Eltern bei der Entscheidung fürs Gymnasium tendenziell eher studienmotivierend aus. Die Unterschiede nach dem Geschlecht sind in dieser Hinsicht relativ gering.

In jenen neuen Bundesländern mit der derzeit geringsten Studierwilligkeit (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) wurde die Entscheidung für die Gymnasien häufiger als in den anderen Bundesländern durch fehlende Lehrstellen und fehlenden eignen Willen zum Abitur begründet. Damit ist dort die Entscheidung für die gymnasiale Bildungsstufe offenbar stärker als in den anderen neuen Ländern von äußeren Zwängen getragen.

4. Bei den Schülern der 11. Klassen und bei den Frauen ist der Rückgang der **Studierwilligkeit** (Anteil der Studierwilligen unter jeweils 100 Gymnasiasten bzw. 100 Gymnasiastinnen) ausgeprägter als in den 9. Klassen und bei Männern. Von den Schülern 11. Klassen wollten bei der Erstbefragung 73 Prozent, bei der Zweitbefragung 63 Prozent studieren. Von 100 befragten Gymnasiastinnen wollten bei der Erstbefragung 74 Prozent, bei der Zweitbefragung 63 Prozent studieren. Zwischen beiden Befragungen haben sich die Unterschiede bezüglich des Bildungserhaltens und der Studienabsichten von Männern und Frauen insgesamt etwas ausgeprägt.

Trotz der bei Frauen etwas stärker gesunkenen Studierwilligkeit sind sie **absolut** sowohl an den Gymnasien als auch künftig an den Hochschulen in der Überzahl - sofern sie ihre derzeitigen Studienabsichten annähernd verwirklichen. Unter künftigen 100 Abiturienten der neuen Bundesländer sind ca. 60 Frauen und 40 Männer bzw. 38 studierwillige Frauen und 28 studierwillige Männer. Unter 100 Studienanfängern aus den neuen Ländern könnten dementsprechend demnächst bis zu 58 Frauen und 42 Männer sein. Dies bedeutet, daß in den neuen Bundesländern die Bildungs- und Studierwilligkeit der Frauen absolut insgesamt wesentlich höher ist als die der Männer.

5. Die Studierwilligkeit entwickelt sich bislang in den einzelnen neuen **Bundesländern leicht unterschiedlich**. Die Befragung der Gymnasiasten und die Abiturientenbefragungen (Statistisches

Bundesamt und HIS) ergaben zu unterschiedlichen Zeitpunkten eine sowohl relativ stabile als auch überdurchschnittlich hohe Studierwilligkeit für Berlin (O) und mit Abstand auch für Thüringen. Besonders stark geht dagegen derzeit die relative Studierwilligkeit in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zurück. Die Entwicklung in Sachsen und Sachsen-Anhalt entspricht sowohl bei den Gymnasiasten als auch bei den Abiturienten am stärksten dem Durchschnitt der neuen Länder.

6. Die Studienwünsche der Gymnasiasten nach **Fächergruppen** haben sich innerhalb eines Jahres nur relativ wenig verändert, bzw. konkreter: Nur bei den Männern gab es leichte Verschiebungen, während die Studienfachwünsche der Frauen gegenüber der Erstbefragung fast unverändert sind. Auch zwischen Erst- und Zweitwünschen bestehen kaum Unterschiede, was auf eine in der Gesamtheit relativ stabile Situation während der Schulzeit deutet. Bei den Männern stieg das Interesse für Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften von 34 auf 38 Prozent und für Mathematik/Naturwissenschaften von 27 auf 31 Prozent. Weiter rückläufig ist ihr Interesse an Ingenieurwissenschaften (von 17 auf 11 Prozent).

Trotz einer tendenziellen Annäherung der Studienwünsche und der Studienanfängerstrukturen (nach Fächergruppen) an die in den alten Bundesländern haben sich dabei in den neuen Bundesländern auch Besonderheiten neu herausgebildet (z.B. geringeres und weiter sinkendes Interesse für Ingenieurwissenschaften und Lehramtsstudiengänge; höhere

und weiter steigende Nachfrage nach Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften). Arbeitsmarktrelevante Aspekte und neue inhaltliche Ausrichtungen sind vermutlich die vorrangigen Ursachen dieser Entwicklung. Nicht auszuschließen sind zusätzlich sozialisationsbedingte negative Bewertungen jener Studienfächer, für die vormals in besonderer Weise geworben wurde (z.B. Ingenieurwissenschaften und Lehramt).

Die Gründe für die beabsichtigte Studienfachwahl haben sich in den zurückliegenden Monaten wenig verändert. Nach wie vor steht das Interesse am Fach im Vordergrund, gefolgt von Gründen, die aus den Perspektiven nach dem Studium resultieren. Für Männer hat dieser perspektivische Blick allerdings einen höheren Stellenwert bekommen als für Frauen, in der Erstbefragung bestanden diesbezüglich noch keine Unterschiede.

7. Wesentlich hat sich allein innerhalb nur eines Jahres das Interesse für die einzelnen Hochschultypen verschoben, wobei sich allerdings über 30 Prozent der Befragten dazu noch keine Meinung bildeten. Deutlich gestiegen ist das Interesse für die **Fachhochschulen** (von 10 auf 22 Prozent). Vor dem Hintergrund, daß sich 1993 bereits 30 Prozent aller Studienanfänger für diesen Hochschultyp entschieden, obwohl die dafür u.a. relevanten Studienberechtigtenjahrgänge in der Erstbefragung dafür nur geringes Interesse äußerten und nur wenig Informationen bestanden, läßt diese Entwicklung eine in den kommenden Jahren insgesamt weiter steigende Nachfrage nach den Fachhochschulen erwarten.

8. Rückläufig ist die Absicht, ein Studium bzw. eine Ausbildung **in den alten Bundesländern aufzunehmen**. Abweichend von der Erstbefragung besteht nunmehr bereits während der Gymnasialschulzeit in zunehmendem Maße von vornherein die Absicht, das Studium in den neuen Ländern zu beginnen. In den 11. Klassen ging das Interesse an einem Studium bzw. einer Ausbildung in den alten Bundesländern sogar von 46 auf 29 Prozent zurück.

Dabei ist gerade in diesem Punkt auf die Relativität von Absichten zu verweisen:

1993 nahmen etwa 13 Prozent der Studienanfänger aus Ostdeutschland das Studium an Hochschulen der alten Bundesländer auf, obwohl von den Abiturienten 1992 noch ca. 48 Prozent bzw. von den Abiturienten 1993 ca. 33 Prozent kurz vor dem Abitur diese Absicht hatten. Angesichts der bisherigen Unterschiede zwischen Absichten und Realitäten ist deshalb in den kommenden Jahren mit einer weiter wachsenden Verbleibsquote in den neuen Bundesländern (einschließlich Ost-Berlin) zu rechnen. Diese könnte aus gegenwärtiger Sicht bis auf ca. 95 Prozent ansteigen.

Dabei sind die Unterschiede nach Bundesländern außerordentlich groß, sie haben sich innerhalb eines Jahres auch in differenzierter Weise ausgeprägt. Die Stichprobe bestätigte die Trends, die sich im Ergebnis der Abiturientenbefragungen zeigten. Damit wird signalisiert, daß sich die bisherigen unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen neuen Bundesländern vorerst fortsetzen könnten.

Vor allem in Sachsen und Thüringen ist das Interesse der Gymnasiasten an den neuen Bundesländern (zuzüglich Ost-Berlin) stark und stieg zwischen den Befragungen weiter. Dieses Interesse gilt dabei wiederum fast ausschließlich dem heimatlichen Bundesland. Dagegen waren vorerst nur 35 Prozent der befragten Stichprobe aus Mecklenburg-Vorpommern auf die neuen Bundesländer (zuzüglich Ost-Berlin) orientiert. Das gilt wider Erwarten auch für die Stichprobe aus dem Land Brandenburg, trotz der wesentlich erweiterten Studienangebote. Die befragte Stichprobe möchte zu 47 Prozent in Berlin (Ost u. West) und nur zu 19 Prozent im Land studieren (insgesamt fast 50 Prozent für die neuen Länder zuzüglich Ost-Berlin). Allerdings sind die Studienanfängerzahlen an Brandenburgs Hochschulen in den zurückliegenden Jahren fast auf das Dreifache gestiegen. Anzunehmen ist, daß die Gymnasiasten noch wenig über die erst in jüngster Zeit wesentlich erweiterten Studienmöglichkeiten im Land wissen (was angesichts der vormaligen bescheidenen Hochschullandschaft durchaus erklärbar ist) und damit erst in der „heißen“ Phase der Studienbewerbung entsprechende Informationen erhalten.

9. Teilweise erheblich verändert haben sich allerdings die **Meinungen** über das Studium in den alten bzw. neuen Bundesländern. Offensichtlich hat sich die Bewertung des Hochschulbereichs deutlich **zugunsten der neuen Länder** verbessert. Nur noch 18 Prozent sind von einem höheres Ausbildungsniveau (Erstbefragung: 37 %) und einem besser vermarktbar Studienabschluß (Erst-

befragung: 26 %) in den alten Bundesländern überzeugt. Gleichzeitig wurde von den befragten Schülern erstmalig auf mentale Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern, auf die an ostdeutschen Hochschulen vermutete qualifiziertere Betreuung und stärker als im Vorjahr auf die „Nicht-Überlast“ verwiesen.

Insgesamt belegen die Untersuchungen, daß sich einzelne Absichten bzw. Meinungen von Gymnasiasten der neuen Länder innerhalb von nur einem Jahr deutlich veränderten. Gleichzeitig zeigten sich Positionen, die bislang relativ stabil erschienen. Es bleibt zu beobachten, inwieweit dies auch in den kommenden Jahren der Fall sein wird und welche Folgerungen daraus abzuleiten wären. Aus den vorliegenden Untersuchungsbefunden ergeben sich aus gegenwärtiger Sicht folgende **Schlußfolgerungen**:

Gegenüber Ausnahmeerscheinungen und Schwankungen, denen der Hochschulzugang in den neuen Bundesländern unmittelbar nach dem Beitritt zur Bundesrepublik unterlag, deuten die Studienabsichten der Heranwachsenden in Verbindung mit den tatsächlichen Studienentscheidungen der Abiturienten auf eine vorerst relativ stetige Entwicklung des Hochschulzugangs hin. Voraussetzung dafür ist allerdings auch eine Stabilität der äußeren Bedingungen (z.B. Arbeitsmarkt).

Die bisher getroffene Annahme, daß auch in den neuen Bundesländern in den kommenden Jahren 70 bis 80 Prozent der Studienberechtigten ein Studium aufnehmen, ist als Zielstellung der Bil-

dungsplanung zur Annäherung der Lebensverhältnisse in beiden Teilen Deutschlands zu bestätigen. Dabei ist wahrscheinlich, daß die tatsächliche Entscheidung für ein Studium vorübergehend auf eine Spannbreite zwischen 65 und 75 Prozent sinkt. Diese Bandbreite berücksichtigt, daß in Anbetracht knapper Ausbildungsplätze auch ein Teil der künftigen Studienberechtigten, die gegenwärtig keine Studienabsichten hegen, „notgedrungen“ an die Hochschulen wechseln. Angesichts der erheblich steigenden Abiturientenzahlen ist auch unter diesen Bedingungen in den nächsten Jahren mit einem beträchtlich steigenden Zustrom an die Hochschulen der neuen Länder zu rechnen (200 bis 260 Prozent gegenüber 1989).

Gleichzeitig ist damit wahrscheinlich, daß ein Großteil derer, die zur Zeit „nur“ eine Berufsausbildung planen, dieses Absicht revidieren und später ein Studium beginnen. Ende der neunziger Jahre könnten damit neben dem ohnehin prognostizierten Anstieg der Studienanfängerzahlen ein zusätzlicher Ansturm auf die Hochschulen der neuen Länder einsetzen.

In den nächsten Jahren dürfte der Anteil der Studienberechtigten Ostdeutschlands, der das Studium an Hochschulen der alten Bundesländer beginnt, vermutlich sinken. Angesichts der zu erwartenden steigenden Studienanfängerzahlen (demographisch bedingt) könnten damit die absoluten Zahlen wie schon 1992 und 1993 relativ konstante Größenordnungen (ca. 4Tsd.) haben. Im Unterschied dazu ist, abgeleitet aus den bisher erkennbaren Trends, mit einer steigenden Anzahl von Studienberechtigten aus den alten Bundesländern an Hoch-

schulen der neuen Länder zu rechnen. Diese Entwicklung ist einerseits im Ergebnis der zentralen Studienplatzvergabe zu erwarten. Es bestehen aber auch Hinweise darauf, daß die relativ günstigen Studienbedingungen an ostdeutschen Hochschulen eine leicht wachsende Anziehungskraft auf Studienberechtigte aus den alten Bundesländern bekommen.

Die Untersuchung bestätigte die von der Projektgruppe Hochschulforschung für Prognosen zugrunde gelegte Annahme der rasch wachsenden Akzeptanz der Fachhochschulen. Sofern die diesbezüglich in den einzelnen neuen Bundesländern bestehenden Ausbauziele planmäßig realisiert werden, kann grundsätzlich erwartet werden, daß sich damit auch die Studienanfängerströme entsprechend entwickeln. Allerdings ist auch weiterhin mit einer sehr unterschiedlichen Nachfrage zu den einzelnen Studiengängen zu rechnen.

Trotz der nachweislichen Unterschiede zwischen Studienfachwahl und ursprünglichen Studienwünschen, offenbar im Ergebnis eher pragmatischer Aspekte und Zwänge, ist auch in den kommenden Jahren damit zu rechnen, daß sich ostdeutsche Studienanfänger etwas anders als westdeutsche nach Studien-

fächern entscheiden. In den Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften könnten die Nachfrage noch weiter steigen, während die für Ingenieurwissenschaften und Lehramtsstudiengängen voraussichtlich weiter rückläufig sein wird. Ausgehend von bisherigen Zyklen in der Nachfrage nach bestimmten Studiengängen ist allerdings sehr fraglich, ob diese Entwicklung beständig ist. Ende der neunziger Jahre wäre auch eine Umkehr der Trends denkbar.

Der Anteil der Frauen unter den Studienanfängern aus den neuen Bundesländern wird in den kommenden Jahren wahrscheinlich ständig deutlich mehr als 50 Prozent betragen. Bereits 1992 und 1993 waren mehr als die Hälfte aller Studienanfänger Frauen, obwohl sich bei diesen Jahrgängen der freie Zugang zur gymnasialen Oberstufe noch kaum auswirkte. Es sollte deshalb unbedingt dafür Sorge getragen werden, daß diese hohe Bildungswilligkeit der Frauen genutzt und erhalten bleibt, indem auch die Studienbedingungen auf diesen hohen Frauenanteil zugeschnitten werden.

Irene Lischka, Dr., ist Mitarbeiterin der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst

Ronald Freytag (Berlin):

Studenten - eine konfliktfreie Gemeinschaft? Zu einigen psychologischen Wurzeln der basisdemokratischen Studentenräte-Bewegung an ostdeutschen Hochschulen

„Vergangenheitsbewältigung“ ist eine Forderung der Stunde. Doch sooft sie erhoben wird, sooft findet sich ein erhobener Zeigefinger gegen die Verwendung des Terminus. Mit manchmal schwer verständlicher Inbrunst wird die „Bewältigung“ als das Etikett des irgendwie falschen Umgangs mit unserer Geschichte gebrandmarkt, und meist zugleich die „Aufarbeitung“ als das Etikett für die bessere Art gepriesen. Mir persönlich ist die moralische Entrüstung gegen die Bewältigung immer ein wenig schleierhaft geblieben, obgleich ich freilich kaum an der Redlichkeit der Entrüsteten zweifeln mochte. Und doch geht der Streit um das passende verbale Label in die falsche Richtung. Definitiv sollte sich die Diskussion nicht um die Worte, sondern um die hinter ihnen stehenden begrifflichen Konzepte drehen. Dann könnte sich zum Beispiel schnell herausstellen, daß die Bewältigung auf die Bearbeitung der emotionalen Widerstände zielt, die sich einer konsequenten Aufarbeitung entgegenstellen. So gesehen wird das eine so wichtig wie das andere.

Das gilt insbesondere für den selbstkritischen Umgang mit der eigenen sozialen Identität, und das wird auch sichtbar an der publizistischen Behandlung der DDR. Während Texte, die eine beliebige Fremdgruppe mehr oder weniger sach-

lich einer kritischen Wertung unterziehen, ganze Bibliotheken füllen, bleibt der kritische Umgang mit der eigenen sozialen Gruppe die Ausnahme. Es ist offensichtlich zu schmerzhaft, wenn auf der Suche nach den Ursachen, den „Schuldigen“ für Fehlentwicklungen in der Vergangenheit ganz plötzlich eine sehr unerwarteter Fund gemacht wird: das WIR. Bis wir gelernt haben werden, auch mit solchen Erkenntnissen offen umzugehen, wird noch eine Menge Arbeit zu verrichten sein: Aufarbeitung und Bewältigung.

Das genannte Manko gilt auch für das Thema Studenten in der DDR. Und es gilt für das Buch „Kinder des Systems“ von Malte Sieber und Ronald Freytag, das 1993 im Morgenbuch Verlag Berlin erschienen ist. Dabei stellte sich gerade dieses Buch das Ziel, neben der Dokumentation der Rolle der Studenten auch Wurzeln für deren Verhalten in der Wende aufzuzeigen. Aber so sehr sich der Band auch um Objektivität bemüht, er erliegt schließlich doch dem Rechtfertigungszwang der Idee, der sich die beiden Autoren gemeinsam mit der ersten „Wendegeneration“ von politisch aktiven Studenten verschrieben hatten: der Idee von basisdemokratisch organisierten, von der Basis getragenen und politisch wirksamen Studentenräten. Das ist vielleicht verständlich, doch es ver-

Anmerkung:

¹ Die Dopplung der Jahrgänge ergibt sich aus der zwölf- bzw. dreizehnjährigen Schuldauer bis zum Abitur in den einzelnen neuen Bundesländern.

baut den Weg zu der Erkenntnis, daß das Scheitern dieser ursprünglichen Studentenrats-Konzeption nicht nur folgerichtig und vorhersehbar war, sondern vor allem begrüßenswert. Das soll im folgenden begründet werden.

Niemand, der in der Zeit des Umbruchs an einer der Hochschulen der DDR politisch aktiv war, konnte übersehen, daß unter den studentischen Bewegungen ein politisches Modell eindeutig bevorzugt wurde: An allen Einrichtungen wurden Studentenräte gegründet. Dieses Geschehen ist uns so geläufig, daß wir leicht geneigt sind, es für trivial zu halten. Das ist es jedoch keinesfalls. Denn Alternativen dazu waren durchaus bekannt. Studentenvereine, gewerkschaftlich organisierte Gruppen, Studentebünde u. a. Modelle wurden in den frühen Tagen des Umbruchs (September und Oktober 89) gleichberechtigt mitdiskutiert und zum Teil auch realisiert (vgl. PASTERNAK, 1992, S. 24f). Doch ihr Einfluß auf die Wende an den Hochschulen und für die Zeit unmittelbar danach ist sehr unwesentlich geblieben¹. Warum also haben sich auf Dauer keine studentischen Gewerkschaften gebildet, warum gibt es keinen originär ostdeutschen Studentenbund von Bedeutung, vor allem aber: warum wurden die studentischen Interessen nirgends in der Ex-DDR nach den Prinzipien der parlamentarischen Demokratie organisiert? Da eine zufällige Häufung der Räte-Idee bei etwa 50 verschiedenen Hochschulen höchst unwahrscheinlich ist, muß es Kräfte gegeben haben, die das Modell Studentenrat gegenüber den anderen Modellen massiv bevorzugen. Es lohnt sich auch heute noch, über diese Kräfte nachzudenken.

Rückblickend fällt zunächst auf, daß die faktische Bedeutungslosigkeit von Alternativen zum Studentenrat für die damaligen politischen Aktivisten, also auch für den Autor dieses Textes, fast keine Rolle spielte. Wurde sie überhaupt zur Kenntnis genommen, dann allenfalls als (für überflüssig gehaltene) Rechtfertigung des Konzepts „Studentenrat“. Diese etwas selbstgerechte Haltung kommt z. B. in einem Grundsatztext „zum Selbstverständnis der Studentenräte“ zum Ausdruck², der vom StuRa-Kongreß in Dresden 1990 ohne nennenswerte Debatte angenommen wurde (vgl. dazu UNAUFGEFORDERT, die Studentenzeitung der Berliner Humboldt-Universität, 1990, Nr. 11, S. 6). M. SIEBER, damals Sprecher des StuRa der Humboldt-Universität, bezeichnete auf der Studentendemo am 17. November 1989 auf dem Bebel-Platz in Berlin das Rätensystem als ein Modell, das sogar über die Grenzen der Hochschulen hinaus allgemeine politische Bedeutung gewinnen könnte und drückte damit sicher die Hoffnung der Mehrheit seiner Mitstreiter aus.

In starkem Kontrast zu diesem dezidiert zur Schau getragenen Selbstbewußtsein entwickelte sich das gepriesene Modell jedoch in entgegengesetzte Richtung. Die Beteiligung an Gremien der studentischen Selbstverwaltung sank in erheblichem Maße, mühsam ertrotzte studentische Sitze in akademischen Gremien blieben unbesetzt, und selbst bei der Wahlbeteiligung wurde der anfangs so gering geschätzte Durchschnittswert westlicher Unis sehr bald zum Regelfall.

Heute fällt das konkrete Bild von Hochschule zu Hochschule verschieden aus.

Während z.B. an der Humboldt-Uni der Studentenrat endgültig verschwunden ist, haben sich an anderen Einrichtungen Ratsstrukturen fest etabliert. Zum Teil sind Studentenräte in den Landeshochschulgesetzen als Interessenvertreter verankert.

Doch auch wenn immer wieder einzelne engagierte Kommilitonen für die studentischen Interessen eintreten, ist von den selbstbewußten Vorstellungen einer *neuen politischen Kultur auf breiter Basis* praktisch keine Rede mehr, und nur von diesem Abschied ist die Rede in diesem Beitrag. Es kann kein Zweifel bestehen, daß sich aus dieser Sicht unsere damaligen Annahmen nicht nur als falsch, sondern als in fast grotesker Weise wirklichkeitsfern herausgestellt haben.

Diese Kombination, die fast zwanghafte Installation von Räten in allen Hochschulen und die praktische Bedeutungslosigkeit dieser Räte kurze Zeit später, bedarf einer Erklärung. Es scheint fast, als seien wir damals „ferngesteuert“ gewesen, nicht wirklich fähig, die Vor- und Nachteile aller uns immerhin bekannten Alternativen zu durchdenken. Der Gedanke drängt sich auf, daß wir stärker noch, als wir es uns je bewußt waren, in einem System von Ideen gesteckt haben, das eine Alternative zum Rätensystem kognitiv (und vielleicht auch emotional) einfach nicht zuließ.

Die Frage, warum es zu einer solchen Bevorzugung der Räteidee gekommen war, ist verschiedentlich gestellt, insgesamt jedoch eher am Rande behandelt worden (vgl. z.B. FÜLLER, 1991, S. 60 ff, PASTERNAK, 1992, S. 24 f). Bei SIEBER/FREYTAG (1993) werden

mehrere Antworten gegeben:

- die Bekanntschaft der Studenten mit dem Rätensystem und dessen Faszinationskraft der „direkten Vertretung“ ohne Umwege über politische Gruppierungen (S. 130 f),
- Ideologiemüdigkeit (S. 136),
- der Zwang zur Abgrenzung gleichzeitig von der FDJ wie von der „Deutschland einig Vaterland“ skandierenden Menge (S. 208 f).

Obwohl damit sicher einige relevante Punkte angesprochen sind, kann der Erklärungswert der Argumente noch nicht voll befriedigen. Denn Demokratiedefizit und die Abgrenzung von den Strukturen der alten staatsnahen Organisationen mußten nicht zwangsläufig zur Bildung von Rätensystemen führen, und die Ideologiemüdigkeit schlug nur zu schnell in generelle Politikmüdigkeit um. Und die Bekanntschaft mit dem Rätensystem war für die Mehrheit der Studenten eher theoretisch und bar jeder praktischen Erfahrung.

Daher soll jetzt ein weiteres Argument hinzugefügt werden, für das ein kurzer Ausflug in die politische Ideengeschichte Deutschlands von Nutzen ist (von KROCKOW, 1990, besonders S. 57 ff).

Als zeitlichen Ausgangspunkt wählen wir in etwa das sog. Wilhelminische Zeitalter, also die Regentschaft Wilhelms II. von 1888 bis 1918. In dieser Phase lag der bekannte Widerspruch zwischen der wirtschaftlich kapitalistischen Entwicklung und der politisch monarchistischen Staatsform im Deutschland in voller Klarheit zutage. Das deutsche Bürgertum, ökonomisch stark und aufstrebend, ist politisch eher machtlos und hat nicht das notwendige Selbstwertgefühl, an dieser

Ohnmacht etwas zu ändern. Typisch für diese Situation ist nicht nur das fehlende bürgerliche Selbstbewußtsein, sondern ein ausgeprägter bürgerlicher Selbsthaß, die Sehnsucht nach Aristokratie (des Blutes, des Geistes), Loyalität gegenüber dem Kaiserreich, Nationalismus und Verachtung der bürgerlichen Demokratie an dessen Stelle. Verachtung der bürgerlichen Demokratie heißt dabei immer auch Ablehnung und Verachtung der Staaten, die diese repräsentieren: besonders Frankreichs und Englands, aber auch der USA.

Gegen die Träger dieser Geisteshaltung gibt es zwar eine romantisch gefärbte Protestbewegung der Jugend, doch auch in dieser finden sich kaum demokratische Konzepte, sondern nebulöse Naturmystizismen. Ihren Ausdruck finden die Kritiker dieser Zeit vielmehr in einem Buch Ferdinand TÖNNIES (1887). Es trifft den Nerv der Zeit, weil es die verschwommenen Vorstellungen irgendwie zu bündeln scheint und in den Gegensatz Gemeinschaft vs. Gesellschaft gießt. Gemeinschaft, das meint einen „lebendigen Organismus“, das Natürliche, wogegen Gesellschaft eine „ideelle und mechanische Bindung“ darstellt, mithin das Künstliche, Artifizielle. Gesellschaft, das ist die bürgerliche Gesellschaft französisch-englischer Prägung, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, oder, um es negativistisch zu sagen, Habsucht, Egoismus, Individualismus. Gemeinschaft, das ist Einer für Alle, Alle für Einen, das ist eine heere Idee, an deren Verwirklichung alle solidarisch mitwirken, das ist später eine der Wurzeln für „ein Volk, ein Reich, ein Führer“. Wenigstens bezüglich der Haltung zur bürgerlichen Freiheit und In-

dividualität findet sich also im Grunde die gleiche ablehnende Attitüde bei Kritikern wie Kritisierten in der Ära des frühen Nationalstaates. (Alles viel differenzierter bei KROCKOW, 1992, S. 34 ff.)

Dieses Element der Mißachtung bürgerlicher Grundwerte ist gewiß konstituierend für das deutsche Nationalgebilde Bismarckscher Prägung schlechthin. Dabei bestand diese Affinität zur (etwas später) monolithischen Volksgemeinschaft sicher bei den ostelbischen Junkern, überhaupt bei den nationalstaatlich orientierten Preußen viel ausgeprägter, als das bei den eigenstaatlich orientierten, katholischen Großbourgeois des deutschen Westens der Fall war. Nur deshalb, so eine These von TORGAU (1986), kam es zur Teilung Deutschlands: Nach dem Krieg wurde der uniformstrebige (im bildlichen und abstrakten Sinne) Osten gekappt und die antiwestliche Geisteshaltung im Rest des Landes langsam geändert. Wenn auch das bürgerlich-demokratische Denken in der alten Bundesrepublik nur langsam Einzug hielt, so war doch immerhin eine Bewegung erkennbar. HABERMAS hat diese Anbindung an die westlichen Denktraditionen als einen „tiefgreifenden intellektuellen Bruch“ bezeichnet (1993, S. 3) und als Grundlage für eine zumindest teilweise Demokratisierung der Bundesrepublik gewürdigt.

Im Osten dagegen blieb das Denken noch viel stärker den alten Wurzeln verhaftet (GREIFFENHAGEN & GREIFFENHAGEN, 1994). Mehr noch, als es den Ex-DDR-Bürgern allgemein bewußt ist, war die Geisteshaltung in der DDR von der romantisch-preußischen Erbschaft beeinflusst. Zwar wurden ein paar Symbole mit großer Geste beseitigt

(z. B. Friedrich der Große von Unter den Linden entfernt), doch auch das geschah nur zeitweise. Mit der Renaissance des Preußentums in der Mitte der siebziger Jahren (DEMPS, 1994, S. 47) wurde nur ideologisch nachvollzogen, was realpolitisch nie aufgehört hatte zu existieren: Mit dem zentralistischen Obrigkeitsstaat, mit dem politischen System des „demokratischen Zentralismus“ war nichts anderes entstanden als eine neue Spielart des alten, antiwestlichen Gegenentwurfes. Mit anderem Hintergrund, das ist klar, und auch mit einem neuen System von Utopien, das sich zum Bsp. vom räumlichen Expansionsstreben grundsätzlich verabschiedete. Und doch will mir scheinen, daß die Ostdeutschen, die Preußen, die späteren DDR-Bürger viel von der Einheits-Geisteshaltung, die die DDR ausmachte, bereits in sich trugen. Nicht mehr Führer befiehl, wir folgen, sondern Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist - nur ja keine Konkurrenz der Ideen. Nicht mehr Volksgemeinschaft, sondern das Kollektiv - nur nicht das Individuum. Das politische System der DDR basierte zu einem bestimmten Teil auch auf dem Hang zur Uniformität und konservierte ihn, und die späteren Generationen bekamen diese Haltung mit dem DDR-Einheitsbabybrei „Milasan“ buchstäblich zu schlucken.

Gemeinschaft gegen Gesellschaft - die alten Ressentiments bekamen einen neuen, antikapitalistischen Anstrich und waren doch im Kern die selben.

Diese Haltung wurde auch viel weniger attackiert, als man vermuten könnte, weder 1953 noch 1989. Zwar gehörte Unzufriedenheit mit dem und Kritik am „System“ immer zur DDR. Aber diese

Kritik bezog das herrschende Uniformitätsprinzip nicht ein. Typisch war z. B. die Kritik an der schlechten materiellen Versorgung oder an den Reisebeschränkungen. An Platz Eins der politischen Unzufriedenheiten stand die katastrophale Informationspolitik der SED, die aber gleichsam als Reflex der gesamten Unzufriedenheiten gesehen werden muß. Kritik daran, daß man keine politische Partei gründen durfte, war dagegen nur höchst selten im Alltag zu hören, und das lag sicher nicht allein daran, daß die Gründung einer Partei kein alltägliches Unterfangen ist.

Die Studenten freilich, um langsam wieder auf unser eigentliches Thema zurückzukommen, dürfen immerhin für sich reklamieren, im letzten möglichen Moment diese apolitische Kritik hinter sich gelassen zu haben. Doch auch viele Studenten hatten so viel Milasan-Einheitsbrei geschluckt, daß ihr Blick verkleistert war. So ergab sich aus der Unzufriedenheit mit dem antidemokratischen System der DDR(-Hochschulen), aus der zeitweiligen Erfahrung politischer Aktivität einer breiten Basis und aus unserer schleichend eingelöffelten antiwestlichen Haltung eine besondere Mischung. Sie verhinderte das eindeutige politische Bekenntnis zum System der parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung, und setzte ein verquastes Modell der „Gemeinschaft“, das im Grunde hinter der Klarheit und Logik und der Menschenkenntnis der Französischen Revolution hinterher hinkte, an seine Stelle. Statt der Konkurrenz politischer Ideen wurde die Konkurrenz der Führungspersönlichkeiten ins Zentrum gerückt. Der Klügste, der Durchsetzungsfähigste, der Demokratischste, der dazu

vielleicht noch am besten reden könnte, der sollte der Chef sein. Weil das aber irgendwie nicht gut klang, durfte er sich nur Sprecher nennen und nur sprechen, was *die Basis* dachte.

Wie die Basis zu einer einheitlichen Meinung kommen sollte, war uns unklar und - wenn wir ehrlich sind - auch ziemlich egal. Wir waren schließlich alle Studenten und sollten damit per definitionem die gleichen Interessen und Ziele haben. Im Namen der Demokratie und ganz ehrlich von der Richtigkeit unseres Weges überzeugt, negierten wir die wichtigste mentale Voraussetzung demokratischer Politik: die Anerkennung der Existenz von nicht endgültig vermittelbaren Konflikten. Statt diesen Konflikten ein Forum zu schaffen, das ihre Lösung unter Minimierung der Ungerechtigkeit gegenüber den Unterlegenen ermöglicht, schufen wir ein System, das gruppeninterne Konflikte praktisch außer acht ließ und sie damit (da sie ja doch existieren) einer fast zufälligen Lösung zuführen mußte: ein System, das Machtmißbrauch durch Informationsmonopol einiger weniger, Kungeleien, Undurchsichtigkeit der Ziele und Motive der studentischen „Politiker“ usw. usf. in weitestmöglicher Weise hervorbringen mußte, als dies beim System der parlamentarischen Demokratie ohnehin schon der Fall ist. Wir erfanden eine neue Gemeinschaft statt endlich eine Gesellschaft aufzubauen. Mit einem Wort: Wir schufen den Studentenrat.

Damit ist der Stab gebrochen. Der Studentenrat, der nicht zuletzt auch meine eigene Hoffnung auf eine demokratische Erneuerung an der Humboldt-Uni verkörperte, war eine verquaste, nicht zu Ende gedachte, in allerletzter Konse-

quenz vielleicht sogar reaktionäre Alternative. Eine Alternative, die sich uns aufdrängen mußte, weil wir überhaupt nicht begriffen hatten, wie sehr unser Denken durch die letzten 100 - und nicht nur durch die letzten 40 - Jahre geprägt war. Auch deshalb, davon bin ich überzeugt, gab es nirgends den ernsthaften Versuch, etwas anderes als Räte zu installieren. Unsere Wurzeln (Preußentum, Gemeinschaft statt Gesellschaft, die soziale Erziehung zu Solidarität und Unterordnung, die antiwestliche politische Schulung) und unsere kurzen aber eindrucksvollen Wenderfahrungen von wachen, politisch aktiven Bürgern fügten sich zu einer unheilvollen Brühe. Diese erschien uns als Zaubertrank gegen die objektiven Schwächen der parlamentarischen Demokratie geeignet, doch in Wahrheit war sie nicht mehr als der 17. Aufguß eines untauglichen Gegenmittels zu Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit³.

Noch einmal sei am Abschluß betont, daß hier nur ein Argument zu bereits genannten hinzugefügt wurde. Man möge aus diesem Text bitte nicht ableiten, die Studentenräte seien als eine in letzter Konsequenz reaktionäre Alternative konzipiert worden. Doch es scheint mir gleichermaßen, daß der in vielen Beiträgen ungebrochen zur Schau gestellte Stolz auf die politische Struktur der Studentenschaft an den Hochschulen der neuen Bundesländer einer objektiven Betrachtung nicht standhält.

Ronald Freytag, Dipl.-Psych., war Mitbegründer des Studentenrates der Humboldt-Universität und hat 1993 zusammen mit Malte Sieber das Buch "Kinder des Systems. DDR-Studenten vor im und nach dem Herbst '89" (Morgenbuch Verlag Berlin) veröffentlicht.

Anmerkungen

¹ Erst in den letzten ein bis zwei Jahren hat sich dieses Bild langsam gewandelt, insbesondere an den großen Unis der neuen Bundesländer. Hier gibt es einen Trend zu einer Studentenvertretung nach parlamentarischen Prinzipien. Doch diese Entwicklung ist nicht Thema dieses Artikels.

² Es sei nicht verschwiegen, daß der Autor dieses Beitrags damals nicht unerheblichen Anteil an der Formulierung dieser „Grundsätze“ hatte, die sich heute ein wenig ignorant und lebensfremd lesen.

³ Das heißt natürlich nicht, daß es keine Kritik an F., G., B. geben darf. Nur - diese Kritik muß ganz anders geführt werden: vor allem global. Es ist nicht der Thema dieses Beitrags, diese Kritik zu leisten. Doch daß gerade das Räteystem *global* eine Alternative zur parlamentarischen Demokratie darstellt, darf sicher bezweifelt werden.

Literatur

1. DEMPS, Laurenz (1994) „Brandenburg als Stammland Preußens“, in: M. GREIFFENHAGEN, H. TIEMANN & H.-G. WEHLING „Die neuen Bundesländer“, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart Berlin Köln, S. 47-56
2. FÜLLER, Christian (1991) „Die Rolle der Studierenden beim Umbruch in den DDR-Universitäten 1989-90“, unveröffentl. Diplomarbeit, Freie Universität Berlin
3. GREIFFENHAGEN, Martin & GREIFFENHAGEN, Sylvia (1994) „Die ehemalige DDR als das 'deutschere' Deutschland?“, in: M. GREIFFENHAGEN, H. TIEMANN & H.-G. WEHLING „Die neuen Bundesländer“, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart Berlin Köln, S. 9-27
4. HABERMAS, Jürgen (1993) „Die Festung Europa und das neue Deutschland“, in: *Die Zeit*, 28.5.93
5. PASTERNAK, Peer (1992) „Studentisches Bewegtsein in der DDR/Ostdeutschland 1989/90“, in: *hochschule ost*, Leipzig, Vol. 8/92, S. 22-31
6. SIEBER, Malte & FREYTAG, Ronald (1993) „Kinder des Systems. DDR-Studenten vor, im und nach dem Herbst '89“, Morgenbuch Verlag, Berlin
7. TÖNNIES, Ferdinand (1887) „Gemeinschaft und Gesellschaft - Grundbegriffe der reinen Soziologie“, Berlin, zitiert nach von KROCKOW (1990), S. 391
8. TORGAU, Dieter (1986) „Tempelbau zu Bonn“, Frankfurt a. M.
9. von KROCKOW, Christian (1990) „Die Deutschen in ihrem Jahrhundert 1890 - 1990“, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg

thomas molck (Düsseldorf):

Über die Zusammenarbeit der StudentInnenschaften in Deutschland bis 1993

Die Zusammenarbeit der StudentInnenschaften an den Universitäten Westdeutschlands fand bis 1975 im Verband deutscher Studentenschaften (VDS) statt. Die Anfang der 70er Jahre neu gegründeten Fachhochschulen arbeiteten zunächst im Studentenverband der Ingenieur-Studenten (SVI) zusammen. 1975 schlossen sich VDS und SVI zu den *vereinigten deutschen studentenschaften* - später studentInnenschaften - (vds) zusammen. Aber in den 70er Jahren prägte nicht nur das formale Zusammengehen von StudentInnenschaften an Fachhochschulen und Universitäten die bundesweite Zusammenarbeit. Vielmehr wandelte sich die VDS am Anfang der 70er Jahre von einer ehernational-konservativen, ständischen Interessenvertretung der Elite, die studieren konnte, zu einem politischen Zusammenschluß, der die Arbeit an den Hochschulen als Teil der revolutionären Veränderung der Gesellschaft verstand.

Dabei bildeten sich verschiedene linke politische Strömungen heraus, die die Politik der vds bis zu ihrem Untergang bestimmten: MarxistInnen, linke SozialdemokratInnen, undogmatische, linke Basisgruppen und Unabhängige, die sich keiner Strömung zuordnen wollten und so über die Jahre selbst zu einer wurde. Doch die an Strömungen orientierte Politik entsprach am Ende der 80er

Jahre lange nicht mehr der Situation in vielen StudentInnenschaften. Gerade in den Fachschaften, an den Fachhochschulen und an kleineren Universitäten gab es kaum noch derart ausgeprägte Strömungen.

„Die vereinigten deutschen studentInnenschaften boten zwar noch den Namen für verschiedene bundesweite Initiativen wie den Projektbereich Fachhochschulen, das BundessozialreferentInnen-Treffen, einige Fachschaftstagungen und andere. Die Gemeinsamkeit all dieser Projekte bestand allerdings darin, daß sie relativ unabhängig von dem Verband vds arbeiteten.

Eine Zusammenarbeit aller war in dieser Struktur offensichtlich nicht möglich, für die bestehenden Zusammenhänge wurde sie immer mehr zum Hemmnis, für die Mehrheit der ASTen und USTen war sie zumindest intransparent, für viele war sie ärgerlich und die StuRä's wurden schon auf der ersten vds-mitgliederversammlung, die sie erleben 'durften', ignorant links liegen gelassen. So mußte dieser Verband sterben.“¹

Die letzten Mitgliederversammlungen der vds waren geprägt von diesen Widersprüchen. Vieles wirkte wie ein „formal erstarrtes Ritual“.² Es wurde auf eine

denkbar einfache Weise beendet: Die letzte Mitgliederversammlung im Mai 1990 in Trier wurde vertagt, aber bis heute nicht fortgesetzt.

Trotzdem spielen die vds bis heute eine Rolle in den Diskussionen um eine bundesweite Zusammenarbeit der StudentInnenschaften. Alle, die die vds noch miterlebt hatten, entwickelten natürlich Erklärungsmodelle, warum die vds gescheitert ist, und brachten diese in die Diskussionen um neue Formen der Zusammenarbeit ein. So wurde es zu einem geflügelten Ausdruck der Ablehnung neuer Ideen zu sagen, das ginge nicht, denn daran seien die vds schon gescheitert. Eine gemeinsame Reflexion des Scheiterns der Zusammenarbeit in den vds gibt es allerdings bis heute nicht.

In der DDR entwickelten sich zu dieser Zeit neue, eigene Strukturen der Zusammenarbeit. Nach den Umbrüchen des Herbst '89 hatten sich dort StudentInnenräte als unabhängige Alternative zur FDJ gebildet, der zuvor die studentische Interessenvertretung an den DDR-Hochschulen zugeordnet war. Die Stu-

dentInnenräte in der DDR bildeten im April 1990 die *Konferenz der StudentInnenräte der DDR (KdS)* und wählten einen Republiksprecherrat, der die Vertretung der StudentInnenräte wahrnehmen sollte. Ihre Arbeit war sehr basisorientiert und an rätedemokratischen Modellen orientiert: Die gewählten VertreterInnen der Fachschaften bildeten den StudentInnenrat und die Konferenz der StudentInnenräte wählte den Republiksprecherrat.

Dabei war die republikweite Arbeit ebenso wie die Arbeit der einzelnen StudentInnenräte in dieser Zeit geprägt von den Auswirkungen der politischen Umbrüche in der DDR auf die Hochschulen und vor allem auf die soziale Lage der StudentInnen. Daher war die Ausbildungsförderung, Wohnheimversorgung, etc. - neben dem Kampf um Anerkennung als legitime studentische Vertretung - wesentlicher Teil ihrer Aktivitäten, die insgesamt weitgehend auf Hochschul- und Sozialpolitik begrenzt blieben. Aufgrund der Erfahrung politischer Vereinahmung durch die FDJ wollten die StudentInnenräte jetzt 'Politik' möglichst draußen halten.

1990 - Nix wächst zusammen

Die erste Ost-West-Begegnung der StudentInnenschaften fand während der vorletzten vds-Mitgliederversammlung im März 1990 in Bochum statt. Der Republiksprecherrat war angereist, um Kontakt aufzunehmen, wurde aber von fast niemandem wahrgenommen. Lediglich am Rande der Mitgliederversammlung gab es ein spontanes Treffen zwischen ihm und einigen West-StudentInnenchaftsvertreterInnen. Zwei Monate spä-

ter fand dann die schon erwähnte, letzte Mitgliederversammlung der vds in Trier statt, und danach war die vds tot.

Die StudentInnenschaften in West und Ost reagierten auf dieses Ende sehr unterschiedlich, und damit entstand die wohl vielfältigste Landschaft von Zusammenschlüssen und Gruppen, welche auf der Bundesebene zusammenarbeiteten, die es in Deutschland je gege-

ben hat. Am weitesten gingen die ostdeutschen StudentInnenräte und die (westdeutschen) Fachhochschulen. Im Oktober 1990 wurde von Fachhochschul-ASten ein eigener Dachverband gegründet, und die StudentInnenräte 'öffneter' die - mittlerweile in *Konferenz der StudentInnenschaften* umbenannte - KdS für StudentInnenschaften aus Westdeutschland.

Die Fachhochschulen hatten schon zu vds-Zeiten in einem eigenen Projektbereich gut zusammengearbeitet - unabhängig und kritisch gegenüber der strömungsgesteuerten vds-Zentrale - und wollten ihr Forum nicht aufgeben. Sieben Fachhochschulen gründeten daher die *Freie Konferenz der StudentInnenenschaften an Fachhochschulen* (FKS), und bald kamen weitere dazu. Am Anfang arbeitete die FKS vor allem weiter an fachhochschulspezifischen Themen wie Praxissemester, Studien- und Prüfungsbedingungen an Fachhochschulen, Anerkennung der FH-Diplome in der EG, etc. Sie formulierte allerdings auch von Anfang an das Ziel, wieder zu einem gemeinsamen Dachverband zu kommen, ging jedoch davon aus, daß der Prozeß dahin einige Jahre in Anspruch nehmen würde.

Nicht so die ostdeutschen StudentInnenräte. Sie beschlossen, die KdS zu öffnen in „*der für Ostdeutsche durchaus selbstwertgefühlssteigernden Faszination, das Beitrittsgebiet umkehren zu können*“.³ Allerdings trat keine westdeutsche StudentInnenschaft bei. Die Juso-Hochschulgruppen liebäugelten damit, was andere ebenso mißtrauisch machte wie die immer noch distanziert bis ablehnende Haltung der KdS zum (allgemein-)politischen Mandat. Dane-

ben hatte viele das Angebot als solches gar nicht wahrgenommen. Inhaltlich war die Arbeit der KdS zu dieser Zeit freilich auch hauptsächlich von spezifisch ostdeutschen Fragen geprägt, vor allem von der sogenannten 'Abwicklung' größerer Teile des ostdeutschen Wissenschafts- und Hochschulbetriebes.

Acht ASten, die zum größeren Teil aus dem Spektrum der Juso-Hochschulgruppen kamen, gründeten ebenfalls im Oktober 1990 das *Büro der ASten und StudentInnenräte* (BAS). Auch diesem Projekt gegenüber gab es ein großes Mißtrauen aufgrund der Juso-Dominanz, wengleich das BAS sich zunächst nur als Informationsbüro verstand, das Infos sammeln und regelmäßig an alle verschicken sollte. Der Name war ohnehin eine Anmaßung, da bis zur Auflösung (1994) kein einziger StudentInnenrat dem BAS beitrug.

Ein übergreifender offener Diskurs zum weiteren Vorgehen fand zu dieser Zeit allerdings nur begrenzt statt. Im Sommer war allen klar geworden, daß mit der vds nichts mehr zu machen sein würde, und viele richteten sich darauf ein, ohne Dachverband weiterzuarbeiten. Die alten 'Strömungen' lösten sich mehr und mehr auf. Links-alternative ASten, die vorher teilweise bei den Basisgruppen oder den Unabhängigen aktiv waren, hatten schon im März den *Haufen* gegründet, der weiterhin bundesweite Zusammenarbeit aus einer links-alternativen Perspektive - allerdings mit deutlich abnehmender TeilnehmerInnenzahl - diskutierte. Der *Marxistische StudentInnenbund Spartakus* (MSB) - eine der dominierenden Kräfte in der alten vds - löste sich im Juni 1990 auf. Seine Aktiven arbeiteten

noch eine Zeitlang in losen Zusammenschlüssen weiter, was allerdings spätestens zu dem Zeitpunkt aufhörte, an dem seine letzten Mitglieder ihr Studium beendet hatten. Der *Sozialistische Hochschulbund* (SHB) trat immer weniger in Erscheinung und ist mittlerweile ebenfalls aufgelöst, und auch die Aktivitäten der Juso-Hochschulgruppen ging zurück.

Einzelne VertreterInnen von FKS, KdS, BAS sowie einzelnen ASten trafen sich zwar immer wieder bei den verschiedenen Mitgliederversammlungen und anderen Treffen, eine breite Diskussion über neue Wege der Zusammenarbeit gab es jedoch kaum.

Im Dezember 1990 fand dann in Bremen das *Bundes-ASten-USten-StuRä-Treffen* (BAST) statt. Das Treffen war noch auf der letzten vds-Mitgliederversammlung in Trier vereinbart worden, hatten dann allerdings keinen Bezug mehr zur vds. Zunächst wurde über die adäquate Beteiligung von Frauen diskutiert, nachdem das Frauenplenum die Hälfte aller Stimmen eingefordert hatte. Die Dis-

kussion wurde beendet durch die Entscheidung, über gar nichts abzustimmen. Darüber hinaus gab es einige kleine Arbeitsgruppen zu inhaltlichen Themen (Soziales, Studienreform, ...) und eine große zu den weiteren Strukturen bundesweiter Zusammenarbeit, in der es allerdings keine Annäherungen sondern hauptsächlich Wiederholungen alter Argumente gab.

Die Stimmung auf dem BAST war davon geprägt, daß die alten Tagungsstrukturen der vds über Bord geworfen worden waren, die Menschen aber noch nicht anders diskutierten, als vorher in den vds. Das wirkte gerade auf StudentInnen, die zum ersten Mal auf ein bundesweites Treffen kamen, ziemlich abschreckend, und die meisten von ihnen ließen sich danach auf derartigen Treffen nicht mehr blicken. Am Ende des BAST wurde vereinbart, daß ein Frauenrat, in den jede Hochschule eine Frau entsenden sollte, ein weiteres Treffen vorbereiten sollte. Zu einem weiteren Treffen kam es dann allerdings nicht mehr.

1991/92 - Bundesweite Auseinandersetzung

Die Zeit der 'großen Treffen', zu denen noch einige Hundert Leute anreisten, war Anfang 1991 vorbei. In den verschiedensten Zusammenhängen fand in Teilbereichen eine überörtliche Zusammenarbeit statt, aber nirgendwo mit allen gemeinsam.

In den meisten westlichen Bundesländern arbeiteten die ASten und USten in *Landesastentreffen oder -konferenzen* (LAT's oder LAK's) weiterhin relativ gut zusammen. Gerade hochschulpolitisch

erscheint die Politik des eigenen Landes ja auch als erheblich wichtiger als jene auf Bundesebene. Insofern beschäftigten sich in den LAT's und den LAK's die ASten und USten weiterhin mit der Hochschulpolitik in ihrem Land wie auch teilweise mit weitergehenden politischen Themen. In Ostdeutschland wurden gleichfalls einzelne *LandessprecherInnenräte* gebildet.

Da die Arbeit in den LAT's und LAK's vielen immer noch relativ produktiv er-

schien, gab es die Idee, davon ausgehend auch eine bundesweite Struktur zu schaffen: einen *Bundes-ASten-USten-StuRä-Ausschuß* (BAUSA), in dem sich Delegierte der LAT's und der LAK's treffen. Der BAUSA sollte dabei aber natürlich trotzdem offen für alle sein. In keinem LAT und in keiner LAK wurden allerdings BAUSA-VertreterInnen gewählt. Trotzdem gab es drei Treffen, auf denen an bundesweiter Zusammenarbeit Interessierte zusammenkamen, die nach den damaligen Prinzipien von Landesaistentreffen und -konferenzen organisiert wurden: Es gab keine Koordination, auf jedem Treffen wurde der Termin und der Ort für das Nächste festgelegt, Einladung und Vorbereitung übernahm der jeweils gastgebende AStA. Auf diese Weise fanden 1991 drei Treffen des BAUSA statt. Vor allem wurde dabei viel in inhaltlichen Arbeitsgruppen diskutiert.

Zu den ersten beiden Treffen in Wuppertal und Kassel-Witzenhausen kamen auch noch relativ viele. Schon beim dritten Treffen in Essen waren es dann allerdings erheblich weniger Interessierte, und ein viertes Treffen wurde zwar in Berlin geplant, fand schließlich aber nicht mehr statt. Dem BAUSA waren aus zwei Gründen am Anfang größere Chancen eingeräumt worden: Erstens, weil die noch existierenden größeren politischen Strömungen - die Jusos und der *Haufen* - es unterstützten, und zweitens, weil es auf den immer noch gut arbeitenden LAT's und LAK's aufbauen sollte. Mit ersterem wurden die Strömungen freilich immer noch überbewertet. Ihre Unterstützung sicherte den Erfolg eines bundesweiten Projektes längst nicht mehr. Wichtiger wäre gewesen, sich an der überwältigenden

Mehrheit der StudentInnenschaften zu orientieren, die sich keiner Strömung zuordnen würden. Die waren jedoch bei den Treffen immer seltener dabei.

Auf der anderen Seite hätte die Orientierung an den Landeszusammenschlüssen nur dann funktionieren können, wenn die Idee von ihnen auch ausgegangen wäre. Sie wurde aber mehr von außen an sie herangetragen, und so trafen sich beim BAUSA eben keine VertreterInnen der Landeszusammenschlüsse, sondern alle, die Lust hatten. Als sie keine Lust mehr hatten, war dann auch das BAUSA tot. Bundesweite Treffen von StudentInnenschaften fanden danach über viele Monate nur noch in thematischen oder regionalen Teilbereichen statt.

Immer mehr StudentInnenschaften an Fachhochschule schlossen sich der FKS an, die auf jeder Mitgliederversammlung sieben bis neun neue Mitglieder aufnahm. Das inhaltliche Spektrum der FKS wurde dabei fortlaufend erweitert. In den ersten Monaten waren es noch die spezifischen 'FH-Themen' wie Praxissemester oder die Anerkennung der FH-Diplome im Ausland, die den Schwerpunkt der Arbeit bildeten. Mit dem auf der zweiten Mitgliederversammlung in Mainz beschlossenen Grundsatzpapier „Vision einer erneuerten Hochschule“ legte die FKS im April 1991 eine umfassendere hochschulpolitische Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektive vor. Später kamen weitere inhaltliche Schwerpunktgebiete wie Frauenpolitik, Soziales, Internationales etc. dazu.

Da in den oft kleineren FH-StudentInnenschaften häufig erheblich weniger StudentInnen aktiv waren als an den

größeren Universitäten, waren sie auch viel mehr angewiesen auf einen funktionierenden Dachverband. Sie hatten und haben nicht die Kapazitäten, sich alle für die Arbeit wichtigen Informationen selbst zu beschaffen, zu diversen Terminen zu fahren, um ihre Positionen zu vertreten, bundesweit Öffentlichkeits- und Pressearbeit zu machen etc.

Deshalb etablierte sich in der FKS eine Arbeitsweise, die ihren MitgliederInnen möglichst viele Informationen für ihre Arbeit zugänglich machen und ihnen ermöglichen sollte, mit geringem Aufwand gemeinsame Diskussionen zu führen wie Positionen zu entwickeln, und die schließlich sicherte, daß diese Positionen auch gegenüber Politik und Öffentlichkeit vertreten werden. Dazu gab es zweimal im Jahr eine Mitgliederversammlung sowie diverse Arbeitskreise und Seminare und einen Vorstand, der diese vorbereitete und organisierte, der regelmäßig Rundbriefe, Mitgliederinfos und thematische Reader erstellte und der diverse Treffen, Tagungen, Seminare etc. besuchte, um Informationen zu sammeln und die Positionen der FKS zu vertreten.

Die KdS arbeitete in dieser Zeit vor allem an den beiden Themen, die auch den Schwerpunkt in der Arbeit der StudentInnenräte bildeten: Der Aufbau der StudentInnenwerke und andere soziale Fragen - vor allem BAFÖG - sowie die neuen Landeshochschulgesetze. Auch dort trafen sich die Mitglieder regelmäßig zu Mitgliederversammlungen, Seminaren und anderen Treffen, um ihre Positionen zu vertreten. Ein gewählter Koordinierungsrat - so hieß der ehemalige Republiksprecherrat, seit es die Republik nicht mehr gab - erstellte

Reader und reiste gleichfalls zu diversen Treffen, um Informationen zu sammeln und die Positionen der KdS zu vertreten.

*„Die KdS arbeitete ziemlich intensiv und ebenfalls vor allem pragmatisch. Die geringen meßbaren Ergebnisse führen zu Motivationsproblemen. Diese wiederum äußern sich zum einen in Diskussionen um das Selbstverständnis der KdS und zum anderen in der Verweigerung der Beteiligung an solchen Diskussionen.“*⁴

48 StudentInnenräte hatten die KdS mit gegründet. Aber so viele kamen danach nie mehr. Sowohl an den Hochschulen als auch bei den KdS-Treffen beteiligten sich immer weniger StudentInnen an der Arbeit.

Das BAS machte zwar sehr viele Mitgliederversammlungen und einige Rundbriefe, trat aber sonst auf anderen Treffen und öffentlich relativ selten auf. Die anfängliche Dominanz der Juso-Hochschulgruppen löste sich immer mehr auf, da sie auch in den Mitgliedsastern an Einfluß verloren und einzelne neue ASten dazukamen. Im Februar 1992 beschloß das BAS nach langen und intensiven Diskussionen, zukünftig nicht nur Informationen zu sammeln und zu verteilen, sondern die Positionen seiner Mitglieder auch in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Über FKS, KdS und BAS hinaus existierten allerdings diverse Treffen in eingegrenzteren Bereichen. Unter anderem gab es weiterhin das *BundessozialreferentInnen-treffen*, im *Bundesverband studentische Kulturarbeit* (BSK) arbeiteten Kulturreferate zusammen, es gab *Bundesfachschaftstagungen*, und 1992 wurde von einzelnen Frauen, Frauenre-

feraten und anderen Gruppen das *Netzwerk für Frauen und Lesbenpolitik* gegründet.

Am Rande der dritten Mitgliederversammlung der FKS, im November 1991 in Berlin, trafen sich VertreterInnen von FKS, KdS und BAS, um neue Möglichkeiten der bundesweiten Zusammenarbeit zu diskutieren. Dabei gab es zwei Ideen. BAS-Vertreter und ein Teil des FKS-Vorstandes favorisierten eine gemeinsame Initiative der drei Verbände zu einem Dachverband aller. Der andere Teil des FKS-Vorstandes und der KdS-Vertreter setzten dagegen, daß damit viele StudentInnenschaften, Fachschaften und andere Gruppen und Initiativen schon strukturell ausgeschlossen würden und schlugen einen Runden Tisch der StudentInnenschaften vor.

Die Mitgliederversammlung der FKS unterstützte mehrheitlich diesen Vorschlag, und so kam es schließlich zu einem Aufruf zu einem *Runden Tisch der StudentInnenschaften* im Mai 1992, der von BAS, FKS, KdS und einigen LAT's/LAK's sowie einigen Bundesfachschaftstagungen unterstützt wurde. Vor allem KdS und FKS steckten sehr viel Energie in die Organisation des ersten Runden Tisches in Friedrichsbrunn. Es gab mehrere Vorbereitungstreffen, auf denen der Ablauf geplant wurde. Ausgehend von einer Diskussion um Vergangenheit und Gegenwart sollten Zukunftsperspektiven entwickelt werden.

Im Mai 1992 kamen dann mehr als hundert Menschen aus 48 StudentInnenschaften nach Friedrichsbrunn. Der Runde Tisch war geprägt von der Unterschiedlichkeit der teilnehmenden StudentInnen. In den verschiedenen Zu-

sammenhängen hatte sich eine sehr verschiedenartige Herangehensweise an gemeinsame Treffen und gemeinsame Politikentwicklung sowie eine sehr unterschiedliche Diskussionskultur entwickelt und gefestigt. Die Auseinandersetzungen auf dem Runden Tisch waren geprägt vom Aufeinandertreffen dieser Unterschiedlichkeiten. Dies äußerte sich sowohl in praktisch-organisatorischen Differenzen (wer kocht, wer spült ab, wer räumt wessen Müll weg, ...) als auch in Differenzen über den Ablauf und die Diskussion.

Viele TeilnehmerInnen kamen auf dem Runden Tisch zum ersten Mal mit Leuten aus anderen bundesweiten Gruppen und Verbänden zusammen. Insofern war der erste Runde Tisch eine wichtige Erfahrung für alle Beteiligten, wengleich viele Unterschiede zunächst unüberwindbar erschienen. Seit dem BAST waren erstmals wieder Menschen aus Ost und West in größerer Zahl zusammengekommen, fanden aber auch dort keine gemeinsame Basis. Die 'Wessis' fanden, daß die 'Ossis' sich zu sehr aus den Diskussionen herauszögen, während die 'Ossis' den 'Wessis' vorwarfen, zuviel zu diskutieren. Und überhaupt sei das ja gar kein 'richtiger Runder Tisch gewesen'.

So ging vom ersten Runden Tisch kein Impuls zu neuen Formen der Zusammenarbeit aus, und alle arbeiteten so isoliert wie vorher weiter. Für einige - vor allem ostdeutsche - Beteiligte war dies der Zeitpunkt, weitere Bemühungen um eine bundesweite Zusammenarbeit aufzugeben.

Eine andere Initiative, neue Formen bundesweiter Zusammenarbeit zu etablie-

ren, war der *Studierendenkongreß position*. Die inhaltliche Vorbereitung dieses Kongresses sollte auf recht häufigen Vorbereitungswochenenden stattfinden, auf denen es zu verschiedenen Themen des Kongresses inhaltliche Arbeitsgruppen gab. Allerdings übernahm der Vorstand des Studierendenkongreß-Vereins bald auch den größten Teil der inhaltlichen Planung, da auf den Vorbereitungstreffen zwar oft spannende Diskussionen stattfanden, aber wenig konkrete Planung. Auch darüber hinaus beteiligten sich relativ wenige an der Vorbereitung, was die Verselbstständigung

des Vorstandes natürlich noch verstärkte.

Der Studierendenkongreß selbst im Juni 1992 in Essen war dann von vielfältigen inhaltlichen und kulturellen Veranstaltungen geprägt, wenn auch die TeilnehmerInnenzahl weit hinter den Erwartungen zurückblieb. Aber der Studierendenkongreß blieb ein einmaliges Projekt, das nicht fortgesetzt wurde, obgleich der Verein bestehen blieb, um weiteren Projekten bundesweiter Zusammenarbeit eine geregelte finanzielle Abwicklung zu ermöglichen.

1992/93 - Neue Projekte

Die Ausgangslage in Bezug auf die bundesweite Zusammenarbeit der StudentInnenschaften im Wintersemester 1992/93 war also vom Scheitern diverser Versuche eines Neubeginns nach dem Zusammenbruch der vds geprägt. Dazu kam, daß sich in der FKS eine finanzielle, personelle und organisatorische Krise mehr und mehr zuspitzte. Das inhaltliche Spektrum der Arbeit ging mittlerweile weit über den Ansatz eines 'FH-StudentInnenschaften-Zusammenschlusses' hinaus. Da es keinen allgemeinen Dachverband aller StudentInnenschaften gab, übernahm die FKS immer mehr Funktionen, die eigentlich von einem solchen hätten abgedeckt werden müssen. Sie informierte und koordinierte die Arbeit in den meisten inhaltlichen Bereichen, in denen die StudentInnenschaften selbst auch aktiv waren. Dafür fehlten aber immer mehr die finanziellen Mittel, und auch die im Vorstand 'hauptamtlich' arbeitenden Menschen konnten nicht mehr alle Arbeitsbereiche adäquat bearbeiten.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen fand die Vorbereitung des zweiten Runden Tisches der StudentInnenschaften im November 1992 statt. Der zweite Runde Tisch sollte besser vorbereitet sein, um produktiver mit der weiterhin zu erwartenden Heterogenität der TeilnehmerInnen umzugehen. Möglichst viele Diskussionen sollten in kleineren Arbeitsgruppen anhand von Metaplänen stattfinden. Er sollte „dem konkreten Ziel der Gründung eines Netzwerkes dienen“.⁵

Allerdings fanden von jetzt an die meisten Treffen ohne ostdeutsche Beteiligung statt, was einerseits auf die negativen Erfahrungen bei den meisten bisherigen Ost-West-Begegnungen, andererseits aber auch auf die in Ostdeutschland immer mehr zurückgehenden KdS-Aktivitäten zurückzuführen war. VertreterInnen der KdS kritisierten die Planungen zum zweiten Runden Tisch auch deutlich, da ein derart detailliert vorbereitetes Treffen kein Runder Tisch sei, zudem vorgegeben werde, ein Netz-

werk zu bilden, tatsächlich aber ein Dachverband gegründet werden sollte.

In der KdS mehrte sich ohnehin die Kritik an jeglicher verbandlichen Struktur. Auf ihrer Mitgliederversammlung im November 1992 in Cottbus löste sie sich auf. Die Mehrheit der Mitglieder sah in der Struktur des Verbands eher einen Hinderungsgrund für weitere Diskussionen. Einen Austausch und gemeinsame Treffen sollte es allerdings weiterhin geben, was freilich nur in einem sehr geringen Maße passiert ist.

Zum zweiten Runden Tisch im November 1992 kamen dann auch nur noch Einzelne ehemalige KdS-VertreterInnen, dafür aber mehr StudentInnenschaften aus Westdeutschland, die wirklich jetzt zu einem Zusammenschluß kommen wollten. Dieser sollte natürlich offen für alle sein, aber es gab eine immer größere Bereitschaft, ihn zu gründen, auch wenn viele StudentInnenschaften aus Westdeutschland und die StudentInnenräte aus Ostdeutschland sich daran zunächst nicht beteiligten. Die Arbeit mit den Metaplänen war entsprechend erfolgreich. Es gab viele Ideen für die weitere Zusammenarbeit und an vielen Punkten auch gemeinsame Positionen. Allerdings gelang es noch nicht, diese Arbeitsgruppenergebnisse im Plenum auch entsprechend zusammenzuführen. So blieb das wesentliche Ergebnis des zweiten Runden Tisches eine Ideensammlung.

Aus dem zweiten Runden Tisch heraus entstand die Idee, in einer wichtigen inhaltlichen Frage mit einer strukturierten bundesweiten Zusammenarbeit zu beginnen. Aufgrund der auf Bundesebene von HochschulrektorInnen- und Kultus-

ministerInnenkonferenz geplanten Hochschulreform bot sich das Thema Bildungspolitik an. Da der von Bundeskanzler Kohl angekündigte Bildungsgipfel immer weiter verschoben wurde, sollte ein eigener, studentischer Bildungsgipfel durchgeführt werden. Dazu wurde ein eigener Arbeitskreis gebildet: der *Arbeitskreis Bildungsgipfel*.

Schon bei der Vorbereitung und Durchführung des zweiten Runden Tisches hatte sich die Beteiligung westdeutscher StudentInnenschaften deutlich verbreitert. Bei den Diskussionen im AK Bildungsgipfel kamen 1993 weitere dazu, die sich in den letzten Jahren kaum oder gar nicht an bundesweiten Projekten beteiligt hatten. Die ostdeutsche Beteiligung ging hingegen weiter zurück.

Es gab diverse Arbeitsgruppen und mehrere Vorbereitungstreffen des gesamten Arbeitskreises, auf denen inhaltliche Positionen - etwa zur Studienreform, zum Thema Soziales, zur Demokratie an der Hochschule etc. - diskutiert wurden. Für die Organisation wurde eine Organisationsgruppe, für die Finanzen eine Finanz-AG und für die Öffentlichkeitsarbeit eine Pressegruppe gebildet. Im Grunde baute der Arbeitskreis Bildungsgipfel sich seine eigene kleine Verbandsstruktur auf. Der noch bestehende Studierendenkongreß-Verein wurde übernommen, um die Finanzierung des Bildungsgipfels abzuwickeln, allerdings als reiner Finanzverein ohne organisatorische oder inhaltliche Kompetenzen. Diese gingen allein vom AK Bildungsgipfel aus.

Die regelmäßigen Treffen des AK Bildungsgipfel wurden zum Forum einer

breiten bundesweiten Zusammenarbeit. Auch wenn viele Diskussionen sehr nervenaufreibend waren, auch weil einiges aufgrund der fehlenden Struktur des Arbeitskreises immer wieder diskutiert werden mußten, so kam doch ein inhaltlicher und struktureller Diskussionsprozeß in Gang, den es in den Vorjahren nicht gegeben hatte. Die StudentInnenschaften begannen nicht mehr darüber zu diskutieren, *ob*, sondern *wie* sie zusammenarbeiten wollen.

Am studentischen Bildungsgipfel im Juni 1993 in Bonn beteiligten sich dann ca. 400 StudentInnen. In vielen Arbeitsgruppen und Foren wurden die inhaltlichen Diskussionen fortgesetzt. In einem - von den TeilnehmerInnen eher als nervig empfundenen - Nachtplenum wurde ein Grundlagenpapier fertiggestellt, dessen Entwurf schon in den Vorbereitungstreffen erarbeitet worden war. Der Unmut vieler TeilnehmerInnen in der Diskussion des Grundlagenpapiers rührte daher, daß viele Details in einer Ausführlichkeit diskutiert wurden, deren Notwendigkeit den meisten nicht einsichtig war.

Trotzdem unterzeichneten am Ende 60 StudentInnenschaften und Bundesfachschaftstagungen das Papier. Damit war eine inhaltliche Positionsbestimmung in einer Breite gelungen, die selbst in den letzten Jahren der vds nicht denkbar gewesen wäre. Außerdem gelang es den StudentInnenschaften mit dem Bildungsgipfel, studentische Positionen wirkungsvoll in die allgemeine Diskussion um die Zukunft der Hochschulen einzubringen. Mit dem Bildungsgipfel wurde aber auch noch deutlicher, daß die Zusammenarbeit einer strukturierteren, gemeinsamen Organisationsform be-

darf. Insbesondere die FKS hatte dies deutlich erfahren, da sie sowohl inhaltlich als auch organisatorisch sehr stark in die Arbeit des AK Bildungsgipfel eingebunden war, was auch auf Kosten ihrer originären Arbeit als Dachverband von FH-StudentInnenschaften ging.

Der Vorstand der FKS hatte deshalb im Juni 1993 die Frage in den Raum gestellt, ob die Öffnung der FKS für Universitäten und andere Nicht-Fachhochschulen nicht eine Möglichkeit wäre, zu einem Dachverband zu kommen. Diese Erklärung hat die Diskussionen um einen Dachverband der StudentInnenschaften deutlich intensiviert.

Im AK Bildungsgipfel wurde jetzt - neben der Planung einer bundesweiten Aktionswoche im Dezember 1993 - auch intensiver über zukünftige Verbandsstrukturen der bundesweiten Zusammenarbeit diskutiert. Die FKS-Erklärung selbst wurde auf den AK-Treffen sehr kontrovers debattiert, vom BAS wurde sie fast als eine Angriffserklärung verstanden. Aber in der Diskussion wurde vielen der grundsätzliche Handlungsbedarf klar. Die FKS drohte finanziell, personell und organisatorisch zu zerbrechen, was eine schwer aufzufüllende Lücke gerissen und die Bemühung um einen neuen Verband erheblich zurückgeworfen hätte.

Auf dem Treffen des AK Bildungsgipfel im September 1993 in Hannover wurden grundlegende Bedingungen einer Neugründung eines Dachverbandes diskutiert und überraschenderweise Einigkeit in vielen Fragen festgestellt. Auch wenn sich in einigen Fragen in den folgenden Wochen große Kontroversen entwickel-

ten, so wurde damit doch deutlich, das einer größeren Zahl von StudentInnen-schaften an einer schnellen Dachverbandsgründung - aufgrund des oben beschriebenen Handlungsbedarfes - gelegen war.

Im November 1993 fand dann in Bochum ein Treffen statt, auf dem die Gründung eines Dachverbandes schon geplant war. Hier begann jedoch eine relativ unfruchtbare Diskussion über die Frage, ob jede StudentInnenschaft in dem neuen Verband eine Stimme oder unterschiedlich viele Stimmen je nach Größe haben sollte. Die große Mehrheit war und ist für das Prinzip: Eine StudentInnenschaft - eine Stimme, vor allem aufgrund der positiven Erfahrungen, die mit diesem Modell in den LAT's und den LAK's, in der FKS, der KdS und dem BAS sowie in vielen anderen Zusammenhängen gemacht wurden. Einige ASten schaff-

ten es aber in Bochum, die Diskussion um diese Frage derart in die Länge zu ziehen, daß es nicht mehr möglich war, alle Fragen der Gründung des neuen Dachverbandes zu klären.

Erst zwei Wochen später vermochten 22 StudentInnenschaften in Hürth, sich auf eine Satzung, eine Gründungserklärung und einen Vorstand für den neuen Dachverband, den *freien Zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs)* zu einigen. Die FKS löste sich am selben Wochenende auf, das BAS einige Monate später.

thomas molck studiert Sozialpädagogik in Düsseldorf. Er war 1990/91 AStA-Vorsitzender an der FH Düsseldorf und von November 1991 bis November 1993 Geschäftsführer der FKS

Anmerkungen:

¹ Aus dem Aufruf zum ersten Runden Tisch der StudentInnenschaften, in: Vorbereitungsreader zum ersten Runden Tisch der StudentInnenschaften, Bonn, Mai 1992, S. 4 [zu beziehen über den fzs, Reuterstr.44, 53113 Bonn]. ASten sind die Allgemeinen StudentInnenausschüsse, die Exekutivorgane der meisten westdeutschen StudentInnenschaften, USten sind Unabhängige StudentInnenausschüsse in Baden-Württemberg, wo es wie in Bayern keine gesetzlich verankerte Verfaßte StudentInnenschaft und offiziell nur studentische VertreterInnen in den Kollegialorganen gibt. Daneben bildeten die StudentInnen dort eigene, von den Kollegialorganen unabhängige Strukturen und nannten die Exekutivorgane in Baden-Württemberg USten. StuRä sind die in Ostdeutschland gebildeten StudentInnenräte.

² ebenda.

³ Peer Pasternack: Studentisches Bewegtsein in Ostdeutschland vom Herbst 1989 bis Mitte 1992, in: Nachbereitungsreader zum ersten Runden Tisch der StudentInnenschaften, Aachen 1992, S. 15 [zu beziehen über den fzs]. Peer Pasternack war 1991/92 Hopo-Referent der KDS.

⁴ ebenda, S. 16.

⁵ Einladung zum zweiten Runden Tisch der StudentInnenschaften, in: Nachbereitungsreader zum ersten Runden Tisch ..., a.a.O., S. 4.

Peer Pasternack (Leipzig):

New Kids On The Ostblock Von Oststudierenden, StudentInnenräten und Dachverbänden

Halle/S., Juni 1993

„Zwar war ohne viel Federlesens und ohne es direkt auszusprechen von der Info-Netzwerk-Idee Abstand genommen worden und damit auch der letzte Rest der KdS-Idee zu den Akten gelegt worden. Aber irgendwie meinten alle, sich irgendwo gelegentlich wiederzusehen, und deshalb war alles nicht so schlimm... Nur der Rest-KoRa [Koordinierungsrat, p.p.] stand nachdenklich am Portal und sah den in ihren Mittelklasse-Limousinen davonbrausenden studentischen Räten hinterher.“¹

So schreibt melancholisch ein Aktivist der ostdeutschen Konferenz der StudentInnenschaften (KdS) in dem „ultimativ letzten Reader“, den die in Liquidation befindliche KdS Anfang 1994 herausgebracht hat.² Die Konferenz war der Dachverband der ostdeutschen StudentInnenräte (StuRä), und der zitierte Bericht resümiert ein StuRä-Treffen im Juni 1993. An der Halleschen Martin-Luther-Universität hatten sich noch einmal oststudentische VertreterInnen zusammgefunden, um die Folgen der Selbstauflösung der KdS zu besprechen.

Diese Selbstauflösung war auf der letzten regulären KdS-Mitgliederversamm-

lung (MV) im November 1992 an der TU Cottbus beschlossen worden. Zur eigenen Beruhigung hatte die MV den Auflösungsbeschuß mit der Option verknüpft, ein halbes Jahr darauf über die Gründung eines Informationsnetzwerkes der ostdeutschen StuRä zu beraten. Ein dreiviertel Jahr später traf man sich tatsächlich, eben in Halle/S. Doch der Idee eines Info-Netzwerkes war dort keine sonderliche Karriere beschieden.

So rumoren die ostdeutschen Studentenvertretungen seit nunmehr anderthalb Jahren meistens vereinzelt herum. Höchstens gibt es noch, wie in Thüringen und Sachsen, phasenweise leidlich gut funktionierende Koordinierungsstrukturen auf Landesebene. Während die westdeutschen ASten (Allgemeine StudentInnenausschüsse) 1993 zum letzten Dachverbandsgefecht ansetzten und tatsächlich einen *freien Zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs)* gründeten³ - währenddessen befreiten sich die ostdeutschen StuRä mit der KdS-Auflösung und der Absage an die (bescheidenere) Idee des Info-Netzwerkes von dem strukturell verfestigten Zwang, das lokale Handeln gelegentlich in übergreifendere Zusammenhänge einzuordnen.

Bereits die Selbstaflösung der KdS im November 1992 war nicht frei von Skurrilitäten gewesen und illustrierte sinnfällig die aktuellen Probleme von ostdeutscher StuRa-Arbeit.

Im Leipziger Universitäts-StudentInnenrat hatte seinerzeit soeben der alljährliche Wechsel des Führungspersonals stattgefunden. In dessen Folge war, wie mitunter aus solchem Anlaß, die Demokratie wiederentdeckt worden. Änderungen der Geschäftsordnung galten als Königsweg zur erneuten Einführung demokratischer Verhältnisse. Die Cottbuser KdS-Mitgliederversammlung war die erste überregionale Bewährungsprobe für die Leipziger StrategInnen. Ein Bombardement von GO-Anträgen erschütterte den Beginn der Versammlung. Die Versammlungsleitung sollte rotieren und nicht durch KoRa-Mitglieder wahrgenommen werden. Das Protokoll dürfe nicht vom KoRa geschrieben werden. Der KoRa sollte die Frage beantworten, wie die vorgeschlagene Tagesordnung vorbereitet ist. Undsowweiter undsofort. Kein Antrag ohne „KoRa“. Es war zu sehen: Der Kampf gegen den schleichend wiederetablierten Zentralismus sollte entbrennen.

Die meisten Anwesenden meinten, die AntragstellerInnen werden sich schon etwas dabei gedacht haben, und ließen alle Anträge durchgehen. Der KoRa - ohnehin durch Fluktuation bereits halbiert und müde geworden in der Einzelkämpferstellung im Berliner Büro - wies kurz auf die jeweiligen Folgen der Anträge hin, schien aber ansonsten nicht unglücklich. Wo die AntragstellerInnen seine autoritäre Dominanz brechen woll-

ten, sah er wohl vornehmlich die Arbeitserleichterung und blickte mit Interesse der spontanen Selbstorganisation der Versammlung entgegen.

Die Suche nach ModeratorInnen und ProtokollantInnen kosteten dann zu Beginn jedes Plenums und jeder Arbeitsgruppe geraume Zeit. Einmal konnte es erst losgehen, nachdem sich ein Gast aus West-Berlin zur Übernahme der Redeleitung bereit erklärt hatte. Eine Arbeitsgruppe wollte heiter den Plenumsbeschluß ignorieren und ihre Moderation einem KoRa-Mitglied aufdrängen - welches sich natürlich weigerte. Vom Abschlußplenum mit einigen wichtigen Beschlüssen hätte es kein Protokoll gegeben, wenn es nicht heimlich von einem KoRa-Mitglied mitgeschrieben worden wäre.

Die fortwährende Klärung solcher Formalia war nicht nur belebend, sondern auch symptomatisch: für die hernach jeweils folgenden inhaltlichen Debatten sowie die mangelnde Bereitschaft, sich für ein übergeordnetes Interesse zu exponieren. Insofern wirkte der Versuch der Leipziger StuRa-VertreterInnen, über die Geschäftsordnung den Dachverband radikal zu demokratisieren, zwar etwas inadäquat zur innerverbandlichen Situation. Doch offenbarten die in seiner Folge ausgelösten Schwierigkeiten auch anschaulich die Knackpunkte ebendieser Situation. So hätten bspw. die Wahl eines neuen Koordinierungsrates an- und die alten Aktivisten dafür nicht mehr zur Verfügung gestanden. Da konnte nun kaum deutlicher als durch die unablässige Scheu der Anwesenden, bloß mal eine Diskussionsrunde zu moderieren,

vorgeführt werden, welche Kandidatenslage zu erwarten sein würde.

Doch es muß auch Gründe für diese Situation gegeben haben. Der nach der Cottbuser Mitgliederversammlung als Liquidationsausschuß weiter amtierende Koordinierungsrat gab der Öffentlichkeit bekannt:

„Das abnehmende Engagement der Studierenden für ihre eigenen Probleme in den Hochschulen führt zu ähnlichen Bedingungen wie in den alten Ländern. Die Arbeit der Studierendenvertretungen, von zahlreichen Barrieren und Hindernissen bestimmt, erfüllt die Ansprüche der Gründungszeit nicht mehr. [...] ... hat sich die Mitarbeit auf überregionaler Ebene gewandelt. Neben Zerklüftung durch Landesinteressen und die Politik der Landesregierungen beschränkte sich die personelle Anteilnahme zunehmend, da vor Ort tiefgreifende Probleme gelöst werden mußten. Eine finanzielle Unterstützung der Arbeit auf überregionaler Ebene war aufgrund der Gesetzgebung der Länder sowie deren Verfahrensweisen gegenüber den Vertretungen nicht möglich. [...]

DDR, 1990

Die KdS war im März 1990 als „Konferenz der Studentenräte der DDR“ gegründet worden. Soziale Fragen und Hochschulrecht waren - und blieben in der Folgezeit - ihre wesentlichen Arbeitsschwerpunkte. Konzeptionelle Vorstellungen wurden 1990 insbesondere zur elternunabhängigen Studienfinanzierung⁵ und im Zusammenhang mit der Debatte um ein DDR-Hochschulrahmengesetz⁶ entwickelt.

Ebenso wurde einheitlich festgestellt, daß es dem Koordinierungsrat nicht gelungen ist, Sinn und Zweck der Interessenvertretung auf Bundesebene zu vermitteln.... Die Vermittlung war jedoch... systembedingt nicht möglich. Weder die Initiativen zur Reform des BAFöG, die Stellungnahme zum Memorandum zur Hochschulentwicklung noch jede andere Initiative hatten eine sichtbare Wirkung. Signifikant für die Vertretungsarbeit und deren Erfolge waren die Anhörungen vor dem Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft, die uns zeigten, daß ein Wille zur Beteiligung der Angehörten an den zu fällenden Entscheidungen nicht Sinn und Zweck der Veranstaltungen war. Erzielte Erfolge waren am Aufwand gemessen nicht vertretbar... Negative Erfahrungen und Auffassungen mit und zu bundespolitischer Vertretung sind nicht den Studierenden und ihren Vertretungen, sondern den verkrusteten politischen Strukturen anzulasten.“⁴

Welche ursprünglichen Intentionen und Erfahrungen grundierten diese Einschätzungen, die sich daraus zunehmend ergebende Seltenheit von Engagement und die spürbare Frustration?

Höhepunkt der KdS-Aktivitäten in diesem 41. Jahr der DDR war die große studentische Protestaktion, die die Volkskammersitzung am 7. Juni 1990 begleitete. Auf dieser sollte - die nahende Währungsumstellung warf ihre Schatten voraus - ein Stipendium unterhalb des Existenzminimums und die Aufhebung seiner Elternunabhängigkeit beschlossen werden. Mehrere tausend aus dem ganzen Land angereiste StudentIn-

nen durchbrachen die Bannmeile um den Tagungsort, erzwangen die Verlesung einer Erklärung des KdS-Republik-sprecherrates (RSR) vor dem Plenum durch den vorsitzführenden Volkskammer-Vizepräsidenten, ein Gespräch mit diesem und Bildungsminister Meyer und setzten die Aktion mit einem anschließenden einwöchigen Hungerstreik fort. Aufklärung über die Wirkungsweise der politischen Strukturen konnten sie erlangen, als am Ende dieser Woche ein nur geringfügig höherer Stipendiansatz als der ursprünglich vorgesehene beschlossen wurde.

Im Oktober 1990 hatte sich die KdS mangels DDR in Konferenz der StudentInnenenschaften und ihren Republikssprecherrat mangels Republik in Koordinierungsrat umbenannt. Nicht frei von einer

Ostdeutschland, 1991/92

Das Jahr 1991 hatte für die KdS mit einer Mitgliederversammlung im Januar in Berlin begonnen. Beherrschendes Thema waren die soeben getroffenen Abwicklungsentscheidungen der ostdeutschen Landesregierungen gewesen.⁸ Sie hatten zu in ihren Größenordnungen bislang ungekannten studentischen Protestaktionen geführt.

Innerverbandlich war entscheidend, daß ein neuer Koordinierungsrat gewählt werden konnte: Der alte Republikssprecherrat hatte komplett seinen Rückzug erklärt. Die Selbstorganisationspotenzen innerhalb der KdS waren schon 1990 recht beschränkt gewesen. Infolgedessen hatte der RSR eine ausgesprochen dominierende Stellung eingenommen. Für eine nunmehr angestrebte Verbreiterung der Kompetenzen stand

gewissen Naivität bot die KdS zugleich den westdeutschen ASten, denen just im gleichen Jahr ihr Dachverband *vereinigten deutsche studentInnenenschaften* (vds) abhanden gekommen war, den Beitritt zum Geltungsbereich ihrer Satzung an - eine spätere Satzungsdebatte nicht ausgeschlossen.

Die ASten waren empört. Schließlich bemühten sie sich gerade, ein eigenes Modell für einen neuen studentischen Dachverband zu entwickeln. Außerdem erinnere die KdS-Satzung zu sehr an die vds. (Da hatten sie recht. Und die vds-Satzung erinnerte auch ein wenig an die der FDJ.) Also zogen die Ossi ihr Angebot zur äußeren Einheit zurück und richteten sich auf längere Autarkie im studentischen Vertretungsbereich ein.⁷

jetzt die Bildung von sog. Projektbereichen. Diese begannen in der Folge dann auch zu arbeiten, zunächst der für Soziales und Studentenwerke, etwas später einer zum Landeshochschulrecht.

Die Konstituierungsphase der ostdeutschen Studentenwerke (StuWe) war zu absolvieren, deren Satzungen zu formulieren und eine angemessene studentische Sitzanzahl in den StuWe-Gremien durchzusetzen. Die Intensität der Bemühungen führte schließlich dazu, daß in allen ostdeutschen Bundesländern außer Berlin den Studierenden fünfzig Prozent der Sitze in den Studentenwerksverwaltungsräten zugestanden wurden. Das größere Problem bestand dann darin, diese fünfzig Prozent auch noch zu besetzen.

In den Ländern wurde begonnen, Landeshochschulgesetze auf den Weg zu bringen. Wie schon Wolfgang Schäuble erkannt hatte, als er mit sich selbst ingestalt von Günther Krause den Einigungsvertrag aushandelte, waren die ordinarial inspirierten Regelungen des HRG für Ostdeutschland vorläufig noch nicht opportun. Erst mußte die ProfessorInnenenschaft systemkonform umgestaltet werden. Folgedessen wurden zunächst Übergangsgesetze - meist Hochschulernerneuerungsgesetz genannt - formuliert.

Für die studentische Interessenvertretung gab es vor allem zwei interessante Regelungen darin. Einerseits wurde in allen ostdeutschen Bundesländern die Verfaßte StudentInnenenschaft eingeführt. Andererseits kam (noch) nicht die befürchtete Überstülpung des westdeutschen StuPa/AStA-Modells (außer in Ost-Berlin). Statt dessen wurden die StudentInnenräte entweder als einziges oder als optionales Vertretungsmodell fixiert: also die Möglichkeit, den StuRa über die Mehrheitswahl von FachschaftsvertreterInnen zu konstituieren und nicht über die Verhältniswahl (partei-)politischer Listen.

Die Ursachen für diese landesgesetzliche Verankerung waren gewiß ambivalent. Was die StuRä als großen Erfolg ihrer Bemühungen um Beeinflussung der Gesetzesentwürfe feierten, entsprang in den Ministerien wohl eher politischem Kalkül. Denn es blieb den dortigen Bürokraten, die, weil oder obwohl sie meistens aus Westdeutschland kamen, bei „Studentenrat“ vornehmlich „Arbeiter- und Soldatenrat“ assoziierten statt bspw. „Aufsichtsrat“, und die eigentlich repräsentativen Parlamentarismus

auch für die Studierendenvertretung viel situationsgerechter fanden - es blieb diesen Bürokraten wohl eines nicht verborgen: Der Anspruch der StuRä, alle Studierenden an der Hochschule vertreten zu wollen, hat naturgemäß auch befriedende Wirkungen. Aus diesem selbstgesetzten Anspruch resultiert eine gewisse Selbstbeschränkung und zwar insbesondere bei der Deutlichkeit der Formulierung und Vertretung von politischen Positionen. Wie weit da die Grenzen ausgereizt werden, hängt immer stark von den jeweiligen AkteurInnen in den StuRä ab.

Dieses politische Kalkül in den Ministerien bei der Formulierung der Gesetzesentwürfe wohl sehend, kann trotzdem festgehalten werden: Die landesrechtlich abgesicherte Fortexistenz der StudentInnenräte hatte zunächst einmal positive Wirkungen dahingehend, daß überhaupt Studierendenvertretungen weiter existierten. (In Ost-Berlin, wo durch das Ergänzungsgesetz zum BerlHG [ErgGBerlHG] das StuPa/AStA-Modell zwangsweise eingeführt wurde, kam über ein Jahr lang keine freie willige Zahlung eines Semesterbeitrages für den amtierenden Nachlaßverwaltungs-StuRa durch 32 % der HUB-StudentInnen.) Desweiteren setzte sich mit der Fortexistenz der StuRä in den Studierendenschaften eine Kultur des Umgangs miteinander fort, die unter Ansehung der Entwicklung in anderen Bereichen zwar anachronistisch, jedoch nicht unbedingt negativ zu beurteilen ist.

Die durchaus vorhandene Handlungsfähigkeit der StudentInnenräte in jener Zeit zeigte sich am deutlichsten bei studentischen Protestaktionen. Diese gab

es an einer Reihe von Hochschulen. Ausgangspunkte waren in der Regel die ministeriell verordneten Umstrukturierungsmaßnahmen mit ihren negativen Auswirkungen auf den Studienablauf. Besonders deutliche Eingriffe in die Hochschulautonomie wie die Entlassungen des Berliner Uni-Rektors Fink und des Weimarer Rektors Mönning waren gleichfalls Gründe für massive studentische Proteste. In der Folgezeit bezogen sich studentische Protestaktionen vor allem auf die verordneten rabiaten Stellenkürzungen an den Hochschulen. Nicht immer freilich waren die StuRä die initiierten Impulsgeber für die Aktionen. Die alltägliche Kleinarbeit gebar eine gewisse Befangenheit im Pragmatismus. Diese Befangenheit führte mitunter zu resignativen Einschätzungen der Erfolgsaussichten von lautstarken Protesten.

Die KdS arbeitete in dieser Zeit ziemlich intensiv und ebenfalls vor allem pragmatisch. Die Projektbereiche organisierten einen verstetigten Diskussionszusammenhang zu den hochschul- und sozialpolitischen Entwicklungen. Der KoRa sicherte diesen technisch und deckte inhaltlich die Bundesebene ab. Systematische Vorstellungen wurden zu den Problembereichen Studentisches Wohnen, Aufbau der Studentenwerke, Hochschulpolitik, Hochschulrahmengesetz und Landeshochschulgesetze entwickelt.⁹ Daneben gab es intensivere Aktivitäten zum Erhalt der zahlreichen Studenten-

Ostdeutschland, 1993/94

Mit der Verabschiedung der (in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen die Hochschulerneuerungs-

klubs und zur Einführung von Semester-tickets für den öffentlichen Nahverkehr an den ostdeutschen Hochschulstandorten.

Freilich: Die geringen meßbaren Ergebnisse führten recht bald zu Motivationsproblemen. Diese wiederum äußerten sich in Problemen mit dem eigenen Selbstverständnis als Dachverband und der zunehmenden Notwendigkeit, den KoRa als permanent überhitzte Kraftmaschine zur Aufrechterhaltung laufender Aktivitäten einzusetzen. Intern hatte die KdS zudem permanent damit zu tun, sich zu finanzieren. Die StuRä hatten 1991, z.T. auch noch 1992 in der Regel keine Einnahmen und lebten lediglich von zwar schamlos hinübergeretteten aber auch begrenzten FDJ-Altgeldern.¹⁰

Die parallel unter den westdeutschen ASten tobenden Auseinandersetzungen um einen gesamtdeutschen Dachverband der StudentInnenvertretungen waren kaum Gegenstand von breiteren Diskussionen innerhalb der KdS. Auch nach außen übte sie in dieser Beziehung Zurückhaltung - insbesondere weil es anderes zu tun gab. Allerdings organisierte die Konferenz dann im Mai 1992 gemeinsam mit der FKS, dem westdeutschen FH-ASten-Dachverband, einen „Runden Tisch der StudentInnen-schaften“ in einem ehemaligen Pionierferienlager in Friedrichsbrunn/Harz zum Thema Dachverband: Niemand sollte sagen können, die Ossi wollten sich dauerhaft abschotten.

gesetze ablösenden) Landeshochschulgesetze (LHG) bzw. dem ErgGBerlHG in Berlin hat sich mittlerweile die Situation

studentischer Interessenvertretung in Ostdeutschland etwas ausdifferenziert. Dies zeigt sich am deutlichsten in den Regelungen zur Verfaßten Studentenschaft und den Verfahren zur Wahl ihrer Organe, da diese wesentlich konstitutiv für das spezifische Selbstverständnis der StudentInnenräte waren.

Brandenburg hatte die Verfaßte Studentenschaft bereits mit dem LHG von 1991 eingeführt. Das Wahlverfahren stellt eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahl dar. Dabei sind Einzelkandidaten gegenüber Listen deutlich benachteiligt.

In Berlin setzte die Präsidentin der Humboldt-Universität 1993 eine Wahl zum Studentenparlament an, nachdem die zwangsweise Einführung des Stupa/AStA-Modells zu allgemeiner Vertretungslethargie geführt hatte. Um sich wenigstens verbal vom ungeliebten Modell abzusetzen, heißt der AStA an der Humboldt-Uni mittlerweile RefRat (ReferentInnenrat) und nimmt für sich in Anspruch, die westdeutschen Rituale des Politikspiels im studentischen Bereich zu vermeiden.

In Sachsen ist das ursprüngliche Modell fast beibehalten worden, indem als Personen kandidierende StudentInnen die Fachschaftsräte bilden, welche wiederum VertreterInnen in den Hochschul-StuRa entsenden. Gleichwohl hält das sächsische LHG die Option von ungebundenen Listenwahlvorschlägen ebenfalls offen.

Thüringens Hochschulgesetz bestimmt grundsätzlich die Durchführung von Verhältniswahlen. Davon könne zwar „insbesondere abgesehen werden, wenn wegen der überschaubaren Zahl von

Wahlberechtigten... die Mehrheitswahl angemessen ist.“ (§ 40, 1) Doch ist der Umgang mit dem Problem zumindest in Ilmenau und Weimar vorerst anders geregelt worden. Die dortigen StudentInnen-schaften organisieren die Wahl ihrer Vertretungsorgane so, daß „Listen“ mit je einer Person aufgestellt werden.

In Mecklenburg-Vorpommern hatten die auswärtigen Berater zwar die entsprechende Diskette eingepackt. Jedoch waren sie offenbar noch unsicher in der Anwendung des Suche-Ersetze-Befehls: Obgleich der Sache nach ein Studenterrat gewählt wird, heißen die Gremien der studentischen Selbstverwaltung im dortigen Landeshochschulgesetz „Studentenparlament“ und „AStA“.

In Sachsen-Anhalt wurde die Verfaßte StudentInnen-schaft ausgehöhlt: Ihr anzugehören, ist seit zwei Semestern freiwillig und setzt eine entsprechende Willenserklärung bei der allsemestrigen Rückmeldung voraus. Die Variante mit der Pflichtmitgliedschaft war, so wird kolportiert, vom Magdeburger Wissenschaftsminister Frick mit einem bedenkenswerten Argument abgelehnt worden: Pflichtmitgliedschaft erinnere ihn an „FDJ-Zeiten“¹¹, sagte das Mitglied der LDPD-Nachfolgepartei. Sollte sich diese Auffassung durchsetzen, darf vermutlich auch erwartungsfroh der Auflösung der totalitären Zwangsgemeinschaften in den Industrie- und Handelskammern, Ärztekammern und dgl. entgegen gesehen werden.

Überregionale Zusammenarbeit der StudentInnenräte gibt es lediglich noch in Thüringen, wo eine Konferenz Thüringi-

scher StudentInnenschaften (KTS) existiert, und - zumindest sporadisch - in Sachsen innerhalb der Konferenz der sächsischen Studentenräte (KSS). Eher zufällig dürfte sein, daß in beiden Ländern diese überregionalen Gremien auch Eingang in die Hochschulgesetze gefunden haben. (§ 73, 8 ThürHG, § 94 SHG) Daneben finden sich auch in Brandenburg gelegentlich unter dem Titel Brand-StuVe (Brandenburgische Studentenvertretung) ein paar StuRä zusammen, um ihr Auftreten gegenüber dem Wissenschaftsministerium abzustimmen.

Ein auf Initiative der KTS zustandege-

Gesamtdeutschland, 1994

Im November 1993 hatten nach dreijährigen Debatten und immer wieder neuen Anläufen 21 ASten und ein StuRa (Uni Rostock) schließlich die Gründung eines neuen Dachverbandes zustande gebracht: den *freien Zusammenschluß von studentInnenschaften* (fzs). Mittlerweile gehören ihm 45 StudentInnenvertretungen an.

Die öffentliche Wahrnehmbarkeit des Verbandes beschränkt sich aus ostdeutscher Sicht bislang weitgehend auf die unvermeidlichen Presseerklärungen im unvermeidlichen Presseerklärungsstil und auf die zahllosen Interviews, in denen der fzs-Öffentlichkeitsreferent, Ted Thurner, variantenfrei die bekannten Anliegen wiederholt: Ausbau der Hochschulen, inhaltliche und strukturelle Erneuerung der Lehre, demokratische Selbstverwaltung der Hochschulen, konsequente Frauenförderung, soziale Absicherung der Studierenden und ihre Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum.

kommenes Semestertreffen der ostdeutschen StudentInnenvertretungen im Juni 1994 an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar ließ eine fortwirkende Aversion gegenüber einem strukturell verdichteten überregionalen Zusammenhang deutlich werden. Allerdings freuten sich alle Anwesenden über die Idee eines erneuten Treffens im kommenden Semester, welches dann der Jenaer oder der Berliner Uni-StuRa ausgerichtet wird. Inhaltliche Vorbereitung dafür sei notwendig, aber „völlige Durchorganisation“ solle vermieden werden. Eine Vorbereitungsgruppe soll diesen Spagat bewerkstelligen.

Eine der üblichen Journalistenfragen in diesen standardisierten Interviews ist dann auch regelmäßig die nach den im Dachverband weithin fehlenden StuRä aus dem Osten. Thurners Antwort aus der Konfektion: „Offenbar haben die ostdeutschen Studierenden und auch ihre Vertreter in den ASten [?! , p.p.] große Vorbehalte gegen neue zentrale Strukturen.“¹²

Der einzige StuRa, der dem fzs bislang angehört, der Rostocker StudentInnenrat, scheint dort auch immer noch etwas aus dem Rahmen zu fallen. Als etwa die letzte fzs-MV im April d.J. zum Thema der quotierten Redeliste diskutierte, ob diese „hart“ oder „weich“ gehandhabt werden solle, sprach sich ein Rostocker Vertreter gegen jede Art der Quotierung aus: „sie sei nicht notwendig“, vermerkt das Protokoll als Begründung.¹³ Und nachdem die MV eine Resolution zu Kurdistan beschlossen hatte, gab der Rostocker StuRa eine Erklärung zu Pro-

tokoll, in der die Verabschiedung abgelehnt wurde. Unter anderem gaben die Rostocker zu bedenken, „ob die Verabschiedung solcher Resolutionen Aufgabe des fzs sein soll, insbesondere in einer Situation, da der Dachverband Zeit und Energien benötigt, sein eigenes Selbstverständnis wie auch seine eigentlichen Arbeitsaufgaben zu diskutieren.“ Zudem handele es sich um „eine Thematik, zu der in den StudentInnenenschaften, die wir alle vertreten, kein breiter Konsens besteht“.¹⁴

Solche Beiträge sind es wohl, die unabhängig reproduzieren, was der zum Weimarer StuRä-Treffen im Juni als Gast angereiste fzs-Vertreter sorgenvoll voraussah. Nachdem ihm deutlich geworden war, daß er über die Veranstaltung zu Hause nicht viel mehr berichten können wird als von einem abendlichen Lagerfeuer in einem Steinbruch - ansonsten nur vom „Fehlen einer Abschlusserklärung“ und vom „bloßen Reagieren auf die Zustände“ - erahnte er bereits die Reaktionen:

„Ich höre schon die Vorwürfe der großen ASten, wenn sie erfahren, daß in Weimar an einigen Stellen Lob über die ministerielle Arbeit zu hören war. Mit

Vokabeln wie systemstützend und unkritisch wird ein vermeintliches Argument der östlichen Politikunfähigkeit gezimmert.“ Und: „Da war dann noch die allgemeine Forderung nach der Beibehaltung des StuRa-Modells für die StudentInnenschaften. Wichtiger Baustein dabei sei das Mehrheitswahlrecht. Kein Wort wurde über Minderheitenschutz verloren. Immer ging es um die freie Meinungsäußerung des einzelnen, das Streben nach Konsens immer oberstes Prinzip.“ Jedoch, so fährt er fort: „Wichtig scheint mir, daß diese Form der Politik funktioniert.“ Und: „Überzeugt bin ich, daß sie in westlichen StudentInnenenschaften nicht funktionieren würde.“¹⁵

Die Differenz läßt sich vielleicht auch anders verdeutlichen. Von der fzs-Mitgliederversammlung berichtet ihr Öffentlichkeitsreferent: „Spaß hat sie nicht allzuoft gemacht, aber das kann man von einer MV sicher auch nicht erwarten.“¹⁶ Das Weimarer StuRä-Treffen faßt der Gast vom fzs zusammen in dem Satz: „Insgesamt war es eine ausgelassene gute Stimmung.“¹⁷

*Peer Pasternack, Dipl.pol., war
1991/92 Hochschulpolitischer
Referent der KdS*

Anmerkungen:

¹ Semestertreffen ostdeutscher StudentInnenräte, Martin-Luther-Universität Halle/S. 25./26. Juni 1993. In: Konferenz der StudentInnenschaften (Hrsg.): Der ultimativ letzte Reader. KdS. Berlin 1994. S. 21.

² Konferenz der StudentInnenschaften (Hrsg.): Der ultimativ letzte Reader. KdS. Berlin 1994. 66 S. Die Broschüre enthält das Protokoll der letzten KdS-MV im November 1992 in Cottbus, einen Bericht zum Semestertreffen ostdeutscher StudentInnenräte im Juni 1993 in Halle/S. sowie einen ausführlichen Dokumentationsteil, der die Vorgeschichte und Geschichte der KdS von 1989 bis 1992 darstellt. Bezug möglich über: Konferenz der StudentInnenschaften i.A., Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

³ Vgl. den Beitrag von Thomas Molck in diesem Heft; desweiteren fzs: Dachverband der StudentInnenschaften gegründet. In: *hochschule ost* 12/93, S. 119 f.

⁴ Koordinierungsrat der KdS: Erklärung zur Umgründung der KdS in ein Informationsnetzwerk. Abgedruckt in: *hochschule ost* 12/1992, S. 72 f.

⁵ Vgl. Strategiekonzept für eine Novellierung des BAFöG mit dem Ziel der Elternunabhängigkeit. In: Reader zur Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenschaften, Leipzig, 26.-28. Oktober 1990. o.O. (Berlin) o.J. (1990). S. 37 - 44.

⁶ Wie es in der Koalitionsvereinbarung für die letzte DDR-Regierung vom 12.4.1990 noch als Vorhaben formuliert worden war. Vgl. die auszugsweise Dokumentation in Anweiler et al. (Hrsg.): *Bildungspolitik in Deutschland 1945-1990. Ein historisch-vergleichender Quellenband*. Opladen 1992. S. 481.

⁷ Die Ereignisse des Jahres 1990 sind ausführlicher beschrieben in: Peer Pasternack: *Studentisches Bewegtsein in der DDR/in Ostdeutschland 1989/90*. In: *hochschule ost* 7/1992, S. 22 - 31. Nachdruck in ders. (Hg.): *IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive*. Leipzig 1993. S. 57 - 69.

⁸ Vgl. 3. Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenschaften am 12./13.1.1991 in Berlin: Offener Brief an die für Wissenschaft zuständigen Landesministerien der fünf neuen Bundesländer und Berlins. Dokumentiert in: Konferenz der StudentInnenschaften (Hrsg.): *Der ultimativ letzte Reader*. KdS. Berlin 1994. S. 51 f.

⁹ Vgl. KdS (Hrsg.): *Auf dem Land und den Städten Alle Macht den Räten!* Informations-Heft über die Positionen und Forderungen der Konferenz der StudentInnenschaften (KdS). Berlin o.J. (1991); KoRa der KdS, Projektgruppe Studentenwerke (Hrsg.): *Studentenwerke in den neuen Bundesländern*. Seminar 22.-24. März in Dresden. Dresden 1991; KdS (Hrsg.): *Novellierung der Landeshochschulgesetze in den FNL*. Berlin 1991; dies. (Hrsg.): *Novellierung der Landeshochschulgesetze in den FNL II*. Berlin 1991; dies. (Hrsg.): *Hochschulrahmengesetz (HRG) - Genesis im Westen und Wirkung im Osten*. Seminar am 11. Januar 1992 an der TH Ilmenau. Berlin 1992; dies. (Hrsg.): *Das Hochschulsystem nach der deutschen Neuvereinigung: Umbau im Osten und Konservierung im Westen? Die HRG-Diskussion zwischen schon vertanen und bisher noch nicht genutzten Chancen. Anhörung zu den Inhalten einer anstehenden Novellierung des Hochschulrahmengesetzes*, Berlin, 27. Februar 1992. Berlin 1992.

¹⁰ Die an den DDR-Hochschulen existierenden „Fonds junger Sozialisten“ waren 1989/90 im Zuge der Übernahme der FDJ-Kompetenzen an die StudentInnenräte übergegangen.

¹¹ Zitiert in: *Wie in alten Zeiten*. In: *Karzer. StudentInnenzeitung* (Halle/S.) Nov. 1993. o.S.

¹² Ignorierte Studentenschaft (Iv. mit Ted Thurner). In: *Die Zeit*, 27.5.1994.

¹³ Protokoll der 1. ordentlichen fzs-MV. In: *fzs-Rundbrief* No. 5. S. 5. Wobel ein (weibliches) Rostocker Resümee der MV dann der Quotierung doch noch positives abgewann: „die satzungsgemäß quotierte Redeliste erwies sich im großen Plenum als ein sinnvolles Mittel, die zahlenmäßig-männliche Dominanz auszugleichen.“ (Brigitte Kaute: *Ein Dach über dem Kopf??* 1. Mitgliederversammlung des fzs in Wiesbaden. In: *Rostocker Universitätszeitung* 3/1994. S. 6.)

¹⁴ Erklärung des StuRa Uni Rostock zur Verabschiedung der Resolution „Kurdistan“. In: *Ebd.*, S. 55.

¹⁵ Stephan Haux: *Lagerfeuer. Über das Treffen ostdeutscher StuRä in Weimar*. In: *fzs-Rundbrief* No. 6. S. 79 f.

¹⁶ Ted Thurner: *Editorial*. In: *fzs-Rundbrief* No. 5. S. 2.

¹⁷ Stephan Haux: *A.a.O.* S. 79.

Marion Höppner / Gisela Petruschka (Berlin):

Die neugeordnete Humboldt-Universität zu Berlin Ein Versuch der Aufklärung politischer Hintergründe

„Es kann kein Zweifel bestehen, daß Wissenschaft nicht nur in der ehemaligen DDR in den Dienst der Macht genommen worden ist. Wissen ist Macht. Darum wird Wissenschaft betrieben und bezahlt, nicht etwa um des Lebens und der Wahrheit willen.“¹

„Doch daß wir diesen Krieg verloren war Gott-sei-Dank nur ein Gerücht. Was wir verlor, ist das Gedächtnis. Denn mehr verlieren Deutsche nicht.“²

Einführung

Gut drei Jahre nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung erweist sich die „Erneuerung“ der ostdeutschen Hochschulen als Prozeß einer in der deutschen und europäischen Wissenschafts- und Hochschulgeschichte wohl einmaligen Ausdehnung staatlicher Zuständigkeit und zentraler Verwaltung auf die eigentlich selbstverwalteten Angelegenheiten der Hochschulen. Die tatsächlich notwendige inhaltliche, strukturelle wie personelle Erneuerung der DDR-Hochschulen ist ausgeblieben oder im Zuge von „Abwicklung“, „Anpassung“ an westdeutsche Hochschulstrukturen und -verhältnisse sowie „politischer Säuberung“ steckengeblieben.

Das westdeutsche Hochschulsystem war schon Jahre vor der Vereinigung zum Gegenstand massiver Kritik geworden. Unter Stichworten wie „Überlast“, „Bildungskatastrophe“, „Abwanderung der Forschung aus den Hochschulen“ u. ä. wurde schon lange zuvor über mögliche Alternativen debattiert - und dies nicht nur unter Hochschulangehörigen.

„Es hätte jedenfalls das Ziel aller Beteiligten sein müssen, die ostdeutschen Universitäten vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren. Es wäre verdienstvoller gewesen, die gute Betreuungssituation, das wertvolle Engagement des Mit-

telbaus, die vielfache Verknüpfung von Theorie und Praxis zu bewahren, statt sich mit Titeln, Talaren und Studentenverbindungen zu amüsieren. Gerade die für westliche Augen vielfach irritierenden universitären Bastardformen aus berufsnaher Ausbildung, praxisorientierter Forschung und akademischer Lehre hätten nicht angeglichen, sondern nach sorgsamer Renovierung als ostdeutscher Beitrag zur Differenzierung des gesamtdeutschen Hochschulsystems aufrecht erhalten werden sollen. ... Die keineswegs leichthin bereitgestellten Gelder werden unbesonnen für akademische Westimitate und nicht koordinierte Universitätsgründungen ohne Neuigkeitswert vergeudet.“³

Nichtsdestotrotz wurde also das westdeutsche Hochschulsystem als Nonplusultra für die neuen Bundesländer angepriesen. Die Chance zu einer Neugestaltung - auch des bundesdeutschen Hochschulwesens - wurde damit verpaßt.

Neben der Übertragung westdeutscher Strukturen vollzieht sich an ostdeutschen Hochschulen ein massenhafter Personalabbau, der insbesondere den sogenannten akademischen Mittelbau trifft. Und dies obwohl allgemeine Einigkeit darüber besteht, daß gerade der starke Mittelbau in der DDR wesentlich kürzere Studienzeiten ermöglichte, womit eine der erklärten Zielstellungen erwähnt ist, die in der hochschulpolitischen Diskussion verschiedenster staatlicher und wissenschaftlicher Gremien derzeit eine zentrale Rolle spielt. Damit gleichen sich die ostdeutschen Hochschulen auch in der Zahl ihrer Mitarbeiter sowie dem Verhältnis von befristetem und unbefristetem wissenschaftlichem Personal

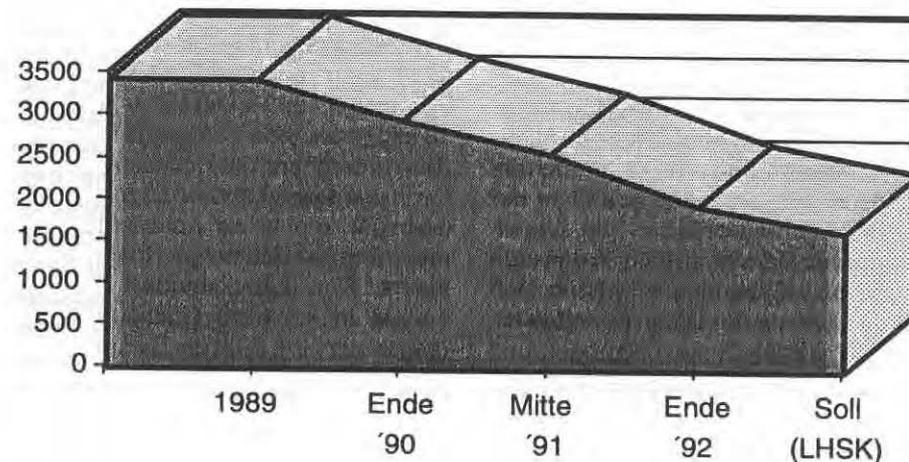
mehr und mehr westdeutschen Verhältnissen an.

Im Jahr 1989 arbeiteten an den Universitäten und Hochschulen der DDR insgesamt 7.516 Hochschullehrer und 31.393 wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter. Es kann davon ausgegangen werden, daß bis zum Ende des Jahres 1992 50-60 % des ehemaligen Personals die Hochschulen verlassen mußte. (Genauere Zahlen für das Jahr 1993 liegen noch nicht vor. Die Entwicklung des wissenschaftlichen Personals an der Humboldt-Universität ist in den untenstehenden Abbildungen dargestellt.)

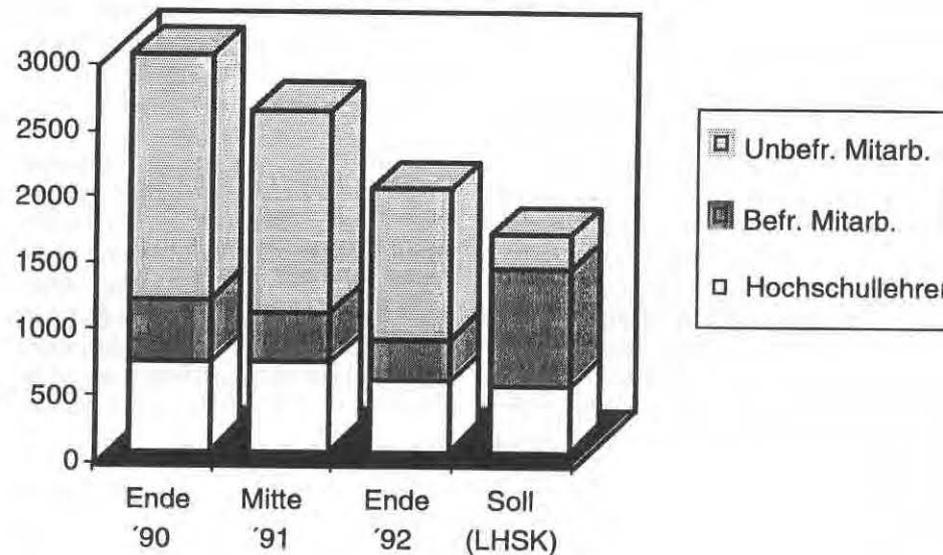
Zeitgleich mit diesem Personalabbau vollzieht sich eine massive Verdrängung ostdeutscher Wissenschaftler aus den Hochschulen in den neuen Bundesländern sowie eine weitreichende Einschränkung von Rechten der (trotz allem noch) an den Hochschulen verbliebenen Hochschullehrer und akademischen Mitarbeiter.

All dies führte zu einer fast vollständigen Zerschlagung eines über Jahrzehnte gewachsenen Hochschulsystems (einschließlich des gesamten Umfeldes der Hochschulen: das Forschungs- und Entwicklungspotential der ostdeutschen Wirtschaft existiert praktisch nicht mehr; das System außeruniversitärer Forschung ist zum größten Teil aufgelöst; Kooperationsbeziehungen, insbesondere nach Osteuropa sind zusammengebrochen). Wie lange es dauern wird, neue und leistungsstarke Strukturen in Forschung und Lehre aufzubauen, ist noch völlig offen. Denn dies ist nicht mit einer Besetzung von Stellen getan, selbst wenn diese mit noch so guten, fachlich ausgewiesenen Wissenschaftlern erfolgt.

Wiss. Personal der HUB 1989 - 1992 (ohne Charité)



Entwicklung des wiss. Personals der HUB seit der Wiedervereinigung (ohne Charité)



Betrachtet man die Entwicklung der letzten drei Jahre, so stimmt besonders bedenklich, daß die in der BRD auch schon vor der Vereinigung oft beklagte starke staatliche Einflußnahme auf die Hochschulen über das Vehikel einer „Erneuerung“ der ostdeutschen Hochschulen noch verstärkt wird. Öffentlich finanzierte Wissenschaft - und damit auch die Hochschulen - scheinen aus Sicht der politisch Verantwortlichen ein gesellschaftlicher Bereich zu sein, in den man ungestraft beliebig eingreifen kann. Daß davon nicht nur der Osten betroffen ist, zeigen massive Finanzkürzungen und eine zunehmende Orientierung auf wirtschaftliche Kriterien der Bewertung von Wissenschaft auch in den alten Bundesländern. Dies vollzieht sich in einer Zeit, in der die globalen Probleme dieser Welt in rasantem Tempo wachsen und

1. Das ostdeutsche Wissenschafts- und Hochschulsystem im Wandel

Es lassen sich relativ klar abgrenzbare Phasen des Umgangs mit und des Handelns des ostdeutschen Wissenschafts- und Hochschulsystems unterscheiden:⁴

Zunächst war die Eigenstaatlichkeit der DDR noch nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Es ging von Seiten der DDR-WissenschaftlerInnen um eine grundsätzliche Reformierung des Wissenschafts- und Hochschulsystems (Demokratisierung von Entscheidungsprozessen, Legitimation der Wissenschaftsleitungen bzw. Selbstverwaltungsgremien durch Neuwahlen, Freiheit von Lehre und Forschung, Autonomie gegenüber zentralistischen Eingriffen usw.). Nach der Öffnung der Grenzen kam es zu einem Anstieg von Kontakten und Kooperationen mit westdeutschen und an-

die Wissenschaft stärker denn je gefördert werden müßte, um Alternativen zu entwickeln.

Im Diskussionsentwurf zur Vorbereitung des 4. Parteitages der CDU vom 12.-14. September 1993 findet sich unter Punkt 18 folgende bemerkenswerte Passage: „Die Neuordnung der Hochschulstrukturen in den neuen Ländern ist zugleich ein wichtiger Impuls zur notwendigen Erneuerung des deutschen Hochschulsystems.“ Daß dies zumindest für Berlin bereits in konkrete Hochschulpolitik umgesetzt wird, zeigt der Berliner Hochschulstrukturplan 1993, der nun auch einschneidende Veränderungen für die westberliner Hochschulen, insbesondere für die Freie Universität, die Technische Universität und die Hochschule der Künste vorsieht.

deren Wissenschaftlern (z.B. Erster Gemeinsamer Hochschultag von FUB und HUB im Januar 1990; Aufnahme neuer Beziehungen zu westlichen Universitäten).

In dieser Phase wurden auch neue inhaltliche Konzepte erarbeitet, die vor allem auf eine Überwindung der disziplinären Grenzen sowie eine generelle Öffnung der Universitäten zielten. Allerdings muß insgesamt eingeschätzt werden, daß diese neben der Frage einer Demokratisierung der Entscheidungsprozesse eher in den Hintergrund gerieten.

Spätestens mit den Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 war klar, daß die

gesamte weitere Entwicklung auf die schnelle Herbeiführung der staatlichen Einheit von BRD und DDR gerichtet sein würde. Bilaterale Kooperationsaktivitäten von Seiten des BMFT wurden damit eingestellt, es ging lediglich um die Frage, wie mit den Wissenschaftsinstitutionen der DDR umgegangen werden sollte. „Im Laufe der letzten 40 Jahre hat sich in der westdeutschen Wissenschaftspolitik ein stabiles Verhandlungsnetzwerk zwischen den drei wesentlichen Akteurguppen Bund, Länder und Wissenschaftsorganisationen etabliert. Grundlage dieses Verhandlungsnetzwerkes sind relativ stabile Austauschbeziehungen zwischen den drei Gruppen, ...“ „Das überragende Interesse der Westakteure war die Stabilisierung des forschungspolitischen Gleichgewichts zwischen diesen drei Akteurguppen, ein Ziel, das sie in der turbulenten Situation im Vorfeld der deutschen Vereinigung am ehesten durch eine Bewahrung des institutionellen Status quo gewährleistet sahen.“⁵ Diese Prämisse bestimmte im folgenden die gesamte Politik und favorisierte von Anfang an die „Abwicklung“ wissenschaftlicher Einrichtungen, nicht deren „Überführung“ in westdeutsche Kategorien und schon gar nicht die Realisierung grundsätzlich neuer Organisationsformen.

Die Hochschulen spielten in dieser Phase von staatlicher Seite kaum noch eine Rolle, da Bildungsangelegenheiten, einschließlich der Hochschulen, nach bundesdeutschem Recht Ländersache sind.⁶

Die Regierung der DDR ging daran, die verwaltungstechnischen Voraussetzungen für den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik zu schaffen. Für den Hochschulbereich wurde dies besonders durch die „Vorläufige Hochschulverordnung der DDR“ deutlich, die der Minister für Bildung und Wissenschaft, Prof. Meyer, auf dem reinen Verordnungswege - vorbei an allen parlamentarischen und erst recht hochschulpolitischen Gremien - in Kraft setzte. Inhalt der Verordnung war die faktische Einführung von Teilen des bundesdeutschen Hochschulrechts für die Hochschulen der DDR.

Worum es nach den Wahlen vom 18. März politisch ging machte derselbe Minister Meyer in einer Rede anläßlich der Investitur von Rektor Fink an der HUB deutlich: „Wer dafür plädiert, die Universitäten dieses Landes als linke Alternative zu profilieren, will Bastionen errichten für eine Auseinandersetzung, die nicht mehr stattfindet, nämlich für die Auseinandersetzung über die Frage >Bundesrepublik oder eine bessere DDR.<“⁷

Mit der Herstellung der deutschen Einheit nach Artikel 23 GG setzte die weitgehend schematische Übertragung westdeutscher (nicht westlicher oder westeuropäischer) Muster auf das Wissenschafts- und Hochschulsystem der ehemaligen DDR ein, verbunden mit einer massenhaften Verdrängung ostdeutscher WissenschaftlerInnen und MitarbeiterInnen.

2. Die Rolle der ostdeutschen Hochschulen und ihrer Mitgliedergruppen in der „Wende“

Die Hochschulen (als Institutionen oder Gruppen von Hochschulangehörigen) müssen in der Kernphase der Umbruchprozesse in der DDR als ausgesprochen „träge“ bewertet werden. Obwohl es an den Hochschulen seit Jahren durchaus eine kritische Einschätzung der herrschenden Verhältnisse (v.a. in ökonomischer Hinsicht und im Hinblick auf eine Demokratisierung von Entscheidungsprozessen) gab, gingen von ihnen keine treibenden Impulse für Veränderungen aus.

Die Studenten traten als erste gegen traditionelle Strukturen an den Hochschulen auf. Sie griffen das Alleinvertretungsmodell der FDJ an, engagierten sich aber auch für weitergehende demokratische Veränderungen an der Universität. An der HUB erreichten sie noch im Oktober/November 1989 die Installation eines Studentenrates als Interessenvertretung der Studenten (31. 10. 1989) sowie die Zusage des damaligen Rektors, 42 Studenten in den Wissenschaftlichen Rat der Universität zu wählen.

3. Transformationsvorstellungen von WissenschaftlerInnen an der Humboldt-Universität

Die Transformationsvorstellungen von WissenschaftlerInnen der Humboldt-Universität, die insbesondere in der ersten Phase aber auch noch danach entwickelt wurden, zielten vor allem auf eine demokratische Erneuerung der Universität von innen heraus, mit den vorhandenen Menschen. Es ging um die:

- Stärkung der Autonomie der Universi-

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter organisierten sich ebenfalls, insbesondere als klar wurde, daß das westdeutsche Hochschulmodell übernommen werden soll.

Beide Gruppen sind in dieser Zeit aber sehr differenziert zu betrachten, wirklich aktiv wurde nur ein Bruchteil ihrer Mitglieder (auch in der sogenannten Wendezeit, selbst wenn damals eine breitere „Mitläuferschar“ erreicht wurde). Die Mehrzahl der Universitätsangehörigen betrachtete die ablaufenden Prozesse eher abwartend, aus der Distanz und wurde nur in Ausnahmefällen selbst aktiv.

Ursachen für dieses Verhalten liegen nicht zuletzt in erlernten Verhaltensmustern aus DDR-Zeiten.

Dies gilt auch für die Gruppe der Hochschullehrer, die in dieser Zeit eine ganz eigene Rolle spielte. Ihr schien es - wie später auch ihren westdeutschen KollegInnen - vorrangig um eine Besitzstandswahrung zu gehen.

tät und Freiheit in Lehre und Forschung;

- Öffnung der Universitäten und Erhalt der Vielfalt von Fächern (universitas litterarum);
- Aufhebung der zentralistischen Leitung der Universität durch Staat und Partei, Legitimationsdruck auf die vorhandenen Leitungen an der Universität;
- Forderung nach Transparenz von Ent-

scheidungen;

- Entwicklung neuer Modelle der Interessenvertretung an der Hochschule (Runder Tisch, Studentenrat, IG Humboldt-Frauen, Vereinigung des akademischen Mittelbaus usw.);
 - Entwicklung völlig neuer Modelle der universitären Selbstverwaltung (Statut der HUB);
 - Forderung nach Aufhebung jeglicher Beschränkungen aus ideologischen Gründen;
 - Forderung nach freiem Zugang zu Bibliotheken und Archiven.
- Außerdem spielten Fragen der sozialen Sicherstellung der Universitätsangehörigen schon sehr früh eine Rolle (z. B. Studentenproteste vom Mai/Juni 1990, Betriebs- bzw. Sozialschutzvereinbarung, Vorruhestandsregelungen usw.).

Das im Oktober 1990 verabschiedete Statut der Humboldt-Universität beinhaltet (bei allen im Vorfeld gemachten

Zugeständnissen z. B. von Seiten des Runden Tisches der HUB) im Vergleich zum geltenden bundesdeutschen Hochschulrecht zum Teil revolutionäre Veränderungen hin zu einer Demokratisierung der Hochschule. Dies betrifft vor allem die Zusammensetzung der Selbstverwaltungsgremien der Universität, die den unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Mitgliedergruppen Rechnung tragen sollte. Während im Westteil der Stadt sowohl im Konzil als auch in den Fachbereichsräten die Professoren die absolute Mehrheit an Stimmen und Sitzen besaßen, galt für die HUB folgende Quotierung: 35% Hochschullehrer (mit „doppeltem Stimmrecht“ in bestimmten Fragen), 30% Studenten, 25% akademische Mitarbeiter und 10% technische Mitarbeiter. Darüber hinaus hatte das Konzil der HUB als höchstes Entscheidungsgremium weitreichendere Kompetenzen als Konzile westdeutscher Hochschulen.

4. Die Rückkehr des Zentralismus

Nach den Volkskammerwahlen vom 18. März trat bei einem großen Teil derer, die für eine eigenständige und echte Alternative zum System der BRD eingetreten waren, eine Desillusionierung ein. Die Basis derjenigen, die als Sympathisanten und Mitläufer demokratischer Reformen gelten konnten, bröckelte ab. An den Universitäten etablierten sich zunehmend Parteien und lösten die Bürgerbewegten und Reformer der „Wendezeit“ ab.

Mit der Herstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 begannen massive administrative Eingriffe in die gerade erst neu gewonnene Hochschul-

autonomie von Seiten des politischen Senats von Berlin. Pikanterweise begründete der Berliner Senat diese neue Form des Zentralismus immer wieder damit, die Hochschulen im Ostteil der Stadt von DDR-Zentralismus und staatlicher Steuerung der Wissenschaft befreien zu wollen, um deren Autonomie und Konkurrenzfähigkeit zu sichern.

Bereits vor dem 3. Oktober 1990 gab es eine Vielzahl hochschulpolitischer Entscheidungen des Westberliner Senats, die darauf zielten, die Ostberliner Hochschulen möglichst schnell und reibungslos in das bestehende Hochschulsystem der Stadt einzupassen.

Berlin spielte im Prozeß der Überstülpung des westdeutschen Hochschulsystems auf die Hochschulen der ehemaligen DDR eine spezielle Vorreiterrolle, denn der Ostteil der Stadt wurde praktisch über Nacht in das bestehende alte Bundesland Berlin übernommen.

Die rechtliche Grundlage hierfür bildete das „Gesetz über die Vereinheitlichung des Berliner Landesrechts“ (das sogenannte Mantelgesetz) vom 11. 09. 1990, das mit dem 3. 10. 1990 in Kraft trat. In seiner Endfassung sah dieses Mantelgesetz Neuwahlen an den Ostberliner Hochschulen nach einer Frist von ca. einem Jahr (31.12.1991) vor. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Hochschulen ermächtigt „die Fragen ihrer inneren Organisation... durch Satzungs Vorschriften (Grundordnung sowie sonstige Satzungen) abweichend von den Festlegungen des BerlHG zu regeln“. Trotz allem bedeutete die im Gesetz festgeschriebene Übernahme der Humboldt-Universität in die Zuständigkeit des Landes einen Einschnitt in die Entscheidungsfreiheit der Universität. Zum einen mußte sie sich bei der Erarbeitung und Verabschiedung des Statuts der HUB an das Hochschulurteil des Bundesverfassungsgerichts der BRD vom 29. Mai 1973 halten, das bei Entscheidungen zu unmittelbar Forschung und Lehre betreffenden Fragestellungen die Mehrheit der Hochschullehrer in den jeweiligen Hochschulgremien festschreibt (Festschreibung des „doppelten Stimmrechts“ von Hochschullehrern in diesen Fragen - §7 des Statuts).

Viel gravierender für die Humboldt-Universität war allerdings die Tatsache, daß lt. Gesetz bis zu den Wahlen eines

Kuratoriums eine Kommission dessen Aufgaben wahrzunehmen hatte. Diese sogenannte „Sechser-Kommission“ setzte sich paritätisch aus Senats- und Universitätsmitgliedern zusammen (Senator für Wissenschaft und Forschung, Senator für Inneres, Senator für Finanzen, Rektor, Stellvertreter des Rektors und Dekan der Medizinischen Fakultät der HUB). Bei Stimmgleichheit war die Stimme des Wissenschaftssenators ausschlaggebend, womit ihm praktisch das alleinige Entscheidungsrecht in allen personalrechtlichen und wirtschaftlichen Fragen zukam. Dieser Stichtischeid durch den Wissenschaftssenator war von der rot-grünen Koalition erst kurz zuvor aus dem Berliner Hochschulgesetz herausnovelliert worden. Im Ostteil der Stadt wurde er mit dem Mantelgesetz stillschweigend wieder eingeführt. (Und dies gilt bis heute fort: siehe ErgGBerlHG § 5, Abs. 2; Berliner Hochschulstrukturplan 1993.)

Die daraus resultierende damalige Situation der Universität beschrieb Rektor Fink wie folgt: „Seit dem 3. Oktober ist die Universitätsleitung in personalrechtlichen und personalwirtschaftlichen Dingen handlungsunfähig. Sie kann weder entlassen noch neu einstellen. In der Sechser-Kommission stauen sich die Kündigungsvorlagen der Universität.“⁸ Die seit Herbst 1989 durchgesetzten Veränderungen hin zu mehr Demokratie wurden nach der deutsch-deutschen Vereinigung durch gezielte Eingriffe immer weiter außer Kraft gesetzt oder untergraben. Hierbei lassen sich im Hinblick auf die Humboldt-Universität bestimmte Zäsuren festmachen (siehe Tabelle, vgl. *hochschule ost* 10/92, S. 7-19).

Datum	Art des Eingriffs	Konsequenzen für die HUB	Reaktion der HUB
18./22. 12. 1990 22. 01. 1991	Beschlüsse der Berliner Landesregierung zur Überführung der HUB bei gleichzeitiger Abwicklung bestimmter Teilbereiche ^{8a} Beschluß über den sofortigen Vollzug dieser Entscheidungen	Abwicklung der Fachbereiche Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Erziehungswissenschaft sowie der Institute für Geschichtswissenschaft und Philosophie „mit dem Ziel der Neubildung“ Auflösung der Fachbereiche Angewandte Informatik und Wissenschaftsforschung (ehemals WTO) und Kriminalistik zum 1.1.91 - begonnene Studiengänge können beendet werden „Abwicklung“ bedeutet: • Mitarbeiter werden in die „Warteschleife“ versetzt (Arbeitsverhältnisse ruhen, 70 % des Gehalts für 6 oder 9 Monate) • danach Beendigung der Arbeitsverhältnisse per Gesetz, d. h. ohne Einzelfallkündigung, unter Aussetzung von Kündigungsschutzregelungen und Mitbestimmungsrechten der Personalvertretungen	• Schon im Vorfeld - am 13. 12. 1990: Beschluß des Konzils der HUB über die Einsetzung von „gemischt“ (extern/intern) zusammengesetzten Personal- und Strukturkommissionen Aufgaben: Erarbeitung von Vorschlägen zur inhaltlichen Neustrukturierung des entsprechenden Bereiches, zur Definition von Hochschullehrerstellen und zur Berufung von Hochschullehrern auf diese Stellen sowie zur Überleitung von Personal der HUB in die Stellenkategorien und Rechtsverhältnisse gemäß HRG • Klage gegen die Abwicklungsbeschlüsse (31. Dezember 1990) und Antrag auf eine einstweilige Verfügung gegen den Beschluß zum sofortigen Vollzug (23. Januar 1991)
25.01. 1991	Beschluß der „Sechser-Kommission“ der HUB über die Einsetzung von Gründungsdekanen und SBK für drei der abzuwickelnden Fachbereiche (trotz anhängiger Klage der HUB gegen die Abwick-	Gründungsdekane und SBK erhalten Befugnisse, die nach dem Berliner Hochschulgesetz den Fachbereichsräten sowie dem Akademischen Senat zustehen (Aufstellung von Berufungslisten für Professoren, Vorbereitung von Entscheidungen über das Fächerspektrum	Presseerklärung des Rektors der HUB gegen den Beschluß der „Sechser-Kommission“; Klage der HUB gegen die „Abwicklungsbeschlüsse“ wird weitergeführt (auch nach der Verweigerung des vorläufigen Rechtsschutzes gegen den sofortigen Vollzug durch das Verwal-

	lung und gegen die Stimmen der in der Kommission vertretenen Mitglieder der HUB)	sowie die anzubietenden Studiengänge, Festsetzung der Höchstzahlen); Die betroffenen Fachbereiche werden neu gegründet, bevor die Rechtmäßigkeit der Abwicklungsentscheidung bestätigt wurde. Ausschreibungen der Stellen werden offiziell in Angriff genommen und realisiert. Dadurch existieren alte und neue Fachbereiche im Prinzip nebeneinander.	tungsgericht am 12. Februar 1991)
18.07. 1991	Gesetz zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes (ErgGBerLHG)	Setzt für eine nicht übersehbare Frist die auch den Ostberliner Hochschulen nach dem BerlHG zustehenden Rechte in wesentlichen Punkten außer Kraft. Es gibt praktisch alle wichtigen Entscheidungen über den Erneuerungsprozeß der Hochschulen in die Hände der Landesregierung. <ul style="list-style-type: none"> • In Personalfragen hat der Wissenschaftssenator praktisch alleiniges Entscheidungsrecht; • Einrichtungen von Struktur- und Berufungskommissionen für alle Fachbereiche (entspricht praktisch einer „Abwicklung“) • Mitwirkungsrechte von Hochschullehrern der HUB, die nicht nach HRG berufen wurden, werden faktisch außer Kraft gesetzt, da ihre Stimmen in allen wesentlichen Fragen bei der Ermittlung der Hochschullehrermehrheit nicht mitzählen 	Kritische Stellungnahme des Akademischen Senats zum Gesetzesentwurf; Beschluß des Akademischen Senats vom 16. Juli, Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz einzulegen; Klage der HUB vom 25. September 1991
28.11. 1991	Fristlose Kündigung des	Wenige Tage vor den geplanten Wahlen zu den	Vollversammlung der HUB, Konzil und Aka-

28.01. 1992	Rektors der HUB, Prof. Dr. Fink, aufgrund eines Schreibens der Gauck-Behörde vom 25. November Rechtsaufsichtsmaßnahme des Wissenschaftssenators, die Prof. Fink die Ausübung des Rektorenamtes untersagte	Selbstverwaltungsgremien der HUB (entsprechend Kategorien des ErgGBerLHG) wird der demokratisch gewählte Rektor ohne Beweise und vorbei an den Gremien der Universität fristlos entlassen und seines Amtes enthoben	demischer Senat sprechen dem Rektor ihr Vertrauen aus; Aussetzung der Wahlen zu den Selbstverwaltungsgremien der HUB; Klage des Rektors gegen die fristlose Entlassung und Einleitung eines einstweiligen Anordnungsverfahrens, um die Rechtmäßigkeit und Wirksamkeit der beabsichtigten Amtsenthebung als Rektor feststellen zu lassen (3. Dezember 1991)
21.06. 1992	Hochschulpersonalübernahmegesetz tritt in Kraft	Alle Mitarbeiter der HUB müssen innerhalb von 6 Wochen einen Antrag auf Übernahme in die Personalkategorien des HRG stellen. <ul style="list-style-type: none"> • Nicht übernommen wird, wer „vor dem 3.10.90 in herausgehobener Position oder in sonstiger Funktion auf nachhaltig wirksame Weise zur Stabilisierung des Herrschaftssystems der DDR beigetragen“ haben. („Staatsnähe“ als unbestimmter Rechtsbegriff) • Übernahme nach Maßgabe des jeweiligen Haushalts. • Wenn keine Übernahme erfolgt: Überhangstelle oder Kündigung (Personalkommission entscheidet) • Soziale Aspekte werden im Gesetz nicht berücksichtigt. 	Antragstellung durch die Mitarbeiter der HUB erfolgt in den nächsten 6 Wochen nach Verabschiedung; SBK bzw. PSK arbeiten verstärkt weiter; Insbesondere die Gewerkschaften kritisieren den Inhalt des Gesetzes (Bindung der Übernahme an Haushaltskategorien, ohne Klärung eines hinreichenden Überhangs und ohne jegliche soziale Absicherung)

3. 1. Die „Abwicklung“

Bereits kurz nach der Vereinigung ging man in verschiedenen hochschulpolitischen Gremien daran, ein Procedere der schnellen An- bzw. Einpassung der ostdeutschen Hochschulen in das westdeutsche Hochschulsystem zu entwickeln. So verabschiedete die Kulturministerkonferenz bereits am 26.10.1990 „Empfehlungen zur strukturellen und personellen Erneuerung der Einrichtungen der Wissenschaft in den Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen“, in denen zur Sicherung des hochschulpolitischen Handlungs- und Entscheidungsspielraums die sogenannte „vorsorgliche Abwicklungsalternative“ favorisiert wurde. Im November 1990 empfahl dann der Wissenschaftsrat die Bildung von Hochschulstrukturkommissionen durch die jeweiligen Landesregierungen, die für eine Übergangszeit die für eine Hochschulerneuerung erforderlichen hochschulpolitischen Maßnahmen, insbesondere bei der Berufung von Professoren, vorbereiten und damit Entscheidungskompetenzen der Universitätsgremien übernehmen sollten.⁹

In Berlin kamen Anfang Dezember 1990 die ersten Gerüchte über eine geplante „Abwicklung“ von Fachbereichen der Humboldt-Universität zu Berlin auf, die durch die Wissenschaftssenatorin, Prof. Dr. Barbara Riedmüller-Seel, zunächst noch bestritten wurden. Ihre Dementi konnten allerdings die Gerüchte nicht zum Schweigen bringen - wie sich wenige Tage später herausstellen sollte, mit Recht. Die Humboldt-Universität reagierte mit verschiedenen Protestaktionen (insbesondere der Studenten und

der Gewerkschaft). Am 4. Dezember verabschiedete der Akademische Senat der HUB eine „Stellungnahme zur notwendigen Erneuerung des Lehrkörpers der Universität“, in der er sich nochmals zur inhaltlichen wie strukturellen Erneuerung bekennt, jedoch eine „reine oder auch nur überwiegende Außenbestimmung des notwendigen Erneuerungsprozesses für verfehlt“ hält. In diesem Zusammenhang beauftragte der Akademische Senat den Rektor der HUB, im Falle einer Abwicklung, hiergegen im Namen der Universität Rechtsmittel einzulegen.

In dieser Situation fand am 13. Dezember 1990 auf Initiative des Hochschulpolitischen Rates der HUB (der Nachfolgeinstitution des Runden Tisches) ein außerordentliches Konzil statt. Die anwesende Wissenschaftssenatorin dementierte selbst noch zu diesem Zeitpunkt die Abwicklungs-Pläne des Senats und bezeichnete die darüber angeblich vorliegenden Papiere als eine Fälschung. Das Konzil diskutierte an diesem Tag insbesondere das weitere Vorgehen der Universität bei der strukturellen und personellen Erneuerung. Auf Initiative von studentischen KonzilsvertreterInnen beschlossen die Delegierten die Bildung von sogenannten Personal- und Strukturkommissionen (PSK) an der Humboldt-Universität, um die innere Reform zu befördern.

Dies konnte jedoch keine Wendung in den politischen Absichten des Berliner Senats bewirken und so faßte dieser am 18. und 22. Dezember 1990 die bekannten „Abwicklungsbeschlüsse“ von Teilbereichen der Humboldt-Universität zu Berlin.

Trotz Jahreswechsel und damit im Zusammenhang stehender Urlaubsphasen rissen die Protestaktionen, insbesondere der StudentInnen der Humboldt-Universität, nicht ab: sie besetzten die Universität, hielten Mahnwachen ab, demonstrierten auf der Straße und vor dem Schöneberger Rathaus, marschierten zu Fuß nach Leipzig, riefen einen Warnstreik aus u. v. a. m.

Darüber hinaus war die Humboldt-Universität die einzige Hochschule der ehemaligen DDR, die gegen die Abwicklungsbeschlüsse Klage einreichte (am 31. Dezember 1990).

Ungeachtet dessen beschloß die Berliner Landesregierung am 22. Januar 1991 den sofortigen Vollzug ihrer Abwicklungsentscheidungen vom Dezember. Diese einschneidende hochschulpolitische Entscheidung traf die Landesregierung zu einer Zeit, in der sie eigentlich schon nicht mehr dafür legitimiert war. Die Wahlen hatten kurz zuvor stattgefunden und die Sitzung vom 22. 1. 1991 war die letzte des noch amtierenden sogenannten MagiSenats (Magistrat von Ost-Berlin und Senat von West-Berlin). In einer anschließenden Pressekonferenz informierte die nunmehr amtierende Wissenschaftssenatorin die Öffentlichkeit über diese Entscheidung. Die betroffenen Einrichtungen erfuhren sie, wie schon zuvor, erst aus den Nachrichten oder der Presse.

Als Prototyp für die Erklärungen des Senats und der amtierenden Wissenschaftssenatorin erwies sich die 5. Sitzung der „Sechser-Kommission“ vom 25. Januar 1991. Der damalige Staatssekretär der Senatsverwaltung für Wis-

senschaft und Forschung, Dr. Kremen-dahl brachte die Auffassung des Berliner Senats zur sogenannten Erneuerung an der HUB auf den Punkt, indem er sagte: „Die Erneuerung der Humboldt-Universität geht mit den vorhandenen Menschen nicht!“ Ausgehend von dieser Überzeugung erscheinen alle folgenden Aktionen und Entscheidungen des Berliner Senats nur logisch, zielten sie doch alle auf die schnelle Verdrängung des vorhandenen Personals aus der Universität. Das einfache Rezept schien zu lauten: Ersetze Ost durch West!

Trotz anhängiger Klage gegen die „Abwicklungsbeschlüsse“ wurden mit besagter „Sechser-Kommissions“-Sitzung die Weichen für die Abwicklung der betroffenen Teilbereiche der Universität gestellt; die MitarbeiterInnen wurden in die Warteschleife oder in den Vorruhestand versetzt, Berufungen sowie Stellenausschreibungen nahmen ihren Gang.

Auf der Tagesordnung dieser für die Zukunft der HUB so entscheidenden Sitzung standen im wesentlichen zwei Punkte: die kurz zuvor durch die Landesregierung erteilte Anordnung zum sofortigen Vollzug der Abwicklungsbeschlüsse und die Einsetzung von Gründungsdekanen sowie von Struktur- und Berufungskommissionen. Obwohl Rektor Fink beantragte, gerade letztere Entscheidung zuvor mit dem Akademischen Senat der HUB beraten zu dürfen, wurde der Beschluß mit einer Mehrheit von 3 Senatsstimmen gegen 2 Universitätsstimmen gefaßt. Die „Bereinigung“ der Humboldt-Universität von Ost-WissenschaftlerInnen sowie die Neubesetzung mit West-WissenschaftlerInnen konnten somit trotz anhängiger Klage gegen die

Abwicklung ungehindert ihren Anfang nehmen.

In dieser Hinsicht erlangte die Sechser-Kommission (aber auch die sie später ablösende Personalkommission) eine verwaltungstechnische Perfektion, diente sie doch der administrativen Durchsetzung von Interessen des Berliner Senats gegen die Selbstverwaltungsrechte der Universität.

Die erwähnte paritätische Zusammensetzung dieser Kommission sowie die Regelung des „Stichentscheids“ durch den Wissenschaftssenators machten die Mitbestimmung der Universitätsseite in allen Fragen der personellen sowie strukturellen Umgestaltung der HUB zur Farce. So war der Akademische Senat der HUB im Hinblick auf die Berufungspolitik praktisch entmachtet. Zugleich ging die Überprüfung der fachlichen Qualifikation und persönlichen Integrität der Mitglieder der Humboldt-Universität in die Zuständigkeit der Struktur- und Berufungskommissionen über.

Am 10. Juni 1991 gewann die Humboldt-Universität zu Berlin in zweiter Instanz den anhängigen Verwaltungsgerichtsprozeß gegen die Berliner Landesregierung¹⁰ - die Abwicklung wurde für rechtswidrig erklärt und untersagt. Dadurch kam es zu z. T. lächerlichen Konstellationen an der Humboldt-Universität. So existierte z. B. das Institut für Geschichtswissenschaften plötzlich doppelt: Zum einen gab es das durch den Gründungsdekan neu aufgebaute und im wesentlichen aus West-Wissenschaftlern bestehende Institut. Und zum anderen waren die ehemaligen WissenschaftlerInnen des abgewickelten Fachbereiches

Geschichte durch die Aufhebung der Abwicklungsbeschlüsse wieder offiziell an der Humboldt-Universität angestellt.

Nach Verkündung des Urteils erklärte der Wissenschaftssenator, Prof. Dr. Manfred Erhardt, zwar, daß er sämtliche Instanzen zur Anfechtung dieser Urteils durchlaufen wolle, doch schon Monate zuvor hatte man von Seiten des politischen Senats die Weichen für eine andere Art der „personellen und strukturellen“ Erneuerung der Humboldt-Universität gestellt.

3. 2. Das Ergänzungsgesetz zum Berliner Hochschulgesetz

Das Gesetz zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes (ErgGBerHG), am 18. Juli 1991 verabschiedet, setzte für eine nicht unbestimmte Frist die auch den Ostberliner Hochschulen nach dem BerlHG zustehenden Rechte in wesentlichen Punkten außer Kraft.

Praktisch alle wichtigen hochschulpolitischen Entscheidungen gingen in die Hände der Landesregierung über. Die umstrittene Zusammensetzung der Sechser-Kommission, einschließlich des praktizierten Stichentscheids durch den Wissenschaftssenator, wurden per Gesetz für die Personalkommission festgeschrieben (§ 5). Darüber sah das ErgGBerHG die Einsetzung von Struktur- und Berufungskommissionen für alle Fachbereiche und Institute vor, was einer Abwicklung und Neugründung sämtlicher Struktureinheiten der HUB gleichkam.¹¹ Verschärfend kam hinzu, daß diese Struktur- und Berufungskommissionen

nicht etwa der Universität selbst, sondern dem Wissenschaftssenator direkt unterstellt waren, wodurch den Selbstverwaltungsgremien jede Einflußmöglichkeit auf die dort getroffenen Entscheidungen zur personellen und strukturellen Erneuerung der HUB entzogen wurde.

Zu den einschneidendsten Bestimmungen des Ergänzungsgesetzes zählte die Einführung von „Professoren alten und neuen Rechts“. In § 10 des Gesetzes heißt es:

„Bei Entscheidungen, die gemäß § 47 Abs. 3 Berliner Hochschulgesetz außer der Mehrheit des Gremiums auch der Mehrheit der dem Gremium angehörenden Professoren und Professorinnen bedürfen, werden für die Ermittlung der Professorenmehrheit nur die Stimmen derjenigen Professoren und Professorinnen gezählt, die

1. in das Professorenamt unter Zugrundelegung der Voraussetzungen der §§ 100 und 101 Berliner Hochschulgesetz berufen oder
2. nach den Vorschriften des Gesetzes gemäß § 75a Hochschulrahmengesetz als Professoren oder Professorinnen oder als Hochschuldozenten oder Hochschuldozentinnen übernommen worden sind.“

Auch gegen das ErgGBerHG legte die Humboldt-Universität Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein (25. September 1991). Sie wandte sich darin gegen Regelungen des Gesetzes, die „ihre Organe, organisatorischen Grundeinheiten, Hochschullehrer und sonstige Mitglieder von den wesentlichen Entschei-

dungen über Forschung und Lehre ausschließen“¹² Das Bundesverfassungsgericht Karlsruhe erklärte sich jedoch für in dieser Frage nicht zuständig und verwies die Universität an die Verwaltungsgerichte. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich das Klima an der Universität - auch durch die fristlose Entlassung von Rektor Fink mitbedingt - allerdings schon so geändert, daß weder der Akademische Senat noch einzelne Betroffene sich für eine Fortsetzung der Klage engagierten.

In einem öffentlichen Schreiben vom Frühsommer des Jahres 1993 erklärte die Präsidentin der Humboldt-Universität, daß diese Klage wohl inzwischen gegenstandslos geworden wäre und sie deshalb alle Gremien bitte, davon Abstand zu nehmen.

3. 3. Einige Notizen zum Wirken der Struktur- und Berufungskommissionen

In einer Situation, in der gerade auch Denunziationen, Beschuldigungen, anonyme Anklagen, Machtkämpfe und persönliche Abrechnungen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten¹³, waren die meisten Mitglieder der Struktur- und Berufungskommissionen aus den alten Bundesländern zwar um Sachlichkeit und Objektivität bemüht, erfüllten jedoch im wesentlichen ihren „Auftrag“ einer personellen Erneuerung der Humboldt-Universität zu Berlin nach dem Motto: „Tausche Ost gegen West“.

Einige Mitglieder des Akademischen Senats der Humboldt-Universität versuchten noch im Frühjahr 1992 die Beru-

fungschancen für „hauseigene Bewerber“ zu befördern, was allerdings angesichts der bereits laufenden Praxis schon fast von Blauäugigkeit zeugte. Im Einzelfall wurde dieser Anspruch zwar durchaus erfüllt. Das Problem der Humboldt-Universität bestand jedoch seit der Wende nicht zuletzt auch darin, daß sich zu viele „Opfer“ fanden, die als solche wohl kaum bezeichnet werden dürften. Dagegen hatten die tatsächlichen Opfer kaum eine Chance, in Stellenbesetzungsverfahren und Berufungen trotz ausgewiesener Qualifikation berücksichtigt zu werden. Auch ihnen wurden westliche BewerberInnen vorgezogen.

Die ersten neu berufenen Professoren, die aufgrund der Regelungen des Ergänzungsgesetzes im Unterschied zu ihren Ost-KollegInnen in allen Fragen der universitären Selbstverwaltung Stimmrecht besaßen, taten ein übriges, um ihre KollegInnen aus den alten Bundesländern nachzuziehen.

In den Fachbereichen Germanistik und Geschichte kam es z. B. vor, daß MitarbeiterInnen der Universität, die auf den Berufslisten für C4-Professuren noch 3. Listenplätze innehatten, bei den später ausgeschriebenen C3-Professuren überhaupt nicht mehr berücksichtigt wurden.

Bei den Berufungen spielten Lehrbefähigung und wissenschaftliche Leistung oftmals nur eine ausgesprochen untergeordnete Rolle im Vergleich zu den möglichen Forschungsprojekten und damit an die Universität zu bindenden Drittmitteln, die der Betreffende einbringen konnte. Daraus erklärt sich, daß mittlerweile in vielen Fällen ein Zustand

eingetreten ist, in dem solche neu berufenen Professoren nur noch ihre damit verbundenen Forschungsaufgaben erfüllen (z. T. nicht einmal an der HUB, sondern auswärts) und die Lehre den noch übriggebliebenen HUB-Angehörigen überlassen, die jedoch dafür nur befristete Stellen beanspruchen können.

Betrachtet man die Resultate der schon abgelaufenen Umstrukturierungsprozesse an der HUB so kann man feststellen, daß der Vorwurf einer zu engen Spezialisierung von DDR-WissenschaftlerInnen, der auch immer wieder als Kündigungsgrund herangezogen worden ist, auf die neu berufenen bzw. eingestellten West-WissenschaftlerInnen zumindest in gleichem Maße zuzutreffen scheint. Nicht selten scheint das Lehrangebot - insbesondere der Geistes- und Sozialwissenschaften - ein ausgesprochenes Sammelsurium mehr oder weniger ausgeprägter Spezialgebiete der sie vertretenden Personen. Methodisch-methodologische Fragestellungen, die zum „Handwerkszeug“ jedes Hochschulabsolventen zählen sollten, bleiben dabei oft außen vor oder werden nur sporadisch und ohne den notwendigen Zusammenhang angeboten. Es stellt sich die Frage, ob die Geistes- und Sozialwissenschaften, einschließlich der Geschichte dabei sind, sich zu einer reinen Faktologie zurückzuentwickeln, ohne den Anspruch einer wissenschaftlich begründeten Erklärung gesellschaftlicher Phänomene zu erheben.

Das bisher Gesagte könnte den Eindruck erwecken, als hätte all dies nur aufgrund der konkreten personellen Besetzung der Struktur- und Berufungs-

kommissionen geschehen können. Dem ist jedoch nicht so, denn alle Kommissionen - sowohl die hauseigenen PSK als auch die SBK - konnte nur in einem vorgegebenen Rahmen handeln, der im wesentlichen durch politische Entscheidungen des Senats von Berlin gesetzt wurde. Hier spielten vor allem auch finanzielle Rahmenbedingungen eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Auf einer Kuratoriumssitzung vom 7. 2. 1992, auf der der Entwurf zum neuen Haushaltsplan der HUB zur Diskussion stand, warf der Vorsitzende der ZPSK, Prof. Dr. Daxner, dem Senat von Berlin vor, den Haushalt der Universität im engsten Rahmen geplant zu haben, der schon jetzt ein „Korsett für die Zukunft“ bedeute und mit der vom selben Senat geforderten konsequenten und zukunftsweisenden Erneuerung der HUB nicht vereinbar sei. Nicht umsonst habe man von Seiten der ZPSK immer gefordert, Strukturentscheidungen vor solchen über Personen und Haushalte zu treffen.

Real konnte diese Forderung allerdings nie eingelöst werden. Stattdessen entschied man über Berufungen, Stellenbesetzungen, Mittelvergabe u.ä. lange bevor Entscheidungen über künftige Strukturen getroffen worden waren, was letztlich vollendete Tatsachen schuf und dazu führte, daß die vorhandenen Mittel weniger aus fachlich-inhaltlichen Gründen, denn aus Gründen des zeitlichen Vorlaufs von Entscheidungsvorlagen verteilt wurden. (Fachbereiche bzw. Institute, die als letzte ihre Ausschreibungen veranlaßten, gerieten in Gefahr, „von den Hunden gebissen zu werden“.)

Es ist wohl unnötig hinzuzufügen, daß

bei allen Sparmaßnahmen, die der Universität in den letzten Jahren von Seiten des Berliner Senats aufgetragen wurden, niemals eine inhaltliche Begründung angegeben wurde. I. d. R. beschränkte man sich auf die Feststellung, daß der Berliner Haushalt in arge Bedrängnis geraten sei und daß auch die Universitäten davon nicht unberührt bleiben könnten.

3. 4. Weitere Instrumentarien der „Hochschulenerneuerung“

Das Hochschulpersonalübernahmegesetz vom Juni 1992 regelte die Übernahme des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der ostberliner Hochschulen in die Kategorien des Hochschulrahmengesetzes. Es sah vor, daß die Übernahme in ProfessorInnenämter nur im Wege und nach den Kriterien regulärer Berufungsverfahren (§§ 100 und 101 des BerlHG) zu regeln sei. Desweiteren wurde die Übernahme des übrigen Hochschulpersonals in die Entscheidungsgewalt der Struktur- und Berufungskommissionen gelegt, wobei diese sich nicht nur am Bedarf und den vorhandenen Sollstellen zu orientieren hatten, sondern auch an der Beurteilung der persönlichen Integrität und Eignung, der Qualifikation und fachlichen Leistung. Das Gesetz wurde insbesondere durch die Gewerkschaften kritisiert, da die Übernahme des Personals ganz direkt an Kategorien des Haushalts gebunden wurde und soziale Aspekte überhaupt keine Rolle spielten.

Neben den hier bereits aufgeführten Eingriffen in die Hochschulautonomie gab es noch eine Vielzahl anderer, die in

ihren Wirkungen allerdings „nur“ bestimmte Teile bzw. Gruppen der Universität betrafen, deshalb jedoch nicht weniger einschneidend waren. Beispiele dafür sind die bereits erfolgten Fusionierungen von Fachbereichen unterschiedlicher Berliner Universitäten (z. B. Veterinärmedizin von HUB und FUB), die unabhängig von der konkreten Ansiedlung des fusionierten Fachbereiches, zwangsläufig zur vollständigen oder teilweisen Streichung der Ostberliner Stellen zu führen schienen, während die westdeutschen KollegInnen ihr Recht auf Besitzstandswahrung mit guten Aussichten auf Erfolg verwirklichen konnten.¹⁴

3. 5. Das Instrumentarium der Kündigung an der Humboldt-Universität

Wie überall in den neuen Bundesländern bildet auch für die Humboldt-Universität zu Berlin der Einigungsvertrag die Grundlage für die Personalpolitik nach dem 3. Oktober 1990.

Von ausschlaggebender Bedeutung waren und sind die darin enthaltenen Regelungen über die Weiterbeschäftigung oder Kündigung von MitarbeiterInnen im öffentlichen Dienst.¹⁵ Die aufgeführten Kündigungsgründe finden sich einzeln oder im Kanon - in allen seit dem Oktober 1990 erfolgten Kündigungsschreiben an MitarbeiterInnen der Humboldt-Universität wieder. Sie sind immanenter Bestandteil aller bereits erwähnten nachfolgenden Gesetze und Verordnungen bis zum heutigen Tage.

Die Kündigungsvorlagen, die der Sechser-Kommission bzw. der späteren Per-

sonalkommission zur Entscheidung vorgelegt wurden, enthielten neben den o. g. Kündigungsgründen laut Einigungsvertrag sowie einer Aufzählung diverser Mitgliedschaften und Funktionen zu DDR-Zeiten immer auch einen Passus, in dem darauf verwiesen wird, daß für die betreffende Person eine Umsetzung aus Umstrukturierungsgründen auf eine andere wissenschaftliche oder Verwaltungsstelle innerhalb der Universität nicht in Frage komme. Dies ist denn auch die einzig übriggebliebene Referenz an das bundesdeutsche Kündigungsschutzgesetz.

Darüber hinaus beinhalten die Kündigungsvorlagen immer auch eine Bemerkung über die haushaltmäßigen Auswirkungen der jeweiligen Kündigung. Allerdings ist angesichts der Einkommensunterschiede zwischen Ost und West zu vermuten, daß die eingesparten Gehälter der entlassenen Ost-MitarbeiterInnen durch die inzwischen erfolgten Einstellungen von West-MitarbeiterInnen um mindestens das Sechsfache wieder wettgemacht wurden.

Während in den Kündigungsvorlagen für die „Sechser-“ bzw. Personalkommission noch nach einem weitestgehend feststehenden Schema vorgegangen wurde, war für den Betroffenen aus dem jeweiligen konkreten Kündigungsschreiben kaum nachzuvollziehen, nach welchen Kriterien ihm persönlich gekündigt wurde. Dies und die allgemein zunehmende Vereinzelung der HUB-MitarbeiterInnen ist neben der Furcht vor Gerichtsprozessen vielleicht auch ein Grund, weshalb die meisten Betroffenen den Weg zum Arbeitsgericht letztlich nicht genommen haben.

Bereits parallel zur Abwicklung von Teilbereichen der Universität, durch die Hunderte MitarbeiterInnen in die sogenannte Warteschleife versetzt wurden, begannen die ordentlichen Kündigungsverfahren von MitarbeiterInnen der nicht von der Abwicklung betroffenen Fachbereiche.

Nach dem Scheitern der Abwicklungsbeschlüsse¹⁶ im Jahr 1991 vollzog sich die „personelle Erneuerung“ schließlich nur noch auf dem Wege der Einzelfallkündigung. Allerdings mutete die Bezeichnung „Einzelfallkündigung“ im Anbetracht des tatsächlichen Ablaufs dieser Entscheidungen z. T. schon makaber an. So beschloß die „Sechser-“ bzw. Personalkommission oftmals mindestens 12-15 Kündigungsvorlagen auf einer einzigen Sitzung. Es wurden auch ganze Institute im „Einzelfall“ gekündigt, wie z. B. das Institut für Sozialpädagogik des Fachbereiches Erziehungswissenschaften oder das Institut für Friedens- und Konfliktforschung.

Die Atmosphäre in der Sechser-Kommission in dieser Zeit wird wohl am besten durch die Bemerkung eines Studentenratsmitgliedes beschrieben, der gegenüber den Senatsvertretern besagter Kommission äußerte: „Sie können doch gleich eine Neutronenbombe auf die DDR werfen, dann sind Sie alle personellen Probleme los und haben wenigstens die Immobilie.“

Bereits zur Zeit der Abwicklungswirren erfolgten dann auch die ersten rein politisch motivierten Kündigungen an der Humboldt-Universität. Diese unterschieden sich von den bereits beschriebenen dadurch, daß sie nicht aufgrund einer

(wie auch immer begründeten) fachlichen Nichteignung von Betroffenen ausgesprochen wurden, sondern ausschließlich aufgrund politischer Aktivitäten in der Vergangenheit. Die Kündigungsvorlagen waren denn auch im Vergleich zu anderen ordentlichen Kündigungen recht kurz gehalten. In diesem Zusammenhang muß erwähnt werden, daß solcherart politisch motivierte Kündigungen i. d. R. „hausgemacht“ waren, also ohne ein Diktat der Staatsseite und in Noch-Abwesenheit westdeutscher WissenschaftlerInnen in den Entscheidungsgremien der Universität erfolgten. Die entsprechenden Kündigungsempfehlungen stammten aus den HUB-eigenen Personal- und Strukturkommissionen der Fachbereiche und Institute. Die Motive dafür waren sicher vielfältig. Auf der einen Seite spielte der naive Glaube eine Rolle, auf diesem Wege der Landesregierung den guten Willen der HUB demonstrieren zu können, um einer massenweisen Kündigung von Ost-MitarbeiterInnen zugunsten eines „West-Besatzes der Stellen“ zu entgehen. Auf der anderen Seite spielten aber auch sehr egoistische Motive eine Rolle: Durch die Verdrängung von Konkurrenten konnte man eigene Aufstiegschancen verbessern, „alte Streitigkeiten“ konnten so vergolten werden usw. usf. Nicht selten kam dadurch wissenschaftliches Mittelmaß nach oben.

Gesondert zu betrachten sind die außerordentlichen Kündigungen gemäß Einigungsvertrag Anlage I Kapitel XIX A. Solche außerordentlichen Kündigungen wurden bereits im Herbst 1990 praktiziert. Auf der konstituierenden Sitzung der Sechser-Kommission vom 29. November 1990 befaßte man sich ausführ-

lich mit diesem Thema, da bereits zu diesem Zeitpunkt die Namen der „Offiziere im besonderen Einsatz (OibE)“ vorlagen. Zwischen Herbst 1990 und März 1991 bestand jedoch aus Sicht der staatlichen Seite eine relativ hohe Unsicherheit bei außerordentlichen Kündigungen. Detaillierte Ausführungsbestimmungen, sprich konkrete rechtliche Regelungen zur Umsetzung des Einigungsvertrages fehlten. Es gab lediglich eine „allgemeine“ Ausführungsbestimmung der Senatsverwaltung für Inneres, die jedoch nicht den Status eines Gesetzes besaß. Ein Senatsvertreter in der „Sechser-Kommission“ verwies darauf, „daß die Tatbestandsmerkmale, die eine außerordentliche Kündigung rechtfertigen, zu objektivieren seien. Das Verfahren im Ehrenausschuß sei nicht der Maßstab für eine rechtliche Anhörung, da es nicht im Arbeitsrecht vorgesehen sei.“

Die Situation änderte sich erst mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (StUG vom 13. Juni 1991). Auf der Grundlage der aus der Gauck-Behörde eingehenden Informationen über eine inoffizielle Mitarbeit beim MfS fanden vor dem Ehrenausschuß der HUB¹⁷ Anhörungen der betroffenen MitarbeiterInnen statt, in deren Ergebnis empfohlen wurde, ob eine Weiterbeschäftigung für die Universität zumutbar sei oder nicht. Die dieser Empfehlung zugrunde gelegten Kriterien waren jedoch mehr als undurchsichtig. Dies umschrieb Rektor Fink in einem internen Bericht an die Sechser-Kommission vom 25. März 1991 wie folgt: „Zur Handhabung der Kriterien der ‚Zumutbarkeit‘ im Sinne der Regelung des Einigungsvertrages hat sich der Ehren-

ausschuß die Kriterien in der Auseinandersetzung mit den einzelnen Fällen geschaffen.“ Mit anderen Worten: Man entschied ohne einen einheitlich zugrunde gelegten Bewertungsmaßstab und letztlich ohne eine eindeutige gesetzliche Regelung über das Schicksal von Menschen! Dies zeigt sich vor allem in der Zusammenschau verschiedener Empfehlungen der Ehrenkommission: Bei annähernd gleicher Sachlage wurde die außerordentliche Kündigung oder die Anerkennung der Zumutbarkeit empfohlen! Letzteres kam besonders oft bei Personen vor, die eine Lobby vorzuweisen hatten, was vor allem bei „Reisekadern“ der Fall war, die schon zu DDR-Zeiten Kontakte im westlichen Ausland anknüpfen konnten. Wer sich nicht in der Lage sah, aus dem Ausland „Empfehlungsschreiben“ für seine Zumutbarkeit zu beschaffen, mußte gehen. So wurde z. B. einer Mitarbeiterin gekündigt, obwohl sie sich im Unterschied zu vielen anderen schon sehr früh in der Wendezeit gegenüber StudentInnen und KollegInnen zu ihrer Tätigkeit als IM bekannte und von diesen das Vertrauen ausgesprochen bekam. Einem anderen Mitarbeiter wurde, ohne daß er IM gewesen wäre, außerordentlich gekündigt, weil er in seiner Funktion als ehemaliger SED-Wohngebietsparteiensekretär der Staatssicherheit Auskünfte erteilt hatte. (Im übrigen spielte es für die Kündigung offensichtlich keine Rolle, worüber er Auskünfte erteilte.) Mehr als zweifelhaft erscheint auch die Praxis des Ehrenausschusses, die betroffenen MitarbeiterInnen über die gegen sie vorliegenden konkreten Vorwürfe nicht zu informieren. Sie hatten keinerlei Recht, in die sie betreffenden Unterlagen Einsicht zu nehmen.

Am 28. Januar 1992 wurde von seiten der Universitätsleitung der nun bereits lt. Ergänzungsgesetz existierenden Personalkommission der HUB (in gleicher Zusammensetzung wie die Sechser-Kommission) ein Beschlußentwurf vorgelegt, der den Umgang mit ehemaligen MitarbeiterInnen des MfS/AfNS bzw. die Verfahrensweise bei der außerordentlichen Kündigung dieses Personenkreises regelte. Dieser Beschlußentwurf sah vor, daß der (amtierende) Rektor der Humboldt-Universität durch die Personalkommission beauftragt wird, nach entsprechenden Mitteilungen des Sonderbeauftragten Gauck binnen 14 Tagen Kündigungsvorlagen an die Personalkommission vorzubereiten und einzureichen oder, soweit dies nicht möglich sein sollte, Hinderungsgründe zu benennen.

Auf die Vorgänge rund um die außerordentliche Kündigung von Prof. Dr. Heinrich Fink, dem Rektor der HUB, soll hier nur kurz eingegangen werden, da sie bereits eine sehr breite Öffentlichkeit gefunden haben, insofern also - im Unterschied zur breiten Masse der anderen Sonderkündigungen gemäß Einigungsvertrag - nicht unbeachtet und unkommentiert geblieben sind.¹⁸ Auf eine politische Wertung kann allerdings an dieser Stelle nicht verzichtet werden: Es mutet schon recht merkwürdig an, daß die fristlose Kündigung von Prof. Fink „rein zufällig“ nur wenige Tage vor den geplanten Wahlen der Selbstverwaltungsgremien der Humboldt-Universität zu Berlin erfolgte. Erst recht in Anbetracht dessen, daß die Gauck-Behörde noch im Februar des gleichen Jahres auf Antrag Prof. Finks mitteilte, daß sich aus den überprüften Unterlagen „keine Hinweise auf eine Zusam-

menarbeit mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst ergeben“¹⁹ haben.

Die wirkliche Tragik des Geschehens um Rektor Fink wird jedoch erst deutlich, betrachtete man auch alle anderen Fälle außerordentlicher Kündigungen an der Humboldt-Universität. In der außerordentlichen Sitzung der Personalkommission vom 26. November 1991 mußten sich die Vertreter der Humboldt-Universität von Seiten des Senats von Berlin entgegenhalten lassen, daß auch in diesem Fall eine Gleichbehandlung angestrebt werden müsse, immerhin seien - bei ähnlicher „Beweislage“ - auch andere ProfessorInnen und MitarbeiterInnen der HUB gekündigt worden (und dies mit Unterschrift des zu dieser Zeit im Amt befindlichen Rektors Prof. Fink). Leider ist dieser Argumentation kaum etwas entgegenzusetzen. Und insofern hätten sich die Autorinnen auch gewünscht, daß man mit der gleichen Intensität, mit der man die konkreten Fakten und Vorgänge um die Kündigung Prof. Finks diskutiert hat, das Gesamtverfahren der außerordentlichen, aber auch der ordentlichen Kündigungen gemäß Einigungsvertrag diskutiert hätte - und dies schon lange vor dem November 1991. In Anbetracht einer rechtsstaatlichen Verfahrensweise hätte die Frage der Einheitlichkeit und Begründetheit von Entscheidungskriterien gerade im Hinblick auf Kündigungsentscheidungen gestellt und geklärt werden müssen. Da dies nicht geschah, überließ man die Universität in diesen Fragen den Maßstäben und Kriterien des Senats oder - was z. T. noch schlimmer war - solchen MitarbeiterInnen der HUB, die aus einer Stellvertreterangst heraus oder aus Karrieregründen sich aktiv an der per-

sonellen „Bereinigung“ beteiligten. Um nicht mißverstanden zu werden: Es geht nicht darum, außerordentliche Kündigungen an sich in Frage zu stellen. Soweit in der Vergangenheit tatsächlich Rechte Dritter verletzt oder Straftaten begangen wurden, hätten sie sogar noch intensiver und konsequenter betrieben werden müssen. Doch in der Realität genügte schon die Tatsache bzw. allein der Anschein einer MfS-Mitarbeit, um die fristlose Kündigung auszusprechen. Auf diese Weise entthob man sich der unbequemen Aufgabe, sich mit den nur im historischen Kontext erklärbaren Vorgängen befassen und diese in eben diesem historischen Kontext bewerten zu müssen.

Das „Mammutunternehmen Kündigungen“ führte teilweise zu chaotischen Zuständen an der Humboldt-Universität. So sah sich die neugewählte Präsidentin noch im Oktober 1992 zu mehrmaligen Erklärungen gegenüber der Personalkommission veranlaßt, die die - nach Auffassung des Berliner Senats an der HUB herrschende - „Unordnung“ bei Kündigungsverfahren betrafen. Einige gekündigte MitarbeiterInnen gab es an der Humboldt-Universität überhaupt nicht bzw. nicht mehr, AußenstellenmitarbeiterInnen wurden bei der Kündigung einfach vergessen, etliche Gekündigte kehrten aufgrund gewonnener Klagen vorm Arbeitsgericht wieder an die Universität zurück, anderen MitarbeiterInnen vergaß man ihr fertiges Kündigungsschreiben auszuhändigen, wodurch die Kündi-

gungsfristen nicht eingehalten werden konnten, wieder anderen wurde ohne Rücksicht auf die in der Personalakte vermerkte Schwerbehinderung oder trotz ruhender Arbeitsverhältnisse gekündigt usw. usf.

Obwohl nur ein Bruchteil der von Kündigung betroffenen MitarbeiterInnen der Humboldt-Universität den Weg vor das Arbeitsgericht ging, ist zu vermuten, daß die verlorenen Gerichtsverfahren das Land Berlin und damit die Steuerzahler Unsummen von Geldern kosteten. Wohl auch deshalb versuchte die Personalkommission sich schon bald zusätzlich abzusichern, indem sie zu Kündigungsvorlagen auf der Grundlage des Einigungsvertrages vorsorglich eine zusätzliche Bedarfskündigung auf der Grundlage angeblich erfolgter Umstrukturierung formulierte, da einige Arbeitsgerichtsverfahren Kündigungstatbestände lt. Einigungsvertrag als nicht hinreichend konstatiert hatten.

Fazit: Wen man kündigen wollte, konnte man auch kündigen, denn (Schein-)Gründe fanden sich genug: zu wenige Publikationen - obwohl es als allgemein anerkannt gilt, daß zu DDR-Zeiten kaum Publikationsmöglichkeiten bestanden; eine zu enge Spezialisierung - obwohl die später berufenen oder eingestellten West-WissenschaftlerInnen dies i. d. R. noch überboten usw. usf. Die Vorgänge rund um die an der HUB ablaufenden Kündigungen erinnern z. T. an ein absurdes Theater, das jedoch tragikomische Züge trägt.

4. „Fachliche Evaluierung“ an der Humboldt-Universität

Während der Einigungsvertrag für die Institute der AdW eine fachliche Evaluierung von Einrichtungen, Forschungsgruppen und Personen vorsah, gab es an den Hochschulen keine solche fachliche Evaluierung, obwohl viele Angehörige der Universität dies bis zum Schluß glaubten. Es gab weder eine ernst gemeinte Evaluierung von Institutionen noch von installierten Organisationsformen (z.B. Verbindung von Forschung und Lehre, Interdisziplinäre Studiengänge, Weiterbildung, Fernstudium). „Statt dessen wurden in einer nachgeholt Revolutionsdringend benötigten Energien für im Ergebnis wenig überzeugende, allmählich auf Selbsterstörung hinauslaufende politische Reinigungsaktionen verschwendet.“²⁰

Dies hatte nicht zuletzt etwas mit der Bewertung des DDR-Hochschulsystems durch die westlichen Entscheidungsträger zu tun. So gab und gibt es im Denken der westdeutschen Akteure eine weitgehende Identifizierung der Akademie der Wissenschaften der DDR mit der DDR-Forschung. Die Hochschulen und Universitäten dagegen galten als wissenschaftlich unterentwickelte Einrichtungen der Lehre, in die die Forschung erst zurückgeführt werden müsse.²¹ Diese Bewertung traf in noch schärferem Maße auf die Humboldt-Universität zu,

die von Anfang an als DIE „Kaderschmiede“ der SED galt, obwohl andere Einrichtungen wie z. B. die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED diese Bezeichnung wohl eher verdient gehabt hätten. Die Professoren wären sowieso „nicht primär nach ihrer wissenschaftlichen Qualifikation ausgesucht“ worden, „sondern nach ihrer politischen Zuverlässigkeit“²² Mitarbeiter der HUB, insbesondere Hochschullehrer galten von vornherein als „Seilschaften“ und die Studenten als „handverlesene rote Socken“ (CDU-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus). Hinzu kam die Einschätzung des damals erst neu im Amt befindlichen Wissenschaftssenators Erhardt: „Die Humboldt-Universität ist gegenwärtig außerordentlich mittelmäßig, was ihr Niveau angeht. Diese Mittelmäßigkeit gilt es zu überwinden.“²³ Und so war es ausgehend von diesem Bild der DDR-Hochschulen nur eine logische Konsequenz, wenn die fachliche Evaluierung nicht für notwendig erachtet wurde, um Entscheidungen über die Erneuerung der Hochschulen zu treffen. Daran konnte auch die durchaus differenziertere Bewertung der Leistungen von DDR-Hochschulen und -WissenschaftlerInnen durch den Wissenschaftsrat und andere westdeutsche Wissenschaftler nichts ändern.

5. Resümee

Im letzten Jahr der DDR (Oktober 1989 - Oktober 1990) gab es auch an der Humboldt-Universität zu Berlin vielfältige Bemühungen um eine grundlegende Demokratisierung und Öffnung der Hoch-

schule. Rückblickend muß jedoch gesagt werden, daß es nur ein kleiner Teil von WissenschaftlerInnen war, der um den Aufbau und Erhalt einer funktionierenden, institutionell gefestigten und

durch die Universitätsmitglieder verinnerlichten demokratischen universitären Selbstverwaltung bemüht war.

Noch im Januar 1991 - also mitten in der laufenden Abwicklung von Teilbereichen der Universität - formulierte die Humboldt-Universität als wesentliches Ziel ihrer Erneuerungsbemühungen, „Fehlentwicklungen zu vermeiden, wie sie in den alten Bundesländern im Begriff der ‚Massenuniversität‘ zusammengefaßt sind.“ Zugleich sollte die „innere Erneuerung“ der Humboldt-Universität, die von vielen als zu langsam eingeschätzt wurde, befördert werden. Angesichts der praktizierten Hochschulpolitik der Landesregierung, aber auch aufgrund interner Machtkonstellationen an der Universität sowie verbreiteter „Politikunfähigkeit“ bei den WissenschaftlerInnen selbst müssen diese Absichten rückblickend allerdings als illusorisch bezeichnet werden.

Eine weitere Illusion der Universitätsleitung war es, durch „Bauernopfer“ eine flächendeckende Kündigungswelle an der Universität verhindern zu wollen. Nur so kann jedenfalls eine Vorlage des Rektors für die Sechser-Kommission vom 25.1.1991 interpretiert werden, in der er 21 Professoren der abzuwickelnden Fachbereiche zur Kündigung vorschlug. Doch es ging nicht darum, besonders „indoktrinierte“ bzw. belastete Universitätsangehörige zu kündigen, sondern es ging primär um eine „Erneuerung durch Wessifizierung“²⁴. Entsprechend lehnte der Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung den Vorschlag der Universitätsseite mit der Begründung ab, „daß es dieser Kündigungen nun nicht mehr bedürfe, da diese sowieso abgewickelt seien.“

Die Eingriffe der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, der Karrierismus einiger Universitätsangehöriger auf der einen Seite sowie die Letargie der Mehrzahl der Universitätsangehörigen auf der anderen Seite, brachten Rektor und Akademischen Senat zunehmend in Zwangslagen, denen sie z. T. mit Inkonsequenz begegneten.

Die durchaus ehrlich gemeinten Versuche einer öffentlichen Vergangenheitsaufarbeitung (z. B. von Seiten des Runden Tisches der HUB) mußten in dieser Situation zwangsläufig scheitern, da daran weder ein gesellschaftliches Interesse bestand, noch das dafür notwendige gesellschaftliche Klima existierte. Das Anliegen solcher Versuche lief eher Gefahr ins Gegenteil verkehrt zu werden. So endete das öffentliche Bekenntnis zur eigenen Vergangenheit für diejenigen, die es tatsächlich ablegten, mit dem Verlust ihres sozialen Status. „Es wurde Selbsterneuerung solcher Art verlangt, die eine soziale, berufliche, akademische Perspektive für die potentiellen Erneuerer nicht bot: Sofern diese unter Erneuerung anderes verstanden als bloße Westanpassung.“²⁵ Darüber hinaus mutierte das Anliegen einer sogenannten Anhörungskommission (AK) der HUB, die ursprünglich einer freiwilligen Selbstauskunft von Personen dienen sollte, die in der Selbstverwaltung der Universität tätig sind oder für diese kandidieren, in ihr Gegenteil - eine personelle Evaluierung. Der Vorsitzende beschrieb die Situation der Kommission nach Verabschiedung des Ergänzungsgesetzes zum BerlHG und Einsetzung von Struktur- und Berufungskommissionen folgendermaßen: „Ein Dilemma be-

sonderer Art war für die AK die Über- bzw. Unterinterpretation ihrer Aussagen. Eine von der Anhörungskommission ausgesprochene Empfehlung (nämlich in den nächsten zwei/drei Jahren auf ein Amt zu verzichten), wurde vielfach als eine Negativevaluierung angesehen, eine Nichtempfehlung als eine positive Evaluierung“²⁶

Ostdeutsche Wissenschaftler sind nicht nur „Opfer“ einer flächendeckenden politischen Ausgrenzung geworden, sondern haben selbst daran mitgewirkt. Entsolidarisierung, gegenseitige Denunziationen und „Bauernopfer“, die den „neuen Herren“ dargeboten wurden, sind leider keine Einzelfälle, sondern Ausdruck eines historischen Versagens der ostdeutschen Intelligenz. Ursachen dafür liegen nicht zuletzt in der DDR-Vergangenheit: Schon zu DDR-Zeiten war die ostdeutsche Wissenschaft „in einer unterschiedlichen Wertelage befangen, sie war auch schon zu DDR-Zeit entsolidarisiert, ganz bewußt durch eine bestimmte Intelligenzpolitik, ..., Akademie gegen Universität, Universität gegen Akademie, untereinander auch noch alle, Professoren usw.“²⁷ Dies trug wesentlich zur schrittweisen Entsolidarisierung der ostdeutschen Intelligenz bei.

Diejenigen, die schon zu DDR-Zeiten zu den „Angepaßten“ gehörten, begannen mit unglaublichem Tempo erneut mit der Anpassung an das jetzt bevorstehende/existierende System. „Im übrigen galt in der Gesellschaft wie an den Hochschulen sehr frühzeitig: Das beste Mittel, den diversen Abwicklungen zu entgehen, ist, bei denjenigen zu sein, die sie anordnen.“²⁸ Direkter Hintergrund dieses Verhaltens war die Hoffnung, durch Einpas-

sung in das System (Opportunismus) die eigene Stellung zu sichern oder zu verbessern.

Doch die Mehrheit der Ostberliner WissenschaftlerInnen befand sich in einem unüberwindbaren Konflikt. Sie sollten eine „Erneuerung“ durchstehen, die keine soziale, berufliche, akademische Perspektive bot. Sie standen damit objektiv auf der Verliererseite. Das Kriterium der Zugehörigkeit zur „ostdeutschen Gruppe“ bewirkte eine Chancenungleichheit, die durch sie nicht zu überwinden war.

Konsequenz all dieser Prozesse ist nicht nur eine Verdrängung ostdeutscher Wissenschaftler aus den Hochschulen, sondern auch die Verdrängung bzw. Zerschlagung ganzer Forschungs- und Studienrichtungen (Wissenschaftlicher Schulen). Darin eingeschlossen verschwanden zugleich auch unzählige wissenschaftliche Kooperationsbeziehungen und Kontakte ins östliche Europa. Die Neustrukturierung an der HUB war entgegen anderslautender Absichtserklärungen - letztlich wenig innovativ. Im Gegenteil: Man schuf nicht nur keine neuen innovativen Ansätze in Forschung und Lehre, sondern verwarf auch noch die durchaus erhaltenswerten, progressiven Ansätze aus DDR-Zeiten, die trotz zugegebenermaßen vor allem in den Geisteswissenschaften vorhandener politischer Indoktrination und Disziplinierung entstanden waren.

Es ist mehr als bedauerlich, daß die Geisteswissenschaften inzwischen immer mehr an mittelalterlich strukturierte Fakultäten erinnern, da gerade die vor der Wende durchaus vorhandenen An-

sätze von Interdisziplinarität und kulturwissenschaftlicher Öffnung kaum noch zu finden sind.

Die Struktur- und Berufungskommission Geschichte strukturierte im Eifer des Gefechts die gesamte Geschichte der UdSSR weg. Die DDR-Geschichte wird nicht von den „persönlich betroffenen“ und damit wahrscheinlich als „betriebsblind“ eingeschätzten DDR-HistorikerInnen betrieben, sondern von West-WissenschaftlerInnen, die das „Unrechtsregime“ sozusagen „von außen am eigenen Leib“ erfahren durften.

In den Asienwissenschaften geht der Trend hin zu einer zunehmenden Verdrängung einer komplexen Betrachtungsweise von Kultur, Politik und Ökonomie dieses Kontinents. Übrig bleiben dürften wohl letztlich fast ausschließlich die „reinen“ Philologen.

Spitzenreiter im Ausschalten ganzer Kulturepochen sind jedoch die Philosophen an der HUB. Die Marxsche Kultur- und Wissenschaftsepoche wird schlicht übersprungen und nicht einmal in der Philosophiegeschichte gibt es hierzu einen Lehrstuhl. Der Gerechtigkeit halber muß allerdings hinzugefügt werden, daß diese Kritik nicht allein an abendländische Philosophen gehen darf, sondern auch frühere VertreterInnen der DDR-Philosophie scheinen Marx, Engels, Lenin und damit zugleich auch ihre historisch-materialistische Gesellschaftsbetrachtung vollständig verdrängt zu haben.

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt wurden auch ganze Institute bzw. Struktureinheiten im Zuge der Neustrukturie-

rung der HUB ad acta gelegt. Dabei handelte es sich im wesentlichen um interdisziplinär angelegte und in den Alt-bundesländern „unübliche“ wissenschaftliche Institutionen. So z. B. die ehemalige Sektion Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsorganisation, das Institut für Sozialpharmazie und die Humanontogenese.

Hinzu kam eine Ausdünnung des Fächerspektrums der Humboldt-Universität zu Berlin auf solchen Gebieten, auf denen an anderen Berliner Universitäten vergleichbare Studiengänge existierten.

All dies wurde letztlich nur formal (mitunter sogar ausschließlich finanzpolitisch) begründet. Eine inhaltliche Diskussion zu realen Entwicklungstendenzen aus Sicht der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin blieb aus oder spielte zumindest bei der Entscheidung durch den Senat keine Rolle.

Den meisten Gründungsdekanen der HUB ging es zunächst durchaus um eine volle Ausschöpfung aller Möglichkeiten des Neuanfangs im Interesse der Gestaltung eines attraktiven und konkurrenzfähigen Lehr- und Forschungsprofils. Aufgrund der in der Folge immer mehr zunehmenden Einschränkungen dieser Möglichkeiten durch Kostendämpfungsprogramme, Stellenbeschneidungen, kontraproduktive oder fehlende gesetzliche Spielräume für Entscheidungen u.ä. mußten jedoch viele gute Strukturansätze aufgegeben werden, weil ihr Aufbau nicht zuletzt auch eine großzügigere Ausstattung der Fachbereiche erfordert hätte. Die einschneidenden Sparmaßnahmen des Senats von Berlin, insbesondere auch nach dem Beschluß

über die Soll-Struktur der HUB vom 22. Oktober 1991, veranlaßten den Kanzler der Humboldt-Universität auf der Kuratoriumssitzung vom 7. Februar 1992 zu der Bemerkung: „Diese Sparmaßnahmen führen zu einer Gratwanderung zwischen Erneuerung und Haushaltsgrenze. Das muß letztlich zum Absturz führen. ... Die Humboldt-Universität hat den Schwarzen Peter in die Hand bekommen und kann ihn nicht mehr weitergeben.“ Prof. Daxner, Vorsitzender der Zentralen Personal- und Strukturkommission der HUB, ging noch weiter und brachte das Problem auf den Punkt: „Was soll diese Universität angesichts des vorgegebenen Finanzkonzepts noch

tun?! Fachliche Kriterien, wie sie auch durch die Landesstrukturkommission unter Leitung von Prof. Mittelstraß getragen wurden, spielen offensichtlich keine Rolle! Das Ergebnis ist die Rekonstruktion alter Strukturen mit minimalem Personal und Haushalt. ... Sie machen aus dieser Universität eine NEUGRÜNDUNG! ... Es gibt jetzt eine neue Form der Mauer - die PLANUNGSMAUER!“²⁹

Marion Höppner, Dipl.-Wissenschaftsorganisatorin, ist tätig an der Humboldt-Universität zu Berlin. Gisela Petruschka, Dr., war erste Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität

Anmerkungen

¹ Hans-Jürgen Fischbeck: Vergangenheit und Zukunft der Hochschule. Aufklärung und Erneuerung als Chance für die Humboldt-Universität. In: Hochschule im Umbruch. 1993, S. 72

² Peter Ensikat: Wenn wir den Krieg verloren hätten. Satirische Monologe. Eulenspiegel Verlag Berlin, 1993

³ Dieter Simon: Die Quintessenz. Der Wissenschaftsrat in den neuen Bundesländern. Eine vorwärtsgewandte Rückschau. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 51/92, S. 34

⁴ Vgl. hierzu Artikel von M. Höppner, R. Kürschner und K. Arias in *hochschule ost*, Heft 10/1992

⁵ Andreas Stucke: Die westdeutsche Wissenschaftspolitik auf dem Weg zur deutschen Einheit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* vom 11. 12. 1992, S. 4 und S. 3

⁶ Der erste Entwurf des Berliner Mantelgesetzes vom September 1990 sieht die sofortige Übertragung des BerlHG auf alle Ostberliner Hochschulen mit dem 3. 10. 1990 vor, obwohl der Einigungsvertrag eine Übergangsfrist von 3 Jahren einräumt.

⁷ Meyer, Hans-Joachim: Rede des Ministers für Bildung und Wissenschaft anlässlich der Investitur des neuen Rektors der HUB, Prof. Heinrich Fink. In: *HU* Nr. 33/34-1989/90

⁸ Entwurf zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Berliner Landesrechts (Mantelgesetz) vom 11. 9. 1990; wurde am 28. September 1990 vom Abgeordnetenhaus und fast zeitgleich vom Stadtparlament verabschiedet; Nachtrag (2. Gesetz über ...) vom 10. Dezember

^{8a} Dem voraus gingen bereits Vorabsprachen und Entscheidungen der Kultusministerkonferenz, auf die sich die Senatsverwaltung auch ausdrücklich bezog.

⁹ Da die damalige Rechtslage (VO über Hochschulen, insbesondere 12. Abschnitt, § 106, Abs. 4) die vorgeschlagene Verfahrensweise nicht zuließ, sondern in die Verantwortung der Hochschule selbst legte, empfahl man den Landesregierungen zugleich, durch eine „Novellierung der Hochschulverordnung auf gesetzlicher Grundlage die Voraussetzungen zu schaffen, die es erlauben, insbesondere bei den Berufungen nach den hier vorgeschlagenen Regeln zu verfahren“.

¹⁰ Das Urteil bezog sich auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe zur Warteschleifenregelung. Darin definierte es den Begriff der „Abwicklung“ wie folgt: „Die Abwicklung einer Einrichtung setzt ihre Auflösung voraus. Das entspricht rechtllichem Sprachgebrauch. Danach bedeutet Abwicklung soviel wie ordnungsgemäße Beendigung.“

¹¹ Bereits am 12. März 1991 hatte die Sechser-Kommission der HUB im Vorgriff auf die zu erwartende Verabschiedung des ErgGBerlHG die Bildung von Struktur- und Berufungskommissionen für alle Struktureinheiten der Humboldt-Universität zum 10. Juni beschlossen.

¹² Verfassungsbeschwerde der Humboldt-Universität zu Berlin gegen Bestimmungen des Gesetzes zur Ergänzung des Berliner Hochschulgesetzes vom 18. Juli 1991

¹³ All dies wurde übrigens auch schon zu DDR-Zeiten - und durchaus auch von parteilosen MitarbeiterInnen - gegenüber dem Alt-Rektor bzw. den SED-Parteileitungen fleißig geübt.

¹⁴ Inzwischen sind allerdings auch die westberliner WissenschaftlerInnen von massiven Streichungen betroffen (siehe Berliner Hochschulstrukturplan 1993).

¹⁵ Gesetz zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertrag - vom 31. August 1990 (Verfassungsgesetz). In: *Gesetzblatt der DDR* Teil I Nr. 64 vom 28. September 1990, S. 1880

¹⁶ Ausgenommen aus der Klage gegen die Abwicklung waren die MitarbeiterInnen der bereits aufgelösten Sektion Marxismus/Leninismus, der Sektion Wissenschaftstheorie und -organisation, der Sektion Kriminalistik sowie der Abteilung Fremdsprachenunterricht. In ihren Kündigungsschreiben befand sich schlicht die Feststellung: „Der Einigungsvertrag zwischen beiden deutschen Staaten legt ... fest, daß Arbeitnehmern zu kündigen ist, deren Einrichtungen nicht auf Bund und Länder überführt werden ... Die Arbeitsverwaltung wird sich bemühen, Ihnen andere Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten. Dabei wird weit überwiegend nur eine Beschäftigung außerhalb des Öffentlichen Dienstes als realistisch angesehen werden können.“

¹⁷ Der Ehrenausschuß der HUB wurde im Herbst 1990 durch den Akademischen Senat eingesetzt. Seine Aufgabe war/ist die Untersuchung von Vorwürfen dienstrechtlicher Relevanz im Hinblick auf die außerordentlichen Kündigungstatbestände des Einigungsvertrages (insbesondere MfS-Mitarbeit).

¹⁸ Eine Dokumentation hierzu findet man u.a. in: *UTOPIE kreativ* (Dokumentation). Januar 1992; *hochschule ost special*. Dezember 1991; *hochschule ost*. Februar 1992, S. 51-63; G. Karau: Die „Affäre“ Heinrich Fink. SPOTLESS-Verlag, Berlin 1992; B. Maleck:

Heinrich Fink: „Sich der Verantwortung stellen“. Dietz Verlag, Berlin 1992

¹⁹ Schreiben des Sonderbeauftragten der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes an den Rektor der HUB, Prof. Dr. Heinrich Fink, vom 1.2.1991. In: *UTOPIE kreativ*. Januar 1992, S. 19

²⁰ Dieter Simon: A.a.O.

²¹ Bericht „Hochschulpolitische Zielsetzungen der Bundesregierung“ (Drs. 11/8506) vom 29.11.1990

²² Wissenschaftssenator Manfred Erhardt in einem Interview mit der *Berliner Zeitung* vom 12. 2. 1991

²³ Ebenda

²⁴ Hans-Jürgen Fischbeck: A.a.O., S. 70

²⁵ Peer Pasternack: Seit drei Jahren in diesem Theater: Hochschulerneuerung Ost oder Der libidinöse Opportunismus - Eine Farce. In: *Hochschule im Umbruch*. 1993, S. 16

²⁶ Anhörungskommission des Akademischen Senats der HUB: Übersicht über die Tätigkeit der Anhörungskommission der Humboldt-Universität zu Berlin. 14.7.1992

²⁷ Gisela Petruschka: Berufsverbotspraktiken an der Humboldt-Universität zu Berlin. In: Konferenzmaterialien zum Internationalen Hearing „Berufsverbote im vereinigten Deutschland und das neue Europa“ am 16. und 17. Januar 1993 in Berlin, S. 108 f.

²⁸ Peer Pasternack: Studentisches Bewegtsein in der DDR/in Ostdeutschland 1989/90. In: *hochschule ost*, August 1992, S. 27

²⁹ Ebenda

MfS und Hochschulen: Thesen

Die Auseinandersetzung mit der Verstrickung der ostdeutschen Forschung und universitären Lehre in die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit ist gescheitert. Das gilt sowohl für einzelne Universitäten(1), Akademien, Fachschulen und sonstige Forschungsinstitutionen als auch für die breite Öffentlichkeit. Dieses Scheitern hat nicht in erster Linie damit zu tun, daß die Zahl der ehemaligen Mitarbeiter der Staatssicherheit an unseren Universitäten, und so auch an der Humboldt-Universität, noch immer allzu groß wäre, sondern vielmehr damit, daß ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs und eine inneruniversitäre Diskussion um ethische Maßstäbe für das Verhalten von Forschern und Universitätslehrern ausblieb. Die Frage, welche Grundanforderungen an persönlicher Integrität, Glaubwürdigkeit und Redlichkeit(2) zu stellen sind, ist weder aufgeworfen noch beantwortet worden. So scheint nicht klar zu sein, was moralisch angemessenes Verhalten gegenüber einem totalitären Geheimdienst bedeutet, und ebenfalls nicht, wer dazu berechtigt ist, heute diese Frage überhaupt zu formulieren. Nicht besser steht es um die Rolle der SED als Auftraggeber ihres Geheimdienstes und um die der hauptamtlichen Führungsoffiziere der Stasi. Nach den Denunzianten außerhalb der Staatssicherheit wird kaum gefragt und die Aufmerksamkeit ist auf spektakuläre Fälle und die Inoffiziellen Mitarbeiter (wie im Fall der Charité) konzentriert. Auch die Gutachten von

Universitätsmitarbeitern (so auch an der Humboldt-Universität) für die Staatsanwaltschaften der DDR in politischen Verfahren und für die Literaturzensur sind noch kaum zur Sprache gekommen.

Die grundsätzliche Bedeutung von Verrat und Denunziation für eine akademische Lehr- und Forschungsgemeinschaft wurde zumindest an der Ostberliner Universität ebenfalls noch nicht öffentlich thematisiert. So unterblieb die Aufklärung darüber, was die Tätigkeit des MfS für Hochschulen bedeutete, was Inoffizielle Mitarbeiter taten, wie die offizielle Zusammenarbeit zwischen Struktureinheiten der Staatssicherheit und den Universitäten bzw. den dort angesiedelten SED-Leitungen organisiert war. Erst seit einigen Tagen gibt es für die Humboldt-Universität in deren Zeitschrift einen ersten öffentlichen und nachlesbaren Klärungsversuch. (3)

Auch an der Humboldt-Universität bzw. verhinderten die unterschiedlichsten Faktoren eine Diskussion um ihre Stasi-Vergangenheit. Dazu zählte die nicht selten zu hörende Meinung, eine öffentliche Beschäftigung mit diesem Thema könne die „eigene Hochschule beschädigen“ und man müsse sich in einer Wagenburgmentalität (eine Zeitlang unter dem Motto „Unsern Heiner nimmt uns keiner“) zusammenschließen. Die Überprüfung der Mitarbeiter der Humboldt-Universität auf ihre Stasi-

Mitarbeit verlief nur schleppend, bisher liegen für den akademischen Mittelbau und für die Angestellten noch keine abschließenden Ergebnisse vor. Viel problematischer ist jedoch, daß die Arbeit für den sowjetischen Geheimdienst KGB, für die Auslandsspionage (Hauptverwaltung Aufklärung) und für die militärische Auslandsspionage der Nationalen Volksarmee wegen der nicht vorhandenen oder nicht zugänglichen Archivalien nicht nachgewiesen werden kann. Es ist ebenso problematisch, daß diese Überprüfung auf Ostdeutsche beschränkt bleibt und damit der Gleichheitsgrundsatz verletzt wird. Die Überprüfung auf eine Staatssicherheitsmitarbeit ist dagegen für alle notwendig, die an einer ostdeutschen Hochschule arbeiten.

Wichtiger als die Prüfung einzelner Personen ist jedoch die Offenlegung der Strukturen geheimdienstlicher Unterwanderung. Hier ist es äußerst bedauerlich, daß die Abteilung Bildung und Forschung der Gauck-Behörde die bei ihr vorliegenden Erkenntnisse noch nicht umfassend in einer zusammenhängenden Darstellung veröffentlicht hat. Einen wesentlichen Schritt vorwärts würde es aber auch bedeuten, wenn die universitäre Ehrenkommission der Humboldt-Universität die sich bei ihr angesammelten Materialien über das MfS an der Humboldt-Universität (also nicht über einzelne Personen) veröffentlichen könnten.

Aber selbst wenn dies geschähe, müßte vieles im Dunkeln bleiben. Ausschlaggebend dafür ist das Schweigen der ehemaligen Mitarbeiter des MfS, der bis 1989, ja bis Beginn 1990 mit ihnen zusammenarbeitenden Mitglieder der SED

aber auch vieler unbeteiligter Ostdeutscher. Gerade bei den Angehörigen der Staatspartei der DDR scheint eine Art von „Parteisolidarität“ weiterzuwirken, ohne daß ein Bewußtsein darüber deutlich wird, daß ja auch Mitglieder der SED von ihren „MfS-Genossen“ bespitzelt wurden. Dafür ist oft statt der Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld die Hoffnung zu verspüren, daß das jeweilige Vergehen nicht justitiabel sein möge. Dazu kommt in der letzten Zeit wohl auch noch die Hoffnung, daß es mit der Überprüfung wohl bald ein Ende haben könnte. Gleichzeitig ist die Auffassung zu hören, daß moralische Gesichtspunkte nicht als „reglementierende Zulassungsrichtlinien zur wissenschaftlichen Arbeit“ geeignet seien.(4) Die verschwindend kleine Gruppe der an Aufklärung Interessierten stößt dagegen weiterhin an Mauern des Schweigens, des Unverständnisses und der Ablehnung. Die Situation verschlimmert sich durch das Desinteresse breiter Kreise einer zunehmend entpolitisierten Studentenschaft, die - nach einer anfangs wohl noch weitverbreiteten Loyalität zur DDR - inzwischen sehr einseitig auf rein fachliches Weiterkommen ausgerichtet ist. Auch von diesen Studenten sollte bedacht werden, daß ein solches ignorant Verhalten ein Stück dazu beiträgt, die Vergangenheit der eigenen Alma mater nicht aufklären zu können. In ähnlicher Weise wirkt auch die übertriebene Zurückhaltung vieler neuberufener Professoren, die sich in der Regel scheuen, über Verhältnisse zu urteilen, die sie selbst nicht erlebt haben, Kollegen zu befragen, die sie schon vor 1989 kennenlernten und die oft die Ungewißheit über das eigene Verhalten in der Diktatur äußern.

Diese vornehme Indifferenz von Unbeteiligten muß ein Ende haben. Die Geschichte der DDR ist ein Teil der deutschen Geschichte, der wir uns gemeinsam zu stellen haben. Dabei kann auch nicht ständig mit dem Vergleich zur Situation nach 1945 und damit, was damals unterlassen worden wäre, argumentiert werden. Sicher ist es in einem gewissen Sinne ungerecht, heute das zu klären, was nach der Zerschlagung der ersten deutschen Diktatur oft erst einmal im Dunkeln blieb. Aber dieses Argument kann nicht ausschlaggebend sein, sondern entscheidend ist, was der Stabilisierung der Demokratie heute dient. So ist die Aufklärung der Staatsicherheitsverstrickungen der ostdeutschen Universitäten Teil des unlängst von Jürgen Habermas geforderten antitotalitären Grundkonsenses(5) als Basis für liberale Haltung und demokratische Gesinnung im zukünftigen Deutschland.

Dazu sind auch die Forschungen zur Zusammenarbeit zwischen der Staatssicherheit und den DDR-Hochschulen zu verstärken bzw. überhaupt erst in Gang zu bringen. Bisher zeichnen sich zehn Felder dieser Zusammenarbeit ab:

1. Arbeit für die Auslandsspionage
2. Unterdrückung von Dissidenz oder Opposition vor allem in der Studentenschaft (im MfS-Jargon: Bekämpfung von „politisch-ideologischer Diversion“ (PID) und „politischer Untergrundtätigkeit“ (PUT))
3. Abschirmung der DDR-Forschung gegenüber ausländischen Geheimdiensten
4. Gewinnung von Informationen über

die Situation der Universitäten für die Berichterstattung des MfS an die SED-Führung

5. Vergabe von Forschungsaufträgen durch das MfS

6. Erstellung von Gutachten durch Wissenschaftler für den Staatssicherheitsdienst (wie auch für die Generalstaatsanwaltschaft der DDR oder für die Literaturzensur)

7. Einflußnahme des Staatssicherheitsdienstes auf die Personalentwicklung von der Verteilung von Studienplätzen bis zur Absolventenlenkung

8. Beeinflussung des gesellschaftlichen Lebens der Universitäten und des Unterrichts

9. Ausnutzung der Hochschulen als Reservoir für den offiziellen und inoffiziellen Nachwuchs des Ministeriums für Staatssicherheit (Hier nahm die Humboldt-Universität eine herausragende Stellung ein.)

10. Überwachung der Auslandsbeziehungen und ausländischer Studenten sowie Wissenschaftler in der DDR; Genehmigung von Auslandsdienstreisen und Bespitzelung von Wissenschaftlern im Ausland.

Ausgehend von dieser vorläufigen Einteilung sollte bei der weiteren Aufklärung die Rolle der SED stärker berücksichtigt werden. Dazu kommt, daß sich das Interesse des MfS an den Hochschulen in den verschiedenen Perioden der DDR-Geschichte inhaltlich wandelte. Dies ist verstärkt zu berücksichtigen. Ganz entscheidend ist aber etwas anderes. Die Geschichte geheimdienstlicher Unterwanderung der Hochschulen in der Dikta-

tur der SED ist immer auch die des Widerstandes dagegen. Gerade dieser Widerstand und vor allem die Opposition verschiedener studentischer Gruppen ist noch immer viel zu wenig bekannt. Hierauf sollte sich auch die Hum-

boldt-Universität als unverzichtbaren Teil ihrer Tradition besinnen.

Rainer Eckert, Dr. phil., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichtswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin

Anmerkungen:

(1) Am meisten ist wohl noch immer über die Universitäten in Rostock und Greifswald durch den Arbeitsbericht des Unabhängigen Untersuchungsausschuß Rostock bekannt, vgl.: Staatssicherheit in Rostock: Zielgruppen, Methoden, Auflösung / Hrsg. von Thomas Ammer u. Hans-Joachim Memmler. - Köln, 1991 = Edition Deutschland Archiv.

(2) Vgl. Tugend des Zweifels: Ein Resumee zur Arbeit der Personalkommission von Prof. Herbert Bach. - In: *Alma mater jenensis*, Jena, 5 (1993) 6.

(3) Labrenz-Weiß, Hanna: Die Beziehungen zwischen Staatssicherheit, SED und den akademischen Leitungsgremien an der Humboldt-Universität. - In: *Humboldt*, Berlin, 38 (1993/94) 7.

(4) So vom Leipziger Historiker Gerald Diesener: Geschichtswissenschaft und gesellschaftliche Systeme. - In: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Berlin, 42 (1994) 5, S. 446.

(5) Habermas, Jürgen: Die Last der doppelten Vergangenheit. - In: *Die Zeit*, Hamburg, (13. Mai 1994) 20.

Hochschulabsolventen aus den neuen Bundesländern vor dem Berufseinstieg*

5. Die Vorbereitung des Berufseinstieges

Hochschulabsolventen sind durch den gesellschaftlichen Umbruch mit neuartigen Herausforderungen bezüglich der eigenverantwortlichen Gestaltung des Berufseinstieges konfrontiert, die ihnen umfangreiche Handlungskompetenzen zur Vorbereitung des Berufseinstieges abverlangen. Im ersten Teil des Artikels wurden Ressourcen referiert, die für den Berufseinstieg von Bedeutung sind sowie Selektionskriterien dargestellt, die bei der Arbeitsplatzsuche den Kandidaten aus den neuen Bundesländern wichtig sind.

Durch qualitative Interviews mit 30 Examenkandidaten aus den gleichen Hochschuleinrichtungen wie der schriftlichen Befragung (vgl. dazu den ersten Teil des Artikels) haben wir versucht, Handlungskompetenzen und Sichtweisen zum Berufseinstieg zu erfassen.

Aus diesen umfangreichen Interviews werden hier einige ausgewählte Fragen behandelt. (Siehe dazu Rappensperger, v. Rosenstiel, Zwarg, 1994) Die auf Tonband aufgezeichneten Interviews wurden vollständig transkribiert und eierqualitativen und quantitativen Inhalts-

analyse unterzogen. Von unabhängig arbeitenden Ratern erfolgte die Zuordnung der Aussagen zu den auf empirischen Wege gebildeten Kategorien. Die Zuordnungen ergaben über alle Fragen hinweg eine Übereinstimmung von 89,5%. Die ausgewählten wörtlichen Textstellen wurden nach ihrer Aussagekraft für die jeweilige Kategorie ausgewählt.

5.1 Aktivitäten im Examensemester

Aufgrund der Situation auf dem Arbeitsmarkt und der von vielen Befragten anlässlich der Interviews geäußerten Befürchtung, als „Ostakademiker“ von vornherein schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben (Befürchtungen bezüglich der Anerkennung der Ausbildung), nahmen wir an, daß sich die Kandidaten sehr früh mit der Stellensuche auseinandersetzen und besonders aktiv sein werden.

* Der erste Teil dieses Beitrages erschien in Heft 2/1994, S. 99 ff.

Zu der Frage „Was haben Sie in nächster Zeit vor?“ lassen sich die Antworten von den Befragten zunächst nachstehenden Kategorien zuordnen:

1. Verbindung des Examensemesters mit der Stellensuche (19)
2. Ausschließliche Konzentration auf die Diplomphase (8)
3. Promotion (1)

Bei den Kandidaten, die das Examensemester mit der Stellensuche verbinden, konnten wir nochmals zwei wesentliche Unterschiede feststellen, so daß die Befragten nach den Vorbereitungsaktivitäten für den Berufseinstieg 3 Gruppen zuzuordnen sind:

1. die Suchphase nach geeigneten Unternehmen ist abgeschlossen und Bewerbungen sind eingeleitet (12),
2. die Suchphase trägt noch informierenden und sondierenden Charakter, Bewerbungen sind demzufolge noch nicht erfolgt (7),
3. es sind noch keine unter 1. und 2. genannten Aktivitäten eingeleitet worden, d.h. die gesamte Suchphase wird auf die Zeit nach den Examen verlegt (8).

Diese Ergebnisse zeigen, daß sich die Studenten im Beginn der Aktivitäten, wann man aktiv werden sollte, um den Berufseinstieg zielgerichtet vorzubereiten, doch erheblich unterscheiden. Mehr als ein Drittel hat Eigenaktivität bis zum Examensemester entwickelt und sich schon auf die konkrete Suche nach einer geeigneten Arbeitsstelle begeben, für einen kleineren Teil beginnt die Phase jedoch erst nach dem Examen. Damit steht die Frage nach den Ursachen dieser unterschiedlichen Aktivität.

Eine Ursache läßt sich anhand der Aus-

sagen darin finden, daß sich die Befragten in unterschiedlichen Phasen der Selbstselektion befinden. Denn: Selbstselektion setzt dann ein, wenn „geleitet von bestimmten Werthaltungen, Erfahrungen und Erwartungen an den zukünftigen Arbeitsplatz entsprechende Handlungsschritte in Richtung Organisationswahl eingeleitet (werden)“. (Spieß & Nerding, 1991, S.61)

Das Spektrum der Aussagen ist demgemäß breit gefächert und spiegelt mehrheitlich den Zusammenhang von Selbstselektionsprozessen und der Bewerbungsaktivität wider. Dazu einige wörtliche Aussagen aus den Interviews:

„Also meine Stellensuche für die nächste Zeit ist eigentlich so gut wie abgeschlossen...Ich habe in nächster Zeit vor, meine schriftlichen Bewerbungen abzuschicken an Unternehmen, mit denen ich schon vorher Kontakt hatte...und wo auf beiden Seiten ein grundsätzliches Interesse vorhanden ist...Ich hoffe dann natürlich auf Gespräche noch in die eine oder andere Richtung. Aber im Grunde ist die Suche ...nicht mehr da. Also ich weiß schon, an wen ich mich wenden muß.“ (Betriebswirt)

Hier zeigt sich deutlich der Zusammenhang von sozialen Ressourcen in Gestalt der Beziehungen zu Unternehmen, erfolgter Selbstselektion und die daraus resultierende Sicherheit im Bewerberverhalten. Hier ging der Stellensuche die Eigeninitiative beim Aufbau eines Beziehungsnetzes voraus. Eigeninitiative entfaltet eine Person dann, „wenn sie ohne äußeren Druck, ohne genaue Vorgabe des Handelns, selbständig neue Ziele und Vorgehensweisen entwickelt“ (Fre-

se & Hilligloh 1994, S. 201). Eigeninitiative zum Aufbau von Unternehmenskontakten fördert die Selbstselektionsprozesse und aktiviert offensichtlich das Suchverhalten, um nach den dabei gewonnenen Maßstäben eine entsprechende Stelle zu finden. Eigeninitiative für den Aufbau von Unternehmenskontakten stellt deshalb eine Voraussetzung von Handlungsorientierung im Prozeß der Stellensuche dar, denn „Handlungsorientierung bedeutet, daß eine Person nach der Bildung einer Absicht diese schnell umsetzt“. (Siehe dazu Rappensperger, 1994, S.6)

Dadurch wird die Bewerbung gewissermaßen ein vorläufiger „Endpunkt“ vielfältiger, rechtzeitig eingeleiteter Unternehmenskontakte und dadurch aktivierter Selbstselektionsprozesse der Person. Offensichtlich ist die Eigeninitiative zum Aufbau von Unternehmenskontakten eine Erklärung für den Vorsprung der Kandidaten, die zum Zeitpunkt der Befragung ihre Suche nach einer Stelle im wesentlichen abgeschlossen hatten. In einigen Aussagen von Kandidaten, die sich bereits im Examenssemester beworben haben, findet sich eine andere Deutung für die Aktivität im Suchprozeß sowie die eingeleiteten Selbstselektionsprozesse. Als Ausgangspunkt dafür läßt sich die Situationsbewertung infolge der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt finden.

„In Anbetracht der ziemlich schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt rückt nun in unmittelbare Nähe, sich wirklich intensiv um eine Stelle zu kümmern...man kann nicht warten, bis man das fertige Abschlußzeugnis in der Hand hat, sondern man ist gezwungen, sich

vorher über die Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu informieren.“ (Chemikerin)

Die Werthaltung „Sicherheit des Arbeitsplatzes, dürfte hier die Aktivität der Stellensuche sehr beeinflussen, verbunden mit dem „Abklopfen“ von Möglichkeiten des Einstiegs. Hingegen wird in der nachfolgenden Aussage erkennbar, daß die Aktivität sehr einseitig auf die Bewerbung konzentriert und dadurch vermutlich die Selbstselektion ausgeblendet wird:

„Daß ich nicht allzu viel Zeit verstreichen lassen will wenn ich mit dem Studium fertig bin. Deshalb schreibe ich jetzt schon fleißig Bewerbungen. Und ich möchte eben gerne dann im März eine Arbeit haben. Aber da habe ich mich noch nicht festgelegt, wo oder in welchen Bereich, sondern ich gehe eigentlich davon aus, daß man sich in vielen Bereichen bewerben muß, weil man eben flexibel sein muß.“ (Betriebswirtin)

Die Verbindung von Eigenaktivität und Flexibilität wird hier sehr wahrscheinlich für eine besonders tragfähige Strategie gehalten, um die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Diese pragmatische und für den einzelnen rationell scheinende Sicht- und Verhaltensweise kann möglicherweise zu einem befriedigenden Ergebnis führen (Stelle), schließt aber nicht aus, daß mit dem Einstieg nachholende Selektionsprozesse stattfinden werden, die Veränderungspotentiale in der Person aktivieren. Denn hier ist ungenügend repräsentiert, daß Flexibilität hinsichtlich verschiedener Tätigkeitsbereiche erst auf der Basis einer

bestimmten Interessenvielfalt der Person günstig erscheint.

Acht Kandidaten wollen sich auf das Diplom konzentrieren und blenden die Stellensuche bis dahin aus. Dahinter lassen sich nicht wie vermutet, besonders leistungsorientierte Personen ausmachen, die glauben, durch die Konzentration auf gute Zensuren ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, sondern es verbirgt sich teilweise Unentschlossenheit über den zukünftigen Weg oder möglicherweise „Verdrängen“ der Bewerbungsprobleme auf „danach“.

„Ja also jetzt bin ich erst einmal dabei, meine Diplomarbeit zu Ende zu schreiben ...hab mich also noch nicht auf eine Stelle beworben und bin mir auch noch nicht im klaren, ob ich eventuell hier an der Universität bleibe bzw. ob ich etwas ganz anderes mache.“ (Ingenieur)

Die eher auf Verdrängen orientierte Denkweise wird an folgender Aussage deutlich:

„Ja so direkte Vorstellungen eigentlich noch nicht, aber ich werde mich in den Ferien bewerben und mal abwarten, was passiert...ich werde mir Adressen suchen und dahin schreiben und dann warten.“ (Ingenieur)

Vergleicht man die dargestellten Aussagen der Kandidaten, so lassen sich unterschiedliche Handlungsmuster finden. Es zeigt sich, daß die gleiche Situation (schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt) dennoch einen unterschiedlichen Aufforderungscharakter (Heckhausen, 1989, S.2) für das Handeln besitzt. Während in der einen Aussage zum Ausdruck kommt, daß die Bewerbungsaktivitäten primär durch die Situations-

faktoren gelenkt werden, zeigen die beiden letzten Aussagen, daß die Befragten daraus noch keine verstärkten Aktivitäten für Selektions- und Suchprozesse ableiten. Damit hat sich die Eingangsüberlegung von der besonders hohen Aktivität der Ostkandidaten unter den aktuellen Arbeitsmarktbedingungen nur teilweise als stichhaltig erwiesen.

Das „Hinausschieben“ der Entwicklung von Vorstellungen zum Beruf und oder die Inaktivität kann mit mehreren Ursachen zusammen hängen. Leider haben wir in unsere Vorüberlegungen nicht einbezogen, ob die Befragten ihr Wunschstudium studieren oder nicht. Denn es kann plausibel angenommen werden, daß Kandidaten mit einem Wunschstudium eher aktiv sein werden, um sich einen diesen Wünschen entsprechende Tätigkeit zu suchen und die Möglichkeiten dafür umfassender ergründen. Ist es dagegen bis zum Ende des Studiums nicht gelungen, Vorstellungen über die künftige berufliche Tätigkeit zu entwickeln, kann der nahende Berufseinstieg u. U. einen bedrohlichen Charakter annehmen, so daß die damit verbundenen Probleme eher verdrängt werden, statt zu versuchen, sie durch Aktivitäten zu lösen.

Es kann aber auch so sein, daß der Handlungsbedarf für Selbstselektion und Stellensuche während des Examenssemesters von einem Teil der Befragten generell nicht als relevant angesehen wird und deshalb Handlungsschritte prinzipiell erst nach dem Examen eingeleitet werden. Die von Rappensperger (1994) beschriebene stärkere Lageorientierung der Kandidaten aus den neuen Bundesländern könnte dann zusätzliche Schwierigkeiten hervorrufen, wenn weder vom

Tätigkeitsbereich noch vom Zeitpunkt der Einleitung notwendiger Handlungsschritte annähernd realistische Vorstellungen bestehen. „Lageorientierung beinträchtigt das Umsetzen einer Absicht, sie ist gekennzeichnet durch grüblerisches Nachdenken über ein gescheitertes Ergebnis und die Unfähigkeit, sich auf gesetzte Ziele zu konzentrieren“. (Kuhl, 1990) Damit erhöhen sich die Risiken für das Finden einer Stelle in einem angemessenem Zeitraum.

Da viele Möglichkeiten vorhanden sind, um ans Ziel zu kommen, wollten wir wissen, was die Kandidaten unternehmen, um eine Stelle zu finden und stellen die Frage: „Wie werden Sie bei der Stellensuche vorgehen?“

Im einzelnen wollen die Befragten Stellenanzeigen in der Fach- und Tagespresse nutzen (12 Nennungen), Direktkontakte zu Firmen herstellen (9), Blindbewerbung bei Firmen verschicken (6), Nutzung des Arbeitsamtes (4), auf ein Angebot aus dem Praktikumsbetrieb hoffen (2) und eine Anzeige schalten (1). Vier Befragten wollen sich noch informieren, was man tun könnte und zwei Kandidaten hatten dazu überhaupt noch keine Vorstellung. Das bedeutet, 20% der Befragten verfügen im Examssemester noch über keine Strategie, wie man ans Ziel kommen könnte, weil die Wege dahin noch weitgehend unbekannt sind. Informationsdefizite zu den vielfältigen Möglichkeiten der Stellensuche werden hier ebenso deutlich wie nicht ausreichende Eigenaktivität zur Informationsbeschaffung.

Die Erfassung der unterschiedlichen Möglichkeiten der Stellensuche pro Person ergab, daß 13 Personen über zwei

und mehr Möglichkeitenangaben und 11 Personen lediglich eine Möglichkeit nennen konnten. Das eher eingeleisige Vorgehen dürfte sich dann als tragfähig erweisen, wenn eine bestimmte „Vorselektion“ auf beiden Seiten (Unternehmen und Bewerber) bereits stattgefunden hat und die Suchaktivitäten im wesentlichen abgeschlossen sind. Ohne diese Ressource auf der Seite des Bewerbers verlängert eine negative Reaktion auf eine Möglichkeit die Suchphase ganz automatisch. Stehen dahinter dann noch unklare Vorstellungen zur beruflichen Tätigkeit, so daß es mit einer anderen Tätigkeit oder in einer anderen Branche neu versucht wird, dürfte der Berufseinstieg für viele Kandidaten möglicherweise eher problemhaft werden denn befriedigend gelingen. Ob dann durch die Ausübung der Tätigkeit eine Identifikation erfolgt oder nicht, ist im Einzelfall ebenso wenig auszuschließen wie ein Wechsel der Stelle, wenn sich dafür geeignete Möglichkeiten bieten.

Da wie bereits dargestellt, die Chancen für Akademiker eher schlecht bewertet werden, dürfte nicht nur ein rechtzeitiges Beschäftigen mit der Stellenwahl und die Erhöhung der Eigenaktivität für die Selbstselektion notwendig sein, sondern mehrere Wege zu beschreiten mehr Erfolg versprechen. Auf diese Weise dürfte es eher gelingen, die anvisierten Möglichkeiten der zukünftigen beruflichen Tätigkeit wenigstens annähernd zu realisieren.

5. 2 Zur Antizipation des Bewerbungsgespräches

Für den Berufseinstieg spielt das Bewerbungsgespräch eine wichtige Rolle, es ist das am weitesten verbreitete

Instrumentarium zur Personalauswahl. Das Bewerbungsgespräch hat zunächst einen informativen Charakter, sowohl von Seiten des Unternehmens als auch von der Bewerberseite, an dessen Ende Bewertungs- und/oder Entscheidungsprozesse angesiedelt sind. Seine abgehobene Bedeutung ergibt sich dabei nicht zuletzt aus dem sog. „recency-effect“, bei dem die Letztinformation in sukzessiven Informationsprozessen die entscheidende ist. (Sehringer, S.117)

Dabei hat in Zeiten knapper Arbeitsplätze das Unternehmen im Verhältnis zum Bewerber eine übergewichtige Position, was den psychologischen Druck auf den Bewerber weiter erhöht. Aus diesem Grunde ist seine Vorbereitung auf das Bewerbungsgespräch unerlässlich. „Ob Bewerbungsgespräche durch den Bewerber vorbereitet werden oder nicht, hat einen Einfluß sowohl auf den Verlauf als auch auf den Erfolg des Gespräches“. (v. Rosenstiel et al., 1991) Durch die Vorbereitung des Bewerbungsgespräches schafft sich der Bewerber gewissermaßen seine Ressourcen, um sie im Gespräch zielgerichteter einsetzen zu können.

Zu dieser Vorbereitung sollte die geistige Vorwegnahme dessen, was in einem Bewerbungsgespräch erwartet wird, gehören. Dadurch ist es möglich, sich auf die neuartige Situation sowohl inhaltlich als auch psychologisch einzustellen. Für diese Einstellung benötigt man ein annähernd genaues Wissen darüber, was im Bewerbungsgespräch vom Bewerber erwartet wird und wie es im „Standard“ einer Normalsituation abläuft. Diese Antizipation des Vorstellungsgespräches wurde operationalisiert, indem

die Interviewpartner gebeten wurden, sich ein Bewerbungsgespräch vorzustellen und darzulegen, was sie glauben, was in einem solchen Gespräch von ihnen erwartet wird. Alle Nennungen dazu können durch die nachstehenden Kategorien reflektiert werden:

1. sicheres Auftreten und selbstbewußte Persönlichkeit (23),
2. Nachweis spezieller Fähigkeiten, Interessen, Erfahrungen und Engagement (16),
3. Kenntnisse zum Unternehmen und dessen Produkten (12),
4. Vorstellungen und Wissen zum Tätigkeitsbereich bzw. der Stelle (10),
5. Äußerlichkeiten und sich präsentieren können (10),
6. Klarheit über die eigenen Ziele und Vorstellungen (8),
7. Nachweis von Fachkenntnissen (7),
8. Passungsfragen (2).

Mehrheitlich wird von den Befragten erkannt, daß im Bewerbungsgespräch vorrangig Persönlichkeitsmerkmale gefordert sind. Dies ist im Hinblick auf eine mögliche berufliche Perspektive als potentielle Führungsnachwuchskraft von ganz besonderer Bedeutung. Aber bestimmte Merkmale der Person haben im Bewerbungsgespräch zunächst immer einen Bezug zur angebotenen Stelle. Die Unternehmen wollen auch Interesse und Motivation für das Unternehmen und seine Produkte „abklopfen“. Fehlen sie, ist der Bewerber bei der Vielzahl von Bewerbungen für eine Stelle möglicherweise beliebig austauschbar. In diesem Zusammenhang verweisen die Aussagen auf Defizite hin. Das wird besonders deutlich, wenn man die Anzahl der Nennungen pro Person sieht

und welche Anforderungen im einzelnen sich dahinter verbergen. So nennen acht Kandidaten 4-5 Kriterien, von denen sie glauben, daß diese im Bewerbungsgespräch erwartet werden, neun Kandidaten 3, ebenfalls neun 2 Kriterien und vier Kandidaten können nur ein Kriterium nennen.

Nachstehende Aussage steht für die Kandidaten, die eine adäquate Vielfalt von antizipierten Erwartungen der Unternehmen an die Bewerber nennen:

„Ich würde sagen, erst einmal eine ordentliche Erscheinung, ein einigermaßen selbstbewußtes Auftreten, die Klarheit über die eigenen Wünsche, in gewisser Weise dann ein Wissen darüber, warum ich gerade zu diesem Unternehmen gehe und darüber auch Kenntnisse vorweisen können, was gerade dieses Unternehmen auf dem Markt darstellt. Offenheit und eventuell das Anbringen eigener Vorstellungen.“ (Ingenieur)

Bei 14 Befragten erscheinen bei den antizipierten Erwartungen der Unternehmen weder Informationen zur Firma und ihren Produkten noch Aussagen zu Tätigkeitsinhalten. Damit kann man schwerlich als kompetenter Bewerber in Erscheinung treten und überzeugend nachweisen, warum man von seinen speziellen Interessen und Fähigkeiten der richtige Bewerber für die angebotene Stelle ist. Dies aber ist gerade eine der wichtigsten „Leistungen“ des Bewerbers in diesem Gespräch, denn in der Regel muß gerade in Zeiten knapper Arbeitsplätze das Unternehmen die Quote der Geeigneten erhöhen (vgl. dazu Nerdinger, 1994) und wird deshalb die subjek-

tiven Voraussetzungen besonders sorgfältig prüfen.

Hinter diesen Defiziten kann sich auch die Vorstellung verbergen, „für vieles im Unternehmen offen zu sein“ wie das bei einigen Aussagen durchschimmerte. Dadurch wird vermutlich die Informationsbeschaffung über das Unternehmen, seine Produkte oder die Tätigkeitsbereiche unterschätzt. Es kann sich auch schlicht Nichtwissen zu den Anforderungen der Unternehmen an die Bewerber verbergen. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß sich gerade die Kandidaten aus den neuen Bundesländern hinter Tätigkeitsbereichen oder -merkmalen von Stellen wenig Konkretes vorstellen können. Damit fehlen wichtige Voraussetzungen, sich mit seinen persönlichen Stärken oder Schwächen und den Anforderungen der Stelle in Beziehung zu setzen und in einem gewissen Rahmen selbst zu beantworten, ob man der richtige Bewerber für die angebotene Tätigkeit ist.

Nur acht Befragte antizipieren „Klarheit über die eigenen Ziele und Vorstellungen“ im Bewerbungsgespräch. Dies könnte ein wichtiges Indiz dafür sein, daß mehrheitlich nicht erkannt wird, daß Unternehmen auch einen selbstbewußten Bewerber erwarten, der sich mit seinen Zielvorstellungen auch in einer psychologisch schwierigen Situation positioniert, weil daraus auf das später notwendige Durchsetzungsvermögen potentieller Führungsnachwuchskräfte geschlossen werden kann.

Die zutage getretene Zurückhaltung bei der Artikulation eigener Ziele und Vorstellungen ist psychologisch zwar be-

sonders für die Bewerber aus den neuen Bundesländern aufgrund der Arbeitsmarktsituation verständlich, jedoch m.E. wenig zweckmäßig im Hinblick auf die Passung mit der Stelle und dem selbstbewußten „Abklopfen“ von Möglichkeiten des Unternehmens, eigene Zielvorstellungen in einem gewissen Rahmen auch verwirklichen zu können. „Die Passung ist um so wichtiger, als noch längst nicht alle Unternehmen moderne, psychologiegestützte Personalauswahlverfahren einsetzen, die allein eine vernünftige Chance geben, die Persönlichkeit, die Motivation und die längerfristigen Ziele des Bewerbers bei einer Stellenbesetzung zu berücksichtigen“. (Stratemann, 1992, S.40)

In der geringen Thematisierung eigener Ziele und Vorstellungen könnte sich aber auch die Denkhaltung vom bescheidenen Anfänger und Neuling manifestiert haben, so wie das in der einstigen DDR die Einstellung zur Jugend und ihrer Einbeziehung in die beruflichen Erwachsenenlaufbahnen prägte. (Vgl. Zinneker 1991) Das würde die im Bewerbungsgespräch notwendige Präsentation von Fähigkeiten, Motivation und Engagement zusätzlich erschweren, weil dafür ein bestimmtes Maß an Selbstbewußtsein und -verständnis erforderlich ist.

Im Anschluß an die Frage nach den Erwartungen der Unternehmen an die Bewerber wurden die Interviewpartner nach ihrer Meinung gefragt, was sich hinter diesen Erwartungen der Unternehmen verbirgt. Die Aussagen lassen sich folgenden Kategorien zuordnen:

1. Der Personalchef macht sich ein Bild, ob der Bewerber für die Stelle bzw. das

- Unternehmen geeignet ist bzw. paßt (11),
2. die Persönlichkeit, ihre Interessen und ihre Motivation soll geprüft werden (8),
 3. die Anpassungs- und Teamfähigkeit soll geprüft werden (3),
 4. Unternehmen können sich finanziell keine Fehlbesetzung leisten, deshalb Prüfung des Bewerbers (3),
 5. Bewerber muß Unternehmen repräsentieren können (3),
 6. Vergleich des Bewerbers mit der schriftlichen Bewerbung (1).

Ein gutes Drittel der Befragten hat also das Bewerbungsgespräch von der Zielstellung der „Passung“ explizit antizipiert, in den Aussagen der übrigen schimmert diese Zielstellung zumindest durch. Dieses teilweise noch diffuse Verständnis, warum Firmen spezielle Erwartungen an die Bewerber haben, erklärt m.E. auch die vorhandenen Defizite bezüglich des Wissens über die Firma, ihre Produkte sowie den Tätigkeitsbereich. Bei wenigen Befragten scheint die Meinung zu bestehen, daß man erst nach dem ersten Bewerbungsgespräch wissen kann, wie es läuft. Hier soll das erste Gespräch die eigene Vorbereitung ersetzen:

„Daß man bestimmte Voraussetzungen von mir verlangt...daß von mir Vorstellungen über den Verdienst verlangt werden, daß es vielleicht - ja - einige gewisse Fragen über die Persönlichkeitsentwicklung, also irgendwie so etwas wie Familie, außerhalb der Tätigkeiten, Hobbies und so weiter, daß etwas also im Vordergrund steht und daß man daraus irgendwie versucht etwas abzuleiten, inwieweit man

kollektivfähig ist oder innovativ oder was weiß ich was. Ja ansonsten habe ich keine genauen Vorstellungen über ein Vorstellungsgespräch, weil ich so etwas noch nicht gemacht habe." (Phy-siker)

Hinsichtlich der Vorbereitung auf das Bewerbungsgespräch konnten wir eine interessante Überlegung zur Gründlichkeit der Vorbereitung des Bewerbungsgesprächs finden:

„Wenn ich ein Großunternehmen habe,

dann werde ich bestimmt ein härteres Bewerbungsgespräch haben als in einem kleinen Unternehmen.“ (Ingenieur)

Das könnte bedeuten, daß bei einigen Absolventen hinsichtlich des zu betreibenden Aufwandes für die Vorbereitung des Bewerbungsgesprächs durchaus eine kalkulative Komponente eingeht, abhängig von den vermuteten (kleines Unternehmen) oder vorhandenen Kenntnissen zur Qualität des Personalmanagements der Unternehmen.

6. Aufstiegswunsch und -bewertung

Da in der einstigen DDR Aufstieg weit weniger attraktiv war als im Westen, weil Bezahlung, Ansehen und Anerkennung der Leitertätigkeit niedrig waren (siehe dazu Ladensack, 1990) und die Bedingungen für den Aufstieg in den Unternehmen der Marktwirtschaft für die Kandidaten aus den neuen Bundesländern vermutlich weitgehend unklar sind, gingen wir davon aus, daß diese niedrigere Aufstiegserwartungen aufweisen würden als die Absolventen aus den alten Bundesländern.

In die schriftliche Befragung war die Fragestellung eingeordnet worden, für wie wahrscheinlich die Kandidaten vor dem Berufseinstieg ihren Aufstieg halten. Diese Einschätzung erfolgte auf einer fünfstufigen Skala. Wir konnten Unterschiede zwischen den Befragten aus den alten und neuen Bundesländern feststellen. Die Studenten aus den neuen Bundesländern erwarteten, mit 58,10% aufzusteigen, wo hingegen die Kandidaten aus den alten Bundesländern dies mit 70,29% tun. Männer schätzen in beiden Stichproben ihre Aufstiegswahrscheinlichkeit

zuversichtlicher als die Frauen ein.

Damit gewann die Fragestellung an Bedeutung, worin die Kandidaten aus den neuen Bundesländern die Ursachen für den Aufstieg im Unternehmen begründet sehen, ob sie Verursachensfaktoren stärker in der Person oder im Umfeld liegend ausmachen. Dieser Fragestellung haben wir uns durch die qualitativen Interviews genähert. Insgesamt werden die Ursachen für den Aufstieg stärker in der Person begründet und vorrangig nachstehende Ursachen genannt:

Fähigkeiten und Können (18), Leistungsverhalten und -ergebnisse (14), spezielle Persönlichkeitseigenschaften (14), Engagement für die Firma (12), Führungsqualitäten (9). Als externale Aufstiegsursachen, also im Umfeld begründete Faktoren, werden vor allem Beziehungen (18), freie Stelle (3) und Glück (2) genannt. Auffällig ist, daß in der Erstnennung keiner der Befragten den Aufstieg mit Ideen einbringen und Kreativität assoziiert. Mehrheitlich wird zwar der Aufstieg internal attribuiert, den-

noch sind in den weiteren Nennungen die Situationsfaktoren, besonders die Beziehungen, im Blick. Diese Sichtweise scheint für Führungspositionen zweckmäßig zu sein, weil es hinsichtlich der Aufstiegsfaktoren in der Regel immer um ein Bündel von Einflußfaktoren geht, bei denen sich die persönlichen Merkmale auf Dauer als die wichtigste Komponente erweisen dürften. (Vgl. dazu Bieker, 1994, S.223 und Höhler, 1993 S.44) Eine ausschließliche Ursachenzuweisung der Aufstiegsfaktoren auf die Person dürfte aber zu frustrierenden (resignativen) Einstellungen führen, wenn die Umfeldbedingungen für den Aufstieg ungünstig sind.

Die Auswertung der Interviews ergab, daß bei den Kandidaten der Wille zum Aufstieg im Unternehmen vorhanden ist, obwohl wie eingangs dargestellt, die Aufstiegswahrscheinlichkeit niedriger als von den Kandidaten aus den alten Bundesländern eingeschätzt worden ist. Von den 30 Befragten äußerten acht einen uneingeschränkten Aufstiegswillen, 19 einen Aufstiegswillen mit Bedingungen und drei sind noch unentschlossen.

Sieht man sich beispielsweise die Motive der uneingeschränkt Aufstiegswilligen an, dann dominieren bei diesen die Herausforderungen an die Persönlichkeit, die mit einem Aufstieg verbunden sind. Jedoch ist bei diesen und bei den bedingt Aufstiegswilligen Aufstieg aus Gründen von Machtstreben, Geld und Status wenig entwickelt. Der Aufstieg soll sich in die gegenwärtigen Vorstellungen von Beruf, Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Frauen) und Freizeit einordnen lassen.

In der Fragestellung haben wir offen

gelassen, womit wir Aufstieg verbinden. Mehrheitlich wird mit Aufstieg das Aufsteigen in der Hierarchie, also die Übernahme einer Führungsverantwortung assoziiert, einige wenige verbinden mit dem Aufstieg eine Spezialistenlaufbahn. 10 Personen reflektieren gute und acht Personen schlechte Aufstiegschancen, sechs machen sie vom Unternehmen abhängig, sechs können sich nicht festlegen und finden es ungewöhnlich, vor dem Berufseintritt über diese Probleme nachzudenken. Vor dem Berufseintritt sind bei unseren Kandidaten strategische Überlegungen, wie man den Aufstieg befördern könnte, wenig im Blick. Für diejenigen, die ihre Erfolgchancen als gut bewerten ist auffällig, daß es Männer sind, d.h. Frauen schätzen ihre Erfolgswahrscheinlichkeit, beruflich aufzusteigen, schlechter ein. Jedoch ist auffällig, daß einige Frauen Persönlichkeitsmerkmale als Voraussetzung für den Aufstieg besonders hoch bewerten. Das legt die Vermutung nahe, daß sie ihre schlechteren Chancen durch ein überdurchschnittliches Engagement auszugleichen trachten, um unter schwierigeren Bedingungen dennoch aufzusteigen.

Auf die Frage, was man unternehmen könnte, um aufzusteigen, werden überwiegend solche Faktoren wie Weiterbildung, Leistungsverhalten und sich durch Engagement einbringen, genannt. Die Aktivitätszuschreibung erfolgt in analoger Weise wie die Attribution des persönlichen Aufstieges, so daß mit hoher Sicherheit angenommen werden kann, daß die Aufstiegswilligen entsprechende Schritte der Weiterqualifizierung einleiten werden.

Die Fähigkeit sich gut zu verkaufen, gute

Beziehungen zum Vorgesetzten und zu den Mitarbeitern sind bei den weiteren Nennungen der Befragten aber ebenso

präsent und werden in Handlungsstrategien zur Förderung des eigenen Aufstiegs ganz sicher eine Rolle spielen.

6. Ausblick

Die Vorbereitung des Berufseinstieges sollte von den Studenten als eine relativ eigenständige Phase wahrgenommen werden, die mit ganz besonders hohen persönlichen Anforderungen einhergeht. Die Ergebnisse unserer Forschungsarbeit, aus der ich hier nur einen kleinen Ausschnitt vorstellen konnte, belegen, daß der Stellenwert dieser Phase im Selbstverständnis jedes Absolventen erhöht werden muß, um den Berufseinstieg nicht als *Stellensuche* zu mißdeuten. Die durch den Beruf erfahrene Achtung, Anerkennung, Erfolg und letztlich die Zufriedenheit sind wichtige Lebenswerte, die durch andere Lebensbereiche kaum kompensiert werden können, wenn der Berufsverlauf als unbefriedigend erlebt wird.

Wichtige Schritte zur Vorbereitung des Berufseinstieges sehe ich ausgehend von unseren Forschungsergebnissen darin, sich während des Studiums soweit wie möglich konkrete Zielvorstellungen zu erarbeiten. Sie sind m.E. der wichtigste Ausgangspunkt dafür, für deren Realisierung sich die verschiedensten Ressourcen aufzubauen. (Unternehmenskontakte, Praktika, Profil der Diplomarbeit, selektives Studium, sprachliche Qualifikation u.ä.) Gerade die Kontakte zu den Unternehmen gestatten es, realitätsnah die Unternehmenswirklichkeit und die darin enthaltenen Chancen, Herausforderungen und Möglichkeiten besser zu erkennen und sich mit den persönlichen Zielen, aber auch mit den Stärken und Schwächen

dazu in Beziehung zu setzen, d.h. Selbstselektion zu betreiben.

Darin eingeordnet sind zwei wichtige Fragekomplexe, die sich jeder Student möglichst vor dem Examenssemester beantworten sollte:

- Will man später als Führungskraft im Unternehmen wirken, d.h. in der Hierarchie des Unternehmens aufsteigen oder sieht man sich in einer Spezialistenlaufbahn besser verwirklicht?
- Wo will man sich bewerben, großes oder kleines Unternehmen, welche Branche oder Tätigkeitsbereiche und welche Region soll es sein?

Gerade von letzteren hängt es ab, wie konkret die wirtschaftliche Entwicklung in den Branchen und Tätigkeitsbereichen (beispielsweise Forschung in den neuen Bundesländern) und in den Regionen verfolgt werden kann. Informationen darüber stellen wichtige Voraussetzungen dar, nicht nur um die Chancen richtig zu bewerten, sondern um die Suchaktivität entsprechend zu gestalten und diese rechtzeitig einzuleiten. Gerade in den Zeiten eines enger werdenden Arbeitsmarktes auch für Akademiker erweisen sich rechtzeitige Suchaktivitäten und mehrerer Wege dabei zu beschreiten als sinnvoll. Beachtet werden muß aber, daß die Unternehmen nicht nur die Eigenaktivität von Bewerbern hoch bewerten, sondern deren Fähigkeit, Selbstselektionsprozesse zu betreiben, um dadurch auch als kompetenter Bewerber in Erscheinung zu treten.

Dafür ist es auch unerlässlich, die Anforderungen an das Bewerbungsgespräch zutreffend einschätzen zu können, um die Vorbereitung auf dieses Gespräch für die Selbstselektion zu nutzen. Die Nutzung angebotener Trainings zum Bewerberverhalten ist m.E. dann sinnvoll, wenn man sicher weiß, was man will, sonst könnte das Bewerbungsverhalten aufgesetzt, unnatürlich und damit wenig überzeugend wirken.

Vorbereitung des Berufseinstieges ist eine komplizierte und umfassende Schwerarbeit, der sich jeder unterziehen muß, um Chancen nutzen zu können und Risiken, die immer vorhanden sind, klein zu halten. In diesem Zusammen-

hang scheint es lohnenswert, darüber nachzudenken, wie Hochschulen in den neuen Bundesländern durch die Lehrstühle Personalmanagement dazu beitragen könnten, diese komplizierte Phase des Übergangs in den Beruf durch entsprechende Lehr- und Forschungsarbeit zu unterstützen.

Ingrid Zwarg (Leipzig)

(Die Autorin, Dr. habil., ist Projektleiterin des Teilprojekts Y1 / A7 "Selektion und Sozialisation des Führungskräftenachwuchses" des Sonderforschungsbereiches der Universität München an der Leipziger Universität)

Literaturliste

- Bieker, J., (1994). 7 Erfolgsfaktoren, In: Ratgeber Karriere 1994, Gabler Public.
- Frese, M., Hilligloh, S.(1994). Eigeninitiative am Arbeitsplatz im Osten und Westen Deutschlands: Ergebnisse einer empirischen Untersuchung, In: Trommsdorff (Hrsg.) Psychologische Aspekte des sozio-politischen Wandels, Walter de Gruyter Berlin. New York..
- Heckhausen, H. (1989). Motivation und Handeln, Springer Verlag Berlin Heidelberg New York/ Tokyo/ Hong Kong.
- Höhler, G., (1994). Selbstbewußtsein. In: Ratgeber Karriere 1994, Gabler Public.
- Kuhl, J.(1990). Handlungs- und Lageorientierung. In: W. Sarges (Hrsg.), Management-Diagnostik (S.247-252). Göttingen:Hogrefe.
- Ladensack, K. (1991). Von der dirigistischen Kaderarbeit in der DDR zum Personalmanagement in unternehmerisch handelnden Betrieb. In: R. Pieper (Hrsg.), Personalmanagement (S.71-87) Wiesbaden Gabler.
- Nerdinger, F. W.(1994). Selbstselektion von potentiellen Führungsnachwuchskräften (im Druck).
- Rappensperger, G.(1994). Mentalitätsdifferenzen oder situationale Verunsicherung ?- Ergebnisse einer empirischen Untersuchung an Führungskräften in den alten und neuen Bundesländern (im Druck).
- Rappensperger, G. v.Rosenstiel, L., Zwarg, I.(1994). Erwartungen an die berufliche Tätigkeit bei Hochschulabsolventen aus den neuen Bundesländern. In: Trommsdorff, G. (Hrsg.), Psychologische Aspekte des sozio - politischen Wandels in Ostdeutschland, Walter de Gruyter Berlin, New York. S.183-199.

Rosenstiel v., L./ Nerdinger, F. W. & Spieß, E. (1991). Was Morgen alles anders läuft. ECON Verlag Düsseldorf. Wien. New York . S.53-120.

Sehringer, R.(1991). Betriebliche Strategien der Personalrekrutierung, Campus Verlag Frankfurt / New York.

Spieß, E., Nerdinger, F. W.(1991). Selbstselektion: Rekonstruktion eines Handlungsprozesses Sonderforschungsbereich der Universität München, Mitteilungen 3.

Stratemann, I. (1992). Psychologische Aspekte des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in den neuen Bundesländern, Verlag für Angewandte Psychologie Göttingen, Stuttgart.

Zinnecker, J.(1991).Jugend als Bildungsmoratorium, Zur Theorie des Wandels der Jugendphase in west - und osteuropäischen Gesellschaften, In: Melzer, W./ Heitmeyer, W./Liegler, L./Zinnecker, J.(Hrsg.), Osteuropäische Jugend im Wandel, Jugendforschung Juventa, Verlag Weinheim und München.

Mathematik-Olympiaden e. V. gegründet

Wie bereits in Heft 1/94 berichtet (vgl. S. 102ff.), lebt die in der DDR bewährte Form der mathematischen Schülerförderung durch den Wettbewerb „Mathematik-Olympiade“ fort. Dabei bleibt sie nicht mehr nur auf die ostdeutschen Bundesländer beschränkt, sondern entwickelt sich in jüngster Zeit mehr und mehr zu einer gesamtdeutschen Institution, deren Ziel in der außerschulischen Förderung mathematisch begabter Schüler durch ein mehrstufiges Wettbewerbsverfahren liegt. Nach der Konzeption der Mathematik-Olympiade soll damit eine Ergänzung zum Mathematikunterricht in der Schule geboten werden. Das bedeutet insbesondere, daß im Rahmen des Wettbewerbs sowie in mit ihm verbundenen Arbeitsgemeinschaften und Ferienkursen den Schülern kein Stoff des Schullehrplanes im voraus beigebracht werden soll, son-

dern vielmehr bestimmte Kenntnisse vertieft und im Lehrplan unterrepräsentierte Gebiete (zum Beispiel Zahlentheorie) für die Schüler erschlossen werden sollen.

An der diesjährigen höchsten Stufe des Wettbewerbes, der Deutschlandolympiade, die vom 2. bis zum 4. 5. in Magdeburg veranstaltet wurde, nahmen 140 Schüler in vier nach Schuljahren gestaffelten Olympiadeklassen (8., 9., 10. und 11.-13. Schuljahr) teil. Insgesamt 14 Bundesländer hatten Teilnehmer entsandt, allein Bremen und Schleswig-Holstein waren nicht vertreten. An den vorangegangenen Mathematik-Olympiaden seit der deutschen Vereinigung hatten sich 1991 Schüler aus 10, 1992 aus 8 und 1993 aus 13 Bundesländern beteiligt. Damit scheint sich die Mathematik-Olympiade endgültig als zweiter bun-

desweiter Schülerwettbewerb neben dem anders strukturierten „Bundeswettbewerb Mathematik“ etabliert zu haben, einer der wenigen Fälle, in denen eine originär ostdeutsche Institution sich in Konkurrenz zu einer vergleichbaren westdeutschen behaupten und zudem eine im wesentlichen gleichberechtigte Position erringen konnte.

Daß die Mathematik-Olympiade als bewährte Institution zur außerschulischen Förderung der Beschäftigung mit Mathematik erhalten blieb, ist wesentlich Verdienst der Initiative einiger weniger Engagierter, weitgehend ohne staatliche Unterstützung. Das Bundesbildungsministerium vertritt die Ansicht, ein zweiter mathematischer Schülerwettbewerb neben dem (ursprünglich westdeutschen) „Bundeswettbewerb Mathematik“ sei nicht förderungswürdig. In den letzten Jahren wurde die Finanzierung der Mathematik-Olympiaden wesentlich seitens der zuständigen Ministerien der ostdeutschen Bundesländer gewährleistet, Zusagen für eine langfristige finanzielle Unterstützung konnten bislang jedoch noch nicht erhalten werden.

Um den Fortbestand der Mathematik-Olympiaden zu sichern und der Durchführung auf Bundesebene eine feste Trägerschaft zu geben, wurde am Rande der diesjährigen Deutschlandolympiade der „Mathematik-Olympiade e. V.“ gegründet. Vereinssitz ist Rostock, der Jahresbeitrag liegt bei 40 bzw. ermäßigt bei 20 DM. Proklamierte Vereinsziele sind neben dem Engagement für Mathematik-Olympiaden auf Bundesebene vor allem die Unterstützung der unteren Wettbewerbsstufen durch organisatorische Hilfen und Erstellung

von geeigneten (d. h. insbesondere altersgerechten) Aufgabensammlungen sowie das Bestreben, Kontakte zwischen Vereinen und Organisationen mit ähnlichen Zielsetzungen auf den Gebieten Mathematik, Naturwissenschaften, Technik und Informatik zu knüpfen. Hierdurch sollen einerseits flächendeckend Lehrer zur Förderung begabter Schüler ermutigt und unterstützt werden, andererseits soll auch die außerschulische Bildungsarbeit auf dem Gebiet der Mathematik gewährleistet werden, in Fortentwicklung bereits in der DDR bewährter Traditionen.

Wie schon in früherer Zeit wird dies auch in Zukunft in enger Zusammenarbeit mit den mathematischen Instituten einzelner Universitäten erfolgen, die auch in die Durchführung der einzelnen Olympiadestufen organisatorisch eingebunden werden sollen. So war beispielsweise neben den Wissenschaftsministerium des Landes Sachsen-Anhalt in diesem Jahr die Technische Universität „Otto von Guericke“ Ausrichter der Magdeburger Deutschlandolympiade. Ob und wie sich langfristig diese Kooperation entwickeln wird, hängt wesentlich nicht nur vom persönlichen Engagement einzelner Hochschulangehöriger ab, sondern auch davon, in welchem Maße die Universitäten und Hochschulen sich ihrer Verantwortung für die Förderung begabter Schüler, d. h. insbesondere also zukünftiger Studenten, wieder bewußt werden. Bislang scheint die Tendenz jedoch eher gegenläufig zu sein. Beispielsweise sah sich die Leipziger Universität vor kurzem nicht in der Lage, die Trägerschaft der Mathematischen Schülergesellschaft (MSG) zu übernehmen, was das Ende der MSG in der bisher-

gen Form bedeutete. Auch ein Blick auf das Schicksal anderer in der DDR etablierter Formen der Schülerförderung in Zusammenarbeit mit den Universitäten, z. B. das der meisten Schüler-Akademien, bietet hier eine wenig hoffnungsvolle Zukunftsperspektive.

Nähere Informationen zum „Mathematik-Olympiade e. V.“ sind beim 1. Vorsitzenden des Vereins erhältlich: Prof. Dr. H.-D. Gronau, Universität Rostock, FB Mathematik, 18051 Rostock.

Georg Schuppener (Leipzig)

Diskussion über Diktaturen in Deutschland

Am 3. und 4. Mai 1994 widmete sich die Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ auf ihrer 75. und 76. Sitzung dem diskussionsträchtigen Thema der „Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart“. Auf dieser letzten öffentlichen Anhörung vor der Vorlage des am 17. Juni im Bundestag zu diskutierenden Abschlußberichtes waren vor allem Geistes- und Sozialwissenschaftler, insbesondere Historiker, gefragt. Die Tagesordnung konzentrierte sich auf zwei Themenkomplexe, auf die „vergleichen-de Perspektive“ von Nationalsozialismus und SED-Diktatur sowie auf die Relevanz der Beschäftigung mit der Geschichte der beiden deutschen Diktaturen für den Bestand der Demokratie in Deutschland und Europa.

Zur Eröffnung hob der Kommissionsvorsitzende die drei „grundlegenden Unterschiede“ zwischen den Systemen der Nazi- und der DDR-Diktatur hervor, die

- trotz vieler Parallelen - ihre Gleichsetzung ausschließen: die zweite deutsche Diktatur war nicht rassistisch, hat keinen Völkermord begangen und sich nicht mit der Auslösung eines Weltkrieges besudelt. Rainer Eppelmann markierte die Dimension der Thematik mit einer Reihe von Fragen, die über das „rein“ historische Interesse hinauswiesen. Wodurch werden Diktaturen möglich? Wie funktioniert Machterhalt? Wie haben die Menschen in der Diktatur gelebt? Wie wurden die Diktaturen überwunden? Und schließlich: wie geht man mit den Folgen von Diktaturen um?

Die Referenten zum ersten Themenkomplex waren Horst Möller (München) und Jürgen Kocka (Potsdam). Möller plädierte für die Anwendung des „Totalitarismus“-Begriffs, da „Diktatur“ und ähnliche Termini zu unspezifisch wären. Gegen die „historische Verkürzung“ polemisierend, betonte er, daß dieser Begriff nicht im Kalten Krieg, sondern schon eher geprägt wurde. Im methodischen Mittel des Vergleichs sieht er die „größ-

te aufschließende Kraft“, auch um singuläre Erscheinungen verstehbar zu machen. Mittels Strukturanalyse suchte Möller wesentliche Ähnlichkeiten, beispielsweise in der Herrschaftsausübung, erkennbar zu machen, so die Gleichschaltung, Geheimpolizei, Unterdrückung und Andersdenkenden wie auch die Politisierung der Justiz und die vollkommene Indienstnahme der Wissenschaft.

Kocka, der ebenfalls den Vergleich zwischen der „ersten und der zweiten deutschen Diktatur“ für legitim und für wissenschaftlich notwendig erachtet, blickte jedoch stärker auf die Grenzen des Vergleichs der „modernen Diktaturen“, und erhielt auch andere Vergleichsmöglichkeiten (z.B. die Geschichte der DDR mit der ihrer kommunistischen Nachbarländer oder mit der Geschichte der Bundesrepublik) für „genauso nützlich“. Er kennzeichnete - neben zentralen, grundsätzlichen Ähnlichkeiten zugleich auch „zahllose, erhebliche, ins Gewicht fallende Unterschiede“. So hob er u.a. gravierende Unterschiede im „Grad verbrecherischer Unmenschlichkeit“ ab, wofür er auch „innere“, vor allem in der DDR-Ideologie zu suchende Gründe geltend machte. Generell gab er zu bedenken, daß die vielschichtige historische Realität sich „als Objekt diktatorisch-staatlicher Herrschaft nur teilweise entschlüsseln“ läßt.

Den zweiten Themenkomplex bestritten als Referenten Karl Dietrich Bracher (Bonn) und Jürgen Habermas (Frankfurt am Main). Ausgehend von der oft skeptisch gesehenen Frage nach den „Lehren der Geschichte“ machte Bracher auf die fatalen Folgen der Unterlassung oder Verdrängung „historischer Rechen-

schaftslegung“ aufmerksam und stellte fest, daß die Möglichkeiten für Deutschland und Europa selten besser waren, aus der Geschichte zu lernen, statt noch einmal falschen Propheten und Ideologen oder der Legendenbildung anheim zu fallen. Der „bequemeren Forderung“, den Blick nach vorne zu richten und neu anzufangen, setzte er entgegen, durch die „historische Auseinandersetzung mit den Gründen und Abgründen unserer diktatorischen Vergangenheit“ entscheiden zu versuchen, politische wie moralische und ethische Lehren für das künftige Verhältnis von Bürger und Staat zu ziehen. Er beschäftigte sich besonders mit dem Phänomen des unterschiedlichen Erlebens zweier Demokratien und zweier Diktaturen, dem die Deutschen seit den beiden Weltkriegen ausgesetzt waren, sowie mit den daraus resultierenden zum Teil konträren Erfahrungen und Verhaltensmustern. Mit dem Blick auf die Zukunft, angesichts der Probleme und Mängel in einer „postdiktatorischen politischen Kultur“, setzt Bracher auf die Chance, die „auch im Westen teilweise fehlgedeutete Geschichte des SED-Regimes“ durch eine nun mögliche quellengesättigte Diktatur-Forschung mit historisch-vergleichender Analyse voll zu erschließen.

Habermas, der die Geschichte als „kritische Instanz“ begreift, verdeutlichte, daß das Lernen aus ihr hauptsächlich auf ihren negativen Erfahrungen basiert. Er sieht die ausschlaggebende Lehre von 1989/90 nicht in der Wiederherstellung des Nationalstaates und auch nicht im Beitritt der DDR zu einem prosperierenden Staat, sondern in der Beseitigung eines totalitären Regimes und der Gewinnung der Bürgerrechte. Auch des-

halb sein Postulat, die Bürgerbewegung der DDR nicht zu relativieren und in Vergessenheit geraten zu lassen. Nachdrücklich trat er dafür ein, daß unter der grellen Beleuchtung der zweiten diktatorischen Vergangenheit die Erinnerung an die erste nicht verblassen dürfe, und er plädierte dafür, „einander neu zu sichten“.

In die allzu wissenschaftlich-trockene Debatte wehte der Schriftsteller Jürgen Fuchs erfreulich frischen Wind und setzte - wie er es nannte - „zugespitzt und ungerecht-polemisch“ neue Akzente. Er wünschte sich, anstatt nur allgemein über „Systeme“ und Gedankengebäude zu sprechen, vor allem Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Eindrucksvoll zeigte er dies am Schicksal von Heinz Brandt, der Auschwitz über- und Bautzen erlebte und dort die völlige Isolation in der Stasi-Haft als noch qualvoller empfand. Der selbstgestellten Frage, ob es denn unausweichlich sei, daß die Historiker jetzt vielleicht schon das letzte Wort bei der „Aufarbeitung“ (Fuchs: „ein schreckliches deutsches Wort“) haben, begegnete er drastisch: „wir Zeitgenossen“ sind aber noch da, „das zuckt ja noch“. Analog zu Jürgen Fuchs artikuliert sich Unbehagen über die Dominanz der „West“sicht in Meinungsäußerungen und kritischen Fragen aus dem Kreis der Enquete-Kommission, vor allem von

Bürgerrechtlern der DDR. Die Polemik galt nicht nur den einseitigen, oftmals zu pauschalen Urteilen, sondern vornehmlich der aus der Bewertung von „außen“ (sozusagen aus „sicherer Entfernung“) resultierenden intellektuell-kühlen, distanzierenden Betrachtungsweise. So entzündete sich das Feuer der Kritik beispielsweise an der Auffassung von Rainer Lepsius (Heidelberg), die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit würde nicht die „kognitive Wahrnehmungsstruktur der Westdeutschen“ betreffen, sie wäre für sie „nicht existenziell“. Energisch bestritt Fuchs „elegantes Heraushalten“. Habermas, der „linke Einäugigkeit“ bei der früheren Betrachtung der DDR eingestand, zeigte sich von der Diskussion mit den Bürgerrechtlern beeindruckt - ohne jedoch in ihren Tonfall einzustimmen. Er erklärte das problematische Verhältnis zwischen Dissidenten und Mehrheitsbevölkerung als einen ständig existierenden „Vorwurf für unterlassenes Verhalten“. Auch er sah bessere Chancen denn je für eine sachliche Geschichtsbetrachtung, denn erstmals gäbe es in Deutschland einen „antitotalitären Konsens“, der nicht mehr selektiv sei. Damit traf er einen jener Punkte der Übereinstimmung der Diskussion im Berliner Reichstag.

Horst Haun (Berlin)

DOKUMENTATION

Steffi Schnoor (Schwerin):

**Die Hochschulreform in Mecklenburg-Vorpommern
Vortrag der Kultusministerin auf dem Forum „Hochschulpolitik in
Mecklenburg-Vorpommern“ der Konrad-Adenauer-Stiftung am 13. April
1994 in Rostock**

Von einer Hochschulreform in Mecklenburg-Vorpommern zu sprechen, ist gewagt. Und dieses aus mehreren Gründen. Es entsteht zunächst die Frage, ob der Titel meiner Ausführungen nicht suggeriert, daß es sich um einen abgeschlossenen politischen und materiellen Prozeß handelt. Zweitens wäre zu fragen, ob denn tatsächlich von einer Reform gesprochen werden kann oder ob es sich nicht vielmehr um mehrere Reformen handelt. Schließlich läßt die Themenstellung eine weitere Frage auftauchen, die schlicht und ergreifend lautet: „Warum Hochschulreform?“.

Meine Damen und Herren, die Ereignisse des Herbstes von 1989 und des Herbstes von 1990 haben dazu geführt, daß die ehemalige DDR zusammengeführt worden ist mit einer Gesellschaft, die in höchstem und steigendem Maße von gesellschaftlichen Dynamisierungen und technologisch-wirtschaftlichen Innovationsschüben in immer kürzeren Abständen gekennzeichnet ist. Es stießen also nicht nur zwei vollkommen unterschiedliche Gesellschaftsordnungen aufeinander, sondern zwei Gesellschaften unterschiedlichen Entwicklungsstandes. Denn für die Menschen in den neuen Bundesländern galt es nicht nur in das Wasser einer anderen Gesellschaftsordnung mit anderen Regularien und einem anderen Lebensgefühl zu springen; vielmehr mußte auch festgestellt werden, daß der technologische Vorsprung sehr groß und diese neue, nämlich westdeutsche Gesellschaftsordnung selbst einem dynamischen Wandlungsprozeß unterlag, der durch die Wiedererlangung der staatlichen Einheit noch vergrößert worden ist. Diesem mehrschichtigen Prozeß unterliegen nicht zuletzt die Hochschulen in Deutschland. Dabei ist wiederum zu unterscheiden, daß der Reformbedarf der westdeutschen Hochschulen ein anderer ist als der der Hochschulen in den neuen Bundesländern. Denn geht es bei den westdeutschen Hochschulen *cum grano salis*, um den Abbau von Verkalkungserscheinungen, so muß die Frage bei den Hochschulen in den neuen Bundesländern, also auch in Mecklenburg-Vorpommern heißen: Wie sichert man ihre Existenz in der Zukunft? Dieses, meine Damen und Herren, ist eine ständige Frage, die stets neue

Antworten erfordert. Mit anderen Worten: Die Hochschulen unterliegen einem ständigen. Befragen nach der Notwendigkeit von Reformen und der Zumutbarkeit von Reformen. Hier böte sich ein Kolloquium zum Thema "Wissenschaftspolitik und Hochschulautonomie" an, das ich nicht halten will. Für meine Ausführungen halte ich aber fest, daß es im Prinzip keinen abgeschlossenen Hochschulreformprozeß gibt. Auch für Mecklenburg-Vorpommern gilt, daß die Hochschulreform nicht abgeschlossen ist. Im Gegenteil: Mit dem Inkrafttreten des neuen Landeshochschulgesetzes vom 9. Februar dieses Jahres ist eine weitere große Hochschulreform begonnen worden. Der Gesetzgeber hat der Landesregierung in einigen Bereichen tiefgreifende Änderungen aufgegeben; einige Aufträge gelten ab sofort, andere sind innerhalb von 6 Monaten umzusetzen, für die ganz großen Einschnitte jedoch wie z. B. die weitere Anpassung der Binnenstruktur durch die Grundordnung und die Änderung des gesamten Prüfungswesens hat der Gesetzgeber einen Zeitrahmen von 2 Jahren vorgegeben. Ende 1995, Anfang 1996 stehen also weitere Reformvorhaben ins Haus. Diese werden deswegen von besonderem Interesse sein, weil neue Wege beschritten werden, für die es keine Vorgaben gibt. Die neuen Länder sind - das sei am Rande, aber nicht beiläufig bemerkt - zum Schrittmacher des Hochschulrechts innerhalb der Ländergemeinschaft geworden; denn alle Reformideen, sei es zur Stärkung der Lehre, sei es zur Finanzautonomie der Hochschulen und zur Verkürzung der Studienzeiten sowie zur Stärkung der Hochschulstrukturen, wurden in die neuen Landeshochschulgesetze aufgenommen und sind in den neuen Ländern bereits geltendes Recht, während die meisten der alten Bundesländer erst jetzt mit der Novellierung ihrer Hochschulgesetze nachziehen. Man wird also auch in Zukunft nicht von der Hochschulreform reden können. Ich spreche von den Hochschulreformen.

Die erste Hochschulreform nach der Wende leitete der Beschluß der Landesregierung zur Übernahme, Abwicklung, Neugründung und Umstrukturierung der Einrichtungen des Hochschulwesens vom 19. Dezember 1990 ein. Dieser Beschluß hatte die Auflösung der ML-Sektionen bzw. deren Nachfolgeeinrichtungen, der pädagogisch-psychologischen bzw. pädagogisch-soziologischen Institute in Greifswald, Güstrow und Neubrandenburg und schließlich auch der Sektion Lateinamerikawissenschaften in Rostock zur Folge. Auch der Hochschulpflichtsport wurde abgeschafft; abgewickelt das Institut für Katastrophenmedizin (ehemals Militärmedizinisches Institut an der Medizinischen Fakultät der Universität Greifswald), die Projektierungsgruppe an der Technischen Hochschule Wismar und das Institut für Sozialwissenschaften/Gesellschaftskunde an der Pädagogischen Hochschule Neubrandenburg. Das alles kommt einem so vor, als sei es schon eine halbe Ewigkeit her - tatsächlich liegen diese Abwicklungsmaßnahmen heute wenig mehr als 3 Jahre zurück. Was sich in den neuen Bundesländern innerhalb von Monaten und wenigen Jahren abspielte, hat in den alten Bundesländern Jahrzehnte gedauert. Im Unterschied zu Revolutionen müssen Reformen reifen, müssen sie akzeptiert werden, müssen sie überprüfbar sein und das erfordert aller Orten viel Geduld. Die Ungeduld an den Universitäten und Hochschulen, die immer wieder zum Ausdruck gebracht

worden ist, verstehe ich - ich selbst bin im Kultusministerium die Ungeduldigste. Aber das alles führt nicht darum herum, daß Ergebnisse erst nach einer gewissen Zeit vorliegen.

Die zweite Hochschulreform in Mecklenburg-Vorpommern nahm 1991 mit der Verabschiedung des Hochschulerneuerungsgesetzes ihren Anfang. In dessen Folge fand die personelle Erneuerung der Hochschulen statt, die in einem dreistufigen Verfahren - einmalig in ganz Deutschland - den Personalkörper überprüfen ließ. Von ehemals über 13.000 Beschäftigten inklusive der Kliniken wurde ein neuer Personalkörper mit knapp 9.000 Bediensteten geschaffen. Sowohl an den Verfahren zur Überprüfung des Personals in den Ehren- und Überleitungsverfahren als auch an den Übernahmen in die neue Personalstruktur waren die Hochschulen wesentlich beteiligt, für die größten Personalgruppen trafen sie die Auswahl sogar völlig eigenständig. Eine fachliche Überprüfung von mehr als 1.000 Wissenschaftlern in weniger als einem Jahr und die politische Überprüfung von mehr als 13.000 Beschäftigten durch die Ehrenkommissionen in nicht einmal 1 1/2 Jahren stellen eine einzigartige Leistung dar. Andere neue Bundesländer haben auf diese Überprüfung ihres Personals verzichtet oder aber sind bis heute damit nicht fertig. Parallel zur Personalreform verlief die Strukturreform an den Hochschulen des Landes nicht minder erfolgreich. Ich will sie hier nur mit wenigen Stichworten skizzieren:

Die Pädagogischen Hochschulen wurden aufgelöst, die Lehrerausbildung an den Universitäten konzentriert;

an den Universitäten wurden neue rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Bereiche aufgebaut; in Stralsund und Neubrandenburg wurden zwei neue Fachhochschulen errichtet;

die Hochschule für Seefahrt in Warnemünde wurde aufgelöst und ihr Kernbestand in die vorhandene Hochschulstruktur integriert;

die Technische Fakultät der Universität Rostock wurde völlig umstrukturiert und als Fakultät für Ingenieurwissenschaften wieder eröffnet;

die Technische Hochschule Wismar wurde in eine Fachhochschule umgewandelt; im Januar dieses Jahres konnten wir nach zähem Ringen die Hochschule für Musik und Theater hier in Rostock gründen.

Gleichzeitig liefen im Inneren der Hochschulen die Strukturreform und die Reform der Studiengänge und Lehrinhalte. In den Hochschulen wurden Konzile, Senate, Fachbereichs- oder Fakultätsräte gebildet. Diese Gremien waren in den vergangenen drei Aufbaujahren außerordentlich effektiv und leistungsstark, wofür ich Ihnen auch an dieser Stelle besonders danken möchte. Zur Struktur der Binnenreform gehörten ferner die neue Ausrichtung der Institute und Lehrstühle. Die inhaltliche Reform ist schon unter dem Hochschulerneuerungsgesetz am weitesten vorangeschritten. Fast alle Studiengänge haben ihre Prüfungsordnungen an den Rahmenprüfungsordnungen der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz orientiert, und die Fachbereiche lehren und prüfen danach. Zwar sind noch nicht alle Prüfungsordnungen genehmigt und die meisten konnten auch nur vorläufig

genehmigt werden, da Personal- und Strukturentscheidungen parallel verlaufen, jedoch ist festzustellen, daß die Ausbildung an den Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern heute in jeder Hinsicht den wissenschaftlichen Standards der Altbundesländer entspricht.

Meine Damen und Herren,
ich habe eingangs die Frage aufgeworfen, warum Hochschulreform? Die Antwort auf diese Frage scheint sich aus den Folgen der Revolution von 1989 zu ergeben. Und ganz gewiß ist die Umstrukturierung der Hochschulen gemäß einem freiheitlich-pluralistischen Wissenschaftsverständnis unabdingbar gewesen. Und selbstverständlich ging es auch darum, die Kompatibilität des ostdeutschen mit dem westdeutschen Hochschulsystem herzustellen. Aber darum geht es in erster Linie schon lange nicht mehr. Mittel- und langfristig soll vielmehr die Chance für differenzierte Entwicklungen genutzt bzw. eröffnet werden. Das heißt, es geht in erster Linie um das künftige Profil unserer Lehr- und Forschungseinrichtungen, um die Ansiedlung von attraktiven Universitäten und Hochschulen, von in die Zukunft weisenden Forschungseinrichtungen. Es muß der Tag kommen, an dem die Ausbildung an einer der genannten Einrichtungen in unserem Land selbstverständlich und der Ruf an eine unserer Hochschulen leuchtender Abschnitt einer akademischen Karriere wird. Es muß der Tag kommen, an dem niemand mehr fragt, warum er sein Studium in Wismar oder Stralsund oder Greifswald oder Rostock oder Neubrandenburg absolvieren sollte, was übrigens schon zunehmend weniger der Fall ist, wenngleich die ZVS dabei eine Rolle spielt. Ich glaube, daß wir bis dahin noch einiges zu tun haben werden, daß aber gleichzeitig doch schon beachtliche Erfolge auf dem Wege dahin erzielt worden sind.

Ich sage auch an dieser Stelle, daß im neuen Landeshochschulgesetz - das übrigens im Zusammenwirken mit den Universitäten und Hochschulen seit dem Herbst 1992 entstanden ist - ein wirklicher Beitrag zur Steigerung der Attraktivität unserer Hochschulen und Universitäten geliefert worden ist.

Das neue Landeshochschulgesetz sieht eine Lehr-Evaluation vor. Danach sind die Hochschulen gehalten, in regelmäßigen Abständen, mindestens alle 2 Jahre, unter Beteiligung von Studenten und Absolventen die Qualität der Lehrtätigkeit ihrer Fachbereiche zu überprüfen und einen Bericht darüber zu fertigen (Lehrbericht). Ich bin der Auffassung, daß qualitativ gute Lehre keine antiquierte Forderung ist, sondern auch an der (Massen-) Hochschule von heute einen wichtigen Faktor für ein gelungenes Studium darstellt. Auch der Kontakt zur Persönlichkeit eines Lehrers gehört in diese Kategorie. Dabei müssen es keineswegs immer die Größen ihres Faches sein, die einen für den einzelnen Studierenden prägenden Einfluß haben können. Der gute Lehrer ist nicht immer auch der herausragende Forscher, und ebenso wenig umgekehrt. Dabei müssen wir uns jedoch vor einem Mißverständnis hüten: Der Unterhaltungswert einer Lehrveranstaltung darf nicht zum Kriterium für Qualitätsmessung werden.

Andererseits ist es unbestritten, daß hervorragende Hochschullehrer Vorlesungen, Übungen und Seminare so faszinierend gestalten können, daß sie zum prägenden Lernerlebnis für junge Menschen werden. Dabei darf das studentische Urteil nicht über-, aber auch nicht unterschätzt werden. Es hat sich gezeigt, daß gerade das studentische Urteil über die Qualität der Lehre sehr stark vom jeweiligen Wissens- und Interessesstand abhängt. Es erscheint deswegen wenig sinnvoll, Studierende in Anfangssemestern zur Qualität der Lehre zu befragen - die Gefahr, daß hier mehr der Unterhaltungswert bewertet wird, ist hier größer als bei fortgeschrittenen Studierenden. Diese Schwierigkeit läßt sich methodisch kontrollieren. Umgekehrt dürfen die Anforderungen an das studentische Urteil auch nicht überspannt werden. Der Streit darum, wer denn nun zu einem Urteil berufen sei, wem Expertenstatus zukommt oder nicht, läßt sich ohne Ende führen. Für eine pragmatische Vorgehensweise ist es sinnvoll, sich mit einem mittleren Weg zu begnügen. Auch den Studierenden, die keine Anfänger mehr sind, ist ein kompetentes Urteilsvermögen zuzubilligen. Es hat sich im übrigen auch gezeigt, daß die landläufige Beliebtheit des Faches allein noch nicht ausschlaggebend für das Qualitätsurteil der Studierenden ist. Es kommt nicht nur auf den Stoff, sondern auch auf die Lehrkompetenz der Person des Dozenten an - selbst trockene und wenig geliebte Materien können faszinieren. Überdies weise ich darauf hin, daß das Landeshochschulgesetz den Studenten lediglich eine Mitwirkung am Zustandekommen des Lehrberichtes zuweist; zu verabschieden ist er vom Senat, der ihn dann mir vorzulegen hat.

Oberziel dieses Teils der Reform ist die Verbesserung der Effizienz unserer Hochschulen. Die Qualität des Studiums und seiner Absolventen wurde vielerorts in Frage gestellt. In diesem Kontext müssen die Bemühungen um die Verbesserung von Qualität und Effizienz der Lehre gesehen werden. Der Evaluation von Hochschullehrern kommt in diesem Prozeß eine wichtige Rolle zu. Damit wird in Deutschland überwiegend Neuland betreten. Zwar hat es schon früher sogenannte Vorlesungskritiken gegeben, die jedoch mit dem methodischen Anspruch einer systematischen Bewertung von Lehre kaum vereinbar sein dürften. Hinzu kommen in unserem Lande gerade im Rückblick auf die unglücklichen Phasen unserer Geschichte Empfindlichkeiten, die falschen Verdachtsmomenten Vorschub leisten können. Tatsächlich sollte das Bemühen um Verbesserung der Qualität einen leistungsbezogenen und keinen weltanschaulich-ideologischen Charakter haben. Umgekehrt drängt sich der Verdacht auf, daß die Freiheit der Wissenschaft, die die Freiheit der Lehre umschließt, als Schutzargument mißbraucht wird, wenn sie zur systematischen und rechtlich abgesicherten Abschottung gegen jede Form der Kritik aufgefaßt wird. Dies ist um so erstaunlicher, als das andere große Standbein der Wissenschaft, die Forschung, öffentlich zugänglich verhandelt und auch kritisiert wird.

Forschung und Lehre stehen jedoch nicht nur im Hinblick auf ihre öffentliche Transparenz im Ungleichgewicht, auch die wissenschaftsinterne Wertigkeit, die die beiden großen Felder wissenschaftlichen Arbeitens kennzeichnet, fällt stark unterschiedlich aus. Nach wie vor nimmt die Forschung im Wertesystem der Universität

den maßgeblichen Stellenwert für die Berufskarriere als Hochschullehrer ein. Demgegenüber kommt der Lehre heute noch eine nur untergeordnete Bedeutung zu. Ungewöhnliches und erfolgreiches Engagement in der Lehre führt nicht auch zu besonderer Anerkennung im Kreise der wissenschaftlichen Gemeinschaft. Nach wie vor gilt: "Die Lehre ist kein Feld der Ehre".

Aus meiner Sicht haben wir folgende Teilziele zu verfolgen:

1. Die Steigerung des Stellenwerts der Lehre,
2. die Selbstbefassung der Fakultäten mit der Qualität der Lehre,
3. die Stärkung der Eigenverantwortung der Fakultäten; danach soll nicht nur der gute Forscher, sondern auch der besonders gute Hochschullehrer in besonderer Weise finanzielle Unterstützung finden. Insofern verlangt effizientes Studieren den effizienten Ressourceneinsatz durch die Hochschule und durch die Fakultät selbst.

Gleichsam der Rechenschaftsbericht für dieses Steuerungsinstrumentarium soll der Lehrbericht darstellen.

Meine Damen und Herren, über die Ausgestaltung des Lehrberichtes werden wir noch Gelegenheit haben zu diskutieren. Ich bin sicher, daß es dabei zu guten und deshalb weiterführenden Gesprächen kommen wird. Die Grundlinien sind jedoch im oben dargestellten Sinne klar vorgegeben.

Ein weiterer Eckpfeiler der Hochschulreform ist die stärkere Flexibilisierung der Hochschulhaushalte, für die der Gesetzgeber uns nun eine Rechtsgrundlage gegeben hat. Danach kann ich im Einvernehmen mit der Finanzministerin einer Hochschule auf Antrag die stufenweise Erprobung flexiblerer Formen der Haushaltswirtschaft erlauben. Dabei können insbesondere die unbeschränkte Deckungsfähigkeit von Sach-, Investitions- und Personalmitteln sowie deren Übertragbarkeit in die Folgejahre, die Einführung des Nettoprinzips und die Globalisierung des Haushalts gestattet werden.

Mehr Autonomie und Gestaltungsfreiheit der Hochschulen bedeutet die Wahrnehmung von mehr Verantwortung hinsichtlich der Bewirtschaftung öffentlich zur Verfügung gestellter Mittel. Ich bin dem Gesetzgeber sehr dankbar, daß er sich für eine Regelung eingesetzt hat, die den finanziellen Spielraum der Hochschulen dadurch verbessert, daß Gebühren, die die Hochschulen zum Beispiel für die wissenschaftliche Weiterbildung erheben, von den Hochschulen direkt zur Erledigung ihrer Aufgaben wiederverwendet werden können. Damit ist ein Leistungsanreiz geschaffen, der zugleich Impuls sein kann für einen fruchtbaren Wettbewerb der Hochschulen untereinander, was letztlich seinen Niederschlag in der Qualität des Studiums findet und somit ein Gewinn für die Hochschulen und das Land darstellt.

Ein bundesweites Novum unserer Hochschulreform von 1994/95 wird die Umstellung des Prüfungssystems sein. Der Gesetzgeber hat uns dafür eine Frist von 2 Jahren eingeräumt. In dieser Zeit werden wir ein System von festen Prüfungsfristen und -terminen und - was noch wichtiger ist - ein Instrumentarium zur Überprüfung der

Einhaltung dieser Fristen einzurichten haben. Der Kandidat wird seine Prüfungstermine nicht mehr beliebig hinauszögern können. Er hat zu festen Terminen anzutreten. Wer Prüfungstermine versäumt, ohne eine plausible Entschuldigung vorweisen zu können, wird künftig durchgefallen sein. Ein Kandidat, der endgültig eine vorgeschriebene Prüfung nicht bestanden hat, ist zukünftig zu exmatrikulieren. Zwar räumt das Gesetz bestimmte Wiederholungsmöglichkeiten für die Prüfungen ein und ebenfalls in bestimmtem Umfang ein Überschreiten der einzelnen Studienabschnitte um ein bis zwei Semester; jedoch ist das Studium endlich geworden und kann nicht mehr beliebig viele Semester dauern. Alle Fraktionen im Landtag waren darin einig, daß im Zeitalter leerer Haushaltskassen Studenten nicht unbegrenzt lange studieren können und damit die teuersten Ausbildungsplätze überhaupt - die Studienplätze - für nachrückende Generationen blockieren dürfen. Es gilt, die Notwendigkeit des zielorientierten Studierens in den Vordergrund zu stellen und dem Langzeitstudium eine Absage zu erteilen. Diese Umstellung hat vorbeugenden Charakter, denn zu lange Studienzeiten sind kein markantes Problem in den neuen Bundesländern. So soll es bleiben.

Ganz besonders möchte ich darauf hinweisen, daß das neue Landeshochschulgesetz den Hochschulzugang erleichtert. Für besonders befähigte Berufstätige ist die Einführung einer Zugangsprüfung vorgesehen, und für Kandidaten, die sich selbst auf eine Prüfung vorbereitet haben und eine entsprechende Berufsausbildung nachweisen können, wird eine Einstufungsprüfung eingeführt, die ihnen den Zugang zu einem Studium in einem höheren als dem ersten Semester ermöglicht. Mit der Entscheidung für die Einstufungsprüfung hat der Gesetzgeber gleichzeitig die Option auf sogenannte Externenprüfungen verbaut. Ein Kandidat, der nicht an einer unserer Hochschulen studiert hat, kann nicht die Abschlußprüfung an einer Hochschule als Externer ablegen. Die Einführung einer Einstufungsprüfung macht deutlich, daß vor der Ablegung einer Diplomprüfung an einer Hochschule immer noch mindestens ein Semester studiert werden muß. Das nähere regeln die Hochschulen durch Prüfungsordnungen in eigener Verantwortung. Diese Prüfungsordnungen sind dem Ministerium zur Genehmigung vorzulegen. Ich verweise in diesem Zusammenhang nicht nur der Vollständigkeit halber darauf, daß der Gesetzgeber der Kultusministerin die Möglichkeit an die Hand gegeben hat, durch Rechtsverordnung für einzelne Studiengänge bestimmte fachliche Anforderungen an die Schulbildung zu stellen, die über das Abitur hinausgehen. Insbesondere kann ich den Hochschulen per Rechtsverordnung gestatten, eigene Leistungserhebungen für den Zugang zum Studium einzuführen. Das ist bundesweit neu und wird meines Wissens in ähnlicher Form nur noch von Sachsen praktiziert. Auch dieses ist ein Mittel, den Wettbewerb zwischen den Hochschulen zu steigern und damit letztlich auch die Qualität des abzuliefernden Produktes.

Zum Schluß möchte ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf den Umstand lenken, daß der Gesetzgeber der wissenschaftlichen Weiterbildung einen besonders hohen Stellenwert eingeräumt hat. Er hat sie sogar neben Forschung und Lehre als Aufgabe im

Hauptamt des Professor definiert. Das wird Auswirkungen haben; nicht nur auf die Lehrverpflichtungsverordnung, dessen Entwurf, den Sie ja kennen, jetzt noch einmal überarbeitet werden muß, sondern auch auf das Nebentätigkeitsrecht des Hochschullehrers. All dieses werden wir sorgfältig mit Ihnen diskutieren. Eine weitere Besonderheit unseres Hochschulgesetzes ist die Zuweisung von Umschulungsmaßnahmen und Veranstaltungen zum Erwerb von Zusatzqualifikationen in den Hochschulbereich. Hier wird sich ein breites Betätigungsfeld auftun. In meinem Hause wird zur Zeit gerade geprüft, inwieweit die Fördermittel nach dem AFG auch von Hochschulen in Anspruch genommen werden können. Die Umschulung von arbeitslosen Maschinenbauingenieuren zu Bauingenieuren sei hier nur als eines von vielen sinnvollen Beispielen genannt.

Meine Damen und Herren, bei all dem finde ich es angebracht, auch einmal daran zu erinnern, daß Wissenschaft eine persönlichkeitsbildende Funktion hat. Je technischer wir Wissenschaft betrachten, desto weniger finden Persönlichkeiten Berücksichtigung. Ich verweigere mich deshalb jedem Ansatz, der Wissenschaft nach dem In- und Output betrachtet, so als könnten Forschungsergebnisse und Absolventen "produziert" werden. Die wichtigste "Ressource" in der Wissenschaft ist der Mensch. Wissenschaft zu fördern, muß daher in erster Linie heißen, Menschen zu fördern, damit sie zur Wissenschaft fähig werden, was auch bedeutet, über die Schule nachzudenken. Auskömmliche Ausstattungen sind notwendige, aber sie sind eben nicht hinreichende Bedingungen wissenschaftlichen Erfolgs. Wissenschaftlicher Erkenntnisfortschritt ist vielmehr gebunden an den lebendigen kommunikativen Prozeß, in dem die heutige Generation der Wissenschaftler mit der nachwachsenden Generation um die Sache ringt. Die Lebendigkeit dieses ständigen Austauschs ist nicht produzierbar. Sie setzt die innere Bereitschaft der Beteiligten voraus, ein dauerndes Engagement, einen besonderen Raum, in dem das geschehen kann, und - nicht zuletzt - Zeit. Möglichst also um Köpfe zu fördern, um Persönlichkeiten zu bilden, können unsere Hochschulen keine Anstalten der planmäßigen Produktion von Ergebnissen sein. Gerade deshalb ist der Ansatz der Hochschulstrukturreform der richtige, um dieses Ziel zu erreichen. Studierbarkeit zu erzielen, die Abbrecherquote zu senken und die Verweildauer zu verringern, betrachte ich als Mittel, das Klima an unseren Hochschulen zu verbessern und ihnen den Raum für ihre wichtigsten Aufgaben wieder zu eröffnen.

Wissenschaftspolitik muß also die Rahmenbedingungen so gestalten, daß die Universitäten wieder die Chance erhalten, ich sage es ganz bewußt, zu bilden. Freilich beinhaltet diese Forderung keinen Freifahrtschein, innerhalb der Universitäten alles beim Alten zu lassen. Wenn Deutschland heute also vor der Aufgabe steht, sich grundlegend zu reformieren, um neuen Anforderungen und Herausforderungen gerecht zu werden, so sind die Universitäten gewiß auch berufen, ihren Beitrag dazu zu leisten; Ziel unserer Hochschulreformen war und ist, den Universitäten und Fachhochschulen zu einem Profil zu verhelfen, das ihnen einen Platz in der nunmehr gesamtdeutschen und internationalen Hochschullandschaft sichert. Dahinter aber

steht unser Wunsch, den Hochschulen die Erfüllung ihres wichtigsten Auftrages, nämlich zu bilden, möglich zu machen. Ich denke, dieses ist eine gemeinsame Aufgabe, die wir über all den Mühen des Alltags nicht aus den Augen verlieren sollten. Nicht der Blick zurück allein ist gefragt, sondern der Blick nach vorn, der freilich Erfahrungen aus der Vergangenheit nicht unberücksichtigt lassen darf. In diesem Sinne wünsche ich der Veranstaltung heute Klarsicht und einen guten Verlauf.

Gunnar Berg (Halle/S.):

Grußwort des Rektors der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg anlässlich der Jahresversammlung der Hochschulrektorenkonferenz, 5. Mai 1994 in Halle/S.

Zur Jahresversammlung der Hochschulrektorenkonferenz begrüße ich Sie an der Martin-Luther-Universität in Halle. Es freut mich, daß Sie das Jubiläum des dreihundertjährigen Bestehens der Universität in dieser Stadt zum Anlaß genommen haben, sich hier festlich zu versammeln. Ist dieses Jubiläum doch für uns Anlaß, unter dem Motto "Aufklärung und Erneuerung" neue Wege für die Gestaltung unserer Universität zu suchen. Nach einem mühevollen Anfang der personellen Erneuerung und der Umstrukturierung, der in allen ostdeutschen Hochschulen stattgefunden hat, gilt es jetzt, die Chance eines Neuanfanges zu nutzen. Das heißt für uns, Strukturen zu entwickeln, die auch längerfristig die Zusammenarbeit über die Fächergrenzen hinweg zulassen, diese durch Anreize geradezu herausfordern. Und es bedeutet für uns, der alma mater halensis et vitebergensis wieder ihren Platz im Kreis der akademischen Einrichtungen Deutschlands zu sichern. Dazu gehört nicht zuletzt bekannt zu machen, daß in Halle eine Universität wieder ersteht, die diesem Anspruch gerecht wird. Ich danke Ihnen, daß Sie durch Ihre Anwesenheit dazu beitragen, den Namen Halles als Universitätsstadt in die Welt hinaus zu tragen.

Die Universität Halle kann auf eine lange, ruhmvolle Vergangenheit zurückblicken. Unser Jubiläum dient selbstverständlich auch dazu, das in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Ich könnte jetzt viele klangvolle Namen aufzählen, die Universitätsgeschichte in Deutschland geschrieben haben. Ich meine jedoch, es ist wichtiger für uns, in die Zukunft zu schauen, dieser verpflichtenden Vergangenheit jetzt und in den kommenden Jahren gerecht zu werden. Trotz materieller Einschränkungen versuchen wir, durch eine gute Berufungspolitik den Grundstein für die zukünftige Entwicklung zu legen. Wir setzen bewußt Schwerpunkte, die sowohl gute Traditionen bewahren als auch den neuen Herausforderungen gerecht werden. So haben wir Interdisziplinäre Wissenschaftliche Zentren zur Erforschung der Europäischen Aufklärung als auch zur Erforschung des Pietismus gegründet, damit zwei Marken-

zeichen der halleschen Universität pflegend. Wir haben aber auch ein Universitäres Zentrum für Umweltwissenschaften und eines für Schulforschung gegründet, damit zwei, große Teile der Universität von den Natur- bis zu den Geisteswissenschaften umfassende Bereiche untereinander vernetzend. Ziel dieser Zentren sind neue Ansätze für Forschung und Lehre, die Erprobung neuer Studienelemente und eventuell auch die Einführung neuer Studiengänge. Interdisziplinäre Wissenschaftliche Zentren im Bereich Natur- und Technikwissenschaft beziehen sich auf die auch für die Entwicklung der Region im Süden Sachsen-Anhalts wichtigen Forschungsschwerpunkte biologisch-biochemisch-biotechnologischer Untersuchungen (Biozentrum) sowie Materialwissenschaften. In der Medizin werden die Schwerpunkte Herz-Kreislauf-Forschung und Onkologie bearbeitet.

Gestatten Sie mir bitte einige Bemerkungen zum Rahmenthema dieser Jahresversammlung: Hochschulen im Wettbewerb. Ein Wettbewerb hat nur dann Sinn, wenn die Ausgangsbasis aller Beteiligten wenigstens annähernd gleich ist. Ich will hier keine Klage anstimmen, ich muß aber - auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen, die Hochschulen im Osten Deutschlands zu leiten haben-, die Gelegenheit der Anwesenheit von Rektoren, Präsidenten und Wissenschaftspolitikern nutzen - mancher wird sicher auch denken: mißbrauchen -, auf einige unbestreitbare Tatsachen hinzuweisen, da ich aus vielen Gesprächen den Eindruck habe, daß sie einfach nicht bekannt sind, vielleicht auch nur falsch bewertet werden - möglicherweise deswegen, weil sie einfach nicht vorstellbar sind. Es ist unbestritten, und gerade die HRK weist seit Jahren darauf hin, daß sich der materielle Zustand der Universitäten und Hochschulen ständig verschlechtert. Das heißt für eine westdeutsche Hochschule, daß das dringend erneuerungsbedürftige Klinikum von 1970 immer noch nicht modernisiert werden konnte oder daß der längst fällige Neubau eines naturwissenschaftlichen Institutes weiter verschoben werden muß, obwohl es längst nicht mehr dem Raumbedarf gerecht wird. Im Osten Deutschlands wurde zu DDR-Zeiten im Hochschulbereich nur minimal investiert, so daß der weitaus größte Teil der universitären Bauten seit fünfzig bis sechzig Jahren sich selbst überlassen war. Selbst dringendste Reparaturen wurden kaum oder nur unzureichend durchgeführt, von Modernisierungen ganz zu schweigen. Die Folge ist ein baulicher Zustand, der jeder Beschreibung spottet. Nach fünfzig Jahren Verfall wurde auf der exponentiellen Schädigungskurve der Bereich sehr schneller Schadenszunahme erreicht. Um das aufzuhalten, müßten jetzt sehr schnell fast gleichzeitig viele Universitätsbauten instandgesetzt werden. Stattdessen wird um Prioritäten für wenige Prozent aller vorliegenden Anträge vehement gestritten, die erdrückende Zahl wird beiseite gelegt. So finden wir allenthalben die groteske Situation vor, daß modernste Geräte, die dank der Unterstützung verschiedenster Wissenschaftsorganisationen angeschafft werden konnten, in Gebäuden stehen, die kaum den mindesten Anforderungen genügen. Es sollte doch endlich Verständnis erreicht werden, daß es im Interesse aller wäre, hier Abhilfe zu schaffen, d. h. den baulichen Zustand mit Sondermitteln zu verbessern. Denn gerade die ostdeutschen Universitäten und Fachhochschulen sind in der Lage, zum Abbau der Überfüllung westdeutscher

Hochschulen beizutragen. Hier sind die Studentenzahlen noch klein, die Betreuung intensiv, und die Regelstudienzeiten werden noch weitgehend eingehalten. Um Studierende zu einer Immatrikulation zu bewegen, müssen aber die Studienbedingungen attraktiv sein - und dazu gehört als Mindestforderung der bauliche Zustand. Wegen eines undichten Daches darf keine Lehrveranstaltung ausfallen.

Vielleicht hat diese längere Passage den Eindruck erweckt, es wäre um die ostdeutschen Hochschulen samt und sonders schlecht bestellt. Das ist keineswegs der Fall, es mußte aber die Achillesferse aufgezeigt werden, da sie langfristig zum entscheidenden Handicap werden kann. Je eher das erkannt und darauf reagiert wird, um so besser für die Entwicklung der Hochschullandschaft. Noch kann man feststellen, daß der Lehrkörper an den ostdeutschen Hochschulen sehr motiviert ist - zumindest für Halle kann ich das ohne Einschränkungen bestätigen. Professoren aus Halle und von auswärts arbeiten gut zusammen, gerade auch über Fächergrenzen hinweg. Hier entwickeln sich zur Zeit Kontakte, die mit Sicherheit die Entwicklung der Universität im eingangs erwähnten Sinn prägen werden. Der größte Teil der Studierenden ist an einem zügigen Studium interessiert, nutzt die durch die Fachbereiche angebotenen Möglichkeiten. Das erzeugt eine gute Studienatmosphäre, die auch - leider nur in wenigen Fällen - zu Vorschlägen hinsichtlich der Studienreform führt. Sicher wird der heutige Vortrag und werden die morgigen Diskussionen Anregungen für die Weiterführung dieser Reform geben. Ich wünsche der Jahresversammlung einen guten Ertrag brauchbarer und umsetzbarer Vorschläge, Ihnen aber auch einige angenehme Stunden an der Universität in Halle und in ihrer Umgebung.

Übereinkunft der Universitäten Jena, Halle und Leipzig

Die Universitäten zu Leipzig, Halle und Jena formulieren eingedenk ihrer gemeinsamen Geschichte als die drei klassischen Universitäten im Länderdreieck Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und zum Dienst an dieser Region folgende Übereinkunft:

1. Die Rektorate und Senate der Universitäten von Halle, Leipzig und Jena erklären ihren Willen, im Rahmen der für sie geltenden landesrechtlichen Pflichten und Rechte in allen Bereichen von Forschung, Lehre, überregionalen Programmen und regionalen Aufgabenstellungen in besonderer Weise zusammenzuarbeiten und damit ihre Verantwortung für die geistige Prägung der Region wahrzunehmen. Die Selbständigkeit der Universitäten, ihre gesetzlichen Grundlagen und die Zuständigkeit hochschulpolitischer Instanzen bleiben gewahrt. Die Zusammenarbeit der Universitäten mit den Hochschulen ihres jeweiligen Landes soll keine Schmälerung erfahren.

2. Formen und Inhalte der Zusammenarbeit werden kontinuierlich aus den konkreten Aufgaben und Problemlagen heraus entwickelt. Sie beziehen sich insbesondere auf

- die Verstärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit durch gemeinsame wissenschaftliche Einrichtungen, die der Forschung und der Lehre dienen,
- Vernetzung von Forschungsdatenbanken,
- interdisziplinäre Weiterbildungs- und Graduiertenförderungsprogramme,
- Abstimmung und gemeinsame Interessenvertretung in nationalen wissenschaftlichen Gremien,
- Kooperation in Regionalförderung und Regionalentwicklung auf allen Gebieten, die in den Univeritäten repräsentiert sind,
- Abstimmung von Projekten in der Regionalforschung besonders mit dem Ziel, möglichst aussagekräftige Vergleiche zuzulassen.

3. Es finden regelmäßige Treffen der drei Rektorate abwechselnd in Halle, Jena und Leipzig statt. Die Senate treffen sich einmal im Jahr. In alphabetischer Reihenfolge übernimmt jeweils eine Universität die Koordinierung für ein akademisches Jahr.

4. Konkrete Projekte der ersten Phase könnten sein:

- enge Zusammenarbeit und regelmäßiger Austausch von Daten der Koordinationsstellen für Technologietransfer,
- gemeinsame Erarbeitung wissenschaftlicher Analysen zur Saale-Elster-Flußlandschaft, deren Nutzung und Bewahrung,
- gemeinsame interdisziplinäre Bearbeitung von Fragen der Ethik in der universitären Forschung (Medizin, Naturwissenschaften, Technik, Recht, Wirtschaft, Sprache u. a. m.).

Deutscher Hochschulverband:

Altersversorgung der ostdeutschen Hochschullehrer völlig unzureichend

“Die fortschreitende Angleichung der Dienstverhältnisse in Ost- und Westdeutschland darf die Altersversorgung nicht ausnehmen. Es ist unerträglich und mit dem Geist der Wiedervereinigung unvereinbar, wenn hochreputierte und persönlich integre Wissenschaftler ebenso wie nachweislich massiv in ihrer Wissenschaft aus ideologischen Gründen behinderte Hochschullehrer weniger als ein Drittel einer Altersversorgung erhalten, die ihren Kollegen in den alten Bundesländern zusteht“, erklärte der Präsident des Deutschen Hochschulverbandes, Professor Hartmut

Schiedermaier, anlässlich der Jahresversammlung seines Verbandes am 25. März in Rostock.

Für die Professoren in den neuen Bundesländern sei derzeit eine Altersversorgung von maximal DM 2.700,00 erreichbar. Diese eklatante Ungleichbehandlung trotz vergleichbarer wissenschaftlicher Leistungen und Lebensläufe setze sich nach den Worten Schiedermaiers aufgrund der derzeitigen beamtenrechtlichen Bestimmungen noch Jahrzehnte fort. Nach einer Modellrechnung erhielten selbst die erst im Jahre 2009 in den Ruhestand tretenden ostdeutschen Hochschullehrer bestenfalls 70 Prozent der niedrigsten Altersversorgung eines westdeutschen Hochschullehrers. Diese Diskriminierung beruhe zum einen auf der im Einigungsvertrag getroffenen Systementscheidung, die Versorgung der im öffentlichen Dienst der DDR tätigen Hochschullehrer in die Sozialversicherung zu überführen. Darüber hinaus vertiefe aber der Bundesgesetzgeber auf viele Jahre hinaus durch Sonderregelungen den Abstand in den Altersbezügen zwischen west- und ostdeutschen Hochschullehrern.

“Unter den gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann es für dieses Problem kurzfristig kaum Abhilfe geben“, erklärte Schiedermaier weiter. “Außerhalb der Beschreitung des Rechtsweges, die der Deutsche Hochschulverband in allen in Betracht kommenden Fällen unterstützt, kann und muß eine politische Verbesserung in kleinen, aber stetigen Schritten erfolgen“. Dazu gehörten:

- Die Einrichtung von Rentenzusatzkassen in allen neuen Bundesländern
- Die Gleichstellung der Altersbezüge der angestellten Hochschullehrer mit denen der beamteten Kollegen in den neuen Bundesländern
- Die allmähliche Annäherung des Beamtenversorgungsrechtes an die für die westdeutschen Hochschullehrer geltenden Regelungen
- Die Einbeziehung der ostdeutschen Hochschullehrer in die Zusatzversicherung bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL)
- Die Teilhabe der Versorgungsbezüge der Ruhestandsbeamten an die strukturellen Erhöhungen der Beamtenbesoldung.
- Anerkennung der in der DDR verbrachten Dienstzeiten für das Altersruhegehalt, vorrangig für die Wiedergutmachungsfälle, aber auch für alle fachlich und persönlich positiv evaluierten Wissenschaftler.

“Der bislang in den Universitäten hervorragend und beispielhaft gelungene Prozeß der Erneuerung“, so Schiedermaier abschließend, “ist nach der geltenden Versorgungsregelung mit einer schweren Hypothek belastet. Wenn diese Hypothek nicht bald mit deutlicher Perspektive für ihre Tilgung abgetragen wird, werden Unzufriedenheit und Demotivation den hoffnungsvoll begonnenen wissenschaftlichen Aufschwung der ostdeutschen Universitäten empfindlich stören.“

(Forschung & Lehre 5/94)

Strukturempfehlungen für die Universität Erfurt

Vorsitzender des Strukturausschusses Hermann Lübke übergab
Konzept an die Landesregierung

In seiner abschließenden Sitzung am 14. Januar 1994 hat der Strukturausschuß der Gründungskommission für die Universität Erfurt einstimmig die Empfehlungen zur inhaltlichen Gestaltung der Universität verabschiedet. Die Empfehlungen, die nach ihrer Drucklegung in Kürze einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, nehmen die Vorgabe des Landeshochschulplans auf, die Universität Erfurt in ihren Anfängen auf 6.000 Studienplätze auszulegen. In dieser Phase soll es sich um eine geisteswissenschaftlich zentrierte Universität handeln. Naturwissenschaftskritische Intentionen verbinden sich damit nicht.

Die Universität soll gemäß den Empfehlungen des Strukturausschusses in Forschung und Lehre sechs Fakultäten umfassen, und zwar

- die Katholisch-Theologische Fakultät, zugleich in Übernahme und Fortentwicklung des Philosophisch-Theologischen Studiums Erfurt,
- die Juristische Fakultät,
- die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät,
- die Sprach- und Literaturwissenschaftliche Fakultät,

- die Kultur- und Sozialwissenschaftliche Fakultät mit dem Martin-Luther-Institut für Evangelische Theologie und Kulturgeschichte des Christentums in Übernahme und Fortentwicklung der ehemaligen Kirchlichen Hochschule zu Naumburg.

Die Universität Erfurt soll ihre Lehrangebote strikt leistungsorientiert anbieten. Ein optimiertes Verhältnis in der Zahl der Studierenden einerseits und der Zahl der Dozenten andererseits ist dafür die wichtigste aller Voraussetzungen.

Ein wichtiges Anliegen der Empfehlungen ist es, das Forschungspotential der Universität Erfurt durch geeignete Maßnahmen zu stärken; hierzu werden in den Empfehlungen folgende Vorschläge unterbreitet:

- Erstens ist vorgesehen in Erfurt Universitätszentren als Organisationseinheiten für Forschungsschwerpunkte zu bilden. Universitätszentren sollen eingerichtet werden für
- Humanismusforschung
 - Europäisches Verfassungsrecht, Regionalismus- und Föderalismusforschung
 - Regionalforschung Südosteuropa

- Sprachforschung und interkulturelle Kommunikation
- Politische Philosophie
- Institutionenökonomie
- Europäische Religionskulturforschung.

Die in den Universitätszentren schwerpunktmäßig geförderte Forschungsarbeit korreliert nicht mit Studienfächern, verleiht aber den akademischen Studienangeboten in Erfurt thematische Akzente und regt damit insbesondere zu Projekten im Rahmen von Graduiertenstudien an.

Zweitens ist vorgesehen an der Universität Erfurt Disziplinen auszubringen, deren universitäre Präsenz in Deutschland der Stärkung bedarf. Dies gilt insbesondere für die Bevölkerungswissenschaft, deren Probleme einen Herausforderungscharakter besitzen, die ohne die Leistungen der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung in ihren Details weder erkannt noch verstanden werden könnten.

Drittens ist die Errichtung eines Max-Weber-Kollegs für Kultur- und Sozialwissenschaftliche Studien vorgesehen. Wie das Lebenswerk keines anderen Klassikers der jüngeren deutschen Wissenschaftsgeschichte deckt das Lebenswerk Max Webers gerade den Gesamtzusammenhang der Disziplinen ab, die an der Universität Erfurt in Forschung und Lehre eingerichtet sein sollen - von der Jurisprudenz über die Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften bis hin zu den historischen Kulturwissenschaften einschließlich der Theologie und den Religionswissenschaften. Das Max-Weber-Kolleg für Kultur- und Sozialwissenschaftliche Studien eignet sich nach den Erfahrungen aus der Gründungsgeschichte anderer Universitäten dazu, als erste Einrichtung der neuen Universität, nämlich mit Teilfunktionen der Projektentwicklung und der Projektforschung, die Arbeit in Kürze aufzunehmen.

(Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst)

Klinikumsverträge unterzeichnet

Trägerwechsel des Klinikums in Erfurt zum 1. März 1994 perfekt

Der Thüringer Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Ulrich Fickel (F.D.P.), und die Klinikum Erfurt GmbH haben heute die Verträge zur Übernahme des aus der Medizinischen Hochschule Erfurt hervorgegangenen Klinikums unterzeichnet. Damit geht der Krankenhausbetrieb am 1.3.1994 auf die gemeinsam

von der Stadt Erfurt und der GFK Krankenhausmanagement GmbH Teltow gebildeten Klinikumsgesellschaft über. Minister Dr. Fickel würdigte das Ergebnis der intensiven Verhandlungen. Er sei überzeugt, daß "... das Ziel, eine optimale Krankenversorgung der Bevölkerung des Raumes Erfurt auf medizini-

schem Gebiet zu gewährleisten, vorhandenes Forschungspotential zu erhalten und die Ausbildung der immatrikulierten Studenten zu sichern, damit erreicht wird."

Mit dem Betriebsübergang werden auch alle Beschäftigten des Klinikums Erfurt, rund 2700 Personen, Mitarbeiter der Trägergesellschaft als neuen Arbeitgeber. Hierüber sind die Beschäftigten bereits informiert worden, sie haben ebenso den zwischen dem Land und dem neuen Träger beschlossenen Personalüberleitungsvertrag erhalten. In einem Übernahmehaftungsvertrag werden die finanziellen Leistungen des Landes zur Sicherung der Ausbildung der derzeit in Erfurt immatrikulierten Studenten der Medizin und der Zahnmedizin sowie zur Finanzierung der Investitionen vereinbart. In weiteren Verträgen wird die Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum für Vaskuläre Biologie und Medizin mit der Medizinischen Klinik im Klinikum Erfurt und die Weiterführung des Sozialpädiatrischen Zentrums und der Humangenetischen Beratungsstelle geregelt. Für das gemeinsame Giftinformationszentrum (GGIZ) der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, das ebenfalls in das Klinikum integriert werden soll, ist eine Vereinbarung vorbereitet.

Das Klinikum Erfurt ist das erste Krankenhaus der Bundesrepublik, das dem

Mitbestimmungsgesetz unterliegt. Dies bedeutet, daß die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat paritätisch vertreten sind. Der neue Träger ist entschlossen, den aus der Vergangenheit rührenden guten Ruf der Medizinischen Akademie zu wahren und die medizinische Leistungsfähigkeit durch gezielte investive, strukturelle und personelle Entscheidungen zu erhöhen. Hierzu zählt in erster Linie der Abschluß der Neuberufungen von qualifizierten Chefärzten. Für die Neubesetzung der 22 Chefarztpositionen wurden bereits im vergangenen Jahr bundesweite Ausschreibungen durchgeführt. 9 Stellen wurden bislang schon besetzt. Desweiteren will der Träger durch rasches Vordringen der Planungen für den Teilerstbau des Chirurgischen Zentrums mit 650 Betten die vom Land im Haushalt bereitgestellten Mittel in Höhe von 386 Mio. DM termingerecht investieren. In den vorhandenen Altbauten sollen durch Sanierungs- und Interimsmaßnahmen möglichst rasch funktionelle Schwachstellen beseitigt und verbesserte hygienische Bedingungen sowie eine angemessene Unterbringung der Patienten sichergestellt werden. Hierfür stehen dem Träger 30 Mio. DM für das laufende Jahr zur Verfügung. In den Folgejahren können mehr als 150 Mio. DM für diesen Zweck vom Land angefordert werden.

(Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst)

Mecklenburg-Vorpommern: Führung der Bezeichnung Professor, Dozent oder Hochschuldozent Antragsfrist für ehemalige Hochschullehrer

Ehemalige Hochschullehrer in Mecklenburg-Vorpommern, die nach dem 09. November 1989 aus dem Hochschuldienst ausgeschieden sind, müssen bis zum 30. Juni 1994 einen Antrag auf Genehmigung zur Führung der Bezeichnungen Professor, Dozent oder Hochschuldozent stellen.

Die Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern verwies auf die entsprechende Regelung im neuen Landeshochschulgesetz. Nach § 132 dürfen Professoren und Dozenten die Bezeichnungen Professor, Dozent oder Hochschuldozent nur führen, wenn für sie ein Ehrenverfahren durchgeführt worden ist.

Schnoor: "Relevant ist die Antragsfrist z. B. für ehemalige Hochschulprofessoren, die nun als Ärzte frei praktizieren und sich weiterhin als Professor bezeichnen möchten. Dies dürfen sie jedoch nur, wenn sie sich dem Ehrenverfahren an den Hochschulen gestellt haben und ein Votum erfolgt ist, das nicht die Entlassung zur Folge gehabt hätte."

Der Antrag auf Führung der Bezeichnung Professor, Dozent oder Hochschuldozent ist an die frühere zuständige Hochschule zu richten. Für nicht mehr existierende Hochschulen sind jetzt folgende Fachhochschulen und Universitäten zuständig:

- für die Pädagogische Hochschule Güstrow und die Hochschule für Seefahrt Warnemünde-Wustrow die Universität Rostock;
- für die Pädagogische Hochschule Neubrandenburg die Universität Greifswald und
- für die Technische Hochschule Wismar die Hochschule Wismar, Fachhochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung.

Auskünfte über das Verfahren erteilt neben der zuständigen Hochschule auch die Zentrale Personalkommission für die Hochschulen des Landes beim Kultusministerium, Werderstraße 124, 19048 Schwerin, Tel.: 0385/712514.

(Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern)

WIP-Projekt „Werner-Krauss-Edition“

Projektleiter: Dr. H.F. Müller Textbearbeitung und editorische Anmerkungen der Studienausgabe; Erarbeitung eines Brief-Dokumenten-Bandes zu Krauss; Erschließung des Werner-Krauss-Nachlasses

Der Romanist Werner Krauss (1900, Stuttgart - 1976, Berlin) gehört zu den

bedeutendsten deutschen Aufklärungsforschern und Hispanisten seiner Generation. Er war der einzige Geisteswissenschaftler, von dem in der DDR eine wissenschaftliche Werkausgabe in Angriff genommen wurde. Von den insgesamt 8 Bänden sind bisher 4 erschienen.: Bd. 1, Literaturtheorie, Philoso-

phie und Politik; Bd. 2; Cervantes und seine Zeit; Bd. 5 und 6, Französische Aufklärung. Die in Bearbeitung befindlichen Bände enthalten Arbeiten zum spanischen Goldenen Zeitalter und zur französischen Klassik (Bd. 3), zur spanischen und französischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts (Bd. 4) sowie zur Sprachwissenschaft (Bd. 8). - Unter den Arbeiten befinden sich unveröffentlichte Texte aus dem Nachlaß, überwiegend aber solche, von denen mehrere z.T. voneinander abweichende Druckfassungen vorliegen. Im editorischen Anhang werden sämtliche verglichenen Textzeugen aufgeführt und die zum Wiederabdruck gewählte Fassung nebst den erforderlichen Korrekturen ausgewiesen. Die mitunter komplizierten Entstehungsgeschichten der Texte (wie die sich über Jahrzehnte erstreckende Cervantes-Monographie oder das 1943/44 in der Haft entstandene Werk über Balthasar Gracián) werden hier dokumentiert. Neben der Wirkungsgeschichte (anhand von Rezensionen und Korrespondenzen) werden Variantenverzeichnisse und Paralipomena angeboten. Die Bände beschließt jeweils ein Namensregister. - Vorbereitet wird ein Band mit dem Ar-

beitstitel: "Der Romanist Werner Krauss - Briefe, Selbstzeugnisse, Dokumente...". Neben dem Abdruck von Korrespondenzen mit Fachgelehrten und anderen Geisteswissenschaftlern werden Korrespondenzen, Selbstzeugnisse und Dokumente aufgenommen, die sich auf den wissenschaftlichen Werdegang, die Widerstandstätigkeit im Rahmen der Schulze-Boysen-Gruppe sowie die wissenschaftlichen Konzepte von Krauss beziehen. - Arbeitsgrundlage ist vor allem der weiterhin der Berlin Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften gehörende Werner-Krauss-Nachlaß (Werkmanuskripte, Materialien, Korrespondenz von ca. 3000 Briefen) und die ca. 15 000 Einheiten umfassende Bibliothek. Mit bibliophilem Sachverstand, aber streng forschungsbezogen, hat Krauss hier vor allem Primärliteratur in Originalausgaben des französischen 17. und 18. und des spanischen 16. bis 18. Jahrhunderts zusammengetragen. Der Bestand ist alphabetisch benutzbar. - Nachlaß und Edition befinden sich vorläufig noch in Berlin, Unter den Linden 8.

(Potsdamer Universitätszeitung 7/94)

DOKUMENTATION

Jena: Von historischem Wert Die Position der Universitätsleitung zu Burschenschaften stellt der Rektor, Prof. Dr. Georg Machnik, im AMJ-Gespräch dar

Am 10. Juni eröffnet die Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller Jena die "Tanne" wieder. Warum stellt die Friedrich-Schiller-Universität für eine solche Veranstaltung die Aula zur Verfügung?

Machnik: Die Gaststätte "Die Grüne Tanne" ist ein historisch markantes Gebäude, in dem am 12. Juni 1815 die Urburschenschaft gegründet wurde. Dieses Ereignis war damals von einer besonderen Bedeutung, das weit über die Region hinaus strahlte. Insofern wird die Wiedereröffnung der "Grünen Tanne" zumindest von der Jenenser Bevölkerung mit großer Anteilnahme verfolgt. Da es dabei um Studenten, um die sogenannten Burschen oder Burschenschaften geht, ist auch die Universität in dieses Ereignis einbezogen.

Welche Position vertritt denn die Universitätsleitung ganz allgemein gegenüber den Verbindungen?

Machnik: Studentische Verbindungen, also Burschenschaften oder studentische Corps, sind aus dem Anliegen ihrer Entstehung zu verstehen und zu bewerten. Dies gilt vor allem aus dem Blickwinkel einer Zeit, in der in Deutschland Absolutismus und Kleinstaaterei herrschten. Somit ist eine studentische Bewegung, die damals ein nationales Empfinden für ein geeintes Deutschland artikuliert hat, durchaus positiv. In diesem Sinne ist eine Burschenschaft eine historisch bedeutsame Bewegung junger Menschen.

Dies sind historische Gründe und die Kleinstaaterei haben wir inzwischen auch weit hinter uns gelassen. Sind Burschenschaften damit nicht antiquiert? Außerdem stehen vor allem schlagende Verbindungen in dem Ruf, politisch extrem nach rechts zu tendieren. Wie läßt sich trotzdem eine solche Veranstaltung verantworten?

Machnik: Die Felerlichkeit gilt der Einweihung der rekonstruierten "Grünen Tanne", sie ist somit keine eigentlich politische Veranstaltung. Die Verantwortung, sich an diesem Ereignis zu beteiligen, erscheint mir aus den genannten Gründen tragbar. Beim Festakt dieser Einweihung (10. Juni 15.15 Uhr in der Aula), wird die Position der Universität dargestellt werden.

Die Bedenken einer rechtsorientierten politischen Haltung sind berechtigt, wissen wir doch, daß in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts und auch zu Zeiten des Nationalsozialismus solche Gedanken von manchen studentischen Verbindungen begrüßt worden sind. Davon distanzieren wir uns eindeutig. Dennoch verbleibt ein historischer Wert. Und so gesehen, ist auch für uns in der jetzigen Zeit das Bestreben zur Vereinigung Deutschlands, wie damals von Burschenschaften formuliert, durchaus nachvollziehbar. Insofern sind wir auch der Historie verpflichtet.

Innerhalb der Universität wird in allen Gruppen kontrovers über Burschenschaften diskutiert. Wie stehen Sie zu denen, die eine ganz andere Meinung vertreten als die Universitätsleitung?

Machnik: Zunächst einmal möchte ich bezweifeln, daß es in der Universität grundsätzliche Gegensätze gibt. Ich nehme eher an, daß eine nähere Kenntnis über die Ziele und das Handeln der Burschenschaften fehlt, um ein sachliches Urteil zu bilden. Zudem wäre bei einer kritischen Einstellung stets auch vertretbare Toleranz gegenüber anderen zu bedenken

(Es fragte Axel Burchardt)

(Alma mater jenensis 14-93/94)

Halle/S.: Universität protegiert Korporierte Seilschaft

Im sogenannten ANHALTER ZIMMER, normalerweise Tagungsraum u.a. von Personal- und StudentInnenrat, veranstaltet das Universitätsmuseum "Burse zur Tulpe" z. Z. (noch bis 29. 5.) unter dem Titel "Altmärker in Halle – 1844-1994" eine Jubiläumsausstellung anlässlich des 150. Gründungsjubiläums des CORPS PALAIOMARCHIA. Aufgrund dieser, vorher erstaunlicherweise weder im Programm der 300-Jahr-Feier noch im Raumbelungsplan angekündigt, müssen sich die planmäßigen NutzerInnen nunmehr für den Ausstellungszeitraum andere Räumlichkeiten suchen. Die Mitglieder des genannten Corps konnten sich aufgrund von Rückübertragungsansprüchen wieder in ihrem ehemaligen Domizil in der Heinrich-und-Thomas-Mann-Straße einnisten. Mit dieser Ausstellung versucht die Universität scheinbar ein weiteres Mal, studentische Verbindungen, die bisher in Halle ein Schattendasein fristeten, öffentlich aufzuwerten. Sämtliche in Halle wiedergegründete Verbindungen werden laut Plan beim Universitätsstadtfest am 2. Juli in vollem Wuchs aufmarschieren. Eine Anfrage dazu von studentischer Seite wurde im Senat vom Prorektor Hartwig aufgrund der Nebensächlichkeit des Themas abgewimmelt.

(Karzer, Hallesche StudentInnenzeitung, Mai 1994)

Dresden: Vertreter der Dresdner Korporationen vom Rektor empfangen

Am 11. April 1994 empfing der Rektor der TU Dresden, Magnifizienz Prof. Dr. Dr. Landgraf, die Vertreter der Dresdner Korporationen. Diese stellten in einem kurzen Gespräch ihre Verbindungen vor, indem sie deren Geschichte an der Alma mater dresdensis und ihre Vorhaben für das Sommersemester 1994 darlegten. Von den Dresdner Verbindungen waren anwesend: das Corps Sylvania, die Burschenschaft Cheruskia, das Corps Altsachsen, die Turnerschaft Germania, die FStK-Cimbria, die Burschenschaft Albinia und der KDStV Chursachsen.

Magnifizienz Prof. Dr. Dr. Landgraf sieht die Dresdner Korporationen in ihrer Vielfalt als einen Gewinn für alle Studierenden, nicht nur bezüglich der Tradition, sondern auch unter moralischen und ethischen Gesichtspunkten der Studentenpersönlichkeit und als Repräsentanz der Universität nach außen.

Die Anwesenden ihrerseits erklärten das Studium als vordergründig, versuchten dabei aber auch die Aspekte der Freundschaft und der Geselligkeit, für die eine Verbindung ja zeitlebens steht, nicht zu vernachlässigen. Die anwesenden Verbindungen bekannten sich ausdrücklich zu menschlichen Werten wie Offenheit und Toleranz, sowie zu Freiheit und Demokratie im Sinne des Grundgesetzes. Damit solle falschen Vorurteilen und Unkenntnis, wie sie häufig noch unter den Studenten auftreten, begegnet werden.

Für das Wintersemester soll der Antrittsbesuch der Dresdner Verbindungen beim Rektor wiederholt werden und so mit eine Grundlage für eine gute Zusammenarbeit gelegt werden. Vielleicht kommen dann alle farbentragenden und nichtfarbentragenden Verbindungen der TU Dresden zusammen. Ein erster Schritt wurde getan.

Olaf Zernick, FStK Cimbria Dresdensis

(Dresdner Universitätsjournal 8/94)

Corpsstudent –
mit Freunden
studieren.

In der ältesten
Leipziger
Studentenverbindung
aktiv sein.

Ständiger Treff
zum Kennenlernen:
an jedem Mittwoch
ab 20 Uhr

Studentenwohnheim
des Corps Lusatia
August-Bebel-Str. 24
04275 Leipzig
Tel. 03 41/31 53 87



*(Anzeige aus: Vorlesungsverzeichnis der Universität Leipzig,
Sommersemester 1994)*

PROJEKTE

Walter Doberenz (Mittweida):

AWI-Box: Mailbox für arbeitssuchende Wissenschaftler Ein Diskussionsbeitrag

Werte Kollegin, werter Kollege, ich möchte einen Vorschlag unterbreiten, der einiges zur Besserung der zwar mißlichen aber dennoch nicht hoffnungslosen Situation arbeitsloser Wissenschaftler und zur Reaktivierung des ostdeutschen Forschungspotentials beitragen könnte. Mein Vorschlag zielt auf die deutliche Verbesserung der Kommunikation zwischen den arbeitslosen Wissenschaftlern, Fördergesellschaften, Unternehmen, Politikern...

Ein direkter, verzögerungsfreier und effektiver Nachrichtenaustausch ist besonders in der aktuellen Situation wichtig, wo Ausschreibungen schnell publik gemacht werden müssen, wo es zum großen Teil nur um sporadische Aufträge für begrenzte Zeitspannen geht, wo schnell geeignete Partner zu finden sind, wo nach einem Tag schon alles zu spät sein kann. Die Antwort ist eine mit geringen Kosten und sofort zu realisierende kontinuierliche Informationsbörse hoher Effektivität => eine Telefon-Mailbox!

Sie kann als sehr leistungsfähiges Werkzeug zur konkreten Umsetzung vieler Ideen beitragen. Sie suchen ein Unternehmen, das Ihr Produkt realisieren könnte? Ein Unternehmen sucht Wissenschaftler für bestimmte Problemlösungen? Mit welcher Hochschule könnte man kooperieren? Welche neuen Förderprogramme gibt es?? Probleme mit dem Arbeitsamt?

Eine Telefon-Mailbox eignet sich auch für den direkten Austausch von Dokumenten oder auch als Verbindungsknoten zu überregionalen Netzen. AWI-Box könnte seine Daseinsberechtigung auf vielfältige Art nachweisen. Und sei es nur der Zweck, Kollegen aus dem Dilemma der Isolation herauszuholen oder ein Ablaßventil für die eigenen Sorgen und Nöte zu schaffen.

Was ist eine Telefon-Mailbox? (Die vielen mit dem PC und der Datenfernübertragung bereits vertrauten Kollegen mögen mir nachsehen, wenn ich hier und im folgenden Eulen nach Athen tragen sollte.)

Es handelt sich um einen Informationsspeicher in Form eines Computers, der mit dem weltweit größten Informationsnetz, dem Telefonnetz verbunden ist. Eine Mailbox läßt sich grob in drei Hauptbereiche unterteilen:

- Briefkasten

Jedes eingetragene Mitglied der Mailbox hat hier sein „elektronisches“ Postfach, welchem er persönlichen Nachrichten entnehmen kann, die andere Mitglieder gezielt oder per „Rundschreiben“ an ihn geschickt haben.

- Klemmbrett

Stellen sie sich das als großes „schwarzes“ Brett vor, wo unter den unterschiedlichsten Rubriken „Ideenbörse“, „Suche Mitarbeit an Projekt über...“, „Liste von Projekten“, „Liste von Wissenschaftlern“, „Stellenausschreibungen“, „Veranstaltungen und Kongresse“, „Literatur“, „Arbeitsamt“, „Parteien und Organisationen“, „Sonstiges“.

- Menü

Nachdem Sie sich mit Ihrem Computer in die Mailbox „eingeloggt“ haben, erfolgt eine Bedienungsführung mit eindeutigen Hilfestellungen. Fremdnutzer werden automatisch von eingetragenen Nutzern unterschieden, es existieren sogenannte „private“ und „öffentliche“ Bereiche. Sie können sich z.B. über die aktuellen Neuigkeiten informieren, ihre Post lesen, Briefe verschicken, Nachrichten an ein bestimmtes Klemmbrett heften, Stichwortsuche u. Recherchen (wie in Datenbanken üblich) anstellen (siehe Bibliotheksverwaltungen, Thesaurus,...).

Was brauchen Sie und was kostet die Ausrüstung?

Sie benötigen drei Dinge:

- einen Telefonanschluß

Dieser sollte über eine TAE-NFN-Dose erfolgen. Außer dem Telefon können hier auch zwei Endgeräte (Modem und z.B. Anrufbeantworter) angeschlossen werden. Falls Sie noch über eine Anschlußdose älterer Bauart verfügen, müssen Sie sich an die Telekom wenden und für die Umrüstung 65 Mark bezahlen. Eventuell brauchen Sie noch ein handelsübliches Telefon-Verlängerungskabel vom Typ N, falls sich Ihr Computer weiter als 2 m von der Telefondose entfernt befinden sollte.

- einen Personal Computer

Jeder Wissenschaftler, egal welcher Branche, sollte heute dieses Werkzeug besitzen. Auch für ältere und „computergehemmte“ Kollegen ist der Umgang erlernbar. Für den Zugang zur AWI-Box genügt bereits ein PC der früheren Generationen (XT oder 286er AT), wie er z.B. heute schon von Unternehmen und Schulungszentren in größeren Stückzahlen ausgesondert wird und teilweise kostenlos oder für 100,- bis 200,- DM zu haben ist. Wer es sich leisten kann, sollte jedoch einen WINDOWS-fähigen 386er oder 486er PC mit mindestens 4MB RAM und wenigstens 130 MB Festplattenkapazität in Erwägung ziehen. Die Neuanschaffung einer zukunftssicheren PC-Ausrüstung kostet Sie etwa 1000,- DM (gebrauchter 386er) bis ca. 3000,- DM (neuer 486er).

- ein Telefonmodem

Hier hält der Fachhandel ein breites Sortiment bereit, wobei Billigangebote bereits unter 100,-DM zu bekommen sind. Beim Neukauf sollten Sie aber auf die BZT-

Zulassung achten und auf eine maximale Übertragungsgeschwindigkeit von 14400 Bit pro Sekunde. Ein solches „zukunftssicheres“ Modem, welches Sie einfach zwischen Telefondose und Computer schalten, erhalten Sie heute bereits für weniger als 300,- DM.

Was könnten Sie sonst noch alles damit anstellen?

Für den absoluten Neueinsteiger ist immerhin eine beachtliche Investition zwischen ca. 800,- und 3500,- DM fällig, das aber ist kein Risikokapital! Sollte die AWI-Box floppen (was ich nicht glauben kann und was ja letztlich auch von Ihrem Engagement mit abhängt), hätten Sie das Geld trotzdem nicht in den Sand gesetzt.

Abgesehen davon, daß Ihnen außerhalb der AWI-Box-Applikation Ihr Computer natürlich auch für alle anderen PC-Standardanwendungen zur Verfügung steht, erschließt Ihnen das Telefonmodem eine ungeheure Vielfalt von zusätzlichen Kommunikationsmöglichkeiten, auf die Sie als Wissenschaftler bald nicht mehr verzichten werden wollen: Faxe versenden und empfangen, Mailboxen connecten (begeben Sie sich auf Datenreise, recherchieren Sie in den zahlreichen Mailboxen aller möglichen Anbieter, Sie können auch auf direktem Weg Dokumente mit Ihrem Kollegen austauschen, wenn dieser ebenfalls über eine Modem-Ausrüstung verfügt, besorgen Sie sich Ihre eigene E-Mail-Adresse, und Sie sind weltweit erreichbar), Datex-J-Zugang (ehemals BTX, für diesen Einstieg brauchen Sie allerdings eine Datex-J-Zugangsberechtigung, die Sie bei der Telekom beantragen müssen, neben der einmaligen Gebühr von 50,- DM sind, zusätzlich zur Telefonrechnung, monatliche Grundgebühren in Höhe von 8,- DM und eine durchaus moderate Zeittaktgebühr von 2 Pfg. pro Minute - Billigtarif, sonst 6 Pfg - fällig, Bestellungen von Büchern, Fahrplanauskünfte, Gebrauchtwagen- und Heiratsmarkt sind nur einige Anwendungsbeispiele, auch können Sie sämtlichen Geldverkehr bequem von zu Hause aus erledigen - Homebanking -, übrigens gibt es auch eine Rubrik mit Stellenangeboten für den Arbeitsmarkt).

Was kostet mich der AWI-Zentralrechner?

Ich bin bereit, wenigstens in der Anfangsphase des Projekts, die Mailbox bei mir zu Hause zu installieren. Um eine hohe Speicherkapazität und einen flüssigen Datendurchsatz zu ermöglichen, sollte der Mailbox-Zentralrechner mindestens ein 486/66 PC mit 16 MB-RAM und einer 540MB-Festplatte sein. Inclusive Software, Modem, Streamer und Netzkarte sowie der Installation eines Telefon-Doppelan schlusses ergeben sich für mich einmalige Anschaffungskosten von ca. 5000,- DM. Unterhaltskosten ergäben sich ca. 30,- DM pro Monat.

Ich halte es für möglich, daß sowohl für die Anschaffungs- als auch für die Unterhaltskosten Fördermittel in Anspruch genommen werden könnten und werde entsprechende Erkundigungen einziehen bzw. Anträge vorbereiten.

Wie soll die Mailbox unterhalten werden?

Eine Mailbox arbeitet vom Prinzip her weitestgehend autonom, d.h. jeder eingetra-

gene Nutzer kann eigenverantwortlich Nachrichten versenden und Mitteilungen ans „Klembrett“ heften. Für den aktuellen Inhalt bin also nicht ich, sondern sind alle Beteiligten gemeinsam verantwortlich. Eine gute Mailbox - und das soll AWI-Box ja werden - verlangt aber trotzdem nach ständiger Pflege und Betreuung. So müssen z.B. Mailbox-Software installiert und angepaßt, neue Nutzer und Verzeichnisse eingerichtet, unerwünschte Eindringlinge und Computerviren ferngehalten, Statistiken geführt, veraltete Nachrichten gelöscht und Datenmüll entfernt werden. Diese Funktion eines sogenannten Sysop würde ich zunächst selbst und auf freiwilliger Basis übernehmen, so daß damit keine zusätzlichen Kosten verbunden wären. Es ist überhaupt kein Problem, die Mailbox später zu einem anderen Sysop umzusetzen. Dadurch ändert sich lediglich die Einwahlnummer.

Wie weiter mit AWI-Box?

Werte Kollegin, werter Kollege, es wäre nett, würden Sie mir Ihr persönliches Interesse an der AWI-Box signalisieren oder mir Ihre kritische Meinung und Ihre Vorschläge zu diesem Projekt mitteilen. Das Ergebnis der Rückmeldungen wird über die Realisierungsdetails entscheiden. Damit AWI-Box nicht als euphorisch überdimensionierte Seifenblase endet, werde ich die Box schrittweise ausbauen, beginnend mit einer einfachen Menü- und Verzeichnisstruktur und einer maximalen Teilnehmerzahl von etwa hundert. Bei der Beurteilung meines Vorhabens vergessen Sie bitte eines nicht: Es ist eine Chance, bei der für den einzelnen wenig zu verlieren aber einiges zu gewinnen ist. Sie sind meine Lobby, gemeinsam können wir AWI-Box realisieren!

*Prof. Dr.-Ing. habil. Walter Doberenz, Körnerstr.1, 09648 Mittweida/Sa.,
Tel. 03727 90580*

Die Umsetzung eines ungewöhnlichen Kooperationsprojektes - Interuniversitäre Weiterbildung „Umweltwissenschaften - Umweltschutz“

Die Komplexität und Globalität von Umweltproblemen erfordert auch ein komplexes und globales Herangehen an deren Lösung. Damit steht auch die Umweltbildung vor der Herausforderung, dem immer spürbarer werdenden Querschnittscharakter von Umweltfragen zu den Gegenständen und Methoden der einzelnen Fachdisziplinen besser als in der Vergangenheit gerecht zu werden.

Zunehmend komplexe Problemstellungen im Umweltbereich stehen z. T. in krassem Widerspruch zu den durch Spezialisten erarbeiteten Detaillösungen. Ohne auf

Experten in einzelnen Disziplinen oder Teilbereichen des Umweltschutzes verzichten zu können, wächst daher gegenwärtig die Notwendigkeit, Umweltsachleute auszubilden, die in der Lage sind, Zusammenhänge zu erkennen bzw. in solchen zu denken, Detaillösungen einzelner Disziplinen miteinander zu vernetzen, Kommunikation und Kooperation zwischen Experten verschiedener Richtungen zu befördern und somit letztlich dazu beizutragen, eine Strategie des vorsorgenden Umweltschutzes Realität werden zu lassen.

Diesem Anspruch hatten sich Wissenschaftler der drei Berliner Universitäten verschrieben, als sie im Frühjahr 1990 zusammenkamen, um gemeinsam einen berufsbegleitenden, interdisziplinär ausgerichteten Weiterbildungsstudiengang zu konzipieren. Seit Herbst 1990 wird die daraus hervorgegangene „Weiterbildung Umweltwissenschaften - Umweltschutz“ an der Humboldt-Universität zu Berlin erfolgreich durchgeführt. Sie wird durch die Projektgruppe Weiterbildung Umweltschutz (HUB) getragen und inhaltlich durch die Forschungsstelle für Umweltpolitik (FUB) sowie das Institut für Landschaftsökonomie (TUB) unterstützt.

Den universitären Charakter der Weiterbildung - im Sinne einer breiten, wissenschaftlich fundierten, Theorie und Praxis verbindenden Vermittlung von Wissen - widerspiegelt darüber hinaus auch die Zusammensetzung des „Trägerkreises“, in dem Vertreter der Universitäten aus Berlin-Brandenburg, außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, wie z. B. dem Wissenschaftszentrum Berlin, dem Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, und nicht zuletzt auch aus verschiedensten Bereichen des praktischen Umweltschutzes von der Politik bis zu speziellen Umweltprojekten mitarbeiten.

Im Rahmen der Weiterbildung wird Grundlagen- und Orientierungswissen aus verschiedensten Gebieten der Umweltwissenschaften sowie des praktischen Umweltschutzes vermittelt. Dabei geht es nicht um eine additive Aneinanderreihung disziplinärer bzw. mediärer Ansätze, sondern vielmehr darum, bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Verständnis für die Denk- und Handlungsweisen der jeweiligen Disziplinen sowie für die Handlungsspielräume und Interessenstrukturen der jeweiligen Akteure im Umweltbereich zu entwickeln und sie in die Lage zu versetzen, dieses Wissen in ihrem eigenen beruflichen Umfeld umsetzen zu können.

Das Ausbildungskonzept umfaßt drei Säulen. Erstere beinhaltet die Vermittlung grundlegender Kenntnisse verschiedener umweltrelevanter Wissenschaftsdisziplinen - von der Ökosystemtheorie, über Umweltökonomie, -politik und -recht bis hin zur Umwelttechnik. Daran anschließend werden Umweltprobleme aus dem Blickwinkel ausgewählter Verursacherbereiche wie z. B. der Energie- und der Landwirtschaft exemplarisch diskutiert und damit bereits angesprochene Fragen präventiver Strategien in der Umweltpolitik vertieft. Im dritten Ausbildungskomplex werden die zuvor erworbenen Kenntnisse durch die Beschäftigung mit medienbezogenen Teilgebieten der umweltpolitischen Praxis zusammengeführt und durch spezielle Fachkenntnisse erweitert.

Das didaktische Konzept der zweijährigen Weiterbildung basiert im wesentlichen auf den folgenden Elementen:

- dem *Selbststudium* auf der Grundlage vorhandener Skripte zu den Lehrkomplexen sowie durch die eigenständige Bearbeitung von Studienaufgaben;
- dem *Präsenzstudienbetrieb* mit Vorlesungen, Seminaren, Exkursionen und anderen Ausbildungsformen wie z. B. „Zukunftswerkstatt“ und Planspiel (monatlich ca. 20 Stunden von Freitagnachmittag bis Sonntagnachmittag) sowie
- der abschließenden *Bearbeitung und mündlichen Verteidigung eines selbstgewählten, möglichst breit ausgerichteten Projektes* durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer (vergleichbar mit einer „kleinen Diplomarbeit“).

Inzwischen haben über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre viersemestrige Zusatzausbildung mit Universitätszeugnis und Zertifikat erfolgreich abgeschlossen. Der nunmehr 5. Durchgang der Weiterbildung „Umweltwissenschaften - Umweltschutz“ wird am 7. Oktober diesen Jahres beginnen. Eine Evaluierung der beendeten Kurse ergab, daß die Absolventen neben der Breite der Ausbildung vor allem auch die heterogene Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer als positiv empfanden. Sie kamen und kommen u. a. aus kommunalen Umweltverwaltungen, aus der Umweltpolitik, aus Wirtschaftsunternehmen sowie aus Wissenschaft und Bildung. Auf diese Weise wurden über die interdisziplinäre Anlage von Vorlesungen und Seminaren hinaus, auch durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer selbst unterschiedliche Sicht- und Denkweisen in die Diskussion eingebracht.

Aufbauend auf den in den vergangenen vier Jahren gewonnenen Erfahrungen wird gegenwärtig die Konzeption für einen Fernstudiengang entwickelt. Außerdem plant die Projektgruppe Weiterbildung Umweltschutz (HUB) Aktivitäten, die über die berufsbegleitende Weiterbildung hinausgehen. Erste Vorhaben sind in Vorbereitung, so ein Seminar zum Thema „EU-Strukturfonds - Möglichkeiten und Grenzen für Umwelt- und Umweltbildungsprojekte“ (September 1994) sowie ein Kurzseminar zur Abwasserproblematik (November/Dezember 1994).

Mit der beschriebenen Weiterbildung Umweltschutz ist es zumindest für dieses interdisziplinäre Projekt gelungen, das vorhandene umweltwissenschaftliche Potential der Berliner Universitäten zu vereinen. Doch damit will man sich noch nicht zufrieden geben. Diese Zusammenarbeit kann und sollte den Anstoß für eine weitergehende Kooperation in der Umweltforschung geben. Auch nach Meinung des Wissenschaftsrates, der im letzten Jahr die gesamtdeutsche Umweltforschung evaluierte, existiert gerade in Berlin-Brandenburg ein hervorragendes umweltwissenschaftliches Potential. „Die Region könnte sich zu einem der bedeutsamsten Standorte für die Umweltforschung in Europa entwickeln. Voraussetzung dafür ist die enge institutionenübergreifende Vernetzung der Aktivitäten in den Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten, die bislang auf vielen Gebieten der Umweltforschung kaum zusammenarbeiten und damit die möglichen Synergieeffekte von Kooperationen und gemeinsamen Projekten nur unzureichend nutzen.“¹ Daher wird gegenwärtig über die Gründung eines „Berliner Instituts für Umweltwissen-

schaften“ nachgedacht, das zur Koordinierung der verschiedenen Aktivitäten beitragen soll.

Kontaktadresse: Projektgruppe Weiterbildung Umweltschutz, Prenzlauer Promenade 149-152, 13189 Berlin (Tel.: 030/ 47 97 109; Fax: 030/ 47 97 106)

Nico Andritschke / Marion Höppner (Berlin)

Anmerkung:

¹ Entwurf zur Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Umweltforschung in Deutschland. Drs. 1466/94.- Köln, 17.3.94.

DIWAN

Beiträge zu Kultur und Sozialarbeit in Ostdeutschland

Einladung zur Mitarbeit

Die Umbrüche in Ostdeutschland verlangen nach einem erneuten und erneuertem Nachdenken über die Aufgaben, Möglichkeiten und Grenzen sozialer Arbeit und Erziehung. Dabei zeigt sich, daß von den sozialen und politischen Veränderungen nicht nur der Osten betroffen ist, sondern zunehmend auch die Routinen westdeutscher Praxis in Frage gestellt werden. Was zunächst als Angebot gedacht war, aus der langjährigen Erfahrung der Sozialarbeit im bundesrepublikanischen Kapitalismus zu schöpfen - und unter der Hand oftmals in Kolonisation umschlug -, provoziert mittlerweile Rückfragen, ob denn die im Westen Deutschlands entwickelten Konzepte und Handlungsformen überhaupt trag- und zukunftsfähig sind. Die ostdeutschen Probleme sind nicht nur zu großen Teilen anders als die westdeutschen, schärfer und in mancher Hinsicht größer, sie sind vor allem auch Probleme gesellschaftlicher Entwicklungen, die zwar im Osten vorzeitig erkennbar sind, sich aber keineswegs auf diesen geographischen Ort begrenzen lassen. Als Beispiel mag allein schon der Hinweis auf die De-Industrialisierung ganzer Landstriche genügen, - Prozesse, die auch auf westdeutsche Regionen zukommen wenn die Revolutionierung der elektronisch-automatisierten Produktionsweise fortschreitet. Sozialabbau und Verarmung sind die Kehrseite einer Politik, die „Standortsicherung“ im Interesse des Kapitals und nicht der Menschen bundesweit betreibt.

Daher will DIWAN versuchen, von Ostdeutschland her, aus der Wahrnehmung sozialarbeiterischer Probleme in Theorie und Praxis der neuen Bundesländer, Initiativen zu entwickeln, die zu der gesamtdeutschen Entwicklung einer kritischen Theorie und Praxis sozialer Arbeit und Erziehung beitragen sollen. Als mögliche Themen kommen u.a. in Betracht:

- + Berichte und Analysen der Lebenswelten in der DDR
- + Geschichte sozialer Arbeit und Erziehung in den Widersprüchen der DDR
- + Erfahrungen und Reflexion von "Wende" und Beitritt
- + sozialpolitische Ideen und Ansätze aus der "Wendezeit"
- + Umbrüche sozialer Praxen nach Währungsunion und Beitritt zur Bundesrepublik
- + Konzepte und Probleme des Aufbaus neuer sozialer Dienste
- + Erfahrungen in neuen Praxisfeldern
- + Probleme von Ausbildung, Studium und Weiterbildung
- + sozial-kulturelle Verarbeitung historischer Erfahrungen
- + Fragen der Entwicklung von Theorien sozialer Arbeit und Erziehung
- + Perspektiven des Sozialstaats

DIWAN ist offen für die unterschiedlichsten Formen der Darstellung und Vermittlung: neben wissenschaftlich verfaßten Texten sollen persönliche Erfahrungsberichte und Diskussionsbeiträge stehen. Wichtig scheint es uns, den Entstehungsbedingungen von theoretischen Ansätzen größere Aufmerksamkeit als andernorts üblich zu widmen. Das heißt auch, daß wir einer subjektiven Darstellung weiten Raum bieten wollen. Die Ideen für konzeptionelle Entwicklungen mögen sich auch in Gedichten niederschlagen und die Lektüre fiktionaler Texte vermag manchen theoretischen Gedanken anzuregen. Wir möchten den zukünftigen AutorInnen ausdrücklich Mut machen, sich auch mit "literarischen" Beiträgen an der Zeitschrift zu beteiligen. Der Name DIWAN steht nicht nur für einen hoffentlich spannenden und kritischen west-östlichen Dialog, sondern verweist auch auf eine Form der entspannten Lektüre.

Die Zeitschrift wird gemeinsam von Dr. Harald Wagner und Dr. Uwe Hirschfeld herausgegeben, beide sind Professoren an der Ev. Fachhochschule für Sozialarbeit in Dresden, und zunächst in zwei bis drei Ausgaben jährlich erscheinen. Die Hälfte eines Heftes soll sich jeweils mit einem Schwerpunktthema beschäftigen. Das erste Heft mit dem Titel "Ungehorsam und Widerstand" wird voraussichtlich im September 1994 erhältlich sein. Um Mitarbeit wird hiermit gebeten: Nachfragen, Ideen, Anregungen und Beiträge an

Harald Wagner / Uwe Hirschfeld
c/o Ev. FH für Sozialarbeit Dresden, Wiener Str. 58, 01219 Dresden,
Telefon 0351/477940

PUBLIKATIONEN

KRAUSE, CHRISTIANE: **Studenten im Aufbruch. Ein Beitrag nicht nur zur Rostocker Universitätsgeschichte.** Norddeutscher Hochschulschriften Verlag, Rostock 1994. 181 S. DM 34,-. Über den Buchhandel.

Die Autorin hatte 30 ehemalige Rostocker Studenten, die nach ihrer Studienzeit in den Jahren 1945 bis 1949 in beide deutsche Staaten verstreut worden waren, nach dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit befragt. Es handelte sich meist um politisch aktive Studierende. In der vorliegenden verdichteten Darstellung reflektieren sie über den studentischen Alltag jener Jahre und ihre seinerzeitigen politischen Aktivitäten. Den narrativen Darstellungen werden zeitgeschichtliche Quellen gegenüber gestellt.

HELFRITSCH, WOLFGANG/ BECKER, ULRICH: **Dokumentationsstudie Pädagogische KJS-Forschung** (Berichte und Materialien des Bundesinstituts für Sportwissenschaft Bd. 3/93). Verlag Sport und Buch Strauß. Köln 1993. 188 S. DM 19,-.

Die Kinder- und Jugendsportschulen KJS waren in der DDR vorrangiges Rekrutierungsreservoir des Spitzensports. Die Studie dokumentiert die zur Optimierung dieser Erziehungsanstalten durchgeführten, sportbezogenen pädagogischen Forschungen.

INFORMATIONSZENTRUM SOZIALWISSENSCHAFTEN, ABT. BERLIN IN DER AUß ENSTELLE DER GESELLSCHAFT SOZIALWISSENSCHAFTLICHER INFRASTRUKTUREINRICHTUNGEN E. V. GESIS(Hrsg.): **Sozialforschung in der DDR. Dokumentation unveröffentlichter Forschungsarbeiten.** Bd. 5. Bearb. von Ute Koch. Berlin 1993. DM 20,-. Bezug bei: InformationsZentrum Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, 53113 Bonn. Annotierte Bibliographie mit Standortnachweisen.

SCHWEITZER, CARL-CHRISTOPH/ HAAK, DIETER/ KRÄTSCHELL, ANNEGRET/ RICHTER, JOHANNES (Hrsg.): **Lebensläufe - hüben und drüben.** Gemeinschaftsverlag Leske + Budrich/ Evangelische Verlagsanstalt, Opladen/Leipzig 1993. 395 S. Über den Buchhandel. Der Band versammelt Selbstporträts von 38 West- und Ostdeutschen. Unter anderem vom dem Leipziger Medizinprofessor Michael Geyer, dem ehemaligen Dozenten am Leipziger Literaturinstitut Günter Gießler, dem Hallenser Psychotherapeuten Hans-Joachim Maaz, dem Leipziger Pädagogikprofessor Hans-Georg Mehlhorn und dem Rektor der Leipziger Universität Cornelius Weiss.

JARAUSCH, KONRAD H./ MIDDILL, MATTHIAS (Hrsg.): **Nach dem Erdbeben. (Re-)Konstruktion ostdeutscher Geschichte und Geschichtswissenschaft** (Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung Bd. 5). Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 1994. 357 S. DM 58,-. Über den Buchhandel.

Die Beiträge des Bandes sind aus einer Tagung hervorgegangen, die im Mai 1992 in Leipzig amerikanische und ostdeutsche Historiker zusammenführte. Auf dieser Tagung wurde sowohl der Versuch unternommen, eine abgeschlossene Etappe der Historiographie zu bilanzieren, wie auch der Versuch, zugleich die verschiedenen Wege in ein neues Gelände zu diskutieren, die Historiker inzwischen erproben. U.a. Beiträge zu "Folgen der Vereinigung für die Geschichtswissenschaft" (K. H. Jarausch), "Überlegungen zu einer Geschichte der DDR-Geschichtswissenschaft" (Gerald Diesener), "Zur Trennung von deutscher und allgemeiner Geschichte in der Geschichtswissen-

schaft und Geschichtskultur der DDR" (M. Middell), "Was bleibt von der marxistischen Geschichtswissenschaft. Ein ost-westlicher Vergleich" (Georg G. Iggers), "Gedanken zur Situation der Zeitgeschichtsschreibung im neuen Deutschland und zur Problematik der deutschen Frage als ihrem Forschungsgegenstand" (Michael Lemke), "Alltag in der DDR als Gegenstand der zeithistorischen Forschung" (Peter Hübner), "Geheimdienst und Hochschulen in der DDR" (Rainer Eckert).

KOCKA, JÜRGEN (Hrsg.): **Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien** (Zeithistorische Studien, hrsg. vom Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien Potsdam, Bd. 1). Akademie Verlag, Berlin 1993. DM 68,-. Über den Buchhandel.

Der 1993 ins Kreuzfeuer publizistischer Auseinandersetzung geratene Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien in Potsdam legt mit diesem Band eine erste Bilanz seiner wissenschaftlichen Arbeit in den letzten drei Jahren vor. Eingangs eine ausführliche Einleitung von Jürgen Kocka zu "Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem".

KOWALCZUK, ILKO-SASCHA (Hrsg.): **Paradigmen deutscher Geschichtswissenschaft. Ringvorlesung an der Humboldt-Universität zu Berlin**. Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH GSFP, Berlin 1994. 270 S. Über den Buchhandel.

1991/92 hatte eine Gruppe von GeschichtsstudentInnen der Humboldt-Universität eine Ringvorlesung organisiert, die Einblick in die Diskussions- und Problemfelder der deutschen Geschichtswissenschaft vermitteln, das Bemühen der Studierenden, Wissenschaft und Lehre am HUB-Institut für Geschichte zu ihrer notwendigen Pluralität zu verhelfen, dokumentieren und im Rahmen einer abschließenden Podiumsdiskussion einen Beitrag zur Debatte um die DDR-Geschichtswissenschaft und die Geschichtsforschung im vergesamtstaatlichen Deutschland leisten sollte. Der Band dokumentiert die im Rahmen dieser Ringvorlesung gehaltenen Beiträge (u.a. von J. Kocka, H. Zwahr, H. Mommsen, H. Weber, L. Niethammer, W. Küttler, B. Florath, H.U. Wehler) einschließlich der Podiumsdiskussion.

DEUTSCHER BUNDESTAG, ENQUÊTE-KOMMISSION "AUFARBEITUNG VON GESCHICHTE UND FOLGEN DER SED-DIKTATUR IN DEUTSCHLAND" (Hrsg.): **Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte. Ergebnisse einer Umfrage des Arbeitsbereiches DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim**. Bearb. v. Thomas Heimann unter Mitarb. von Ralf Eicher und Stefan Wortmann. o.O. (Bonn) 1994. 259 S.

Mit Stand vom Dezember 1993 werden laufende Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte vorgestellt. U.a. ja ein Kapitel zu Forschungen zu "Hochschulen/Wissenschaftliche Einrichtungen" sowie zu "Bildungs- und Erziehungswesen". Mit Sach-, Personen- und Institutionenregister.

KONFERENZ DER STUDENTINNENSCHAFTEN KdS (Hrsg.): **Der ultimativ letzte Reader**. Berlin 1994. 66 S. Bezug bei: Konferenz der StudentInnenschaften, Koordinierungsrat, Humboldt-Universität, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Nachdem die letzte Mitgliederversammlung der KdS im November 1992 die Selbstauflösung des Dachverbandes der ostdeutschen StudentInnenräte beschlossen und auch die Option der Gründung eines Informationsnetzwerkes der StuRä auf einem Semestertreffen der StudentInnenräte im Juni 1993 verworfen worden war, legt nunmehr der als Liquidationsausschuß fungierende letzte KdS-Koordinierungsrat eine bilanzierende Textsammlung vor. Neben den Protokollen der genannten Veranstaltungen enthält der Reader zahlreiche Zeitdokumente, die die Geschichte ostdeutschen studentischen Bewegenseins von 1989 bis 1992 veranschaulichen.

BUND FREIHEIT DER WISSENSCHAFT (Hrsg.): **Die Hochschulen in den neuen Ländern. Bilanz der Erneuerung nach drei Jahren. 19. Bildungspolitisches Forum 23**.

April 1993 in Berlin. o.O. (Bonn) o.J. (1993). 91 S. Bezug bei: BFW, PF 200211, 53132 Bonn.

Dokumentation der während der im Titel genannten Veranstaltung gehaltenen Beiträge und Pressespiegel.

HOCHSCHULINITIATIVE DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS (Hrsg.): **Ostdeutsche Wissenschaft** (H. 1/94 der Zs. *perspektiven ds*). Schüren Presseverlag, Marburg 1994. DM 8,-. Bezug bei: Schüren Presseverlag, Deutschhausstr. 31, 35037 Marburg.

Das Heft der sozialdemokratischen Zeitschrift enthält in seinem Schwerpunktthema Beiträge zu "Kolonialismus oder Reform? Eine Zwischenbilanz zum Aufbau der Politikwissenschaft in den neuen Ländern" (Reimund Seidelmann), "Aufbau statt Abbau - Wieviel von der Wirtschaftsforschung in den neuen Ländern läßt sich noch retten?" (Edelbert Richter) und "Aufgaben der Forschungs- und Technologiepolitik im vereinten Deutschland" (Wolf-Michael Catenhusen).

Abbrüche und Neuanfänge. Vertane Chancen für die Wissenschaft bei der deutschen Einigung? (H. 2 + 3/94 der Zs. *Das Hochschulwesen*). Luchterhand Verlag, Neuwied 1994. DM 2 x 23,-. Bezug über: Luchterhand Verlag, PF 2352, 56513 Neuwied.

Das Hochschulwesen dokumentiert in jeweils einer Hälfte seiner beiden neuesten Hefte die Beiträge der Jahrestagung der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler VDW, die unter dem im Titel genannten Thema im Oktober 1993 in Frankfurt/Oder stattgefunden hatte: in H. 2/94 "Abbrüche" und in H. 3/94 "Neuanfänge". Beiträge von Hans-Joachim Bieber (zu den Wissenschaftsratsempfehlungen für die ostdeutschen Hochschulen), Hansgünter Meyer, Erhard Geissler (zur Situation in der Molekularbiologie in Berlin-Buch vor und nach 1989), Helga Schultz (zu Abbrüchen in den ostdeutschen Geisteswissenschaften), Jürgen Kocka (u.a. zu den Geisteswissenschaftlichen Zentren), Hans Joachim Meyer, Johann W. Gerlach, Knut Ipsen (zur Viadrina in Frankfurt/Oder) und Gisela Wilsdorf (zur Situation der LehrerInnenausbildung in Berlin).

RICHTER, EDELBERT/ WIPPERFÜRTH, CHRISTIAN: **Ohne Forschung kein Aufschwung. Zur Reaktivierung des ostdeutschen Forschungspotentials**. Hrsg. von den Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. o.O. 1994. 23 S. Kostenlos bei: E. Richter MdEP, Goetheplatz 9b, 99 423 Weimar.

Die Broschüre enthält vornehmlich Darstellungen und Vorschläge zur ostdeutschen Industrieforschung.

HOFFMANN, REINER/ KLUGE, NORBERT/ LINNE, GUDRUN/ MEZGER, ERIKA (Hrsg.): **Problemstart. Politischer und sozialer Wandel in den neuen Bundesländern** (HBS-Forschung Bd. 15). Hrsg. von der Hans-Böckler-Stiftung. Bund-Verlag, Köln 1994. 542 S. Über den Buchhandel.

Der Band enthält u.a. ein Kapitel "Zur Rolle von Wissenschaft und Forschung im Transformationsprozeß" mit einer Einführung von Norbert Kluge sowie Beiträgen von Heidrun Jahn ("Beiträge der Hochschulen zur Regionalentwicklung des Landes Brandenburg") und Albert/Over/Christian Tkocz ("Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern").

BUND-LÄNDER-KOMMISSION FÜR BILDUNGSPLANUNG UND FORSCHUNGSFÖRDERUNG (Hrsg.): **Jahresbericht 1993**. Bonn 1994. 76 S. Kostenlos bei: BLK, Friedrich-Ebert-Allee 39, 53113 Bonn.

Der Bericht enthält u.a. Abschnitte zu "Stand und Perspektiven der Forschungsförderung in den neuen Ländern" und zum Hochschulerneuerungsprogramm.

DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT DFG (Hrsg.): **Jahresbericht 1993**. Bd. 1: **Aufgaben und Ergebnisse**. Bd. 2: **Programme und Projekte**. Bonn 1994. 461 + 826 S. Kostenlos bei: DFG, 53170 Bonn.

PARTHIER, BENNO (Hrsg.): **Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina zu Halle (Saale): Struktur und Mitgliederbestand. Stand vom 31. Mai 1993**. Halle (Saale) 1993. 160 S. Bezug bei: Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, PF 1127, 06019 Halle/S.

Forschungseinrichtungen der neuen Bundesländer 1994. Verlag Hoppenstedt & Co, Darmstadt 1994. Vorbestellpreis DM 215,-. Nach Erscheinen (Ende September) DM 265,-. Vorbestellungen an: Hoppenstedt & Co, Havelstr. 9, 64295 Darmstadt, Fax: 06151 / 380 360.

Der Band enthält aktualisierte Angaben zu den verzeichneten 3.000 Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland incl. Berlin-West.

DOHMEN, DIETER/ WEEGEN, MICHAEL: **GEW-Datenservice: Wissenschaft '94**. Hrsg. für die GEW von Gerd Köhler. Erstellt im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung. Frankfurt a.M. 1994. 49 S. Kostenlos bei: GEW-Hauptvorstand, Vorstandsbereich Hochschule und Forschung, Reifenberger Str. 21, 60489 Frankfurt a.M.

Kommentierte statistische Analysen der demographischen Entwicklungen, der Nachfrage nach Hochschulbildung, der Haushaltsentwicklungen in Bund und Ländern u.a. Vergleichende Gegenüberstellungen von ost- und westdeutschen Bundesländern.

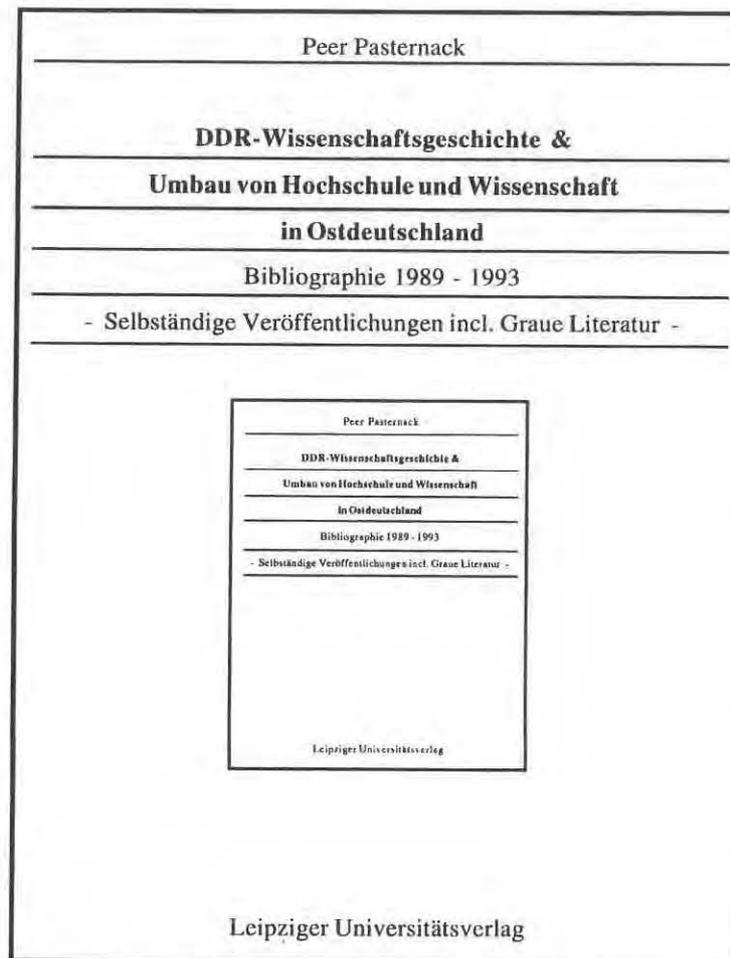
LESZCZENSKY, MICHAEL/ SCHRÖDER, MANUELA: **Bildungswege von Frauen in den neuen Ländern 1993. Vom Abitur bis zum Beruf**. Hrsg. vom Hochschul-Informationssystem HIS. Hannover 1994. 366 S. DM 30,-. Bezug bei: HIS, Goseriende 9, 30159 Hannover.

Auf Literatur- und sekundärstatistischen Analysen basierende Arbeit mit dem Ziel einer umfassenden Bestandsaufnahme der Situation von Frauen und Mädchen im weiterführenden Bildungssystem in den ost- und vergleichsweise auch in den westdeutschen Bundesländern. Systematisches und kommentiertes Nachschlagewerk, das sowohl als Datenfundus wie auch als Hintergrundmaterial für die Arbeit im bildungspolitischen Bereich und für die Tätigkeit z.B. von Studien- und Berufsberatungs- sowie Frauengleichstellungsbeauftragten dienen kann. Themen u.a.: Bildungsbeteiligung, (Aus-)Bildungsverhalten, Berufserwartungen, Berufswahl von Studienberechtigten, Studienanfänger/innen, Studierenden, Absolvent/innen und Jungakademiker/innen.

QUALIFIKATIONS-ENTWICKLUNGS-MANAGEMENT QUEM (Hrsg.): **Transformation durch Qualifikation: Weiterbildung im Übergang zur Marktwirtschaft. Internationaler Fachkongress Chemnitz 1993** (Schriften zur beruflichen Weiterbildung in den neuen Ländern QUEM-report Bd. 16). 2 Bde. Berlin 1994. 320 S. Kostenlos bei: QUEM, Storkower Str. 158, 10402 Berlin.

Die hier dokumentierte Tagung befaßte sich mit Anforderungen an Qualifikation und Qualifikationsmanagement im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft. Die TeilnehmerInnen kamen aus 25 Staaten. Ein Schwerpunkt der Debatten waren die Erfahrungen und Anforderungen in Ostdeutschland.

AKADEMIE GEMEINNÜTZIGER WISSENSCHAFTEN ZU ERFURT (Hrsg.): **Die Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt**. Erfurt 1993. 12 S. Bezug bei: Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt. Anger 37/38, PF 776, 99015 Erfurt. - ->



Peer Pasternack

DDR-Wissenschaftsgeschichte &

Umbau von Hochschule und Wissenschaft

in Ostdeutschland

Bibliographie 1989 - 1993

- Selbständige Veröffentlichungen incl. Graue Literatur -

Peer Pasternack

DDR-Wissenschaftsgeschichte &

Umbau von Hochschule und Wissenschaft

in Ostdeutschland

Bibliographie 1989 - 1993

- Selbständige Veröffentlichungen incl. Graue Literatur -

Leipziger Universitätsverlag

Leipziger Universitätsverlag

234 S.

DM 24,80

(hso-AbonentInnen DM 15,-, AbonentInnenstatus bitte vermerken)

Bestellungen an:

Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, Universität Leipzig, PF 920,
04009 Leipzig

Die Bibliographie verzeichnet 621 Titel. Diese sind chronologisch und systematisch rubriziert. Teil A: Fächerübergreifende Themen / Ostdeutscher Wissenschaftsumbau allgemein. Teil B: Einzelne Fächer.

Die Broschüre stellt Geschichte, Wiedergründung der Akademie im Jahre 1990 sowie seitherige und aktuelle Aktivitäten der Akademie vor.

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG DES LANDES SACHSEN-ANHALT (Hrsg.): **Mit uns muß man rechnen. Wissenschaft und Forschung in Sachsen-Anhalt.** Magdeburg 1994. 31 S. Kostenlos bei: MWF, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 42 60, 39017 Magdeburg.

Die Broschüre stellt übersichtlich alle Wissenschaftseinrichtungen des Landes Sachsen-Anhalt vor.

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST/SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT (Hrsg.): **Forschung in Sachsen.** 2. Aufl. Dresden 1993. 192 S. Kostenlos bei: SMWK, Pressestelle, Archivstr. 5, 01097 Dresden.

Katalog der sächsischen Forschung an Hochschulen, Sächsischer Akademie der Wissenschaften, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, innerhalb der Projektförderung und von Forschungs-GmbHs.

UNIVERSITÄT LEIPZIG, DER REKTOR (Hg.): **Fehlerliche Gründung der Institute am 2. Dezember 1993. Reden gehalten im Gewandhaus zu Leipzig am 2. Dezember 1993** (Leipziger Universitätsreden Neue Folge H. 77). Leipzig 1994. 28 S. Kostenlos bei: Universität Leipzig, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 920, 04009 Leipzig. Dokumentation der Reden des Altrektors Gerald Leutert und des Rektors Cornelius Weiss sowie der Festansprache "Neubeginn durch Anpassung?" von Wolfgang Schluchter (Heidelberg, Gründungsdirektor der Leipziger Politikwissenschaft und Soziologie).

EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA FRANKFURT (ODER) (Hrsg.): **Denkschrift der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)** (Universitätschriften Bd. 5). Frankfurt (Oder) 1993. 132 S. Kostenlos bei: Europa-Universität, Pressereferat, PF 776, 15207 Frankfurt (Oder).

Die Broschüre dokumentiert die vom Gründungssenat der Frankfurter Universität erarbeitete Denkschrift.

EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA FRANKFURT (ODER), DER REKTOR (Hrsg.): **Gründung und Aufbruch. Rektoratsübergabe am 15. Oktober 1993** (Universitätschriften Bd. 6). Frankfurt (Oder) 1994. 73 S. Kostenlos bei: Europa-Universität, Pressereferat, PF 776, 15207 Frankfurt (Oder).

Die Broschüre dokumentiert die Rede des Gründungsrektors Knut Ipsen, die Antrittsrede des neuen Rektors Hans N. Weiler und stellt die Mitglieder des Gründungssenats vor.

BRANDENBURGER VEREIN FÜR POLITISCHE BILDUNG "ROSA LUXEMBURG" E.V. (Hrsg.): **Herausforderung Fachhochschulen. Protokoll eines hochschulpolitischen Seminars** (Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte H. 1/94). Potsdam 1994. 42 S. Kostenlos bei: Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V., Gregor-Mendel-Str. 3, 14469 Potsdam.

Mit Beiträgen u.a. von Torsten Bultmann, Siegfried Kiel, Hubert Laitko, Hans-Jürgen Schulz.

BRANDENBURGER VEREIN FÜR POLITISCHE BILDUNG "ROSA LUXEMBURG" E.V. (Hrsg.): **Novellierung von Hochschulgesetzen? Vorschläge aus der linken Ecke von Berlin und Brandenburg** (Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte H. 2/94). Potsdam 1994. 146 S. Kostenlos bei: Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V., Gregor-Mendel-Str. 3, 14469 Potsdam.

Die Broschüre enthält einen Beitrag von Ingolf Schulz zu "Möglichkeiten zur Verbesserung der studentischen Mitbestimmung an den Hochschulen des Landes Brandenburg" sowie Beiträge der PDS-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses zu einem neuen Berliner Hochschulgesetz inklusive eines eigenen Gesetzesvorschlages, der synoptisch mit dem geltenden BerlHG veröffentlicht wird.

SCHULZ, INGOLF: **Möglichkeiten zur Verbesserung der studentischen Mitbestimmung an den Hochschulen des Landes Brandenburg** (Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte Sonderheft 1). Hrsg. vom Brandenburgischen Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V. Potsdam 1994. 9 S. Kostenlos bei: Brandenburger Verein... , Gregor-Mendel-Str. 3, 14469 Potsdam. Sonderdruck des gleichnamigen Artikels aus Heft 2/94 der Schriftenreihe.

BRANDENBURGER VEREIN FÜR POLITISCHE BILDUNG "ROSA LUXEMBURG" E.V. (Hrsg.): **Gelungenes und Problematisches. Eine kleine Bilanz brandenburgischer Wissenschaftspolitik** (Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte H. 3/94). Potsdam 1994. 66 S. Kostenlos bei: Brandenburger Verein für politische Bildung "Rosa Luxemburg" e.V., Gregor-Mendel-Str. 3, 14469 Potsdam.

Mit Beiträgen u.a. von Lothar Bisky/Andreas Trunschke, Hinrich Enderlein, Rolf Mitzner, Uta Sändig, Stephan Telschow, Hans N. Weiler. Im Anhang Antworten der Landesregierung auf parlamentarische Anfragen zum Thema.

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KULTUR DES LANDES BRANDENBURG (Hrsg.): **Fachhochschulen im Land Brandenburg.** Potsdam 1994. 64 S. Kostenlos bei: MWFK, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Friedrich-Ebert-Str. 4, 14467 Potsdam.

Abgestimmt auf die Informationsbedürfnisse von Schülern, werden die brandenburgischen Fachhochschulen vorgestellt. Zusammen mit der Broschüre ist ein Videofilm über die brandenburgischen Fachhochschulen erschienen. Dieser könne in Zusammenhang mit der Broschüre und weiterem Informationsmaterial ("Media-Paket") zur Gestaltung einer Unterrichtseinheit dienen. Auch das gesamte Paket kann unter obiger Anschrift angefordert werden.

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN, DIE PRÄSIDENTIN (Hrsg.): **Leistungsangebot Forschung.** 7 Hefte: **FB Mathematik.** 42 S. **FB Pharmazie.** 24 S. **FB Psychologie.** 28 S. **FB Physik.** 54 S. **FB Wirtschaftswissenschaften.** 34 S. **FB Chemie.** 24 S. **FB Informatik.** 30 S. Berlin 1993. Kostenlos bei: Humboldt-Universität, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Vorgestellt werden jeweils Forschungs- und Entwicklungsschwerpunkte sowie Leistungsangebote. Zweisprachig englisch-deutsch. Jeweils mit Personenregister.

HAEBERLE, ERWIN J.: **Berlin und die internationale Sexualwissenschaft. Magnus-Hirschfeld-Kolloquium. Einführungsvortrag. 14. Mai 1993.** Berlin 1993. 31 S. Kostenlos bei: Humboldt-Universität, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Unter den Linden 6, 10099 Berlin.

Vor dem Hintergrund der Debatten um die Neubegründung des alten Magnus-Hirschfeld-Instituts an der Humboldt-Universität wurde das Magnus-Hirschfeld-Kolloquium inauguriert. Haeberle sprach u.a. über "Die künftige Rolle eines Berliner Instituts".

SENATSWERWALTUNG FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG (Hrsg.): **Forschungsbericht 1994. Stand und Perspektiven der öffentlich finanzierten Forschung in Berlin.** Berlin

1994. 160 S. Kostenlos bei: Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Bredtschneiderstr. 5, 14057 Berlin.

Darstellungen zur Hochschul- und außerhochschulischer Forschung, zur Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, zu Einrichtungen zur Pflege der Wissenschaftsbeziehungen, zur Infrastruktur für die Wissenschaft, Überlegungen zur Profilierung der Berliner Forschungslandschaft, zur Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft, zu Instrumenten der Förderung, Forschung im europäischen Rahmen, zum Forschungsbudget sowie im Anhang Übersichtsdarstellungen.

ERNST-MORITZ-ARNDT-UNIVERSITÄT GREIFSWALD, DER REKTOR (Hrsg.): **Feyerliche Gründung des Instituts für Niedertemperatur-Plasmaphysik e.V. an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität, 15. Oktober 1993** (Greifswalder Universitätsreden N.F. H. 70). Greifswald 1993. 37 S. Kostenlos bei: EMAU Greifswald, Pressestelle, Domstr. 11, 17489 Greifswald.

Das Heft enthält die Ansprachen von Rektor, Oberbürgermeister, Bundesminister für Forschung und Technologie und Staatssekretär im Kultusministerium sowie die Festrede des Institutsdirektors Johannes P. F. Conrad, die aus Anlaß der Gründung des ersten An-Instituts der Greifswalder Universität.

BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT (Hrsg.): **Forschung, Entwicklung und Innovation in der ostdeutschen Wirtschaft. Ein Wegweiser zu öffentlichen Beratungshilfen und finanzieller Unterstützung. Stand: Januar 1993** (BMW-Dokumentation Bd. 328). o.O. (Bonn) o.J. (1993). 149 S. Kostenlos bei: BMWi, Außenstelle Berlin, Unter den Linden 44-60, 10117 Berlin.

Handbuch mit übersichtlichen Erläuterungen und Kontaktadressen.

TECHNOLOGIE-VERMITTLUNGS-AGENTUR BERLIN: **Leistungsangebot innovativer Unternehmen - Neue Bundesländer**. Berlin 1993. 398 S. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft. Kostenlos bei: Technologie-Vermittlungs-Agentur Berlin e.V., Kleiststr. 23-26, 10787 Berlin.

Katalog mit 180 Leistungsangeboten von Forschungs-GmbHs bzw. FuE-Abteilungen in ostdeutschen Unternehmen.

GESELLSCHAFT FÜR WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG UND MARKTPLANUNG MBH GEWIPLAN (Hrsg.): **Innovationskatalog '94. Forschung - Entwicklung - Markt. Ergebnisse aus der Förderungsmaßnahme "Förderung des Aufbaus einer marktvorbreitenden Industrieforschung und des wirtschaftlichen Strukturwandels"**. Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft, Außenstelle Berlin. Berlin o.J. (1994). 374 S. Kostenlos bei: BMWi, Außenstelle Berlin, Unter den Linden 44-60, 10117 Berlin.

Der Band präsentiert 175 FuE-Projekte als Auswahl aus geförderten innovativen Unternehmen, Dienstleistungseinrichtungen und industrienahen Forschungsinstituten in Ostdeutschland. Mit Firmen-, Schlagwort- und Zuordnungsregister.

PROJEKTGRUPPE HOCHSCHULFORSCHUNG BERLIN-KARLSHORST (Hrsg.): **Informationsblatt. Arbeitsschwerpunkte und Ergebnisse**. Berlin 1994. 25 S. Kostenlos bei: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlsdorf, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.

Die Broschüre stellt die Projektgruppe vor, verzeichnet die von ihren Mitgliedern seit 1990 erarbeiteten Studien und enthält eine Bibliographie der von den Mitgliedern veröffentlichten Beiträgen.

LISCHKA, IRENE: **Studienabsichten von Schülern in 9. und 11. Klassen an Gymnasien der neuen Bundesländer** (Projektberichte 1/1994). Hrsg. von der Projektgruppe Berlin-Karlsdorf. Berlin 1994. 107 S. Kostenlos bei: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlsdorf, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.

Die Studie analysiert die Studienabsichten der kommenden Studienberechtigtenjahrgänge, versucht, durch Gegenüberstellungen der beiden Befragungen und durch den Vergleich zu Ergebnissen von Abiturientenbefragungen sich abzeichnende Veränderungen und Entwicklungen zu analysieren sowie unter Berücksichtigung des bisherigen Hochschulzugangs in Ostdeutschland Folgerungen für künftige Entwicklungen abzuleiten.

LAST, BÄRBEL/ SCHAEFER, HANS-DIETER: **Die Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen in den neuen Bundesländern mit Mittel-/Osteuropa im Zeitraum 1989 bis 1993. Zwischenbericht** (Projektberichte 2/1994). Hrsg. von der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlsdorf. Berlin 1994. 254 S. Kostenlos bei: Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlsdorf, Aristotelessteig 4, 10318 Berlin.

Die zentrale Fragestellung der Untersuchung ist auf Veränderungen in Umfang, Struktur und Inhalt der traditionellen Zusammenarbeit mit osteuropäischen Partnerhochschulen gerichtet. Im Mittelpunkt stehen die Hochschulkooperation, der Wissenschaftler austausch sowie das Auslands- und Ausländerstudium. Gefahren, die in diesem Bereich der ostdeutsche Hochschulumbau mit sich brachte, werden thematisiert.

OST-WEST-WISSENSCHAFTSZENTRUM DER UNIVERSITÄT GHS KASSEL (Hrsg.): **Informationen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung zwischen Ost und West**. Kassel 1993. 55 S. DM 5,-. Bezug über: Ost-West-Wissenschaftszentrum der Universität GHS Kassel, INCON-Gebäude, Holländische Str. 36-38, 34109 Kassel.

Zusammenstellung der Möglichkeiten der Förderung von Wissenschaftskooperationen mit osteuropäischen Partnern mit Angaben zu Kontaktadressen, Personen, Telefonnummern, jeweils einbezogene Länder, Antragsmodalitäten.

Torsten Bultmann:
Zwischen Humboldt und Standort Deutschland

Die Hochschulpolitik am Wendepunkt (Forum Wissenschaft Studien Bd. 25)
ISBN 3-924684-46-4
BdWi-Verlag, Marburg 1993. 120 S.
DM 24,80.

Über den Buchhandel oder direkt beim Verlag: BdWi-Verlag, PF 543, 35017 Marburg, Tel. 06421 / 2 13 95, Fax 2 46 54

Der Autor befragt in dieser politischen Streitschrift die vorliegenden Hochschulkonzepte von Regierungen und führenden Wissenschaftsverbänden auf ihre inneren Widersprüche und tragenden Grundannahmen: Welches Leitbild künftiger Hochschulen verbirgt sich dahinter? Welche spezifischen Sonderinteressen und Traditionen kommen darin zum Ausdruck? Wie wird das Verhältnis von Hochschule und Gesellschaft gesehen? Welches Bild von Studierenden kursiert in den Chefetagen des wissenschaftspolitischen Establishments?

Im Rahmen der systematischen Kritik der herrschenden Hochschulpolitik wird aufgezeigt, was jenseits des populistischen Geredes von Bummelstudenten und faulen Professoren prägend für die Systemkrise und Innovationsunfähigkeit der Hochschullandschaft ist. Im zweiten Teil der Arbeit werden Orientierungspunkte einer alternativen, demokratischen und für verschiedene gesellschaftliche Optionen offenen Hochschulreform skizziert.

Kopiervorlage:

Bestellung	
Ich bestelle:	
1. ein kostenloses Probeexemplar zum Kennenlernen	
2. unten angekreuzte Hefte zum Heftpreis von DM 5,- (1.+2. Jg.) bzw. DM 9,50 (ab 3. Jg.) zzgl. Versandgebühr	
3.mal <i>hochschule ost</i> im Jahresabonnement (6 Hefte incl. Inlandversand)	DM 65,-
4.mal <i>hochschule ost</i> im PrivatabonnentInnen-Abo (incl. Inlandversand)	DM 37,-
5.mal <i>hochschule ost</i> im Abonnement für Nichtverdienende (incl. Inlandversand) (Begründung der Anspruchsberechtigung bitte unterstreichen: Studierende/r - Erwerbslose/r - Vorruheständler/in - Pensionär/in - Sonstiges:)	DM 25,-
Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft. Habe ich mich für 3., 4. oder 5. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.	
.....	
Name
.....	
Adresse
.....	
Datum	Unterschrift
Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von zehn Tagen (Poststempel) widerrufe.	
.....	
2. Unterschrift	

Bitte einsenden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit, StuRa Uni Leipzig, PSF 920, 04 009 Leipzig

Kopiervorlage für Nachbestellungen:

Okt. 91: *Schwerpunkte:* Die ostdeutschen Hochschulgesetze * Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-) Deutschland. *AutorInnen:* R. Will, B. Okun/H. Poldrack, M. Middell, W. Nitsch u.a.

Nov. 91: *Schwerpunkte:* Die Erneuerung und ihre Kriterien * DDR-Wissenschaftsgeschichte. *AutorInnen:* G. Nolte, L. Klinzing, K. Nowak u.a.

Dez. 91: Hochschulstruktur in Sachsen. Rundtischgespräch mit A. Förster, M. Rösler, H. Häckel, E. Noack, G. Wartenberg, S. Fröhlich, P. Porsch, W. Kriesel, W. Berg, W. Naumann, M. Gibas.

Dez. 91 (special): Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit . Dokumentation.

1/92: *Schwerpunkte:* Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissen-

schaft zwischen Gestern und Morgen. Teil 1. *AutorInnen:* F. Klein, W. Küttler, A. Thom, P. Pasternack u.a.

2/92: *Schwerpunkte:* Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und Morgen. Teil 2 * Jürgen Teller Honorarprofessor * Fortsetzung zum "Fall Fink". *AutorInnen:* F. Klein, W. Ernst, M. Middell, J. Teller, E. Uhl, F. Geißler, I.-S. Kowalczyk u.a.

3/92: Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung mit G. Päselt, H. Schramm, D. Keller, D. Odendahl, T. Bultmann, L. Klinzing, Hj. Otto, M. Tolksdorf, H. J. Block, J. Lange.

4/92: *Schwerpunkte:* Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im Westen und Wirkung im Osten. *AutorInnen:* G. Lerchner/K. Pezold/H. Richter, H. Mayer, H.-U. Feige, R. v. Thadden, W. Nitsch, T. Bultmann, L. Klinzing u.a.

5/92: *Schwerpunkte:* Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 1. *AutorInnen:* Chr. Kähler, R. Mau, M. Onnasch, B. Okun/H. Poldrack, P. Pasternack, Chr. Dahme/H. Halberlandt u.a.

6/92: *Schwerpunkte:* Europäische Universität Erfurt * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 2. *AutorInnen:* H. J. Meyer u.a.

7/92: *Schwerpunkte:* Fortsetzung: Ostdeutsche Geschichtswissenschaften * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 3. *AutorInnen:* V. Didczuneit, M. Gibas, M. Middell, H. Klinkmann u.a.

8/92: *Schwerpunkte:* Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 4: Die Studierenden. *AutorInnen:* Chr. Füller, U. Starke, P. Pasternack, M. Dürkop u.a.

9/92: *Schwerpunkte:* Streitsache Latinum * Wissenschaft Ost 1989/90 5. *AutorInnen:* R. Kößling, H. Klenner, H. Werner u.a.

10/92: *Schwerpunkte:* Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 6. *AutorInnen:* M. Höppner/R. Kürschner/K. Arias, G. Nolte u.a.

11/92: *Schwerpunkte:* 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler. *AutorInnen:* D. Dohnke/Chr. Gizewski, K.-H. Heinemann, B. Okun, G. Maibaum u.a.

12/92: *Schwerpunkte:* Frauen in der Ostwissenschaft. *AutorInnen:* K. Reiche, B. Bütow, F. de Haas, A. Franzke, U. Dietrich, E. Mehnert, G. Jähnert, H.-U. Erichsen u.a.

1/93: *Schwerpunkte:* Tagungs des SPD-Wissenschaftsforums * Sächsische Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive. *AutorInnen:* E. Richter, R. Schneider, C. Weiss, A. Förster, P. Porsch u.a.

2/93: *Schwerpunkte:* Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktionswandel. *AutorInnen:* K.-D. Kaiser, A. Hoff, P. Straube, E. Tiefensee, H.-U. Erichsen, G. Aulerich/K. Döbbeling u.a.

3/93: *Schwerpunkte:* Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 7. *AutorInnen:* A. Sasse/M. Obststück, K. Taut, U. Schneckener, H.-H. Emons u.a.

4/93: *Schwerpunkte:* Methodologische Wende? * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht * Verbände (-Schicksale) im Osten Teil 1. *AutorInnen:* H. J. Sandkühler, J. Jünger, B. Brentjes, H. J. Meyer, E. Hödl, H. Elsenhans u.a.

5/93: *Schwerpunkte:* Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und danach * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 8 * Verbände(-Schicksale) im Osten Teil 2, Institution Hochschule und Landeshochschulrecht Teil 2. *AutorInnen:* G. Barthel, M. Robbe, H.D. Winter, D. Wahl, Chr. Pommerening, G. Eiselt, I.-S. Kowalczyk, M. Daxner u.a.

Juni 93 (special): Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz. *AutorInnen:* H. J. Meyer, G. Wartenberg/M. Middell, GEW-Uni-Gruppe Leipzig, S. Brentjes.

6/93: *Schwerpunkt:* Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der ostdeutschen Wissenschaft. *AutorInnen:* J. Hentschke, S. Gäbelein, A. Franzke, W.-H. Kraut, J. Kuczynski, H. J. Meyer, K. Klinzing u.a.



7/93: *Schwerpunkte:* Die ostdeutschen Archive * Verbände(-Schicksale) im Osten Teil 3. *AutorInnen:* U. Geyer, V. Kahl, I. Pardon, Hg. Meyer, P. Pasternack, I.-S. Kowalczuk u.a.



8/93: *Schwerpunkte:* Forschung und Technologie in Osteuropa - ausgewählte Länderbeispiele * Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus Teil 1. *AutorInnen:* S. Thede, G. Egner, H. Holfeld, W. Schluchter, P. Stekeler-Weithofer u.a.



9/93: *Schwerpunkte:* Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Umbaus Teil 2 * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen. *AutorInnen:* W. Schluchter, B. Muszynski, W. Nitsche, R. Gries, J.-D. Gauger, H.-J. Schulz u.a.



10/93: *Schwerpunkte:* Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und Landeshochschulrecht. *AutorInnen:* D. Jorke, M.H. Olbertz/ J. Riße, H.-D. Klein, M. Jähne, Th. de Maizière, H.-J. Schulz, B. Rabehl u.a.



11-12/93: *Schwerpunkt:* Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedizin - eine Debatte. *AutorInnen:* J. & E. Seidel, W. Beck, T. Seyfarth, I. Rapoport, W. Fach, K. Klinzing, E. Badstübner, I.-S. Kowalczuk u.a.



1/94: *Schwerpunkte:* Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Industrieforschung in den neuen Bundesländern. *AutorInnen:* K. Reiche, G. Landgraf, H.J. Meyer, D. Keller, W.-P. Krüger, M. Catenhusen, Th. Neie, S. Kiel u.a.



2/94: *Schwerpunkte:* Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice. *AutorInnen:* W. H. Hauthal/Chr. Gizewski, W. Meske, H. Jahn u.a.

